HITLER

REDEN
SCHRIFTEN
ANORDNUNGEN

FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl
Juni – Juli 1928

Eingeleitet von Gerhard L. Weinberg
Herausgegeben und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit

München · New Providence · London · Paris
1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hitler Adolf:
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]
Bd. 2a. Außenpolitische Standortbestimmung nach der
Reichstagswahl Juni – Juli 1928 / eingeleitet von Gerhard L. Weinberg
Hrsg. und kommentiert von Gerhard L. Weinberg
... – 1995
ISBN 3-598-22004-9
NE: Weinberg, Gerhard L. [Hrsg.]


Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper

Alle Rechte vorbehalten / All Rights Strictly Reserved
K. G. Saur Verlag, München 1995
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

Gesamtedition

Band I
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

Band II
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

Band II A
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

Band III
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

Band IV
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

Band V
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

Band VI
Register

Ergänzungsband
Der Hitler - Prozeß 1924

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Nach längerer, reiflicher Überlegung hat sich das Institut für Zeitgeschichte in Absprache mit Gerhard L. Weinberg entschieden, die 1961 von diesem unter dem Titel "Hitlers Zweites Buch" herausgegebenen Aufzeichnungen zur Außenpolitik, die Hitler im Frühsommer 1928 diktiert hat, in überarbeiteter Fassung in die Editionsreihe "Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen" aufzunehmen.

Diese Entscheidung ist deshalb gefallen, weil die Erstauflage des "Zweiten Buches" seit längerem vergriffen ist und in der Kommentierung einen veralteten Forschungsstand repräsentiert, der vor 30 Jahren zweifellos eine erhebliche Leistung darstellte, den Fortschritten der zeitgeschichtlichen Forschung aber nicht mehr gerecht wird. Die Erstauflage gibt dem heutigen Leser zu wenig Hilfestellung: Anstelle konkreter historischer Information bietet sie oft nur vage moralisierende Bewertungen oder konfrontiert den Leser häufig mit nicht oder kaum kommentierten Thesen Hitlers. Die nunmehr vorliegende Kommentierung, die Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit erarbeitet haben, bewertet Hitlers Ideen und Behauptungen auf der Grundlage der modernen Forschung und stellt diese Diktate Hitlers, die als Ausdruck einer bestimmten historischen Situation zu begreifen sind, in den Gesamtzusammenhang seiner "Reden, Schriften, Anordnungen".

Aus diesem Grund hat das Institut für Zeitgeschichte den seinerzeit für die Veröffentlichung gewählten Titel "Hitlers Zweites Buch" nicht beibehalten. Die Überschrift "Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" kennzeichnet den Inhalt der Ausarbeitung wesentlich treffender und fügt diesen Band auch äußerlich weitaus besser in die Edition der "Reden, Schriften, Anordnungen" ein, als dies bei einer Beibehaltung des alten Titels der Fall gewesen wäre.

Stefano Eleuteri hat die Kommentierungsarbeiten unterstützt, Hannelore Scholz das satzfertige Manuskript erstellt.

Institut für Zeitgeschichte
Horst Möller
Udo Wengst

München, im März 1995

Vorwort von Gerhard L. Weinberg

Seit der ersten Veröffentlichung von "Hitlers Zweitem Buch" sind über dreißig Jahre vergangen. Die damalige Ausgabe erschien als Band 7 der "Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte" des Instituts für Zeitgeschichte und ist längst vergriffen. In der Zwischenzeit hat die Forschung das Buch als wichtiges Zeugnis für die Gedankenwelt Adolf Hitlers, insbesondere zur Außenpolitik, verarbeitet; es gibt aber auch neue Informationen zur Geschichte der Schrift selbst. Da das Buch nicht leicht zugänglich ist, begrüße ich die Entscheidung des Instituts, eine neue Ausgabe des Buches mit einer teilweise neuen Einleitung in die Edition "Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933" aufzunehmen.

Im Vorwort zur ersten Ausgabe dankte ich denjenigen, die mir bei der damaligen Arbeit geholfen hatten. Hier möchte ich außerdem besonders Herrn Dr. Albrecht Tyrell für seine Hinweise meinen Dank aussprechen. Ich habe damals auch darauf hingewiesen, daß der Herausgeber die alleinige Verantwortung für die Einleitung und den Kommentar trägt, dem Autor Hitler aber der weitschweifige, vieles wiederholende und nach der menschlichen und sachlichen Seite höchst angreifbare Inhalt des Dokumentes zur Last fällt. Fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist es bestimmt wichtig, durch diese Veröffentlichung noch einmal aufzuzeigen, mit welcher Geradlinigkeit die Gedankenwelt Hitlers in die große Katastrophe hineingeführt hat.

Chapel Hill, North Carolina

Einleitung von Gerhard L. Weinberg

I. Echtheit und Geschichte des Dokuments

In Anbetracht des Erscheinens eines angeblichen Tagebuches von Adolf Hitler, das als Fälschung entlarvt wurde[1], des Fälschungsnachweises einer Reihe von Dokumenten in dem Band "Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924"[2] und der vielen Fälschungen in einem Buch über Malereien und Zeichnungen Hitlers[3] ist es wichtig, zuerst einiges zur Echtheit und Geschichte des hier veröffentlichten Dokuments zu sagen.

Der erste öffentliche Hinweis auf die Existenz eines weiteren Buches von Adolf Hitler zur Außenpolitik erschien 1949 in dem Buch des ehemaligen französischen Offiziers Albert Zoller, "Adolf Hitler privat: Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin"[4]. Danach hatte Hitler ein nicht veröffentlichtes Buch zur Außenpolitik im Jahr 1925 angefangen, geheim gehalten und nur ganz selten erwähnt. Aufgrund dieses Hinweises begann ich damit, dieses Manuskript zu suchen. Das, wie wir jetzt wissen, falsche Datum in der Erinnerung der Sekretärin, die sowieso erst seit 1933 für Hitler arbeitete, findet sich auch in der einzigen, einwandfrei belegten, aus der Zeit von Hitlers Leben bekannten Erwähnung des Buches, die von Hitler selbst stammt.

Im Jahr 1953 veröffentlichte Hugh R. Trevor-Roper (jetzt Lord Dacre of Glanton) eine englische Ausgabe von Tischgesprächen Hitlers[5]. In dieser Ausgabe erschien unter dem Datum vom 17. Februar 1942 eine Erwähnung eines weiteren Buches von Hitler, eine Erwähnung, die Gerhard Ritter in seiner vorhergehenden Ausgabe des Textes in deutscher Sprache aus nicht ersichtlichen Gründen weggelassen hatte[6]. Spätere Ausgaben der Tischgespräche auf deutsch dagegen enthalten diesen Hinweis. Er lautet: "Ich habe 1925 in 'Mein Kampf' und einer anderen, nicht veröffentlichten Schrift geschrieben, daß das Weltjudentum in Japan den letzten, nicht anfreßbaren Gegner sieht."[7] Hitler spielt hier sicher auf Ausführungen zu die-

---

1 Vgl. Robert Harris, Selling Hitler. The Story of the Hitler Diaries, New York 1986.

2 Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980. Dies., Zu einer Edition von Aufzeichnungen Hitlers. In: VfZ 29 (1981), S. 304 f.; dies., Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169. Auf der anderen Seite gibt es auch Ergänzungen; vgl. Michael Kater, In Pursuit of Hitler. In: Canadian Journal of History 16 (1981), S. 433.

3 Billy F. Price, Adolf Hitler als Maler und Zeichner. Ein Werkkatalog der Ölgemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Architekturskizzen, Zug/Schweiz 1983. Siehe hierzu Harris, Selling Hitler, S. 233.

4 Düsseldorf, S. 155 f. Zu Zoller vgl. das Vorwort des Herausgebers der französischen Ausgabe: ders., Douze ans auprès d'Hitler, Paris 1949, S. 7 f.

5 Hitler's Table Talk 1941-1944, übersetzt von Norman Cameron und R. H. Stevens, London 1953, Nr. 148.

6 Gerhard Ritter (Hrsg.), Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42, Bonn 1951, Nr. 101.

7 Percy Ernst Schramm (Hrsg.), Dr. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Stuttgart 1965, S. 178; Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980, S. 280. Auch diese beiden Ausgaben sind nicht vollständig, da sie die 1951 von mir entdeckten, in Washington liegenden Stücke ignorieren (vgl. Gerhard L. Weinberg, Guide to Captured German Documents, Montgomery, Ala. 1952, S. 55). Das ganze Problem der Tischgespräche, auch der veröffentlichten Vermerke für 1945, bedarf einer neuen gründlichen Untersuchung.

sem Problem in "Mein Kampf" (Bd. II, S. 723 f.) an, die er Max Amann 1925 diktiert hatte. Sie wurden 1926 in einem Sonderdruck des 13. Kapitels unter dem Titel "Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem"[8] veröffentlicht und erschienen im Dezember 1926 mit Copyright-Datum 1927 im Rahmen des zweiten Bandes[9]. In dem hier veröffentlichten Manuskript ist von Japan in dem genannten Sinne nicht die Rede, dagegen vom "Weltjudentum" sehr viel. Der Hinweis ist also ungenau. Aber die Entstehung der Bücher lag 14 beziehungsweise 17 Jahre zurück, und die uns bekannten Hinweise Hitlers auf sein weniger als vier Jahre zurückliegendes persönliches Testament waren ebenfalls in wichtigen Punkten ungenau[10].

Inzwischen hatte auch das Institut für Zeitgeschichte von der angeblichen Existenz eines weiteren Buches gehört. Diese Nachrichten vom Mai 1951 stammten von Erich Lauer, der eine Reihe von Liederbüchern im Eher-Verlag veröffentlicht hatte und dem dort während des Zweiten Weltkrieges das Manuskript eines Hitler-Buches gezeigt worden war. Der Mann, der es ihm gezeigt hatte, Josef Berg, berichtete dem Institut im September 1958 ausführlich über das Manuskript[11]. Berg war schon seit den frühen zwanziger Jahren ein Mitarbeiter Max Amanns im Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachfolger[12]. Im Januar 1935 hatte Berg die Abteilung Buchverlag im Eher-Verlag und damit das Manuskript übernommen. Er behauptete, daß Hitler das Manuskript Amann in die Maschine diktiert habe und daß es außer der im Tresor des Eher-Verlages liegenden noch eine zweite Kopie des Textes gebe, eine Kopie, die angeblich auf dem Obersalzberg verwahrt worden war. Beide Behauptungen sollten mit der Entdeckung des Manuskriptes Bestätigung finden[13].

8 Laut Honorar-Buch des Eher-Verlages in der Handschriftenabteilung der Kongreßbibliothek in Washington wurden 10.000 Exemplare hergestellt. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP, Februar 1925 - Juni 1926. Hrsg. und kommentiert von Clemens Vollnhals, München 1992, Dok. 100. (Die einzelnen Bände dieser Edition werden einmal ganz zitiert, ansonsten wird auf die jeweiligen Dokumente nur mit Band- und Dokumentennummer verwiesen.)

9 Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. I: Eine Abrechnung, München 1925, Bd. II: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927. Vgl. hierzu The Story of Mein Kampf, Wiener Library Bulletin 6 (1952), S. 31-32. Zur Geschichte von "Mein Kampf" siehe auch Reginald H. Phelps, Die Autoren des Eher-Verlages. In: Deutsche Rundschau 81 (1955), S. 30-34; Oron J. Hale, Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review LX (1955), S. 830-852.

10 Hitler erwähnte das Testament von 1938 im November 1941 und im Mai und Juli 1942; vgl. Gerhard L. Weinberg, Hitler's Private Testament of May 2, 1938. In: Journal of Modern History 27 (1955), S. 415-419. Das Testament ist das umfangreichste, bis jetzt bekannt gewordene Schriftstück von Hitlers Hand aus der Zeit seiner Kanzlerschaft.

11 Brief an das Institut für Zeitgeschichte, 12.9.1958.

12 Adolf Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937, S. 89. Zur Rolle Amanns siehe Oron J. Hale, The Captive Press in the Third Reich, Princeton [2]1973.

13 Hitler hatte auch Amann Teile von "Mein Kampf" in die Maschine diktiert. Amann verlor seinen linken Arm 1931 bei einem Jagdunfall. Die in dieser Ausgabe orthographisch korrigierte Vorlage zeigt eindeutig, daß der Text in die Maschine diktiert wurde. An vielen Stellen ist eine Lücke vor einem Punkt oder Komma. Der Maschinenschreiber hatte sich schon auf das nächste Wort vorbereitet und merkte erst dann, daß Punkt oder Komma nötig sei. Zum in die Maschine Diktieren siehe auch Zoller, Adolf Hitler privat, S. 14; Karl Wilhelm Krause, Zehn Jahre Kammerdiener bei Hitler, Hamburg 1949, S. 42. Die ehemalige Existenz mindestens einer weiteren Kopie des hier veröffentlichten Manuskripts ist dadurch bezeugt, daß nur die Seiten 1-239 Schreibmaschinen-Erstschrift sind, die Seiten 240-324 dagegen Durchschläge (durch Betrachten der Rückseite des Originals zu erkennen). Über den Verbleib des zweiten Exemplars ist nichts bekannt.

Als das Institut für Zeitgeschichte aufgrund dieser Nachrichten mich nach dem Verbleib des Manuskripts befragte, suchte ich es schon unter den damals in Alexandria, Virginia, liegenden deutschen Akten, die vor ihrer Rückverlegung in die Bundesrepublik dort gemeinsam vom amerikanischen Historikerverband und amerikanischen Behörden verfilmt wurden. Es gelang mir, ein als Entwurf für "Mein Kampf" abgelegtes Aktenstück im Sommer 1958 als das gesuchte Manuskript zu identifizieren; es wurde darauf für die Forschung freigegeben. Dem Dokument war ein Beschlagnahme-Vermerk beigelegt, der in diesem Band als Anlage veröffentlicht wird. Hiernach war das Dokument im Mai 1945 im Eher-Verlag von einem amerikanischen Offizier beschlagnahmt worden; es wurde von Josef Berg übergeben mit der Behauptung, daß es eine von Hitler "vor über 15 Jahren" geschriebene Arbeit sei. Kurz nach der Beschlagnahme wurde für eine englische Behörde ein Mikrofilm hergestellt; das Original kam mit anderen Akten in die Vereinigten Staaten. Dort wurde es unter der Archiv-Signatur EAP 105/40 geführt. Es ist inzwischen mit vielen anderen Akten zum Bundesarchiv in Koblenz überstellt worden und liegt dort unter der Archiv-Signatur BA, N 1128 (Hitler), Bd. 21.

1961 ist das Manuskript, von mir eingeleitet und kommentiert, in der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Reihe "Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte" erstmals veröffentlicht worden. Zwei Jahre später folgte eine Veröffentlichung in französischer Übersetzung ohne Einleitung und mit einigen meiner Anmerkungen, aber ohne Hinweis auf deren Autor[14]. Eine schnell auf den Büchermarkt geworfene englische Version wurde von einem Rezensenten als "in many respects a burlesque imitation of the Weinberg edition" bezeichnet[15]. Die Prophezeiung des Rezensenten, daß "its appearance in such poor translation with inadequate editorial framework unfortunately precludes a trustworthy scholarly edition in English", ist in den folgenden Jahrzehnten bestätigt worden.

Als die bevorstehende Veröffentlichung in Deutschland angezeigt wurde, notierte Albert Speer in seinem Tagebuch, daß Baldur von Schirach und Rudolf Heß das Ganze als Schwindel ansähen, er selbst aber in Erinnerung habe, daß Hitler sich vom Eher-Verlag beim Neubau des Berghofes "auf ein vorliegendes Manuskript, daß er aus außenpolitischen Gründen noch nicht veröffentlicht sehen wollte, einige hunderttausend Mark Vorschuß hatte geben lassen"[16].

In der Forschung wurde das Dokument sofort nach der ersten Veröffentlichung als echt gewertet. Größere Artikel, die sich mit dem Buch befaßten, nahmen die Echtheit als gesichert an[17]. Soweit dem Herausgeber bekannt ist, hat kein Wissenschaftler die Echtheit des Dokuments oder die Identifikation Hitlers als Autor bezweifelt.

Mehrere Jahre nach der Erstveröffentlichung des Zweiten Buches entdeckte Albrecht Tyrell im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover einen von Rudolf Heß in der Kanzlei Hitlers in München unterzeichneten Brief vom 26. Juni 1928. Heß beantwortete eine

14 Adolf Hitler, L'expansion du IIIe Reich, übersetzt von Francis Brière, Paris 1963.

15 Hitler's Secret Book, Einleitung von Telford Taylor, übersetzt von Salvator Attanasio, New York 1962. Rezension von Oron J. Hale. In: Journal of Central European Affairs 22 (1962), S. 240-242.

16 Albert Speer, Spandauer Tagebücher, Frankfurt a. M. 1975, S. 533 (22.10.1960). Dazu auch Speers Behauptungen in seinen nach dem Erscheinen des "Zweiten Buches" geschriebenen Memoiren. Vgl. ders., Erinnerungen, Berlin 1969, S. 100.

17 Vgl. Martin Broszat, Betrachtungen zu Hitlers Zweitem Buch. In: VfZ 9 (1961), S. 417-429; Enzo Collotti, Il 'secondo libro' di Hitler. In: Studi Storici 3 (1962), S. 161-167.

Anfrage über einen Termin für Bernhard Rust mit dem Bescheid, "daß Herr Hitler Anfang Juli voraussichtlich einige Tage in Berlin sein wird. Vorher kommt ein Besuch des Pg. Rust kaum in Betracht, da Herr Hitler bis zur Abreise nach Berlin wahrscheinlich von München abwesend sein wird, um sein Buch zu schreiben." [18] Dieses Dokument beweist nicht nur, daß Heß über Hitlers Arbeit an einem weiteren Buch - der zweite Band von "Mein Kampf" war ja schon erschienen - zur damaligen Zeit informiert war, sondern bestätigt auch genau das in der Einleitung zur Erstveröffentlichung vorgeschlagene Datum für die Entstehung des Dokuments [19]. Die Geschichte des Dokuments darf also als gesichert gelten.

II. Die Entstehung des Buches im Jahr 1928

Der Inhalt des hier veröffentlichten Buches paßt mit dem im Brief von Rudolf Heß erwähnten Zeitraum der letzten Tage des Juni und ersten Tage des Juli 1928 gut zusammen. Alle im Manuskript enthaltenen Bezugnahmen auf aktuelle politische Ereignisse fallen in die angegebene Zeit. Die vielen Angriffe auf den noch lebenden Gustav Stresemann (z. B. S. 42 und 166), die Bemerkung über das besetzte linke Rheinufer (S. 107), das Fehlen eines Hinweises auf den Young-Plan (S. 134) deuten auf die Jahre 1927 bis 1929. Im Vorwort spricht Hitler von den zwei Jahren seit der 1926 erfolgten Veröffentlichung des Kapitels über die Südtiroler Frage aus "Mein Kampf", Bd. II. An einer anderen Stelle (S. 162 f.) bezieht sich Hitler auf die Zerstörung des Bismarck-Turms in Bromberg Anfang Mai 1928 als ein Ereignis, das "in diesen Monaten" stattgefunden habe [20]. Das Buch enthält mehrere Hinweise auf die Oper "Jonny spielt auf" (S. 159-161), die im Juni 1928 in München aufgeführt und von den Nationalsozialisten angegriffen wurde. An einer Stelle (S. 160) spricht Hitler von den angeblichen Verlusten der Partei in den ersten fünf Monaten des Jahres mit denselben Worten, die er in einer Rede am 13. Juli 1928 gebrauchte [21]. Hitler zitiert auch (S. 174 ff.) einen "heute" erschienenen Artikel der "Münchner Neuesten Nachrichten"; dieser Artikel war in der Ausgabe vom 26. Juni 1928 erschienen.

Das so doppelt gesicherte Datum - der Brief von Heß und Hinweise im Text - korrespondiert mit den Umständen des Sommers 1928. Diese Umstände enthalten auch gute Hinweise für Hitlers Entschluß, ein weiteres Buch zu diktieren, und erklären gleichzeitig die Konzentration des Buches auf außenpolitische Fragen, insbesondere auf das Problem Südtirol. Und hiermit hängt auch wahrscheinlich seine Entscheidung zusammen, den Text nicht zu veröffentlichen.

---

18 Heß an die Gauleitung Hannover-Nord der NSDAP, 26.6.1928, mit Eingangsvermerk vom 28.6.1928; Niedersächsisches HStA Hannover, Des. 310 I A 19. Brief Albrecht Tyrells an Gerhard L. Weinberg vom 6.4.1968. Zur Abwesenheit Hitlers von München Ende Juni 1928 vgl. Brief von Rudolf Heß an Hans Frank, 20.6.1928; BA, Slg. Schumacher 236.

19 Die Spekulation in der amerikanischen Ausgabe, daß das Dokument aus dem Mai 1928 stammt, beruht auf einen Übersetzungsfehler.

20 Die Ursache für den in Anm. 19 zitierten Übersetzungsfehler ist hier zu finden: Der Übersetzer vermischte Plural mit Singular, und der Autor der Einleitung verließ sich auf die unzulängliche Übersetzung.

21 Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 1: Juli 1928 - Februar 1929. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München 1994, Dok. 2.

In den Jahren vor 1928 hatte sich Hitler mehrmals mit Fragen der Außenpolitik befaßt. Da diese, und insbesondere das durch die Südtiroler Frage belastete Verhältnis zu Italien, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, ist es nötig, in der Behandlung dieser Frage etwas zurückzugehen.

Schon vor dem Putschversuch im November 1923 hatte sich Hitler mit einer zukünftigen nationalsozialistischen Außenpolitik befaßt und in diesem Zusammenhang die deutsch-italienischen Beziehungen als besonders wichtig herausgestellt[22]. Er hatte sich schon damals für ein Bündnis mit Italien entschieden; seine Schlußfolgerung, die er am 14. November 1922 zog, lautete: "Dazu ist nötig ein klarer und bündiger Verzicht Deutschlands auf die Deutschen in Südtirol." [23] Ob das, wie später behauptet wurde, zum Teil mit finanzieller Unterstützung der NSDAP durch Mussolini zusammenhängt, ist unwahrscheinlich.

Nach dem gescheiterten Putschversuch begann Hitler in der Haft mit der Ausarbeitung von "Mein Kampf". Der erste, 1925 veröffentlichte Band enthält einiges zur Außenpolitik, aber erst der 1926 erschienene zweite Band behandelte sie eingehender. Der Inhalt kann hier als bekannt vorausgesetzt werden. Schon damals wurde Hitlers Haltung in der Südtiroler Frage als anfechtbar empfunden. Die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols war im damaligen Europa wahrscheinlich die am meisten in ihrem Kulturleben bedrängte; es war unter diesen Umständen kaum erstaunlich, daß diejenigen, die sich für besonders national hielten, hierauf hinwiesen[24].

Unter diesen Umständen und entsprechend seinem offensiven Instinkt veröffentlichte Hitler, wie erwähnt, das Kapitel zu diesem Thema[25] als Sonderdruck mit einem vom 12. Februar 1926 datierten Vorwort. In diesem Vorwort zu der unter dem Titel "Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem" gedruckten Broschüre beklagte sich Hitler darüber, daß außer über den Vertrag von Locarno die Zeitungen nur über Südtirol berichteten. Hitler hielt dieses Interesse für Südtirol nur für einen Vorwand, um gegen das "überragende Genie" Mussolini zu hetzen - eine Annahme, die er in dem hier veröffentlichten Manuskript ausgiebig wiederholt. Um der Verunglimpfung Mussolinis entgegenzuwirken, habe er sich zur Verbreitung des einschlägigen Teils seines Werkes als Sonderdruck entschlossen[26].

Im folgenden Jahr - 1927 - erschien Alfred Rosenbergs Schrift "Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik"[27]. Die Gedankengänge sind im großen und ganzen die gleichen, die man in "Mein Kampf" findet, besonders die unablässig wiederkehrende Forderung, daß "Lebensraum" im Osten Europas erkämpft werden müsse. Frankreich und Polen seien die Feinde

22 Vgl. Walter Werner Pese, Hitler und Italien 1920-1926. In: VfZ 3 (1955), S. 113-126; Edgar R. Rosen, Mussolini und Deutschland 1922-1923. In: VfZ 5 (1957), S. 17-41. Wichtig hierzu: Kurt G. W. Lüdecke, I knew Hitler. The Story of a Nazi Who Escaped the Blood Purge, New York 1937, S. 60, 77, 135.

23 Vgl. Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 728. Ferner ebenda, S. 730 f., 773 sowie Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 76 f.

24 Vgl. Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-1936, Chicago 1970, S. 16 ff.; Karl Heinz Ritschel, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966, S. 104 ff.

25 "13. Kapitel: Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege". Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 261-300.

26 Soweit mir bekannt, ist das Vorwort von der Forschung übergangen worden. Hitler spricht darin auch von der (nicht ausgeführten) Absicht, das 14. Kapitel über die deutsch-russischen Beziehungen, "Ostorientierung oder Ostpolitik", als Sonderdruck erscheinen zu lassen. In dem vorliegenden Manuskript geht er auch auf diese Frage ein. Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 301-331.

27 München, Vorwort vom August 1927.

Deutschlands; England und Italien seien von diesem völkischen Imperialismus "nicht berührt" (S. 21). Die Ausführungen über Italien betonen, daß Mussolini, wenn er sich auch noch nicht gegen die Juden gewandt habe, doch die Gefahr der Freimaurerei erkannt habe und sie bekämpfe. Deshalb sei die Südtiroler Frage der willkommene Anlaß für die Hetze gegen Mussolini, der in der Behandlung dieser Frage selbst nicht gut beraten gewesen sei. Italien müsse seine Zukunft in Nordafrika und am Adriatischen Meer suchen und deshalb gegen Frankreich und Südslawien vorgehen. Das führe es an Deutschland heran, lasse die Südtiroler Frage verschwinden und zeige gleichzeitig, daß es nicht im Interesse Italiens liege, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern (S. 43-57).

Am 30. März 1927 äußerte sich Hitler in München ausgesprochen positiv über Mussolini und dessen "imperialistische" Politik und ließ dabei durchblicken, daß ein Bündnis zwischen Deutschland und Italien nicht an der Südtirolfrage scheitern dürfe[28]. Diese Verteidigung Mussolinis führte zu einem Angriff auf Hitler in einem offenen Brief der "Deutsch-völkischen Arbeitsgemeinschaft für Südtirol"[29]. Dieser offene Brief wurde im Wahlkampf 1930 vom "Bund Deutscher Aufbau" in einer kleinen Broschüre "Geheimdokumente" abgedruckt - eine Broschüre, die nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler auf die "Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums" gesetzt wurde[30]. In der Zeit der späten zwanziger Jahre dagegen, konnte Hitler die Frage nicht so einfach übergehen.

Auch im Jahr 1928 stand die Südtiroler Frage im Vordergrund der deutschen Öffentlichkeit. Im Februar erregte sich die öffentliche Meinung besonders in Österreich über die Einführung der italienischen Sprache im Religionsunterricht in Südtirol. Auf eine scharfe Rede des Bundeskanzlers Ignaz Seipel blieb Mussolini eine Erwiderung nicht schuldig und beantwortete sie überdies mit einer zeitweiligen Abberufung des Gesandten Giacinto Auriti aus Wien. Seit März entbrannte um die Südtiroler Frage eine Pressekampagne, an der die deutsche Öffentlichkeit und Presse lebhaft teilnahmen, bis die Beilegung des Konflikts durch das Zurückweichen Seipels Anfang Juli 1928 zu einer Beruhigung führte. Der Völkische Beobachter konnte diese, für die NSDAP wohl etwas peinlichen Vorgänge nicht ganz verschweigen. Als der Konflikt begann, berichtete der Völkische Beobachter darüber recht sachlich (am 20. Januar, 24. und 25. Februar), versuchte aber gleichzeitig, die Ereignisse zu bagatellisieren (siehe den "Reisebrief aus Italien" im Völkischen Beobachter vom 17. Januar). Am 3. Februar ergriff Rosenberg in einem Artikel "Wien und Rom" das Wort: Alles sei ein Vorwand für die Hetze der Juden und Marxisten gegen Italien. Am 6. März kommentierte Rosenberg Mussolinis Rede vom 4. März etwas negativer. Er glaubte, Mussolini sei "schlecht beraten gewesen"; er habe seinen und Deutschlands Feinden mit seinen scharfen Worten in die Hände gearbeitet. Schon am nächsten Tag hatte Rosenbergs Leitartikel wieder einen ganz anderen Klang. Unter der Schlagzeile "Der marxistische Weltbetrug an Südtirol" behauptete er, daß die internationalen Presseagenturen die Rede Mussolinis entstellt hätten; es handele sich im Grunde nur um

28 Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926 - Mai 1928, Teil 1: Juli 1926 - Juli 1927. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 94.

29 Diese, in Berlin von Lindemann und Lüdecke 1930 gedruckte Broschüre ist im Wiener Library Catalogue Series No. 2, From Weimar to Hitler, Germany 1918-1933, London 1951, als Nr. 1150 verzeichnet.

30 Siehe die Liste, Stand vom 31.12.1938, Leipzig 1939, S. 44.

eine Hetze gegen Italien, die im Deutschtum Südtirols ein Mittel zum Kampf gegen Mussolini sehe. Ähnliche Artikel erschienen in den folgenden Wochen (z. B. am 9. und 14. März), und am 11. April kommentierte Rosenberg zustimmend eine von einem Dr. Eduard Melkus, Wien, stammende Befürwortung eines deutsch-italienisch-ungarischen Bündnisses, welches der Südtiroler Agitation durch die darauf folgende Erleichterung des Anschlusses und durch italienische Konzessionen in Südtirol ein Ende bereiten würde.

Inzwischen hatte in Deutschland für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 der Wahlkampf begonnen. Gustav Stresemann kandidierte in Bayern, wo Hitler ihn in einer Rede am 17. April in München angriff[31]. Unter dem Titel "Stresemann - der Kandidat von Frankreichs Gnaden" leierte er die bekannte Melodie in der üblichen Tonart vor seinen begeisterten Anhängern herunter. Die Politik sei der Kampf um die Ernährungsgrundlage des Volkes; Deutschlands Raumnot könne nicht durch die Wirtschaft behoben und dürfe nicht durch Auswanderung ausgeglichen werden. Frankreich sei der Erbfeind. Stresemann führe Deutschland nach Frankreichs Wünschen ins Verhängnis. Sodann erläuterte Hitler die Agitation gegen ihn am Beispiel der Südtiroler Frage: "Es ist genau das gleiche Spiel wie mit Südtirol: Ein großes Tam-Tam-Geschrei, aber wenn ein Andreas Hofer aufsteht, soll er sich hüten, daß er auf der Flucht nicht nach Deutschland kommt, sonst wird er verhaftet und ausgeliefert."[32] Als Stresemann am 25. April vor einer Münchener Wahlversammlung sprach, wurde er von Nationalsozialisten niedergeschrien[33]. Hitlers spätere Wahlreden bewegten sich in den gewohnten Geleisen: Lebensraum, nicht Wirtschaft, Internationalismus oder Pazifismus, sondern Kampf, Macht, Blutswert, Persönlichkeitswert usw.[34].

In den letzten Tagen des Wahlkampfes wurde aber die Südtirolfrage gegen die Nationalsozialisten ins Feld geführt. Diese Angriffe gipfelten in den am Wahltag - dem 20. Mai - in München von der SPD angeschlagenen Plakaten "Adolf Hitler entlarvt", mit Behauptungen über angebliche finanzielle Unterstützung Mussolinis für Hitler und Franz Ritter von Epp (Spitzenkandidat der NSDAP) für deren Agitation zugunsten eines Verzichts auf Südtirol. Hitler und Epp stellten Strafantrag[35]. Es folgte hierauf, aber erst in den Jahren 1929/30, ein langer und aufregender Prozeß[36], in dem als Hauptzeuge ein Werner Abel auftrat, der 1935 in Dachau ermordet wurde. Die Zuverlässigkeit von Abels Angaben haben wir hier nicht zu prüfen. Hitler jedenfalls wollte auf die Angaben sofort antworten. Bereits am 19. Mai hatte er über die Südtiroler Frage in München gesprochen[37], und zwar in Ausführungen, die sehr de-

---

31 Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926 - Mai 1928, Teil 2: August 1927 - Mai 1928. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 258.

32 Ebenda, S. 785.

33 Vgl. VB vom 27.-30.4.1928 sowie Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. III: Von Thoiry bis zum Ausklang, Berlin 1933, S. 281 ff.

34 Bd. II/2, Dok. 261, 263, 265, 267-272, 274, 276, 277.

35 Vgl. VB vom 22.5.1928.

36 Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 2: März 1929 - Dezember 1929. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit, München 1994, Dok. 34, 35 sowie Teil 3: Januar 1930 - September 1930. Hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann, München 1995, Dok. 13. Dort auch weiterführende Literatur.

37 Druck: Bd. II/2, Dok. 278.

nen ähneln, die sich in dem vorliegenden Manuskript finden. Nicht die Nationalsozialisten, sondern die Juden und Marxisten hätten Südtirol verraten. Italien und Deutschland müßten zusammengehen. Überhaupt seien die Grenzen von 1914 kein vernünftiges Ziel für einen neuen Krieg. Ein Anwesender, der in Zwischenrufen für Südtirol plädierte, wurde hinausgeworfen. Gleichzeitig wurde eine Versammlung der NSDAP für den 23. Mai 1928 im Bürgerbräukeller angezeigt; in dieser würde Hitler gegen die Verleumdungen bezüglich Südtirol ausführlich Stellung nehmen.

In dieser Rede wiederholte Hitler viele der in "Mein Kampf" schon vorgetragenen Gedanken[38]. Er behauptete, die Marxisten und Juden seien Deutschlands Feinde, die Italien als den einzigen autoritär regierten Staat bekämpften. Ähnlich werde auch Japan als Ruhestörer im Fernen Osten angegriffen. Rückschauend behauptete er, die Sozialdemokraten hätten Südtirol verraten; für die Deutschen im Elsaß, Sudetenland, usw. hätten sie nichts übrig, nur um die Südtiroler Deutschen machten sie Radau, wohl aus der Angst, daß auch in Deutschland eine nationale Bewegung siegen werde. Wie immer verwarf Hitler die Grenzen von 1914 als ungenügende Ziele, um die ein Krieg nicht geführt werden dürfe. "Ich glaube, daß ich Tatkraft genug besäße, unser Volk auch zum blutigen Einsatz zu führen, aber nicht für eine Grenzregulierung, sondern *zur Rettung in fernste Zukunft* hinein, damit es so viel Boden und Grund erhält, daß ein Vielfaches des Bluteinsatzes der Nachwelt zurückgegeben werden kann." Alles müßte auf die Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich abgestimmt sein. "Wenn heute der Satan käme und sich mir als Verbündeter antragen würde gegen Frankreich, würde ich ihm die Hand geben ..." Auf Satan wollte Hitler aber anscheinend nicht warten, denn er erklärte, daß Italien und vielleicht England an einem Krieg gegen Frankreich interessiert sein würden. Die Südtiroler aber sollten als Brücke zwischen Italien und Deutschland dienen, bis die beiden zusammen zum Kampf gegen Frankreich antreten könnten[39].

Im Juli wurde der Konflikt über die Südtirolfrage zeitweilig beigelegt. Das wurde von den Nationalsozialisten auf der einen Seite begrüßt, weil es der Hetze gegen Italien die Spitze abbreche[40], auf der anderen Seite zu einem Angriff auf Seipel benutzt[41]. Rudolf Heß schloß die Behandlung des Themas mit einem Artikel "Hitler, Südtirol und die völkische Presse" am 27. Juli ab. Mit den üblichen Argumenten wies er die Angriffe der völkischen sowie der anderen Presse auf Hitler zurück. Hitler selbst sprach in der Öffentlichkeit nach dem 23. Mai mehrere Wochen überhaupt nicht[42]. Lediglich am 6. Juli sprach er kurz auf einer Münchener Werbeversammlung für die SA[43]. Aber seine erste große Rede seit dem 23. Mai war die Berliner

38 Ebenda, Dok. 280. Die folgende Anspielung auf Japan bezieht sich auf die Kämpfe zwischen japanischen und nationalchinesischen Truppen auf der Schantung-Halbinsel im Mai 1928. Anfang Juni ermordeten die Japaner den Marschall Chang Tsolin in der Mandschurei. Vgl. Paul S. Dull, The Assassination of Chang Tsolin. In: Far Eastern Quarterly 11 (1952), S. 453-463; Seki Hiroharu, The Manchurian Incident, 1931. In: James W. Morley (Hrsg.), Japan Erupts. The London Naval Conference and the Manchurian Incident, 1928-1932, New York 1984, S. 139-230.

39 Hitler erwähnte in dieser Rede auch die Zerstörung des Bromberger Bismarck-Turmes, und ein solcher Hinweis findet sich auch im vorliegenden Manuskript.

40 Vgl. VB vom 6.7.1928. Ferner VB vom 13.7.1928.

41 Vgl. VB vom 21.7.1928.

42 Vgl. Bd. II/2 und Bd. III/1.

43 Druck: Bd. III/1, Dok. 1.

Rede zur Außenpolitik am 13. Juli. Diese Rede enthält lange Ausführungen, die denen des Dokuments inhaltlich, teilweise sogar wörtlich entsprechen[44].

Dieser kurze Überblick über die politischen Vorgänge während der ersten Hälfte des Jahres 1928 erlaubt uns, die Motive Hitlers für die Abfassung des hier veröffentlichten Manuskriptes zu erschließen. Der gesamte Inhalt greift so ineinander, daß eine längere zeitliche Unterbrechung des Diktats höchst unwahrscheinlich ist. Da aber Hitler während des Wahlkampfes kaum Zeit für eine solche Arbeit gehabt haben wird, darf angenommen werden, daß er das Buch erst nach der Wahl vom 20. Mai begonnen hat. Diese Wahl hatte den Nationalsozialisten 840.000 Stimmen und zwölf Reichstagssitze von 30.738.000 gültigen Stimmen und 401 Sitzen gebracht. Wenn auch von den Nationalsozialisten als Sieg gefeiert[45], zeigte das Ergebnis doch, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis ein wirklich großer Teil der Wählerschaft sich zum Hakenkreuz bekennen würde. Die Schlußfolgerung, daß die außenpolitische Linie der Partei hieran wenigstens zum Teil die Schuld trage, lag auf der Hand; denn wenn Hitler das Resultat der Wahl analysierte, mußte er an die letzten Tage des Wahlkampfes - und damit an die Südtiroler Frage - denken. Dies macht es verständlich, warum er im Vorwort des Textes die "Südtiroler Broschüre"[46] anspricht und erklärt den Hinweis, daß es ihm "im Laufe der letzten 2 Jahre immer klarer" geworden sei, daß die damalige Schrift schon nationalsozialistische Erkenntnisse beim Leser voraussetze. Die notwendige grundsätzliche Beweisführung für die Richtigkeit seiner Auffassung wollte er jetzt nachholen, "denn die Angriffe der Gegner haben sich in den letzten Jahren nicht nur verstärkt, sondern es ist durch sie auch das große Lager der Indifferenten bis zu einem gewissen Grade mobilisiert worden". Es kann also als gesichert angenommen werden, daß Hitler in den letzten Wochen des Juni und der ersten Woche des Juli 1928 dieses Buch diktierte[47].

III. Zum Inhalt des Buches

Betrachtet man das Buch als Ganzes, so sind sofort Hitlers bekannte Hauptthemen in all ihren Wiederholungen zu erkennen. In der Geschichte sieht er nur den Kampf um Lebensraum nach den Regeln des rassischen Determinismus. Der letzte große Kampf, der Weltkrieg, wurde nicht zur rechten Zeit von Deutschland angefangen und dann infolge des Dolchstoßes verloren. Daß das deutsche Heer militärisch besiegt war und im Weiterkämpfen nur der bedingungslosen Kapitulation entgegensah, will er (wie viele andere) nicht wahrhaben, weil es mit seinem Wunschbild nicht zusammenpaßt. Daß gerade die Struktur, die Bismarck dem Reich gegeben hatte, das Emporkommen eines großen Volksführers durch das systematische Fernhalten der Parteipolitiker von verantwortlichen Positionen unmöglich machte, während in England und Frankreich der parlamentarische Prozeß solche Männer an die Führung brachte, will er aus denselben Gründen nicht eingestehen. Genau wie das Geschichtsbild durch Wahnvor-

44 Druck: Ebenda, Dok. 2.

45 Vgl. Hitlers Rede am 20.5.1928 in München. Druck: Bd. II/2, Dok. 279.

46 Vgl. Anm. 8.

47 In diese Zeit fiel auch die Entscheidung, im Jahr 1928 keinen Parteitag, sondern eine General-Mitgliederversammlung und Führertagung zu halten. Vgl. Bd. III/1, Dok. 3, 12-22.

stellungen getrübt ist, so verbauten diese auch den klaren Blick in die Zukunft. Aus dem Irrtum, daß England 1914 den Weltkrieg aus wirtschaftlichen Gründen entfacht und durchgefochten habe, stammt folgerichtig der ebenso falsche Glaube, Deutschlands Verzicht auf eine große Rolle im Welthandel werde im nächsten Kriege England an Deutschlands Seite bringen. Weil nur das "nordische" Element in Rußland staatsbildend gewesen sei und dieses Element durch die Revolution vernichtet wurde, können die überlebenden Slawen angeblich keinen Staat bauen, usw.

In Gegenwart und Zukunft sieht und proklamiert Hitler den Kampf gegen die Juden und für die Raumgewinnung im Osten[48]. Dieses waren zeitlebens seine Hauptideen. Immerhin mag auffallen, daß die Judenfrage in dem vorliegenden Manuskript von relativ geringerer Bedeutung zu sein scheint als die Raumfrage. Man weiß jedoch, welch zentrale Rolle sie für ihn gespielt hat; nicht nur in "Mein Kampf", sondern auch in seinen Äußerungen der zwanziger Jahre kehrt sie immer wieder[49]. Auf der gleichen Linie lag es, wenn Hitler am 3. Februar 1933 den Generälen den Zweck der neu aufzubauenden Wehrmacht erklärte: "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung."[50] Man wird gleichwohl nie übersehen dürfen, daß in die Raum- und die Germanisierungsfrage die Judenvernichtung als integraler Teil eingeschlossen war. Am Ende seines Lebens wies Hitler noch einmal auf den Zusammenhang dieser Themen hin, als berechtigt im Rückblick und gültig für die Zukunft[51].

Wenn das hier veröffentlichte Dokument zu diesen Hauptthemen etwas Neues beizutragen hat, so ist es (insbesondere in Kapitel IX) die Betonung der Notwendigkeit einer späteren großen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten, die übrigens sehr viel positiver beurteilt werden als in anderen Zeugnissen[52]. Selbstverständlich nimmt die Südtiroler Frage einen besonders großen Raum ein. Sie wird nicht ohne Zweideutigkeit behandelt, indem Hitler zwar die Südtiroler als nicht "lohnend" abschüttelt, aber dabei soviel Volkstumspathos als möglich einfließen läßt. Im weiteren Verlauf der Entwicklung waren die Südtiroler, soweit wir heute wissen, die erste deutsche Volksgruppe, die er schon 1937 umzusiedeln bereit war[53]. Zuerst wollte er sie nach Deutschland oder ins besetzte Polen umsiedeln. Später sollten sie auf die Krim verpflanzt werden[54]. Am 1. Juli 1943 erklärte Hitler den Heeresgruppenbefehlshabern der Ostfront, daß seine Haltung in der Südtirolfrage "zunächst [...] wirklich nicht Taktik, sondern [...] wirkliche Überzeugung" gewesen sei[55]. Drei Monate später leitete er durch die

48 Der ganze Komplex wird eindrucksvoll beschrieben durch Andreas Hillgruber, Die 'Endlösung' und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 252-275.

49 Im Sachregister von Jäckel/Kuhn, Hitler, nimmt die Judenfrage mehr Platz ein als irgendein anderes Thema.

50 Die einschlägigen Quellen sind zitiert in Weinberg, The Foreign Policy 1933-1936, S. 26 f.

51 Im politischen Testament und im Nachwort zu diesem Testament, vgl. Anm. 10.

52 Vgl. hierzu Gerhard L. Weinberg, World in the Balance. Behind the Scenes of World War II, Hanover, N. H. 1981, S. 53-95, und ders., Why Hitler Declared War on the United States. In: MHQ: The Quarterly Journal of Military History (Spring 1992), S. 18-23.

53 Gerhard L. Weinberg, The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939, Chicago 1980, S. 270 f., 286 f.

54 Vgl. Alexander Dallin, German Rule in Russia 1941-1945. A Study of Occupation Policies, London 1957, S. 255 ff. und die dort angeführten Quellen.

55 Hitlers Ansprache vom 1.7.1943 ist in Auszügen ediert bei: Helmut Krausnick, Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. In: VfZ 2 (1954), S. 305-312, hier S. 311.

Gründung der "Operationszone Alpenvorland" die Annexion Südtirols an Deutschland in die Wege. Man wird kaum fehlgehen in der Annahme, daß für Hitler die Südtiroler wie alle anderen Menschen nur Mittel zum Zweck, dem hemmungslosen Kampf um die hemmungsfreie Macht, waren.

IV. Warum wurde das Manuskript nicht veröffentlicht?

Die Existenz des Dokuments wirft natürlich die Frage auf, warum es der Eher-Verlag damals nicht veröffentlicht hat. Aus dem Text selbst ergibt sich, daß ein Buch, nicht eine geheime Niederschrift beabsichtigt war, und als solches bezeichnete es auch Heß in seinem schon zitierten Brief. Es ist auch klar, daß nach dem Diktat keine Überarbeitung, Revision oder Korrektur, wie es mit den Bänden von "Mein Kampf" geschehen war, stattgefunden hat. Das Manuskript wurde in der ersten Fassung beiseite gelegt und weder sofort noch später zur Drucklegung vorbereitet[56]. Sichere Beweise, warum das gesamte Buch nie erschien, gibt es nicht. Es können aber einige naheliegende Gesichtspunkte als mögliche Gründe angeführt werden.

Es ist sehr wohl möglich, daß Amann wegen der Ereignisse des Sommers 1928 dazu riet, von einer Veröffentlichung wenigstens vorläufig abzusehen. Als Direktor des Eher-Verlages wußte er, daß "Mein Kampf" gerade in diesem Jahr sehr schwer zu verkaufen war; es war das schlechteste Jahr seit dem Erscheinen des ersten Bandes - nur 3.015 verkaufte Exemplare sind im Honorar-Buch vermerkt[57]. Ein neues Buch Hitlers wäre sofort mit "Mein Kampf" in Konkurrenz getreten. Die Partei mußte sowieso schon gerade zu dieser Zeit den jährlichen Parteitag aus finanziellen Gründen ausfallen lassen; konnte man da erwarten oder verlangen, daß der parteieigene Verlag ein Buch herausbringen sollte, das den Verkauf des nur langsam zu vertreibenden zweiten Bandes von "Mein Kampf" fast unmöglich gemacht hätte? Max Amann wurde von seinem Kriegskameraden Hitler später immer als besonders geschäftstüchtig gerühmt[58]. Vielleicht hat er, der den Inhalt des alten wie des neuen Buches kannte, Hitler den Gedanken einer Veröffentlichung, wenigstens zum damaligen Zeitpunkt, ausgeredet.

Eine weitere Ursache für die Nichtveröffentlichung dürfte darin bestanden haben, daß schon nach kurzer Zeit im Manuskript größere Revisionen unvermeidlich gewesen wären. Vom Sommer 1929 an stand die NSDAP im Kampf gegen den (im Manuskript natürlich nicht erwähnten) Young-Plan. Stresemann, der im Manuskript als Hauptgegner erscheint, starb im Oktober 1929. Danach überstürzten sich die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse. Unter diesen Umständen hätte Hitler schwerlich Zeit für die notwendige Überarbeitung des Manuskripts gefunden.

Auch andere Rücksichten mögen dazu beigetragen haben, eine Veröffentlichung inopportun erscheinen zu lassen. Im Jahre 1928 war Alfred Hugenberg Führer der Deutschnationalen

56 Eine Ausnahme bildet ein Abschnitt aus Kapitel VIII, der als Aufsatz Hitlers, jedoch ohne einen Hinweis auf das zugrundeliegende Manuskript, im Juni 1930 in den "Nationalsozialistischen Monatsheften" erschien. Vgl. Kap. VIII, S. 66-72 mit Anm. 13, 40.

57 Honorar-Buch des Eher-Verlages. Vgl. Hale, Adolf Hitler: Taxpayer.

58 Vgl. die Tischgespräche, Trevor-Roper-Ausgabe, S. 329 ff., 346 f., 464 f., 479; Ritter-Ausgabe, S. 280 f.; Jochmann-Ausgabe, S. 146, 292, 305 f.; Schramm-Ausgabe, S. 317, 343 sowie Walter Petwaidic, Die autoritäre Anarchie. Streiflichter des deutschen Zusammenbruchs, Hamburg 1946, S. 45; Hale, The Captive Press, S. 22.

Volkspartei geworden. Ein ebenso grimmiger wie beschränkter Feind der Republik, verband er sich im folgenden Jahr mit Hitler und unterstützte den Aufstieg der NSDAP im Rahmen des Volksbegehrens gegen den Young-Plan. Zu dieser Zeit waren die Ergüsse des Manuskripts über die bürgerlichen Politiker wenig sinnvoll. Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, daß gerade damals - und zwar wohl aus ähnlichen Rücksichten - eine der wenigen sachlichen Änderungen im Text von "Mein Kampf" vorgenommen worden ist, indem ein Ausfall gegen die deutschen Spießbürger gestrichen wurde[59].

In seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe dieses Manuskriptes erwähnte Hans Rothfels auch die Möglichkeit, daß außenpolitische Rücksichten Hitler zum Entschluß der Nichtveröffentlichung bewogen haben können. Auch in der schon zitierten Bemerkung Speers wird die Nichtveröffentlichung durch Hitler mit "außenpolitischen Gründen" erklärt[60]. Die offene Befürwortung eines neuen Krieges zur Eroberung riesiger Gebiete und die immer wiederkehrende Verwerfung der Grenzen von 1914 als Ziele der deutschen Politik mögen insbesondere in den ersten Jahren nach 1933 Hitler für eine Veröffentlichung seiner einstigen "Außenpolitischen Standortbestimmung" inopportun erschienen sein.

Die vorstehenden Vermutungen, die sich aus sorgfältiger Prüfung der Zeitumstände und des Inhalts des Dokuments ergeben, bieten immerhin einige Gesichtspunkte zur Beantwortung der Frage, warum das Manuskript zu Hitlers Lebzeiten nicht veröffentlicht wurde, ohne sie doch völlig lösen zu können.

V. Warum den Text jetzt wieder veröffentlichen?

Schon in der Einleitung der Erstveröffentlichung dieses Manuskripts verwarf ich den Einwand, daß es Wasser auf die Mühlen eines Neonazismus lenken könne. Diejenigen, die auch heute noch den Wahnvorstellungen Hitlers verfallen sind, werden in dieser Lektüre kaum ein Stärkungsmittel finden. Aus den vielen Wiederholungen wird sich kaum Anlaß zur Verherrlichung ergeben. Worin liegt aber der positive Wert der Neuveröffentlichung des Manuskripts im Rahmen der Edition "Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933"?

---

59 Vgl. Hermann Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers Mein Kampf. In: VfZ 4 (1956), S. 161-178, insbesondere S. 175. Hitlers Ausführungen zur Südtiroler Frage werden in Mein Kampf, Bd. II, (S. 283) und in dem schon besprochenen Sonderdruck des 13. Kapitels (Vgl. Bd. I, Dok. 100, hier S. 284) wie folgt eingeleitet: "Jawohl, Südtirol. Wem von unseren Spießbürgern brennt dabei nicht gleich die Flamme der hellen Empörung aus dem geistreichen Gesicht! Wenn ich mich hier an dieser Stelle gerade mit dieser Frage beschäftige ..." In den Ausgaben von "Mein Kampf" von 1930 an fehlt der Satz: "Wem von unseren Spießbürgern ... Gesicht!" Die erste englische Ausgabe (New York 1939) folgt dem alten Text (S. 911); die Übersetzung von Ralph Manheim (Boston 1943) folgt der späteren Version (S. 626). Konrad Heiden berichtet, daß Hitler 1929 oder 1930 an einem Manuskript über das Verhältnis der Kunst zur Rasse arbeitete. Viele der Ideen ähnelten den von Rosenberg im "Mythus des 20. Jahrhunderts" im Oktober 1930 aufgestellten Thesen. Wegen des durch Rosenberg ausgelösten Streites entschloß sich Hitler, sein Manuskript nicht zu veröffentlichen (Konrad Heiden, Der Fuehrer. Hitler's Rise to Power, Boston 1944, S. 363 und 365).

60 Speer machte diese Bemerkung zu einer Zeit, als das Geleitwort von Hans Rothfels noch nicht veröffentlicht war. Da aber nicht genau feststeht, welchen Bericht über die bevorstehende Veröffentlichung Speer im Gefängnis erhalten hatte oder einsehen konnte, muß die Möglichkeit einer Beeinflussung offen bleiben.

Das Dokument bringt wenig grundsätzlich Neues, bezeugt aber gerade deshalb das Fehlen jeder wirklichen Entwicklung in Hitlers Weltanschauung zwischen der Niederschrift von "Mein Kampf" und der Machtergreifung. Es stellt eine wichtige Quelle für diese Zeitspanne dar, die einen unverstellten Blick auf Hitlers Ideologie wie auf seine Person ermöglicht. Es haben wenige Menschen die moderne Welt so einschneidend beeinflußt wie er. Die Irrgänge seiner Gedankenwelt können auch anderswo verfolgt werden, hier aber treten sie dem Leser unkorrigiert und niemals von Hitler überarbeitet vor Augen. In einer Zeit, in der die meisten seine Bewegung für unwichtig hielten oder übersahen, nach den Wahlen, die ihm knapp drei Prozent der Wählerstimmen gebracht hatten, diktierte Hitler seinem ehemaligen Kriegsgefährten ein Buch in die Schreibmaschine, das in vielem Gedankengänge jener Jahre - häufig genug in Form der Rede - wiederholt. Für das Verständnis der Person Hitlers im Kampf um die Macht in Deutschland sowie seiner späteren Politik als Reichskanzler leistet das Studium dieses Materials einen gewichtigen Beitrag[61].

Darin liegt auch die Gegenwartsbedeutung dieser Wiederveröffentlichung. Vieles ist in den letzten Jahren in Vergessenheit geraten; die Probleme des heutigen Tages beanspruchen die Aufmerksamkeit, die Quellen des Unglücks werden dabei oft übersehen. Sie liegen aber nicht nur in der Person Hitlers, sondern auch darin, daß ein Mann Vorstellungen und Überzeugungen, wie sie in diesem Buch entwickelt werden, jahrelang in öffentlicher Rede äußerte, daß Tausende Eintrittsgeld zahlten, um ihn zu hören, und daß Millionen hierfür ihre Stimmen gaben. Nur wenn unser historisches Bemühen immer wieder mit dieser Wirklichkeit konfrontiert wird, und das ganz besonders in den neuen deutschen Bundesländern, in denen die Vergangenheit durch ideologische Vorurteile jahrzehntelang verschleiert wurde, kann diese "bewältigt" werden. In Wahrheit ist Deutschland und der Rest der Welt noch lange nicht mit Hitler als Person und Symbol ins reine gekommen. Wenn Shakespeare sagte, "des Menschen schlechte Taten überleben ihn, die guten nimmt er mit ins Grab", so ist Hitlers Grab leer, aber die Folgen der Schreckenstaten wirken weiterhin nach. Nur vertieftes Verständnis des Bösen kann der Menschheit helfen, mit diesen Folgen moralisch fertigzuwerden; möge die Wiederveröffentlichung hierzu beitragen.

---

61 Es ist daher kaum erstaunlich, daß Bücher wie: Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991 sowie ders., Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart [3]1991, sehr oft das "Zweite Buch" zitieren.

Zur Edition

Der Text ist vollständig und in der Reihenfolge der Abschnitte des Originals veröffentlicht. Buchstabenverstellungen und andere offensichtliche Tippfehler, auch orthographische und Interpunktionsfehler wurden stillschweigend korrigiert. Alle für den Verfasser charakteristischen Unebenheiten der Syntax und des Stils blieben dagegen unangetastet. Die Absätze entsprechen der Vorlage. Abkürzungen, die aus der Schnelligkeit des Diktats herzuleiten sind - wie z. B. "bürgerl." für "bürgerliche" usw. -, wurden aufgelöst. Von den im Manuskript enthaltenen Korrekturen ist neben der endgültigen Fassung auch die jeweilige Streichung (in runder Klammer) wiedergegeben, wenn sich aus ihr irgendeine Variante des Gedankengangs oder sprachlichen Ausdrucks ergibt. Fehlende Worte oder sinnentstellende Fehler sind, wo es nötig schien, [*in eckiger Klammer und kursiver Schrift*] sinngemäß ergänzt bzw. richtiggestellt worden. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Die Einteilung der Kapitel entspricht der Vorlage. Die ersten Seiten sind auch im Original als "Vorwort" bezeichnet. Danach sind die Kapitel nur durch Striche abgeteilt. Die Numerierung sowie die Titel stammen von Gerhard L. Weinberg und sind daher [*in eckige Klammern und kursiver Schrift*] gesetzt. Sonstige Änderungen des Stils oder der Gliederung wurden nicht vorgenommen. Das als Anlage veröffentlichte Dokument lag dem Original-Manuskript in Alexandria, Virginia, bei; die Übersetzung stammt von Gerhard L. Weinberg.

Die Anmerkungen sind - wie in den übrigen Bänden dieser Edition - in erster Linie als Verständnis- und Arbeitshilfe gedacht. Neben den rein textkritischen Anmerkungen sollen die Sachanmerkungen kurze Informationen zu konkret benannten Ereignissen, Zahlenangaben, Zitierungen oder Personen liefern. Ihre Aufgabe kann weder eine Korrektur der zentralen Hitlerschen Ideologeme sein, noch ein Vergleich mit der von Hitler später realisierten Politik; vielmehr soll vor allem jene Zeit, in der das Dokument entstanden ist, ihre Gegenwart und Vergangenheit, den Bezugsrahmen für eine wissenschaftlich fundierte Kommentierung bilden. Die geistige Auseinandersetzung mit Hitler kann diese Edition selbst nicht leisten, wohl aber nachhaltig fördern.

Das Dokument

VORWORT

Im August 1925 legte ich anläßlich der Niederschrift des 2. Bandes (Mein Kampf) in der durch die Verhältnisse gebotenen Kürze die Grundgedanken einer nationalsozialistischen deutschen Außenpolitik nieder[1]. Im Rahmen dieser Arbeit behandelte ich besonders das Südtiroler Problem, das für die Bewegung der Anlaß ebenso heftiger wie unmotivierter Angriffe war [*sic!*]. Im Jahre 1926 sah ich mich gezwungen, diesen Teil des 2. Bandes als Sonderdruck erscheinen zu lassen[2]. Ich glaubte nicht, dadurch jene Gegner zu bekehren, die in der Südtiroler Hetze ein erwünschtes Mittel des Kampfes gegen die verhaßte nationalsozialistische Bewegung überhaupt sahen. Diese Menschen können nicht eines Besseren belehrt werden, weil für sie nicht die Frage Wahrheit oder Irrtum, Recht oder Unrecht überhaupt eine Rolle spielt. Sowie eine Angelegenheit geeignet erscheint, für ihre zum Teil parteipolitischen, zum Teil sogar höchst persönlichen Interessen verwendet zu werden, scheidet für diese Menschen die Wahrhaftigkeit oder Richtigkeit einer solchen Sache vollständig aus. Dies ist um so mehr der Fall, wenn dadurch einer allgemeinen Erhebung unseres Volkes Abbruch getan werden kann. Denn die Männer der Vernichtung Deutschlands aus der Zeit des Zusammenbruchs[3] sind seine heutigen Regenten, und ihre Gesinnung von damals hat sich bis jetzt in nichts geändert. So wie sie damals kalten Herzens um parteidoktrinärer Vorstellungen oder eigener Vorteile wegen Deutschland opferten, so hassen sie heute jeden, der ihren Interessen widerspricht und mag er auch tausendmal alle Gründe eines deutschen Wiederaufstiegs für sich haben. Ja noch mehr. Sowie sie glauben, eine Wiedererhebung unseres Volkes durch einen bestimmten Namen vertreten zu sehen, pflegen sie gegen alles Stellung zu nehmen, was von einem solchen Namen ausgehen könnte. Die nützlichsten Vorschläge, ja selbstverständliche Anregungen werden dann boykottiert, einfach nur deshalb, weil ihr Träger als Name in Verbindung gebracht erscheint mit allgemeinen Gedanken, die sie aus ihrem parteipolitischen und persönlichen Gesichtskreis heraus bekämpfen zu müssen vermeinen. Solche Menschen aber bekehren zu wollen, ist (unmögl) aussichtslos.

Als ich daher im Jahre 1926 meine damalige Südtiroler Broschüre in Druck gab, glaubte ich natürlich keine Sekunde daran, damit einen Eindruck auf diejenigen ausüben zu können, die schon infolge ihrer allgemeinen weltanschaulichen und politischen Einstellung in mir den grimmigsten Feind erblicken. Ich hatte aber damals die Hoffnung, daß wenigstens ein Teil der nicht von vorneherein böswilligen Gegner unserer nationalsozialistischen Außenpolitik unsere Auffassung auf diesem Gebiete prüfen und darnach erst urteilen würde. Dies ist auch ohne

---

1 Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. I: Eine Abrechnung, München 1925, Bd. II: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927. Hier Bd. II, Kapitel 13: "Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege", S. 261-300, und Kapitel 14: "Ostorientierung oder Ostpolitik", S. 301-331.

2 Adolf Hitler, Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem, München 1926. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP, Februar 1925 - Juni 1926. Hrsg. und kommentiert von Clemens Vollnhals, München 1992, Dok. 100. (Die einzelnen Bände dieser Edition werden noch einmal ganz zitiert, ansonsten wird auf die jeweiligen Dokumente nur mit Band- und Dokumentennummer verwiesen.)

3 Anspielung auf die revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich im November 1918.

Zweifel in zahlreichen Fällen geschehen. Ich kann heute mit Genugtuung darauf hinweisen, daß eine sehr große Anzahl von auch im öffentlichen politischen Leben stehenden Männern ihre bisherige Haltung zur deutschen Außenpolitik einer Revision unterzogen haben. Und selbst, wenn sie im einzelnen nicht glaubten, auf unseren Standpunkt treten zu können [*sic!*], so haben sie doch die ehrenhaften Absichten, die uns dabei leiten, anerkannt. Freilich wurde mir selbst im Laufe der letzten 2 Jahre immer klarer, daß meine damalige Schrift eigentlich doch schon auf allgemein nationalsozialistischen Erkenntnissen als Voraussetzung aufgebaut ist. Daß viele nicht folgen, weniger aus schlechtem Wollen heraus als vielmehr aus einem gewissen Nichtkönnen. Es war damals nicht möglich, innerhalb der enggezogenen Grenzen eine wirklich grundsätzliche Beweisführung für die Richtigkeit unserer nationalsozialistischen außenpolitischen Auffassung zu geben. Ich fühle mich heute gezwungen, dies nachzuholen. Denn die Angriffe der Gegner haben sich in den letzten Jahren nicht nur verstärkt, sondern es ist durch sie auch das große Lager der Indifferenten bis zu einem gewissen Grade mobilisiert worden. Die Hetze, die seit 5 Jahren planmäßig gegen Italien getrieben wird, droht langsam Früchte zu tragen, an denen die letzten Hoffnungen einer deutschen Wiederauferstehung sterben und vernichtet werden können.

So, wie schon öfter in anderen Dingen steht heute die nationalsozialistische Bewegung in ihrer außenpolitischen Einstellung innerhalb des deutschen Volkes und seines politischen Lebens vollkommen vereinsamt und vereinzelt da. Zu den Angriffen der allgemeinen Feinde unseres Volkes und Vaterlandes im Inneren gesellt sich die sprichwörtliche Dummheit und Unfähigkeit der bürgerlich nationalen Parteien, die Indolenz der breiten Masse und als besonders mächtiger Verbündeter die Feigheit. Jene Feigheit, die wir heute bei all denen beobachten können, die ihrem ganzen Wesen nach unfähig sind, der marxistischen Seuche einen Widerstand entgegenzusetzen und die sich aus diesem Grunde geradezu glücklich schätzen, ihre Stimme der öffentlichen Meinung in einer Angelegenheit vorzuführen, die weniger gefährlich ist als der Kampf gegen den Marxismus und die trotzdem nach so etwas Ähnlichem aussieht und klingt. Denn indem sie heute ihr Südtiroler Geschrei erheben, scheinen sie ebensosehr nationalen Kampfinteressen zu dienen, als sie umgekehrt damit am ehesten jeden wirklichen Kampf gegen die ärgsten Feinde der deutschen Nation im Inneren aus dem Wege gehen können. Es ist für diese vaterländischen, nationalen und auch zum Teil völkischen Kämpen immerhin wesentlich leichter, in Wien und München ihr Kriegsgeschrei gegen Italien loszulassen unter wohlwollender Förderung und im Verein mit marxistischen Volks- und Landesverrätern als gegen diese selber einen ernstlichen Kampf auszufechten. So, wie heute vieles zum Schein geworden ist, so ist auch das ganze nationale Getue dieser Leute schon längst nur ein äußerer Schein, der sie selbst allerdings befriedigt und von einem großen Teil unseres Volkes nicht durchschaut wird.

Gegen diese mächtige Koalition, die aus den verschiedensten Gesichtspunkten heraus versucht, die Südtiroler Frage zum Angelpunkt der deutschen Außenpolitik zu machen, kämpft die nationalsozialistische Bewegung, indem sie entgegen der herrschenden frankophilen Tendenz unentwegt für ein Bündnis mit Italien eintritt[4]. Sie betont dabei und steht damit im Ge-

4 Zu Hitlers damaligem Italienbild vgl. Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur

gensatz zur gesamten öffentlichen Meinung in Deutschland, daß Südtirol weder so noch so ein Hindernis für diese Politik sein kann und sein darf. Diese Auffassung aber ist die Ursache unserer heutigen außenpolitischen Isolierung und Bekämpfung und wird später einmal allerdings die Ursache des Wiederaufstiegs der deutschen Nation sein.

Um aber diese gläubige Auffassung im einzelnen zu begründen und verständlich zu machen, schreibe ich dieses Werk. Denn sowenig mir daran liegt, von den Feinden des deutschen Volkes verstanden zu werden, sosehr fühle ich die Verpflichtung, mich zu bemühen, den an sich nationalgesinnten und nur schlecht belehrten oder schlecht geführten Elementen unseres Volkes die nationalsozialistischen Gedanken einer wirklich deutschen Außenpolitik (verständlich zu machen.) vorzulegen und aufzuzeigen. Ich weiß, viele von ihnen werden nach redlicher Überprüfung der hier niedergelegten Auffassung ihre bisherige Stellungnahme (einer Nachprüfung) aufgeben und ihren Weg in die Reihen der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung der deutschen Nation finden. Sie werden damit jene Kraft stärken, die eines Tages die Auseinandersetzung mit jenen herbeiführen wird, die nicht belehrt werden können, weil nicht das Glück ihres Volkes, sondern Interessen ihrer Partei oder ihrer eigenen Person ihr Denken und Handeln bestimmt.

Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

[*KAPITEL I*]

[*KRIEG UND FRIEDEN IM LEBENSKAMPF*]

Politik ist werdende Geschichte. Geschichte selbst ist die Darstellung des Verlaufs des Lebenskampfes eines Volkes. Ich setze hier mit Absicht das Wort "Lebenskampf" ein, weil in Wahrheit jegliches Ringen um das tägliche Brot, ganz gleich ob im Frieden oder Kriege, ein ewiger Kampf ist gegen tausend und abertausend Widerstände, so wie das Leben selbst ein ewiger Kampf gegen den Tod ist. Denn warum sie leben, wissen die Menschen sowenig als irgendeine andere Kreatur der Welt. Nur ist das Leben erfüllt von der Sehnsucht, es zu bewahren. Die primitivste Kreatur (könnte ohne den) kennt nur den Selbsterhaltungstrieb des eigenen Ichs, für Höherstehende überträgt er sich auf Weib und Kind, für noch höhere auf die gesamte Art. Indem aber der Mensch auf seinen eigenen Selbsterhaltungstrieb scheinbar nicht selten zugunsten der Art entsagt, dient er ihm in Wahrheit dennoch am höchsten. Denn nur in dieser Entsagung des einzelnen liegt nicht selten die Gewährung des Lebens für die Gesamtheit und damit dennoch wieder für den einzelnen. Daher der plötzliche Mut der Mutter in der Verteidigung der Jungen und der Heldensinn des Mannes im Schutze seines Volkes. Der Größe des Triebes der Selbsterhaltung entsprechen die beiden mächtigsten Triebe des Lebens: Hunger und Liebe. Indem die (Erfüllung) Stillung des ewigen Hungers die Selbsterhaltung gewährleistet, sichert die Befriedigung der Liebe die Forterhaltung. In Wahrheit sind diese beiden Triebe die Regenten des Lebens. Und wenn tausendmal der fleischlose Ästhet gegen eine solche Behauptung Protest einlegt, so ist doch schon die Tatsache seiner eigenen Existenz die Widerlegung seines Protestes. Was aus Fleisch und Blut besteht, kann sich nie den Gesetzen entziehen, die sein Werden bedingten. Sowie der menschliche Geist glaubt, darüber erhaben zu sein, vernichtet er jene reale Substanz, die der Träger des Geistes ist.

Das, was aber für den einzelnen Menschen gilt, gilt auch für Völker. Ein Volkskörper ist nur eine Vielheit mehr oder minder gleicher einzelner Wesen. Seine Stärke liegt im Wert der ihn bildenden Einzelwesen an sich und in der Art und dem Umfange der Gleichheit dieser Werte. Dieselben Gesetze, die das Leben der einzelnen bestimmen und denen diese unterworfen sind, haben damit ihre Geltung für das Volk. Selbsterhaltung und Forterhaltung sind die großen Antriebe zu jeglichem Handeln, solange ein solcher Körper noch Anspruch auf Gesundheit erheben kann. Damit werden aber auch die Folgeerscheinungen dieser allgemeinen Lebensgesetze für die Völker untereinander ähnliche sein, wie sie für die Einzelwesen untereinander sind.

Wenn für jede Kreatur auf dieser Erde der Selbsterhaltungstrieb in seinen beiden Zielen der Selbsterhaltung und Forterhaltung die elementarste Gewalt darstellt, die Möglichkeit der Befriedigung jedoch begrenzt wird, dann ist die logische Folge dessen der Kampf in all seinen Formen um die Möglichkeit der Erhaltung dieses Lebens, also der Befriedigung des Selbsterhaltungstriebes.

Ungezählt sind die Arten aller Lebewesen der Erde, unbegrenzt jeweils im einzelnen ihr Selbsterhaltungstrieb sowie die Sehnsucht der Forterhaltung, begrenzt hiegegen der Raum, auf

dem dieser gesamte Lebensprozeß sich abspielt. Es ist die Oberfläche einer genau bemessenen Kugel, auf der das Ringen von Milliarden und Abermilliarden von Einzelwesen um Leben und Lebensnachfolge stattfindet. In dieser Begrenzung des Lebensraumes liegt der Zwang zum Lebenskampf, im Lebenskampf dafür aber die Voraussetzung zur Entwicklung.

Weltgeschichte in Zeiten, in denen es noch keine Menschen gab, war zunächst eine Darstellung geologischer Ereignisse. Der Kampf der Naturgewalten miteinander, die Bildung einer bewohnbaren Oberfläche dieses Planeten, die Scheidung von Wasser und Land, die Formung der Gebirge, der Ebenen und der Meere. Das (war) ist die Weltgeschichte dieser Zeit. Später, mit dem Auftreten des organischen Lebens konzentriert sich das Interesse des Menschen auf das Werden und Vergehen seiner tausendfältigen Formen. Und ganz spät wird der Mensch endlich selbst sichtbar, und damit beginnt er, unter dem Begriff Weltgeschichte in erster Linie nur mehr die Geschichte seines eigenen Werdens, d. h. die Darstellung seiner eigenen Entwicklung zu verstehen. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch einen ewigen Kampf der Menschen gegen Tiere und gegen Menschen selbst. Aus dem unsichtbaren Durcheinander der Einzelwesen erheben sich endlich Formationen, Sippschaften, Stämme, Völker, Staaten, allein die Darstellung ihres Entstehens und ihres Vergehens ist die Wiedergabe eines ewigen Lebenskampfes.

Wenn aber Politik werdende Geschichte ist und Geschichte selbst die Darstellung des Ringens von Menschen und Völkern um die Selbst- und Forterhaltung gibt, dann ist damit Politik in Wahrheit die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes. Politik (also) aber ist damit nicht nur der Kampf eines Volkes um sein Dasein an sich, sondern für uns Menschen die Kunst der Durchführung dieses Kampfes.

Indem nun die Geschichte als Darstellerin des bisherigen Lebenskampfes der Völker zugleich die versteinerte Wiedergabe der jeweiligen Politik ist, ist sie damit aber auch die geeignetste Lehrmeisterin für unser eigenes politisches Handeln.

Wenn die höchste Aufgabe der Politik die Erhaltung und Fortführung des Lebens eines Volkes ist, dann (steht mithin als Einsatz stets das Leben eines Volkes) ist damit dieses Leben der ewige Einsatz, mit dem sie kämpft, ringt und um den und über den entschieden wird. Ihre Aufgabe ist damit die Erhaltung (jener) einer Substanz aus Fleisch und Blut. Ihr Erfolg ist die Ermöglichung dieser Erhaltung. Ihr Mißerfolg ist die Vernichtung, also der Verlust dieser Substanz. Damit aber ist die Politik stets die Führerin des Lebenskampfes, die Leiterin desselben, seine Organisatorin, und ihre Wirksamkeit wird, ganz gleich wie der Mensch sie formal bezeichnet, (eine solche) die Entscheidung über Leben oder Tod eines Volkes bringen.

Es ist notwendig, sich dies klar vor Augen zu halten, weil damit die beiden Begriffe Friedens- oder Kriegspolitik sofort in ein Nichts versinken. Denn da der Einsatz, um den durch die Politik gerungen wird, immer das Leben ist, wird das Ergebnis bei Mißerfolg oder Erfolg auch immer dasselbe sein, ganz gleich, mit welchen Mitteln die Politik die Lebenserhaltung eines Volkes durchzuführen versucht. Eine Politik des Friedens, die versagt, führt genauso zur Vernichtung eines Volkes, also zur Auslöschung seiner Substanz aus Fleisch und Blut, wie eine Politik des Krieges, die mißglückt. In einem Falle ist die Raubung der Lebensvoraussetzungen die Ursache des Volksaussterbens [*sic!*] genauso wie im anderen. Denn die Völker sind nicht auf Schlachtfeldern ausgestorben, sondern verlorene Schlachten haben ihnen die Mittel zur

Existenzerhaltung entzogen, oder besser, zur Entziehung geführt oder sie nicht mehr zu verhindern vermocht.

Überhaupt stehen die Verluste, die direkt durch den Krieg entstehen, in keinem Verhältnis zu den Verlusten eines schlechten und ungesunden Lebens eines Volkes an sich [1]. Der stille Hunger und schlechte Laster töten in 10 Jahren mehr Menschen als in 1.000 Jahren der Krieg es fertigbrächte. Der grausamste Krieg aber ist gerade derjenige, der der heutigen Menschheit am friedlichsten erscheint, nämlich der friedliche Kampf der Wirtschaft. Gerade dieser führt in seinen letzten Konsequenzen zu Opfern, gegenüber denen selbst die des Weltkrieges zusammenschrumpfen. Denn er betrifft nicht nur die Lebenden, sondern er faßt vor allem die zu Gebärenden. Während der Krieg im höchsten Fall einen Bruchteil der Gegenwart tötet, mordet er die Zukunft. Ein einziges Jahr Geburtenbeschränkung in Europa tötet mehr Menschen, als seit der Französischen Revolution bis heute in allen Kriegen in Europa einschließlich dem Weltkrieg an Menschen gefallen sind. Dies aber ist die Folge einer wirtschaftsfriedlichen Politik, die Europa übervölkert hat, ohne einer Anzahl von Nationen die Möglichkeit einer gesunden Weiterentwicklung zu gewähren.

Im allgemeinen soll dazu noch folgendes gesagt werden:

Sowie ein Volk vergißt, daß es Aufgabe der Politik ist, sein Dasein mit allen Mitteln und nach allen Möglichkeiten zu erhalten, statt dessen aber die Politik einer bestimmten Wirkungsweise unterwerfen will, zerstört es den inneren Sinn dieser Kunst, ein Volk in seinem Schicksalskampf um Freiheit und Brot zu leiten.

Eine Politik, die grundsätzlich kriegerisch ist, wird ein Volk von zahlreichen Lastern und Krankheitserscheinungen fernhalten können, allein im Laufe vieler Jahrhunderte eine Veränderung des inneren Wertes dennoch nicht verhindern können. Der Krieg hat, wenn er zur Dauererscheinung wird, eine innere Gefahr in sich, die um so mehr in Erscheinung tritt, je ungleichmäßiger die rassischen Grundwerte sind, aus denen sich ein Volkskörper zusammensetzt. Dies hat bereits im Altertum für alle uns bekannten Staaten gegolten und gilt auch heute besonders für alle europäischen. Das Wesen des Krieges bringt es mit sich, daß er in tausendfältigen Einzelprozessen zu einer Rassenauslese innerhalb eines Volkes führt, die eine bevorzugte Vernichtung des besten Elements bedeutet. In ungezählten Einzelvorgängen findet der Appell an Mut und Tapferkeit seine Beantwortung, indem sich die rassisch besten und wertvollsten Elemente immer wieder freiwillig zu besonderen Aufgaben melden oder durch die Art der Organisation besonderer Formationen planmäßig herangezogen werden. Der Gedanke der Formierung besonderer Legionen, bestimmter Elitetruppen von Garderegimentern und Sturm-

1 Diese "Verlust-Mathematik" hat Hitler auch im Zweiten Weltkrieg gepflegt. So erklärten Fritz Todt, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, und Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, dem Leiter der Wehrwirtschaftsstelle beim Oberkommando der Wehrmacht, Generalmajor Georg Thomas, die Auffassung Hitlers über den bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion wie folgt: "Der Verlauf des Krieges zeigt, daß wir in unseren autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sind... Man muß einen anderen Weg gehen und muß das, was man benötigt und nicht hat, erobern. Der Menscheneinsatz, der dazu einmal notwendig ist, wird nicht so groß sein wie der Menscheneinsatz, der für die Betreibung der betreffenden synthetischen Werke laufend benötigt wird." Aufzeichnung von General Thomas vom 20.6.1941 (Druck: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Bd. XXVII, Nürnberg 1948, Dokument 1456-PS, S. 220 f.).

bataillonen hat die Kriegführung zu allen Zeiten beherrscht. Persische Palastwachen, Alexandrinische Elitetruppen, Römische Prätorianerlegionen, Verlorene Haufen[2] der Landsknechte, Garderegimenter Napoleons und Friedrichs des Großen, Sturmbataillone, U-Bootsbesatzungen und Fliegertruppen des Weltkriegs verdankten ihre Entstehung alle der gleichen Idee und der gleichen Notwendigkeit, aus einer Vielzahl von Menschen für bestimmte Höchstleistungen die entsprechend höchstbefähigten Männer auszusuchen und in besonderen Formationen zusammenzufügen. Denn im Ursprung ist jede Garde nicht Exerziertruppe, sondern Kampftruppe. Der hohe Ruhm, einer solchen Gemeinschaft anzugehören, führt dann zur Bildung eines besonderen Korpsgeistes, der in der Folgezeit allerdings zu erstarren vermag, um endlich in Äußerlichkeiten aufzugehen. Damit werden aber solche Formationen nicht selten die schwersten Blutopfer zu tragen haben, das heißt: Aus einer Vielzahl von Menschen werden die tüchtigsten herausgesucht und dem Kriege in konzentrierten Massen zugeführt. Damit wird der Prozentsatz der besten Toten eines Volkes unverhältnismäßig gesteigert, während sich umgekehrt der Prozentsatz der allerschlechtesten im höchsten Maße zu erhalten vermag. Denn dem Extrem idealster [*sic!*] Männer, die bereit sind, zugunsten der Volksgemeinschaft das eigene Leben zu opfern, steht die Zahl jener erbärmlichsten Egoisten gegenüber, die in der Erhaltung ihres eigenen, rein persönlichen Lebens auch die höchste Aufgabe dieses Lebens sehen. Der Held stirbt, der Verbrecher (bleibt am Leben) bleibt erhalten. Dies erscheint einer heroischen Zeit und besonders einer idealistischen Jugend als selbstverständlich. Und es ist gut so, denn dies ist der Beweis für den immer noch vorhandenen Wert eines Volkes. Der wahrhafte Staatsmann aber muß eine solche Tatsache mit Sorge sehen und in Rechnung stellen. Denn was in einem Kriege leicht verschmerzt werden kann, führt in 100 Kriegen zur langsamen Ausblutung des besten, wertvollsten Teiles eines Volkes. Damit kann man wohl Siege erfochten haben, aber es wird endlich kein Volk mehr da sein, das dieser Siege würdig ist, und die Erbärmlichkeit der Nachwelt, die manchen unverständlich erscheint, ist nicht selten das Ergebnis der Erfolge der Vorzeit.

Damit wird eine weise politische Leitung eines Volkes im Kriege nie den Zweck des Lebens eines Volkes, sondern nur ein Mittel für dieses Leben sehen dürfen. Sie muß zur höchsten Mannbarkeit erziehen, das ihr anvertraute Menschengut aber mit höchster Gewissenhaftigkeit verwalten. Sie darf sich nicht scheuen, für die Existenz eines Volkes, wenn notwendig, den höchsten Bluteinsatz zu wagen, muß aber stets bedenken, daß der Friede dieses Blut einst wieder zu ersetzen hat. Kriege, die für Zwecke ausgefochten werden, die ihrem ganzen Wesen nach einen Ersatz des vergossenen Blutes nicht gewährleisten, sind Frevler am Volkskörper, eine Sünde an der Zukunft eines Volkes.

Zu einer entsetzlichen Gefahr können ewige Kriege aber bei einem Volke werden, das in seiner rassischen Zusammensetzung so ungleichwertige Elemente besitzt, daß an sich nur ein Teil davon als staatserhaltend und besonders kulturschöpferisch angesehen werden darf. Die Kultur der europäischen Völker beruht auf den Fundamenten, die ihr nordischer Bluteinschlag im Laufe der Jahrtausende geschaffen hat. Sowie die letzten Reste dieses nordischen Blutes erst beseitigt sein werden, wird die europäische Kultur ihr Antlitz verändern, der Wert der Staaten aber entsprechend dem sinkenden Wert der Völker abnehmen.

2 Bezeichnung für die Vorhut der Landsknechtsformationen, die notfalls auch allein kämpfen mußte.

Eine Politik, die grundsätzlich friedlich ist, wird demgegenüber zunächst wohl eine Erhaltung der besten Blutsträger ermöglichen, sie wird aber im gesamten ein Volk zu einer Schwäche erziehen, die eines Tages versagen muß, sowie die Existenzvoraussetzungen eines solchen Volkes bedroht erscheinen. Man wird dann, statt zu kämpfen um das tägliche Brot, lieber dieses Brot kürzen oder, was noch wahrscheinlicher ist, die eigene Zahl beschränken, sei es durch friedliche Auswanderung oder durch Geburtenbeschränkung, um auf diesem Wege einer übergroßen Not zu entgehen. Damit aber wird die grundsätzlich friedliche Politik zu einer Geißel für ein Volk. Denn, was auf der einen Seite der dauernde Krieg besorgt, besorgt auf der anderen die Auswanderung. Durch sie wird in Hunderttausenden von einzelnen Lebenskatastrophen ein Volk langsam seiner besten Blutsträger beraubt. Es ist traurig zu wissen, daß unsere gesamte nationalpolitische Weisheit, soweit sie nicht in der Auswanderung überhaupt einen Vorteil sieht[3], höchstens die Schwächung der Zahl des eigenen Volkes bedauert oder günstigstenfalls von einem Kulturdünger spricht, der anderen Staaten dann gegeben wird. Was nicht erkannt wird, ist der schwerste [*sic!*]. Indem die Auswanderung nicht gebietsweise vor sich geht, auch nicht nach Altersklassen vollzogen wird, sondern dem freien Walten des Schicksals anheimgestellt bleibt, zieht sie aus einem Volk stets die mutigsten und tapfersten, entschlossensten, widerstandsbereitesten Menschen heraus. Der Bauernjunge, der vor 150 Jahren nach Amerika auswanderte, war in seinem Dorf ebenso der Entschlossenste und Verwegenste wie der Arbeiter, der heute nach Argentinien geht. Der Feigling und Schwächling wird lieber zu Hause sterben, als daß er je den Mut aufbrächte, in unbekannter Fremde sich sein Brot zu verdienen. Ganz gleich, ob Not, Elend oder politischer Druck oder religiöser Zwang auf Menschen lastet, so werden immer die gesündesten und widerstandsfähigsten auch den meisten Widerstand zu leisten vermögen. Am ersten [*sic!*] wird sich stets der Schwächling unterwerfen. Seine Erhaltung ist für den Sieger meistens ebensowenig Gewinn, wie es die Zurückgebliebenen für ein Mutterland sind. Daher geht nicht selten das Gesetz des Handelns von den Mutterstaaten zu den Kolonialländern über, weil sich auf ganz natürlichem Wege dort eine Zusammenballung höchsten Menschenwertes vollzogen hat. Der positive Gewinn für das Neuland ist aber damit ein Verlust für das Mutterland. Sowie durch die Auswanderung im Laufe von Jahrhunderten ein Volk erst einmal seine besten, robustesten und natürlichsten Kräfte verloren hat, wird es schwerlich mehr die innere Kraft aufbringen, dem Schicksal in kritischen Zeiten den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. Es wird dann lieber noch zu Geburteneinschränkung greifen. Und auch hier ist nicht der Verlust der Zahl entscheidend, sondern die furchtbare Tatsache, daß durch die Geburteneinschränkung die möglichen Höchstwerte eines Volkes von vorneherein vernichtet werden. Denn die Größe und Zukunft eines Volkes wird

---

3 Auf der Grundlage des Auswanderungsgesetzes von 1897 existierten im Deutschen Reich die Auswanderungsbehörden in den Ausschiffungshäfen Bremen und Hamburg, die dortigen Reichskommissare für das Auswanderungswesen sowie das Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, seit 1924 Reichsstelle für das Auswanderungswesen, welche vor allem die Auswanderung aus dem Deutschen Reich überwachen und regeln sollten. Ohne das Recht auf Auswanderung, wie es in Artikel 112 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 explizit festgelegt war, grundsätzlich in Frage zu stellen, waren diese Behörden jedoch bemüht, durch indirekte Maßnahmen die Auswanderungsbereitschaft im Deutschen Reich möglichst zu dämpfen. Vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

bestimmt durch die Summe seiner Fähigkeiten für Höchstleistungen auf allen Gebieten. Dies aber sind Persönlichkeitswerte, die nicht an das Erstgeburtsrecht gebunden erscheinen. Man streiche aus unserem deutschen Kulturleben, aus unserer Wissenschaft, ja, aus unserer gesamten Existenz an sich alles heraus, was durch Männer geschaffen wurde, die keine Erstgeburten waren, und Deutschland wäre wohl kaum ein Balkanstaat. Das deutsche Volk besäße keinen Anspruch mehr, als Kulturvolk gewertet zu werden. Dabei ist zu bedenken, daß auch bei jenen Männern, die als Erstgeburten dennoch Großes für ihr Volk geleistet haben, erst geprüft werden müßte, ob nicht wenigstens einer der Vorfahren nicht Erstgeburt gewesen ist. Denn wenn in seiner ganzen Ahnenreihe auch nur (ein Mann die) einmal die Erstgeburt durchbrochen erscheint, dann gehört auch er zu jenen, die nicht wären, wenn unsere Vorfahren stets diesem Grundsatz gehuldigt hätten. Im Völkerleben aber gibt es keine Laster der Vergangenheit, die für die Gegenwart Rechte (wären.) sind.

Die grundsätzlich friedliche Politik, mit der durch sie in der Folgezeit bedingten Ausblutung eines Volkskörpers durch Auswanderung und Geburtenbeschränkung, ist ebenfalls um so verhängnisvoller, je mehr es sich dabei um ein Volk handelt, das aus rassisch nicht gleichwertigen Elementen zusammengesetzt ist. Denn auch hier wird durch die Auswanderung in erster Linie der rassisch beste Teil dem Volke entzogen werden, während durch die Geburtenbeschränkung in der Heimat ebenfalls zunächst die infolge ihres rassischen Wertes sich höher hinaufgearbeiteten Lebensschichten erfaßt werden. Allmählich wird dann deren Ergänzung aus der ausgebluteten, minderwertigen breiten Masse erfolgen und endlich, nach Jahrhunderten zu einer Senkung des gesamten Volkswertes überhaupt führen. Wirkliche Lebenskraft wird ein solcher Volkskörper überhaupt schon längst nicht mehr besitzen.

Damit wird eine Politik, die grundsätzlich friedlich ist, genauso schädlich und verheerend wirken als eine Politik, die nur den Krieg als einzige Waffe kennt.

Um das Leben eines Volkes und für dieses Leben hat die Politik zu kämpfen und sie muß dabei die Waffe ihres Kampfes stets so wählen, daß dem Leben im höchsten Sinne gedient wird. Denn man macht nicht Politik, um sterben zu können, sondern man darf[4] nur manchesmal Menschen sterben lassen, auf daß ein Volk leben kann. Das Ziel ist die Erhaltung des Lebens und nicht der heroische Tod oder (auch) gar die feige Resignation.

---

4 Statt "darf" stand ursprünglich "muß"; die einzige handschriftliche Änderung in der Vorlage.

[*KAPITEL II*]

[*DER KAMPF, NICHT DIE WIRTSCHAFT SICHERT DAS LEBEN*]

Der Lebenskampf eines Volkes wird in erster Linie durch folgende Tatsache bestimmt:

Ganz gleich, wie hoch die kulturelle Bedeutung eines Volkes ist, so steht doch an der Spitze aller Lebensnotwendigkeiten der Kampf um das tägliche Brot. Gewiß kann eine geniale Volksleitung einem Volk große Ziele vor Augen halten, so daß es von materiellen Dingen mehr abgelenkt wird, um überragenden geistigen Idealen zu dienen. Überhaupt wird das nur materielle Interesse in eben dem Maße steigen, in dem ideale geistige Gesichtspunkte im Verschwinden begriffen sind. Je primitiver der Mensch in seinem geistigen Leben, um so animalischer wird er, bis er endlich in der Nahrungszusichnahme überhaupt den einzigen Zweck des Lebens empfindet. Es kann daher ein Volk sehr wohl eine gewisse Beschränkung an materiellen Gütern ertragen, solange man ihm einen Ersatz an tragkräftigen Idealen gibt. Allein, wenn nicht diese Ideale zum Verderben eines Volkes ausschlagen sollen, dürfen sie nie einseitig auf Kosten der materiellen Ernährung stattfinden, sowie dadurch die Gesundheit des Volkskörpers bedroht erscheint. Denn ein verhungertes Volk wird eben entweder unter den Folgen seiner Unterernährung körperlich zusammenbrechen oder eine Änderung seiner Lage herbeiführen müssen. Der körperliche Zusammenbruch aber hat früher oder später den geistigen im Gefolge. Dann aber hören auch alle Ideale auf. Mithin sind Ideale so lange gesund und richtig, als sie mithelfen, die innere und allgemeine Kraft eines Volkes zu stärken, so daß diese im letzten Grunde doch wieder der Durchführung des Lebenskampfes zugute kommen kann. Ideale, die dem Zweck nicht dienen, sind, und mögen sie dabei tausendmal äußerlich schön erscheinen, dennoch von Übel, denn sie entfernen ein Volk immer mehr von der Wirklichkeit des Lebens.

Das Brot aber, das ein Volk zum Leben braucht, ist bedingt durch den Lebensraum, der ihm zur Verfügung steht. Zumindest ein gesundes Volk wird stets versuchen, die Befriedigung seiner Bedürfnisse im eigenen Grund und Boden zu finden. Jeder andere Zustand ist krank und gefährlich, auch wenn er selbst jahrhundertelang die Ernährung eines Volkes möglich macht. Welthandel, Weltwirtschaft, Fremdenverkehr usw. usw. sind alles vergängliche Mittel zur Ernährung eines Volkes. Sie sind abhängig von Faktoren, die zum Teil außerhalb des Ermessens, zum anderen außerhalb der Kraft eines Volkes liegen. Die sicherste Grundlage für die Existenz eines Volkes war zu allen Zeiten der eigene Grund und Boden.

Nun ist aber folgendes zu bedenken:

Die Zahl eines Volkes ist ein veränderlicher Faktor. Sie wird bei einem gesunden Volk eine steigende sein. Ja, die Vermehrung allein vermag die Zukunft eines Volkes nach menschlichem Ermessen sicherzustellen. Damit ist aber auch die Forderung an Lebensgütern eine wachsende. Die sogenannte innere Erhöhung der Produktion kann in den meisten Fällen nur genügen, die steigenden Ansprüche der Menschheit zu befriedigen, keineswegs aber die steigende Zahl. Dies gilt besonders für die europäischen Nationen. Die europäischen Völker sind in den letzten Jahrhunderten, besonders in allerletzter Zeit in ihren Bedürfnissen so angewach-

sen, daß die Steigerung des europäischen Bodenertrages, die von Jahr zu Jahr in günstigstem Falle stattfinden könnte, kaum gleichen Schritt hält mit dem Wachstum der allgemeinen Lebensbedürfnisse an sich. Die Vermehrung der Zahl könnte nur wettgemacht werden durch eine Vermehrung, also Vergrößerung des Lebensraumes. Nun ist aber wohl die Zahl eines Volkes veränderlich, der Boden jedoch ist ein an sich gleichbleibender. Das heißt: Die Vermehrung eines Volkes ist ein so selbstverständlicher, weil natürlicher Prozeß, daß dies nicht als außergewöhnlicher Vorgang empfunden wird. Die Vermehrung des Bodens hiegegen ist bedingt durch die allgemeine Besitzverteilung der Welt, ein Akt besonderer Umwälzung, außerordentlicher Vorgänge, so daß der Leichtigkeit der Volksernährung [1] eine außerordentliche Schwere der Raumveränderung entgegensteht.

Und doch ist die Regelung des Verhältnisses zwischen Volkszahl und Bodenfläche von unerhörtester Bedeutung für die Existenz eines Volkes. Ja, man kann füglich sagen, daß der ganze Lebenskampf eines Volkes in Wahrheit überhaupt nur darin besteht, (an die) für die steigende Volkszahl den notwendigen Grund und Boden als allgemeine Ernährungsvoraussetzung zu sichern. Denn indem die Volkszahl dauernd wächst, der Grund und Boden aber an sich gleich bleibt, müssen allmählich Spannungen eintreten, die sich zunächst durch eine Not äußern, die durch größeren Fleiß, genialere Produktionsmethoden oder besondere Sparsamkeit eine gewisse Zeitlang ausgeglichen werden können, die aber eines Tages mit all diesen Mitteln nicht mehr zu beseitigen sind. Dann aber besteht die Aufgabe der Leitung des Lebenskampfes eines Volkes darin, diese unerträglichen Verhältnisse gründlich zu beseitigen, d. h. also, zwischen Volkszahl und Grundfläche wieder ein erträgliches Verhältnis herbeizuführen.

Es gibt nun im Völkerleben einige Wege, das Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Grundfläche zu korrigieren. Der natürlichste ist der einer Anpassung des Bodens von Zeit zu Zeit an die gewachsene Volkszahl. Dies erfordert Kampfentschlossenheit und Bluteinsatz. Allein dieser Bluteinsatz ist auch der einzige, der vor einem Volke gerechtfertigt werden kann. Denn indem aus ihm für die weitere Vermehrung eines Volkes der nötige Raum gewonnen wird, findet von selbst ein vielfacher Ersatz des auf dem Schlachtfeld eingesetzten Menschentums statt. Aus der Not des Krieges erwächst dann das Brot des Friedens. Das Schwert war der Wegbereiter des Pfluges, und wenn man überhaupt von Menschenrecht reden will, dann hat der Krieg in diesem einzigen Fall dem höchsten Recht gedient, er hat einem Volk die Erde gegeben, die es fleißig und redlich selbst bebauen will, auf daß seinen Kindern einst die tägliche Nahrung zuteil werden kann. Denn diese Erde ist niemandem zugeteilt und wird auch niemandem geschenkt, wohl aber ist sie den Menschen als Lehen der Vorsehung gegeben, die den Mut (besitzen, sie zu erobern) im Herzen tragen, sie in Besitz zu nehmen, die Kraft, sie zu bewahren, und den Fleiß, sie zu pflügen.

Jedes gesunde, urwüchsige Volk sieht deshalb im Bodenerwerb nichts Sündhaftes, sondern etwas Natürliches. Dem modernen Pazifisten aber, der dieses heiligste Recht leugnet, muß zunächst vorgehalten werden, daß er sich dann zumindest selbst vom Unrecht der vergangenen Zeiten nährt. Weiter aber, daß es keinen Flecken dieser Erde gibt, der für ewige Zeiten als Wohnsitz eines Volkes bestimmt worden ist, da schon das Walten der Natur die Menschheit in Jahrzehntausenden zu ewigem Wandern gezwungen hat. Endlich aber ist die heutige Besitz-

1 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "Volksvermehrung".

verteilung der Erde nicht durch eine höhere Gewalt vorgenommen worden, sondern durch den Menschen selbst. Ich kann aber niemals eine von Menschen besorgte Lösung als Ewigkeitswert ansehen, den die Vorsehung nun in ihren eigenen Schutz nimmt und zum Gesetz der Zukunft heiligt. So, wie die Oberfläche der Erde ewig den geologischen Umwandlungen unterworfen erscheint, das organische Leben in ununterbrochenem Wechsel Formen vergehen ließ, um neue zu erfinden, so ist auch die Begrenzung der menschlichen Wohnstätten einem laufenden Wandel ausgesetzt. So sehr auch in gewissen Zeiten Völker ein Interesse besitzen mögen, die bestehende Weltbodenverteilung als unabänderlich und für alle Zukunft bindend hinzustellen, weil sie ihren Interessen entspricht, so sehr werden andere Völker in einem solchen Zustande immer nur etwas allgemein Menschliches zu erblicken vermögen, das augenblicklich zu ihren Ungunsten spricht und deshalb mit allen Mitteln menschlicher Kraft geändert werden muß. Wer dieses Ringen für alle Ewigkeit von der Erde verbannen will, hebt den Kampf der Menschen untereinander vielleicht auf, allein beseitigt damit auch die höchste treibende Kraft für ihre Entwicklung, genauso, als wenn er im bürgerlichen Leben den Reichtum bestimmter Menschen, die Größe bestimmter Geschäfte verewigen wollte für immer und zu dem Zweck das Spiel der freien Kräfte, die Konkurrenz, ausschalten würde. Das Ergebnis wäre ein Unglück für ein Volk.

Die heutige Weltraumverteilung [*sic!*] fällt in einseitigster Weise so sehr zugunsten einzelner Völker aus, daß diese ein verständliches Interesse besitzen müssen, an der derzeitigen Bodenverteilung nichts mehr ändern zu lassen[2]. Allein dem Überreichtum an Boden dieser Völker steht die Armut anderer gegenüber, die trotz emsigstem Fleiße nicht das tägliche Brot zum Leben zu erzeugen in der Lage sind. Mit welchem höheren Rechte will man denen entgegentreten, wenn auch sie den Anspruch erheben auf eine Bodenfläche, die ihre Ernährung sichert?

Nein. Das erste Recht auf dieser Welt ist das Recht zum Leben, soferne man die Kraft hiezu besitzt. Ein kraftvolles Volk aber wird damit aus diesem Recht stets die Wege finden, seinen Boden seiner Volkszahl anzupassen.

Sowie ein Volk, sei es aus Schwäche oder durch schlechte Führung, das Mißverhältnis zwischen seiner gewachsenen Volkszahl und dem zurückgebliebenen Grund nicht mehr durch die Steigerung der Bodenfläche zu beseitigen vermag, wird es zwangsläufig nach anderen Wegen suchen. Es wird die Volkszahl dann dem Boden anpassen.

An sich nimmt die erste Anpassung der Volkszahl an die ungenügende Ernährungsgrundfläche die Natur selbst vor. Not und Elend sind dabei ihre Hilfsmittel. Durch sie kann ein Volk so sehr dezimiert werden, daß eine weitere Vermehrung der Zahl damit praktisch aufhört. Die Folgen dieser natürlichen Anpassung der Zahl an den Boden sind nicht immer gleiche. Zunächst setzt ein sehr heftiger Lebenskampf untereinander ein, den nur die allerkräftigsten und widerstandsfähigsten Einzelsubjekte zu überdauern vermögen. Hohe Kindersterblichkeit auf der einen Seite und hohes Lebensalter auf der anderen sind die Hauptanzeichen einer solchen

2 Artikel 10 der Völkerbundsatzung vom 28.4.1919 garantierte allen Mitgliedsstaaten "Unversehrtheit des Gebiets" und "politische Unabhängigkeit". Damit wurde der Völkerbund zum Konservator des territorialen Status quo, den die Pariser Friedenskonferenz 1919/20 festgelegt hatte. Vgl. Alfred Pfeil, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976, S. 45 ff. Druck der Völkerbundsatzung: Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin [2]1924, S. 159 ff.

mit dem Einzelleben wenig rücksichtsvoll umgehenden Zeit. Indem in diesem Zustande alles Schwächliche von Not und Krankheiten hinweggerafft wird und nur das Allergesündeste am Leben erhalten bleibt, tritt eine Art natürlicher Auslese ein. Es kann damit sehr wohl die Zahl eines Volkes einer Beschränkung unterliegen, der innere Wert jedoch erhalten bleiben, ja, eine innere Steigerung erfahren. Zu lange kann aber ein solcher Prozeß nicht dauern, da sonst die Not auch in das Gegenteil umzuschlagen vermag. Die ewigen Nahrungsnöte können endlich dazu führen, daß bei rassisch nicht ganz gleichmäßig wertvollen Völkern eine dumpfe Ergebung in die Not stattfindet, die Spannkraft allmählich nachläßt und an Stelle eines die Auslese fördernden Kampfes ein allmähliches Verkommen eintritt. Ganz sicher aber ist dies der Fall, sowie der Mensch von sich aus, um der ewigen Not zu steuern, auf eine Vermehrung seiner Zahl keinen Wert mehr legt und zur Geburtenbeschränkung greift. Denn er selbst geht dabei sofort den umgekehrten Weg, den die Natur einschlägt. Während die Natur aus einer Vielzahl geborener Lebewesen die wenigen gesündesten und widerstandsfähigsten im Lebenskampfe übrigläßt, schränkt der Mensch die Zahl der Geburten ein, versucht aber dann, das, was geboren ist, ohne Rücksicht auf wirklichen Wert und seine innere Würdigkeit am Leben zu erhalten[3]. Seine Humanität ist dabei nur die Dienerin seiner Schwäche und damit in Wahrheit die grausamste Vernichterin seiner Existenz. Wollte der Mensch von sich aus seine Zahl beschränken, ohne zu den entsetzlichen Folgen zu kommen, die aus der Geburtenbeschränkung entstehen, dann müßte er die Zahl der Geburten freigeben, die der am Leben zu Bleibenden [*sic!*] jedoch beschneiden. Zu einer solchen weisen Maßnahme waren einst Spart(j)aken [*sic!*] fähig[4], aber nicht unser heutiges, verlogen sentimentales, bürgerlich-patriotisches Zeug. Die Herrschaft der 6.000 Spartaner über 3½ Hunderttausend Heloten[5] war nur denkbar infolge des rassischen Hochwertes der Spartaner[6]. Dieser aber war das Ergebnis einer planmäßigen Rasseerhaltung, so daß wir im spartanischen Staat den ersten völkischen zu sehen haben. Die Aussetzung kranker, schwächlicher, mißgestalteter Kinder, d. h. also deren Vernichtung, war menschenwürdiger und in Wirklichkeit tausendmal humaner als der erbärmliche Irrsinn unserer heutigen Zeit, die krankhaftesten Subjekte zu erhalten, und zwar um jeden Preis zu erhal-

---

3 Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 137 ff.

4 Das Verfahren der Kindesaussetzung wie auch des Kindesverkaufs war während der Antike in der gesamten griechischen und römischen Welt weit verbreitet, besaß aber nicht nur medizinische, sondern auch wirtschaftliche, erbrechtliche, moralische oder religiös-abergläubische Motive. Vgl. E. Weiss und W. Kroll, Kinderaussetzung. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, Bd. XI, Stuttgart 1922, Sp. 463-472, weitere Literatur bei: Jens-Uwe Krause, Die Familie und weitere anthropologische Grundlagen. Bibliographie zur römischen Sozialgeschichte 1, Stuttgart 1992, S. 130 ff.

5 Während für die Spartiaten, also die männlichen Vollbürger, relativ verläßliche Zahlen vorliegen, existieren keine entsprechenden, wissenschaftlich fundierten Angaben für die soziale Gruppe der Heloten. Am Ende des 5. Jahrhunderts v. Chr. gab es etwa 8.000 spartanische Vollbürger - eine Zahl, die bis 420 v. Chr. auf etwa 3.500, bis 371 v. Chr. auf 1.500 fiel. Ungeachtet des scharfen und quantitativ unausgewogenen Gegensatzes zwischen Vollbürgern und Heloten erscheinen Hitlers Angaben über die Heloten weit überzogen. Vgl. Manfred Clauss, Sparta. Eine Einführung in seine Geschichte und Zivilisation, München 1983, S. 95 ff., 109 ff., sowie J. Oehler, Heloten. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, 15. Halbband, Stuttgart 1912, Sp. 203-206.

6 Zur Rezeption Spartas vgl. Karl Christ, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72. Dort auch detaillierte Informationen zum Spartabild Hitlers und der NS-Führung (S. 51 ff.).

ten, und hunderttausend gesunden Kindern infolge der Geburtenbeschränkung oder durch Abtreibungsmittel das Leben zu nehmen[7], in der Folgezeit aber ein Geschlecht von mit Krankheiten belasteten Degeneraten heranzuzüchten.

Es kann also im allgemeinen gesagt werden, daß die Beschränkung der Volkszahl durch Not und menschliche Beihilfen wohl eine annähernde Anpassung an den ungenügenden Lebensraum durchführt, allein den Wert des vorhandenen Menschenmaterials immer mehr senkt, ja am Ende verkommen läßt.

Der zweite Versuch, die Volkszahl an den Boden anzupassen, liegt in der Auswanderung, die, sowie sie nicht stammesmäßig stattfindet, aber ebenfalls zu einer Entwertung des übrigbleibenden Menschenmaterials führt.

Geburtenbeschränkung des Menschen löscht die Träger seiner Höchstwerte aus, die Auswanderung zerstört den Wert seines Durchschnitts.

Es gibt nun noch zwei andere Wege, auf denen ein Volk versuchen kann, das Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Bodenfläche auszugleichen. Der erste heißt Steigerung des inneren Bodenertrages, die an sich nichts zu tun hat mit sogenannter innerer Kolonisation, der zweite Steigerung seiner Güterproduktion und Umstellung der inneren Wirtschaft auf eine Wirtschaft des Exports.

Der Gedanke einer Steigerung des Bodenertrages innerhalb der nun einmal gesteckten Grenzen ist ein uralter[8]. Die Geschichte der menschlichen Bodenbearbeitung ist eine solche des dauernden Fortschritts, dauernder Verbesserungen und damit steigender Ergebnisse. Lag der erste Teil dieser Fortschritte auf dem Gebiete des Ausbaues der Bearbeitungsmethoden des Bodens sowie der Anbautätigkeit, so liegt der zweite Teil auf dem Gebiete der künstlichen Steigerung des Bodenwertes durch Zuführung fehlender oder mangelnder Nährstoffe. Von der ehemaligen Hacke bis zum modernen Dampfpflug, vom Stallmist bis zum heutigen Kunstdünger führt diese Linie. Ohne Zweifel ist damit die Erträgnisfähigkeit des Bodens um ein Unendliches gesteigert worden. Allein ebenso zweifellos ist dabei irgendwo eine Grenze gezogen. Besonders, wenn man bedenkt, daß der Lebensstandard des Kulturmenschen ein allgemeiner ist, der nicht durch die auf den einzelnen treffende Gütermenge eines Volkes bestimmt wird, sondern der Beurteilung der umliegenden Länder genauso unterliegt und umgekehrt durch deren Verhältnisse (mitbestimmt) festgesetzt wird. Der heutige Europäer träumt von einem Lebensstandard, den er ebensosehr aus den Möglichkeiten Europas wie den tatsächlichen Verhältnissen Amerikas ableitet. Die internationalen Beziehungen der Völker sind durch die moderne Technik und den durch sie ermöglichten Verkehr so leichte und innige geworden, daß der Europäer als Maßstab für sein eigenes Leben, ohne sich dessen oft bewußt zu werden, die Verhältnisse des amerikanischen Lebens anlegt, dabei aber vergißt, daß das Verhältnis der Volkszahl zur Grundfläche des amerikanischen Kontinents ein unendlich günstigeres ist als die analogen Verhältnisse der europäischen Völker zu ihren Lebensräumen. Ganz gleich wie

7 Die Abtreibungen werden für die Zeit der Weimarer Republik auf 200.000 bis 400.000 pro Jahr geschätzt, einzelne Schätzungen belaufen sich bis auf 1.000.000. Die Zahl der wegen Verstosses gegen den § 218 StGB rechtskräftig Verurteilten erreichte mit 7.193 im Jahr 1925 ihren Höhepunkt. Vgl. Marliese Eckhof, "Gegen die Abtreibungsseuche!" Ärzte und § 218 in der Weimarer Republik. In: dies. und Petra Finck, Euer Körper gehört uns! Ärzte, Bevölkerungspolitik und Sexualmoral bis 1933, Hamburg 1987, S. 79-240.

8 Vgl. Mein Kampf, Bd. 1, S. 139 ff.

Italien oder, sagen wir, Deutschland die innere Kolonisation ihres Bodens durchführen, ganz gleich wie sie weiter durch erhöhte wissenschaftliche und methodische Tätigkeit das Erträgnis ihres Bodens steigern, immer bleibt das Mißverhältnis ihrer Zahl zum Boden, gemessen an dem Verhältnis der Volkszahl der amerikanischen Union zum Boden der Union, bestehen. Und wenn durch emsigsten Fleiß für Deutschland oder Italien eine weitere Steigerung der Volkszahl möglich wäre, dann würde sie in der amerikanischen Union eben bis zu einem Vielfachen dessen möglich sein. Und wenn endlich jede weitere Steigerung in diesen beiden europäischen Ländern endgültig unmöglich ist, dann kann die amerikanische Union noch jahrhundertelang weiterwachsen, bis endlich das Verhältnis erreicht sein wird, das wir heute schon haben [*sic!*].

Besonders die innere Kolonisation beruht in den von ihm [*sic!*] erhofften Wirkungen auf einem Trugschluß[9]. Die Meinung, durch sie eine wesentliche Steigerung des Bodenertrages herbeiführen zu können, ist falsch. Ganz gleich, wie in Deutschland zum Beispiel der Boden verteilt wird, ob in großen oder in kleinen Bauerngütern oder ob in Parzellen für Kleinsiedler, es ändert dies nichts an der Tatsache, daß 136 Menschen im Durchschnitt auf 1 qkm Grund treffen[10]. Dieses Verhältnis ist ungesund. Eine Ernährung unseres Volkes auf dieser Grundlage und unter dieser Voraussetzung ist nicht möglich, ja, es würde nur verwirrend wirken, wenn man das Schlagwort der inneren Kolonisation der Masse vorsetzt, die dann daran die Hoffnung knüpft, durch sie ein Mittel zur Behebung der heutigen Not gefunden zu haben. Dies würde aber nicht der Fall sein. Denn sie ist nicht das Ergebnis einer etwa falschen Art der Verteilung des Bodens, sondern die Folge einer im gesamten ungenügenden Raummenge, die unserem Volke heute zur Verfügung steht.

Damit aber können durch die Steigerung des Bodenertrages wohl für eine gewisse Zeit Erleichterungen im Leben eines Volkes stattfinden, auf die Dauer jedoch wird dies nie eine Enthebung von der Verpflichtung sein, den ungenügend gewordenen Lebensraum eines Volkes an die gewachsene Zahl wieder anzupassen. Durch die innere Kolonisation selbst aber können im günstigsten Falle nur Verbesserungen im Sinne einer sozialen Vernunft und Gerechtigkeit stattfinden. Für die Gesamternährung eines Volkes ist sie ohne jede Bedeutung. Für die außenpolitische Einstellung einer Nation aber wird sie nicht selten von Schaden sein, weil sie Hoffnungen erweckt, die ein Volk vom realen Denken entfernen können. Der gewöhnliche, ehrsame Bürger wird dann wirklich glauben, durch Fleiß, Emsigkeit und gerechte Bodenver-

9 Interessanterweise lehnte auch Alfred Hugenberg die innere Kolonisation ab und sah in auswärtigen "Ackerbaukolonien" den Schlüssel zur Lösung der deutschen Ernährungsfrage. Vgl. Alfred Hugenberg, Innere Colonisation im Nordwesten Deutschlands, Straßburg 1891, S. 452.
Hitler spielt vermutlich an auf die "Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungslande" des Rats der Volksbeauftragten vom 29.1.1919 (Druck: RGBl. 1919, S. 115 ff.), die in das Reichssiedlungsgesetz vom 11.8.1919 (Druck: RGBl. 1919, S. 1429 ff.) eingeflossen war. Mit 26.349 landwirtschaftlichen Neusiedlerstellen im Jahr 1928 blieb die Wirkung dieses Gesetzes bei einer Zahl von einer Million potentieller Siedler sehr begrenzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, Berlin 1929, S. 69. Für die sogenannte Siedlungsbewegung im Deutschen Reich vor und besonders nach dem Ersten Weltkrieg waren nicht nur wirtschaftliche, sondern ebenso ideologische Motive ausschlaggebend. Vgl. Ulrich Linse (Hrsg.), Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933, München 1983.

10 Die Bevölkerungsdichte des Deutschen Reichs (einschl. Saargebiet) betrug im Juni 1925 134,23 Menschen pro km^2. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 5.

teilung sein tägliches Brot auch zu Hause finden zu können, statt zu erkennen, daß die Kraft eines Volkes zusammengefaßt werden muß, um neuen Lebensraum zu gewinnen[11].

Die Wirtschaft, die besonders heute von vielen als die Retterin aus Not und Sorge, Hunger und Elend angesehen wird, kann allerdings unter bestimmten Voraussetzungen einem Volk Existenzmöglichkeiten geben, die außerhalb seines Verhältnisses zum eigenen Grund und Boden liegen. Allein es ist dies gebunden an eine Anzahl von Voraussetzungen, die ich hier ganz kurz erwähnen muß.

Der Sinn einer solchen Wirtschaft liegt darin, daß ein Volk an gewissen Gütern des Lebens mehr produziert, als es für den eigen[*en*] Bedarf nötig hat, diesen Überschuß außerhalb der eigenen Volksgemeinschaft verkauft und vom Erlös sich diejenigen Lebensmittel und auch Rohstoffe anschafft, an denen es Mangel besitzt. Damit ist aber diese Art von Wirtschaft nicht nur eine Frage der Produktion, sondern in einem mindest ebenso hohen Maße eine Frage des Verkaufes. Man redet besonders in der Gegenwart viel von einer Steigerung der Produktion, vergißt aber ganz, daß eine solche Steigerung nur Wert hat, solange ein Käufer vorhanden ist. Innerhalb des Kreises des Wirtschaftslebens eines Volkes wird jede Produktionssteigerung insoferne nutzbringend sein, als sie eben die Zahl der Güter vermehrt, die damit auf den einzelnen treffen. Theoretisch müßte jede Steigerung der industriellen Produktion eines Volkes zu einer Verbilligung der Waren und damit zu einem erhöhten Konsum derselben führen, mithin also den einzelnen Volksgenossen in den Besitz größerer Lebensgüter bringen. In der Praxis ändert dies aber nichts an der Tatsache der ungenügenden Ernährung eines Volkes infolge des unzulänglichen Bodens. Denn man kann wohl gewisse industrielle Produktionen steigern, ja vervielfachen, aber nicht die Lebensmittelerzeugung. Sowie ein Volk an dieser Not leidet, wird eine Behebung nur dann stattfinden können, wenn ein Teil seiner industriellen Überproduktion nach außen hin abzufließen vermag, um von außen herein die nicht vorhandenen Lebensmittel der Heimat zu ersetzen. Damit aber hat eine Produktionssteigerung für diesen Zweck nur dann den gewünschten Erfolg, wenn sich der Käufer findet, und zwar der äußere Käufer. Damit aber steht dann die Frage der Verkaufsmöglichkeit, also des Absatzes in überragender Bedeutung vor uns.

Der Absatzmarkt der heutigen Welt ist kein unbegrenzter. Die Zahl der industriell tätigen Nationen hat dauernd zugenommen. Fast alle europäischen Völker leiden unter dem ungenügenden und unbefriedigenden Verhältnis ihres Bodens zur Volkszahl und sind deshalb auf Weltexport angewiesen. In letzter Zeit kommt zu ihnen noch die amerikanische Union, im Osten Japan. Damit beginnt von selbst ein Kampf um den begrenzten Absatzmarkt, der um so härter werden wird, je zahlreicher die industriell tätigen Nationen werden und je mehr umge-

11 Vgl. Punkt 17 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24.2.1920: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation." Druck: Werner Maser, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt a. M. 1981, S. 24. Im vorliegenden Text wird ein Abrücken von diesem Punkt erkennbar. Bereits am 13.4.1928 hatte Hitler erklärt, daß sich diese Forderung "in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulations-Gesellschaften" richte. Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl, Juli 1926 - Mai 1928, Teil 2: August 1927 - Mai 1928. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992, Dok. 254.

kehrt die Absatzmärkte sich verengen. Denn während einerseits die Zahl der um den Weltmarkt ringenden Völker zunimmt, wird der Absatzmarkt selbst langsam verkleinert, teils infolge einer Selbstindustrialisierung aus eigener Kraft, teils durch ein System von Filialunternehmungen, die aus reinem kapitalistischen Interesse in solchen Ländern mehr und mehr ins Leben gerufen werden. Denn es ist dabei folgendes zu bedenken: Das deutsche Volk zum Beispiel hat ein lebendiges Interesse daran, nach [*sic!*] China auf deutschen Werften Schiffe zu bauen, weil dadurch eine bestimmte Anzahl Menschen unserer Nationalität die Möglichkeit einer Ernährung erhalten, die sie aus unserem eigenen nicht mehr genügenden Grund und Boden nicht besitzen würde. Das deutsche Volk hat aber kein Interesse daran, daß, sagen wir, eine deutsche Finanzgruppe oder auch ein deutsches Werk in Shanghai eine sogenannte Filial-Werft ins Leben ruft, die nun mit chinesischen Arbeitern und fremden Stählen für China Schiffe baut, auch wenn dabei die Gesellschaft selbst einen bestimmten Gewinn in Form einer Verzinsung oder Dividende erhält. Im Gegenteil, denn das Ergebnis dessen wird nur sein, daß eine deutsche Finanzgruppe soundsoviele Millionen Gewinn erhält, allein der deutschen Volkswirtschaft infolge der dadurch wegfallenden Aufträge ein Vielfaches dieses Betrages entzogen wird[12].

Je mehr nun rein kapitalistische Interessen die heutige Wirtschaft zu bestimmen beginnen, je mehr hier vor allem allgemeine Finanz- und Börsengesichtspunkte entscheidenden Einfluß erringen, um so mehr wird dieses System von Filialgründungen um sich greifen, damit aber die Industrialisierung bisheriger Absatzmärkte (plötzlich) künstlich durchführen und besonders den europäischen Mutterländern die Exportmöglichkeiten beschneiden. Heute kann noch mancher über diese Zukunftsentwicklung lächeln, bei ihrem weiteren Fortschreiten wird man in 30 Jahren unter den Folgen in Europa stöhnen.

Je mehr aber die Absatzschwierigkeiten wachsen, um so erbitterter wird der Kampf um die übrigbleibenden geführt werden. Wenn nun auch die ersten Waffen dieses Kampfes in der Preisgestaltung und in der Güte der Waren liegen, mit denen man gegenseitig sich niederzukonkurrieren [*sic!*] versucht, so liegt aber die letzte Waffe endlich auch hier beim Schwert. Die sogenannte wirtschaftsfriedliche Eroberung der Welt könnte nur stattfinden, wenn die Erde aus lauter Agrarvölkern bestünde und ein einziges industriell tätiges Wirtschaftsvolk besäße. Da aber alle großen Völker heute Industrievölker sind, ist die sogenannte wirtschaftsfriedliche Eroberung der Erde nichts anderes als der Kampf mit Mitteln, die so lange friedliche sein werden, solange die stärkeren Völker mit ihnen siegen zu können glauben, d. h. aber in Wirklichkeit mit friedlicher Wirtschaft die anderen töten zu können. Denn das ist das wirkliche Resultat eines Sieges eines Volkes mit wirtschaftsfriedlichen Mitteln über ein anderes Volk. Das eine Volk erhält durch sie die Möglichkeiten zum Leben, und dem anderen Volke

12 Im April 1933 beabsichtigte Hitler, auf der Weltwirtschaftskonferenz in London im Sommer 1933 eine Vereinbarung gegen die Industrialisierung außereuropäischer Gebiete anzustreben. Vgl. Aufzeichnung über die Konferenz in der Reichskanzlei am 24.4.1933. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C: 1933-1937, Bd. I/1, Göttingen 1971, Dok. 182, S. 334. Hier lag auch eines der Motive für die späteren Pläne eines vollständigen Abbaus der Industrie in der besetzten Sowjetunion. Vgl. Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Hrsg. und eingeleitet von Rolf-Dieter Müller, Boppard a. Rh. 1991.

werden sie dadurch entzogen. Der Einsatz ist auch hier immer die Substanz von Fleisch und Blut, die wir als Volk bezeichnen.

Glaubt aber ein wirklich kraftvolles Volk, ein anderes mit wirtschaftsfriedlichen Mitteln nicht besiegen zu können, oder will ein wirtschaftlich schwächeres Volk sich von einem wirtschaftlich stärkeren nicht töten lassen, indem ihm langsam die Möglichkeiten seiner Ernährung abgeschnitten werden, dann wird (es zum Schwerte greifen) in beiden Fällen der Dunst der wirtschaftsfriedlichen Phrasen plötzlich zerrissen und der Krieg, also die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln [13], tritt an ihre Stelle.

Die Gefahr der wirtschaftlichen Betätigung im ausschließlichen Sinne liegt aber für ein Volk gerade darin, daß es nur zu leicht dem Glauben verfällt, sein Schicksal end(lich)gültig durch die Wirtschaft gestalten zu können, daß diese damit von einer rein sekundären Stelle in eine primäre vorrückt, ja endlich sogar als staatsbildend angesehen wird, und dem Volk diejenigen Tugenden und Eigenschaften raubt, die Völker und Staaten endgültig allein auf dieser Erde am Dasein zu erhalten vermögen [14].

Eine besondere Gefahr der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Politik eines Volkes liegt aber darin, daß durch sie zunächst eine Vermehrung der Volkszahl möglich wird, die endlich in keinem Verhältnis mehr steht zu den Lebenserträgnissen des eigenen Grund und Bodens. Diese Überfüllung eines ungenügend großen Lebensraumes mit Menschen führt dabei nicht selten auch zu schweren sozialen Schäden, indem die Menschen nun in Arbeitszentren zusammengefaßt werden, die dann weniger Kulturstätten gleichen als vielmehr Abszessen am Volkskörper, in denen sich alle üblen Laster, Untugenden und Krankheiten zu vereinigen scheinen [15]. Sie sind dann vor allem Brutstätten der Blutsvermischung und Bastardierung, damit meistens der Rassensenkung und ergeben damit jene eitrigen Herde, in denen die internationale jüdische Völkermade gedeiht und die weitere Zersetzung endgültig besorgt.

Gerade dadurch aber wird ein Verfall in die Wege geleitet, in dem nun die innere Kraft eines solchen Volkes rasch entschwindet, alle rassischen, moralischen und sittlichen Werte der Vernichtung anheimfallen, die Ideale abgebaut werden und damit endlich die Voraussetzung beseitigt wird, die ein Volk notwendig braucht, um die letzte Konsequenz im Ringen um den Weltmarkt auf sich nehmen zu können. Die Völker werden, in einem lasterhaften Pazifismus geschwächt, nicht mehr bereit sein, mit Bluteinsatz für den Absatz ihrer Waren zu kämpfen. Sowie also ein Stärkerer an Stelle wirtschaftsfriedlicher Mittel die realeren Kräfte der politischen Macht einsetzt, werden solche Völker zusammenbrechen. Dann aber trifft sie die Rache ihrer eigenen Verfehlungen. Sie sind übervölkert und haben nun infolge des Verlustes aller wirklichen Voraussetzungen keine Möglichkeit mehr, die übergroße Volksmasse genügend ernähren zu können, keine Kraft, die Fessel der Gegner zu sprengen, und keinen inneren Wert,

13 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J., S. 640: "Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel."

14 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 157 ff.

15 Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

das Schicksal würdig zu tragen. Sie glaubten einst, um leben zu können, dank ihrer wirtschaftsfriedlichen Betätigung, der Gewalt entsagen zu dürfen. Das Schicksal wird sie belehren, daß man endgültig ein Volk nur erhält, wenn Volkszahl und Lebensraum in einem bestimmten natürlichen und gesunden Verhältnis zueinander stehen. Daß weiter dieses Verhältnis von Zeit zu Zeit überprüft werden muß, und in eben dem Maße, indem es sich zuungunsten des Bodens verschiebt, zugunsten der Volkszahl wieder hergestellt werden muß.

Dazu allerdings braucht ein Volk Waffen. Denn Bodenerwerb ist immer mit Machteinsatz verbunden.

Wenn aber die Aufgabe der Politik die Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes ist, der Lebenskampf eines Volkes im letzten Grunde darin besteht, der jeweiligen Volkszahl die zur Ernährung notwendige Raummenge zu sichern, dieser gesamte Vorgang jedoch eine Frage des Machteinsatzes eines Volkes ist, dann ergibt sich folgende Schlußdefinition:

Politik ist die Kunst der Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes um sein irdisches Dasein.

(Innenpolitik) Außenpolitik ist die Kunst, einem Volke den jeweils notwendigen Lebensraum in Größe und Güte zu sichern.

Innenpolitik ist die Kunst, einem Volke (die) den dafür notwendigen (Machtgehalt) Machteinsatz in Form seines Rassenwertes und seiner Zahl zu erhalten.

[*KAPITEL III*]

[*RASSE, KAMPF UND MACHT*]

Ich (möchte) will mich dabei gleich an dieser Stelle mit jener bürgerlichen Auffassung auseinandersetzen, die unter Macht meist nur den Waffenvorrat einer Nation im Auge hat und zum geringeren Teil vielleicht auch noch die Armee als Organisation. Würde die Auffassung dieser Leute zutreffend sein, d. h., würde also die Macht eines Volkes wirklich in seinem Waffenbesitz und seiner Armee an sich liegen, dann müßte damit ein Volk, das durch irgendwelche Umstände Armee und Waffen verloren hat, für alle Zeiten erledigt sein. Das glauben aber diese bürgerlichen Politiker selber kaum. Allein schon indem sie dies bezweifeln, geben sie zu, daß Waffen und Heeresorganisation Dinge sind, die ersetzt werden können, mithin nicht primärer Natur sind, sondern daß es etwas gibt, was über ihnen steht und was damit zumindest die Quelle auch ihrer Macht [*ist*]. Und dem ist auch so. Waffen und Heeresformen sind zerstörbar und sind ersetzbar. So groß vielleicht ihre Bedeutung für den Augenblick ist, [*so*] begrenzt ist sie für längere Zeiträume betrachtet. Im Leben eines Volkes ist endgültig ausschlaggebend der Wille zur Selbsterhaltung und die lebendigen Kräfte, die ihm dabei zur Verfügung stehen. Waffen können rosten, Formen können sich überleben, der Wille selbst kann beides immer wieder erneuern und einem Volk in jener Gestalt verschaffen, die der Augenblick der Not erfordert. Daß wir Deutschen unsere Waffen abliefern mußten[1], hat eine sehr geringe Bedeutung, soweit ich die materielle Seite dabei im Auge behalte. Und das ist doch die einzige, die unsere bürgerlichen Politiker sehen. Das Bedrückende in unserer Waffenablieferung liegt höchstens in den Begleitumständen, unter denen sie erfolgte, in unserer Gesinnung, die sie ermöglichte, sowie in der erbärmlichen Art der Durchführung, die wir erlebten[2]. Viel schwerer wiegt die Zerstörung der Organisation unseres Heeres. Allein auch dort ist das Hauptunglück nicht in der Beseitigung der Organisation als Trägerin unseres Waffenbesitzes zu sehen, als vielmehr in der Aufhebung einer Institution der Erziehung unseres Volkes zur Mannbarkeit, wie sie kein anderer Staat der Welt besessen hat und allerdings auch kein Volk wohl so nötig brauchte als unser deutsches. Das Verdienst unseres alten Heeres an der allgemeinen Disziplinierung unseres Volkes für Höchstleistungen auf allen Gebieten ist nicht abmeßbar [*sic!*]. Gerade unser Volk, das in seiner inneren rassischen Zerrissenheit so sehr die Eigenschaften vermissen läßt, die z. B. den Engländer auszeichnen - geschlossenes Zusammenstehen in Zeiten der Gefahr -, hat wenigstens einen Teil dieser, bei anderen Völkern natürlichen, instinktmäßig

1 Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen vom 11.11.1918 verlangte die Übergabe von 5.000 Geschützen, 25.000 Maschinengewehren, 3.000 Minenwerfern und 1.700 Kampfflugzeugen, Artikel XXII und XXIII die Auslieferung sämtlicher Unterseeboote, von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern und 50 Zerstörern. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 25, 47, 75, 79.
Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrages vom 28.6.1919 legten die militärische Stärke Deutschlands präzise fest und verboten jede größere Wiederaufrüstung. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff.

2 Vgl. Michael Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

verankerten Veranlagung auf dem Wege der Erziehung durch das Heer erhalten. Die Menschen, die so gerne von Sozialismus reden, begreifen alle nicht, daß die höchste sozialistische Organisation überhaupt das deutsche Volksheer gewesen ist. Daher auch der grimmige Haß des typisch kapitalistisch veranlagten Judentums gegen eine Organisation, in der nicht Geld identisch ist mit Stellung, Würde oder gar Ehre, sondern Leistung und in der überhaupt die Ehre, zu Menschen einer bestimmten Leistung zu gehören, größer geschätzt wird, als Vermögen und Reichtum zu besitzen[3]. Eine Auffassung, die dem Juden ebenso fremd wie gefährlich erscheint, und die, wenn sie erst Allgemeingut eines Volkes sein würde, einen immunen Schutz gegen jede weitere jüdische Gefahr bedeuten würde. Würde z. B. in der Armee eine Offiziersstelle zu kaufen sein, so wäre dies dem Judentum verständlich. Unverständlich, ja unheimlich aber ist ihm eine Organisation, die einen Mann mit Ehre umgibt, der entweder überhaupt gar kein Vermögen besitzt, oder dessen Einkommen nur ein Bruchteil eines anderen ist, der gerade in dieser Organisation gar nicht geehrt oder geschätzt wird[4]. Und darin aber lag die Hauptstärke dieser alten unvergleichlichen Einrichtung, die nur leider in den letzten 30 Friedensjahren allerdings auch langsam angefressen zu werden drohte. Sowie es Mode wurde, daß einzelne Offiziere, besonders adeliger Abstammung, sich ausgerechnet mit Warenhausjüdinnen paarten, stieg für das alte Heer eine Gefahr auf, die sich bei fortschreitender gleicher Entwicklung eines Tages übel ausgewachsen hätte. Jedenfalls war in der Zeit Kaiser Wilhelms I.[5] für solche Vorgänge kein Verständnis (gezeigt) übrig gewesen. Dennoch war, alles in allem genommen, noch um die Jahrhundertwende das deutsche Heer die grandioseste Organisation der Welt und seine Wirksamkeit für unser deutsches Volk eine mehr als segensreiche. Die Zuchtstätte deutscher Disziplin, deutscher Tüchtigkeit, gerader Gesinnung, offenen Mutes, kühnen Draufgängertums, zäher Beharrlichkeit und granitener Ehrlichkeit. Die Ehrauffassung eines ganzen Standes wurde langsam aber unmerklich Gemeingut eines ganzen Volkes[6].

Daß diese Organisation durch den Friedensvertrag von Versailles zerstört wurde, war für unser deutsches Volk um so schlimmer, als unsere Gegner im Inneren damit endlich freie Bahn zum Auswirken ihrer schlimmsten Absichten bekamen, unser unfähiges Bürgertum aber mangels jeder Genialität und improvisatorischer Fähigkeit auch nicht den primitivsten Ersatz zu finden vermochte.

Damit allerdings hat unser deutsches Volk Waffenbesitz und Waffenträgerin verloren. Allein dies ist in der Geschichte der Völker unzählige Male der Fall gewesen, ohne daß diese daran zu Grunde gegangen wären. Im Gegenteil: Nichts ist leichter zu ersetzen als ein Waffen-

3 Zum Militärdienst deutscher Juden vgl. Rolf Vogel, Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1813-1976, Mainz 1977, S. 37 ff. Zum speziellen Fall Preußen vgl. Manfred Messerschmidt, Die preußische Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, Zweiter Teil: Strukturen und Organisationen, München 1979, S. 10-301, hier 210 f.

4 Zur Rekrutierung des preußisch-deutschen Offizierkorps vgl. Detlef Bald, Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierkorps im 20. Jahrhundert, München 1982, S. 38 ff.

5 Wilhelm I. (1797-1888), 1858 Regent für Friedrich Wilhelm IV., 1861 preußischer König, 1871 deutscher Kaiser.

6 Zur Dominanz militärischer Verhaltensmuster in der preußisch-deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs vgl. Emilio Willems, Der preußisch-deutsche Militarismus. Ein Kulturkomplex im sozialen Wandel, Köln 1984, S. 70 ff.

verlust, und jede organisatorische Form kann wieder erschaffen oder erneuert werden. Was unersetzbar ist, ist das verdorbene Blut eines Volkes, der vernichtete innere Wert.

Denn der heutigen bürgerlichen Auffassung, daß der Friedensvertrag von Versailles unser Volk waffenlos gemacht habe, kann ich nur entgegenhalten, daß die wirkliche Waffenlosigkeit in unserer pazifistisch-demokratischen Vergiftung liegt, sowie im Internationalismus, der die höchsten Kraftquellen unseres Volkes zerstört und vergiftet. Denn die Quelle aller Macht eines Volkes liegt nicht in seinem Waffenbesitz oder in seiner Heeresorganisation, sondern in seinem inneren Wert, der repräsentiert wird durch die rassische Bedeutung, also den Rassenwert eines Volkes an sich, durch das Vorhandensein höchster Einzelpersönlichkeitswerte sowie durch seine gesunde Einstellung zum Gedanken der Selbsterhaltung.

Wenn wir als Nationalsozialisten mit dieser Auffassung über die wirkliche Kraft eines Volkes vor die Öffentlichkeit treten, dann wissen wir, daß damit die gesamte öffentliche Meinung heute gegen uns steht. Allein, dies ist ja der tiefste Sinn unserer neuen Lehre, die uns als Weltanschauung von den anderen trennt.

Indem wir von dem Grundsatze ausgehen, daß Volk nicht gleich Volk ist, ist auch Volkswert nicht gleich Volkswert. Wenn aber Volkswert nicht gleich Volkswert ist, dann hat mithin jedes Volk, ganz abgesehen von seiner Zahl als summarischem Wert, noch einen besonderen spezifischen Wert, der ihm zu eigen ist und der keinem anderen Volke vollständig gleich sein kann. Die Auswirkungen dieses jeweiligen besonderen Volkswertes können verschiedenster Art sein und auf den verschiedensten Gebieten liegen; zusammengefaßt aber ergeben sie doch einen Maßstab für die allgemeine Wertung eines Volkes überhaupt. Der letzte Ausdruck dieser allgemeinen Wertung ist das geschichtliche Kulturbild eines Volkes, in dem sich die Summe aller Ausstrahlungen seines Blutswertes oder der in ihm vereinten Rassenwerte widerspiegeln.

Dieser besondere Volkswert ist aber keineswegs nur ein ästhetisch-kultureller, sondern ein allgemeiner Lebenswert an sich. Denn er bildet das Leben eines Volkes überhaupt, formt und gestaltet es und liefert damit auch all jene Kräfte, die ein Volk zur Überwindung von Lebenswiderständen einzusetzen hat. Denn jegliche kulturelle Tat ist in Wahrheit die Besiegung einer, vom Menschen aus betrachtet, bisher bestandenen Barbarei, jede kulturelle Schöpfung (damit) eine Hilfe zum Aufstieg der Menschen über eine bisher gezogene Begrenzung und damit eine Stärkung der Stellung dieser Menschen, so daß auch im sogenannten kulturellen Wert eines Volkes in Wahrheit eine Kraft zur Lebensbehauptung liegt. Je größer aber mithin die inneren Kräfte eines Volkes in dieser Richtung sind, um so stärker auch die unzähligen Möglichkeiten zur Lebensbehauptung auf allen Gebieten des Lebenskampfes. Je höher mithin der Rassenwert eines Volkes ist, um so größer sein allgemeiner Lebenswert, (durch) den es dann zugunsten seines Lebens einzusetzen hat, im Kampfe und im Ringen mit anderen Völkern.

Die Bedeutung des Blutswertes eines Volkes wird allerdings erst dann restlos wirksam, wenn dieser Wert von einem Volk erkannt, gebührend geschätzt und gewürdigt wird. Völker, die diesen Wert nicht begreifen oder mangels eines natürlichen Instinktes ihn nicht mehr empfinden, beginnen ihn damit auch sofort zu verlieren. Blutsvermischung und Rassensenkung sind dann die Folgen, die allerdings am Beginn nicht selten eingeleitet werden durch eine sogenannte Ausländerei, in Wirklichkeit also ein Minderschätzen eigener kultureller Werte gegenüber denen fremder Völker. Sowie ein Volk (seine) den (Ausdruck) kulturellen Ausdruck

des durch sein Blut bedingten eigenen Seelenlebens[7] nicht mehr würdigt oder sich seiner sogar zu schämen beginnt, um fremden Lebensausdrücken seine Sinne zuzuwenden, verzichtet es auf die Kraft, die in der Harmonie seines Blutes und dem daraus entsprossenen kulturellen Leben liegt. Es wird zerrissen, unsicher in seiner Beurteilung des Weltbildes und seiner Äußerungen, verliert die Erkenntnis und das Gefühl für eigene Zweckmäßigkeiten, um an Stelle dessen im Wirrwarr internationaler Vorstellungen, Auffassungen und dem daraus entsprossenen Kulturdurcheinander zu versinken. Dann kann der Jude in jeder Form seinen Einzug halten, und dieser Meister der internationalen Giftmischerei und Rassenverderbnis wird dann nicht eher ruhen, als bis er ein solches Volk restlos entwurzelt und damit verdorben hat. Das Ende ist dann der Verlust eines bestimmten einheitlichen Rassenwertes und damit der endgültige Verfall.

Daher ist auch jeder vorhandene rassische Wert eines Volkes so lange wirkungslos, wenn nicht gar gefährdet, als nicht ein Volk bewußt sich seiner erinnert und ihn mit aller Sorgfalt pflegt, seine gesamten Hoffnungen aber in erster Linie auf ihn stützt und auf ihn aufbaut.

Damit ist die internationale Gesinnung aber als Todfeindin dieses Wertes anzusehen. Statt ihr muß das Bekenntnis zum eigenen Volkswert das gesamte Leben und Handeln eines Volkes erfüllen und bestimmen.

So sehr nun auch im Volkswert der wahre Ewigkeitsfaktor für die Größe und Bedeutung eines Volkes zu suchen ist, sowenig wird dieser Wert an sich in seiner Gesamtheit zur Wirksamkeit gelangen, wenn nicht die zunächst schlummernden Energien und Talente eines Volkes ihre Erwecker finden.

Denn sowenig die Menschheit einen gleichmäßigen Durchschnittswert besitzt, sondern aus verschiedenen Rassenwerten zusammengesetzt erscheint, so wenig ist der Persönlichkeitswert innerhalb eines Volkes bei allen seinen Angehörigen der gleiche. Jede Tat eines Volkes, sie mag liegen auf was immer für einem Gebiete, ist das Ergebnis des schöpferischen Wirkens einer Persönlichkeit. Es gibt keine Not, die ihre Behebung findet allein durch den Wunsch der von ihr Betroffenen, solange nicht dieser allgemeine Wunsch seine Erlösung findet im Handeln des für diese Aufgabe aus einem Volk erkorenen Menschen. Niemals haben Majoritäten schöpferische Leistungen vollbracht. Niemals Mehrheiten Erfindungen der Menschheit gegeben. Immer ist die einzelne Person Begründer des menschlichen Fortschrittes gewesen. Nun wird allerdings ein Volk eines bestimmten inneren Rassenwertes, soferne dieser Wert überhaupt sichtbar wird in seinen kulturellen oder sonstigen Leistungen, von vorneherein die Persönlichkeitswerte besitzen müssen, da ja ohne deren Auftreten und schöpferische Betätigung das Kulturgemälde eines solchen Volkes nie entstanden wäre und damit die Möglichkeit jedes Rückschlusses auf den inneren Wert eines solchen Volkes fehlen würde. Indem ich den inneren rassischen Wert eines Volkes erwähne, taxiere ich ihn aus der Summe der mir vor Augen liegenden Leistungen und bestätige damit zugleich das Vorhandensein der jeweiligen Persönlichkeitswerte, die als Repräsentanten des Rassenwertes eines Volkes handelten und das Kulturbild schufen. So sehr also an sich Rassenwert und Persönlichkeitswert miteinander verknüpft erscheinen, weil ein rassisch wertloses Volk zumindest aus dieser Quelle keine bedeutenden schöpferischen Persönlichkeiten bekommen kann, wie es umgekehrt unmöglich erscheint, beim

7 Hitler bezieht sich hier auf die Pseudo-Wissenschaft, die jeder Rasse eine eigene Seele zuschrieb. Vgl. z. B. Ludwig Ferdinand Clauß, Rasse und Seele. Eine Einführung in die Gegenwart, München 1926.

Fehlen schöpferischer Persönlichkeiten und deren Leistungen auf einen etwa vorhandenen rassischen Wert zu schließen, so sehr kann aber dennoch ein Volk durch die Art der formalen Konstruktion seines Organismus, der Volksgemeinschaft oder des Staates das Auswirken seiner Persönlichkeitswerte fördern oder wenigstens erleichtern oder aber sogar verhindern.

Sowie ein Volk die Majorität zum Regenten seines Lebens einsetzt, also die Demokratie heutiger westlicher Auffassung einführt, wird es der Bedeutung des Persönlichkeitsgedankens nicht nur Abbruch tun, sondern der Wirksamkeit der Persönlichkeitswerte einen Riegel vorschieben. Es verhindert durch eine formale Konstruktion seines Lebens die Entstehung und die Arbeit einzelner schöpferischer Personen.

Denn dies ist der doppelte Fluch des heute herrschenden demokratisch-parlamentarischen Systems: Es ist nicht nur selbst unfähig, wirklich schöpferische Leistungen zu vollbringen, sondern es verhindert auch das Emporkommen und damit die Arbeit solcher Männer, die über [*das*] Niveau des Durchschnitts irgendwie bedrohlich hinausragen. Denn der Majorität schien zu allen Zeiten am bedrohlichsten der Mensch, dessen Größe über dem Durchschnittsmaß der allgemeinen Dummheit, Unzulänglichkeit, Feigheit, aber auch Überheblichkeit liegt. Hiezu kommt noch, daß durch die Demokratie auf nahezu gesetzmäßigem Wege minderwertige Personen Führer werden müssen, so daß dieses System, auf irgendeine Institution konsequent angewendet, die gesamte Führermasse, soweit man dabei von einer solchen überhaupt noch reden kann, entwertet. Dies beruht auf der im Wesen der Demokratie liegenden Verantwortungslosigkeit. Majoritäten sind zu wenig faßbare Erscheinungen, als daß sie irgendwie mit Verantwortung belastet werden könnten. Die von ihnen aufgestellten Führer sind in Wahrheit nur Vollzugsstrecker [*sic!*] des Willens der Majoritäten. Ihre Aufgabe ist daher weniger, geniale Pläne oder Ideen zu produzieren, um sie dann gestützt auf einen vorhandenen Verwaltungsapparat durchzusetzen, als vielmehr die jeweiligen Majoritäten zusammenzubringen, die für die Durchführung bestimmter Absichten notwendig sind. Dabei richten sich aber weniger die Majoritäten nach den Absichten, als vielmehr die Absichten nach den Majoritäten. Ganz gleich, wie aber das Resultat eines solchen Handelns sein mag, es gibt keinen irgendwie faßbar dafür Verantwortlichen. Dies um so mehr, als ohnehin jede wirklich getroffene Entscheidung das Resultat zahlreicher Kompromisse ist, die sie dann auch in ihrem Wesen und Inhalt zeigen wird. Wen will man aber dann dafür verantwortlich machen?

Sowie nun die rein persönlich umrissene Verantwortlichkeit beseitigt wird, fällt der zwingendste Grund für das Entstehen eines kraftvollen Führertums weg. Man vergleiche die auf die Autorität und Verantwortlichkeit der Einzelperson im höchsten Ausmaße eingestellte Heeres(einrichtung)organisation mit unseren demokratischen Zivileinrichtungen, und zwar in bezug auf die Resultate der beiderseitigen Führerausbildung, und man wird entsetzt sein. Im einen Fall eine Organisation von ebenso mutigen wie verantwortungsfreudigen und ihre Sache könnenden Männern (auf der anderen), im anderen verantwortungsfeige Nichtskönner. 4 ½ Jahre hat die deutsche Heeresorganisation der größten Feindesvereinigung aller Zeiten standgehalten. Die zivile, demokratisch zersetzte innere Führung brach buchstäblich auf den ersten Anhieb einiger hundert Lumpen und Deserteure zusammen[8].

8 Zum Forschungsstand über Ursachen und Bedeutung der Revolution von 1918/19 vgl. Heinrich August Winkler, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Die Armseligkeit des deutschen Volkes an wirklich großen führenden Köpfen findet ihre einfachste Erklärung in der wüsten Zersetzung, die wir durch das demokratisch-parlamentarische System, das unser ganzes öffentliches Leben langsam anfrißt, vor uns sehen.

Die Völker müssen sich entscheiden. Entweder sie wollen Majoritäten oder Köpfe. Beide zusammen vertragen sich nie. Großes aber auf dieser Erde haben bisher immer noch Köpfe geschaffen, und was sie schufen, wurde freilich dann meist durch Majoritäten dann [*sic!*] wieder vernichtet.

So kann ein Volk sehr wohl auf Grund seines allgemeinen Rassenwertes berechtigte Hoffnung besitzen, wirklichen Köpfen das Leben schenken zu können, allein es muß dann auch in der Art der Konstruktion seines Volkskörpers Formen suchen, die nicht künstlich, ja planmäßig solche Köpfe in ihrem Wirken unterbinden, eine Mauer von Dummheit dagegen aufrichten, kurz, sie nicht zur Wirksamkeit gelangen lassen.

Sonst wird eine der gewaltigsten Machtquellen eines Volkes verschüttet.

(Als dritten Faktor der inneren Kraft eines Volkes haben wir die Erziehung zur Selbstbehauptung.)

Der dritte Faktor der Kraft eines Volkes ist sein gesunder natürlicher Selbsterhaltungstrieb. Aus ihm resultieren dann zahlreiche heldische Tugenden, die einem Volke allein den Existenzkampf aufnehmen lassen. Keine Staatsleitung wird große Erfolge zu erzielen vermögen, wenn das Volk, dessen Interessen sie zu vertreten hat, zu feige und zu erbärmlich ist, sich selbst für diese Interessen einzusetzen. Keine Staatsleitung freilich wird erwarten dürfen, daß ein Volk Heroismus besitzt, das es [*sic!*] nicht selbst zum Heroismus erzieht. So wie der Internationalismus den vorhandenen Rassenwert schädigt und damit schwächt, die Demokratie die Persönlichkeitswerte zerstört, so lähmt der Pazifismus die natürlichen Kräfte der Selbsterhaltung der Völker.

Diese 3 Faktoren: der Volkswert an sich, die vorhandenen Persönlichkeitswerte sowie der gesunde Selbsterhaltungstrieb sind die Kraftquellen, aus denen eine weise und kühne Innenpolitik immer wieder die Waffen ziehen kann, die zur Selbstbehauptung eines Volkes notwendig sind. Dann werden Heereseinrichtungen und waffentechnische Fragen stets die Lösungen finden, die geeignet sind, einem Volke im schweren Kampf um die Freiheit und das tägliche Brot beizustehen.

Verliert die innerpolitische Leitung eines Volkes diese Gesichtspunkte aus den Augen oder glaubt sie, nur waffentechnisch allein für einen Kampf sich rüsten zu müssen, dann kann sie Augenblickserfolge erzielen, soviel sie will, die Zukunft aber gehört einem solchen Volke dann nicht. Es war deshalb die Aufgabe aller wahrhaft großen Gesetzgeber und Staatsmänner dieser Erde nie die beschränkte Vorbereitung für einen Krieg als vielmehr die unbeschränkte innere Durch- und Ausbildung eines Volkes, so daß nach aller menschlichen Vernunft seine Zukunft fast gesetzmäßig gesichert erscheint. Dann verlieren auch Kriege den Charakter einzelner, mehr oder minder gewaltiger, Überraschungen, sondern gliedern sich ein in ein natürliches, ja selbstverständliches System einer gründlichen, gut fundierten, dauerhaften Entwicklung eines Volkes.

Daß die derzeitigen Staatsleitungen diese Gesichtspunkte wenig beachten, liegt teils im Wesen der Demokratie, der sie selbst ihre Existenz verdanken, zum anderen aber darin, daß der Staat ein rein formaler Mechanismus geworden ist, der ihnen als Selbstzweck erscheint,

ohne sich im geringsten mit den Interessen eines bestimmten Volkes decken zu müssen. Volk und Staat sind zwei verschiedene Begriffe geworden. Es wird Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, für Deutschland hier einen grundsätzlichen Wandel herbeizuführen.

[*KAPITEL IV*]

[*AUSSENPOLITISCHE KRITIK UND VORSCHLÄGE*]

Wenn mithin die Aufgabe der Innenpolitik - neben der selbstverständlichen Befriedigung der sogenannten Tagesfragen - die Stählung und Stärkung eines Volkskörpers sein muß, indem sie planmäßig seine inneren Werte hegt und fördert, dann ist es Aufgabe der Außenpolitik, diese innere Ausbildungsarbeit eines Volkskörpers nach außen zu decken und mitzuhelfen, die allgemeinen Lebensvoraussetzungen zu schaffen und zu sichern. Eine gesunde Außenpolitik wird dabei als letztes Ziel unverrückbar immer die Gewinnung der Ernährungsgrundlagen eines Volkes im Augen behalten müssen. Die Innenpolitik hat einem Volke die innere Kraft zu sichern für seine außenpolitische Behauptung. Die Außenpolitik hat einem Volk das Leben zu sichern für seine innenpolitische Entwicklung. Innenpolitik und Außenpolitik sind damit nicht nur auf das engste miteinander verbunden, sondern haben gegenseitig ergänzend zu wirken. Die Tatsache, daß in großen Zeitläufen der menschlichen Geschichte die Innenpolitik sowohl als die Außenpolitik anderen Grundsätzen gehuldigt hat, beweist nichts für die Richtigkeit dessen, sondern hat nur den Beweis für den Irrtum eines solchen Handelns erbracht. Ungezählte Völker und Staaten sind als warnende Beispiele für uns zugrunde gegangen, weil sie die oben angeführten elementaren Grundsätze nicht befolgt hatten. Es ist bemerkenswert, wie wenig der Mensch in seinem Leben an die Möglichkeit des Todes denkt. (Wie wenig beim einzelnen) Wie wenig er im einzelnen sein Leben einrichtet nach den Erfahrungen, die ungezählte Menschen vor ihm bereits machen mußten und die ihm an sich alle bekannt sind. Immer sind es nur Ausnahmen, die dies bedenken und kraft der Bedeutung ihrer Persönlichkeit nun versuchen, ihren Mitmenschen Lebensgesetze aufzuzwingen, denen die Erfahrungen vergangener Zeiten zugrunde liegen. Es ist dabei bemerkenswert, daß ungezählte hygienische Maßnahmen, die zum Segen eines Volkes ausschlagen müssen, jedoch im einzelnen unbequem sind, durch die autokratische Bedeutung einzelner Personen der Allgemeinheit zur Befolgung förmlich aufgezwungen werden müssen, um aber im selben Moment wieder zu vergehen, in dem die Autorität der Persönlichkeit abgelöst wird durch den Massenwahn der Demokratie. Der Durchschnittsmensch hat vor dem Tode die meiste Angst und denkt in Wirklichkeit am seltensten an ihn. Der Bedeutende beschäftigt sich mit ihm am eindringlichsten und scheut ihn trotzdem am wenigsten. Der eine lebt blind in den Tag hinein, sündigt darauf los, um plötzlich vor dem Allbezwinger zusammenzusinken. Der andere betrachtet in aller Sorgfalt sein Kommen und blickt ihm dann allerdings gefaßt und ruhig ins Auge.

Im Völkerleben ist es genauso. Es ist oft unheimlich zu sehen, wie wenig die Menschen aus der Geschichte lernen wollen, wie gleichgültig blöde sie über ihre Erfahrungen hinwegschreiten, wie gedankenlos sie sündigen, ohne zu bedenken, daß gerade durch ihre Sünden schon soundso viel Völker und Staaten untergegangen, ja von der Erde verschwunden sind. Überhaupt, wie wenig sie sich mit der Tatsache beschäftigen, daß selbst in der kurzen Spanne Zeit, in die wir einen geschichtlichen Einblick besitzen, Staaten und Völker von manchmal fast gigantischer Größe entstanden sind, um 2.000 Jahre später spurlos zu vergehen, daß Weltmächte

Kulturkreise beherrschten, von denen nur mehr die Sage kündet, Riesenstädte in Trümmer gesunken sind, daß kaum die Schutthalden übrigblieben, um der heutigen Menschheit wenigstens den Ort ihrer Lage zu zeigen. Fast außer aller Vorstellung aber liegen die Sorgen, Nöte und Leiden der Millionen und Millionen einzelner Menschen, die einst als lebendige Substanz Träger und Opfer dieser Ereignisse gewesen sind. Unbekannte Menschen, unbekannte Soldaten der Geschichte. Und wie gleichgültig ist in Wirklichkeit die Gegenwart. Wie unbegründet ihr ewiger Optimismus und wie verderblich ihre gewollte Unwissenheit, ihr Nichtsehenmögen und ihr Nichtlernenwollen. Käme es auf die breite Masse an, so würde sich das Spiel des Kindes mit dem ihm unbekannten Feuer auch im größten Umfang ununterbrochen wiederholen. Es ist deshalb die Aufgabe der sich als Erzieher eines Volkes berufen fühlenden Menschen, für sich aus der Geschichte zu lernen und ihr Wissen nun praktisch (nun) anzuwenden, ohne Rücksicht auf Einsicht, Verständnis, Unkenntnis oder auch Ablehnung durch die Masse. Die Größe eines Mannes ist um so bedeutender, je größer sein Mut war, im Gegensatz zu einer allgemein herrschenden, aber verderblichen Ansicht seine bessere Einsicht zum allgemeinen Siege zu führen. Sein Sieg wird um so größer erscheinen, je gewaltiger die Widerstände waren, die überwunden werden mußten, und je aussichtsloser zunächst der Kampf schien.

Die nationalsozialistische Bewegung hätte kein Recht, sich als eine wahrhaft große Erscheinung im Leben des deutschen Volkes ansehen zu wollen, wenn sie nicht den Mut aufbrächte, aus den Erfahrungen der Vergangenheit [*zu*] lernen, die von ihr vertretenen Lebensgesetze allen Widerständen zum Trotz dem deutschen Volke aufzuzwingen. So gewaltig ihre innere Reformationsarbeit dabei auch sein wird, so (muß) darf sie dabei doch nie vergessen, daß es einen wirklichen Wiederaufstieg unseres Volkes auf die Dauer nicht gibt, wenn es ihrer außenpolitischen Tätigkeit nicht gelingt, unserem Volk die allgemeinen Ernährungsvoraussetzungen zu sichern. Sie ist damit im höchsten Sinne des Wortes zur Kämpferin für Freiheit und Brot geworden [1]. Freiheit und Brot ist die einfachste und [*in*] Wirklichkeit doch größte außenpolitische Parole, die es für ein Volk geben kann. Die Freiheit, das Leben eines Volkes nach dessen eigenen Interessen ordnen und regeln zu können, und das Brot, das dieses Volk zu seinem Leben nötig hat.

Wenn ich heute dabei als Kritiker der außenpolitischen Leitung unseres Volkes der Vergangenheit und Gegenwart auftrete, dann bin ich mir bewußt, daß die Fehler, die ich heute sehe, auch von anderen gesehen wurden. Was mich vielleicht von diesen unterscheidet, ist nur die Tatsache, daß es sich (in einen Fall) in den meisten Fällen dabei nur um kritische Erkenntnisse gehandelt hat, ohne praktische Konsequenzen, während ich mich bemühe, aus meiner Einsicht in die Fehler und Irrtümer der früheren deutschen Innen- und Außenpolitik die Vorschläge zur Änderung und Besserung abzuleiten und das Instrument zu bilden, mit dem dereinst diese Änderungen und Verbesserungen verwirklicht werden können.

Die Außenpolitik z. B. der wilhelminischen Periode wurde von nicht wenigen Menschen in Deutschland in vielen Fällen als verhängnisvoll empfunden und demgemäß charakterisiert. Besonders aus Kreisen des damaligen Alldeutschen Verbandes kamen ungezählte Warnungen,

---

1 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des "Völkischen Beobachters" überschrieben.

die im höchsten Sinne des Wortes berechtigt waren[2]. Ich selbst kann mich in die Tragik hineinversetzen, der damals alle diese Warner verfallen waren, zu sehen, wie und an was ein Volk zugrunde geht, und dabei doch nicht helfen zu können. In den letzten Jahrzehnten der unseligen Außenpolitik der Vorkriegszeit war in Deutschland das Parlament, also die Demokratie, nun nicht mächtig genug, die Köpfe für die politische Leitung des Reiches selbst bestimmen zu können. Dies war noch ein kaiserliches Recht, an dessen formaler Existenz man damals noch nicht zu rütteln wagte. Allein, der Einfluß der Demokratie war immerhin schon so stark geworden, daß den kaiserlichen Entschlüssen eine bestimmte Richtung bereits vorgeschrieben schien. Dies war deshalb von unheilvollen Wirkungen, weil nun ein nationaler Warner auf der einen Seite nicht mehr rechnen konnte, gegen die ausgesprochene Tendenz der Demokratie mit einem verantwortungsvollen Posten bekleidet zu werden, während er umgekehrt aus allgemein patriotischen Vorstellungen heraus gegen Seine Majestät den Kaiser nicht mit der letzten Waffe der Opposition ankämpfen konnte. Der Gedanke eines Marsches nach Rom[3] wäre im Deutschland der Vorkriegszeit absurd gewesen. So befand sich die nationale Opposition in der allerschlimmsten Lage. Noch hatte die Demokratie nicht gesiegt, allein sie stand schon im wütenden Kampf gegen den monarchischen Staatsgedanken. Der monarchische Staat selbst beantwortete den Kampf der Demokratie nicht mit der Entschlossenheit der Vernichtung derselben als vielmehr mit ewigen Konzessionen. Wer damals gegen eine der beiden Einrichtungen Stellung nahm, lief Gefahr, von beiden angefallen zu werden. Wer gegen einen kaiserlichen Entschluß aus nationalen Gründen opponierte, wurde ebensosehr vom Patriotismus verfemt als von der Demokratie beschimpft. Wer gegen die Demokratie Stellung nahm, wurde von ihr bekämpft und vom Patriotismus im Stich gelassen. Ja, er lief Gefahr, vom Regierungsdeutschland schmählichst (geopfert) verraten zu werden, in der traurigen Hoffnung, durch ein solches Opfer das Wohlgefallen Jehovas erringen zu können und der jüdischen Pressemeute eine Zeitlang die Mäuler zu stopfen. Wie die Verhältnisse damals lagen, war eine Aussicht, gegen den Willen der Demokratie oder gegen den Willen S[*einer*] Maj[*estät*] des Kaisers in eine verantwortliche Stelle der Reichsleitung zu kommen und damit den Kurs der Außenpolitik ändern zu können, nicht vorhanden. Dies führte dazu, daß die Beanstandungen der deutschen Außenpolitik ausschließlich auf dem Papier vorgebracht werden konnten, daß mithin eine Kritik einsetzte, die je länger, um so mehr die Charaktereigenschaften der Journalistik annehmen mußte. Die Folge davon aber war, daß immer weniger Wert, mangels jeder praktischen Realisierbarkeit, auf positive Vorschläge gelegt wurde, während die rein kritische Betrachtung Anlaß zu zahllosen Ausstellungen [*sic!*] gab, die man in ihrer Vollständigkeit um so eher vorbringen konnte, als man dadurch hoffte, das verantwortliche schlechte Regiment zum Sturz zu bringen.

---

2 Hitler bezieht sich wahrscheinlich auf Justizrat Heinrich Claß (1868-1953), 1895 Rechtsanwalt beim Landgericht Mainz und Oberlandesgericht Darmstadt, 1901 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbands, 1902 stellvertretender Vorsitzender, 1908-1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbands, Mitinhaber der "Deutschen Zeitung" sowie Verfasser folgender Bücher: "Bilanz des Neuen Kurses" (1903), "Deutsche Geschichte" (1908 unter dem Decknamen: Einhart), "Wenn ich der Kaiser wär'" (1912 unter dem Decknamen: Fryman), "Zum deutschen Kriegsziel" (1914). Claß war 1933 für die DNVP in den Reichstag gewählt worden, dem er bis 1945 angehörte (seit November 1933 als Hospitant der NSDAP-Fraktion).

3 Anspielung auf Mussolinis Marsch auf Rom am 27./28.10.1922, mit dem dieser seine Ernennung zum italienischen Ministerpräsidenten erzwang.

Dies haben allerdings die Männer der Kritik von damals nicht erreicht. Nicht das damalige Regiment wurde gestürzt, sondern es stürzte das Deutsche Reich und mithin das deutsche Volk. Was sie jahrzehntelang vorhergesagt hatten, war nun eingetroffen. Man kann nicht ohne tiefstes Mitgefühl der Männer gedenken, die vom Schicksal verdammt waren, 20 Jahre lang hindurch einen Zusammenbruch vorauszusagen und nun, ohne gehört worden zu sein und ohne damit helfen zu können, die tragischste Katastrophe ihres Volkes miterleben mußten.

An Jahren gealtert, vergrämt und verbittert und doch erfüllt von dem Gedanken, helfen zu müssen, versuchten sie nun nach dem Sturz des kaiserlichen Regiments, ihren Einfluß zur Wiedererhebung unseres Volkes geltend zu machen. Es war dies aus einer ganzen Anzahl von Gründen allerdings vergeblich.

Als die Revolution den kaiserlichen Stab zerbrach und die Demokratie auf den Thron hob, da besaßen die Kritiker von damals sowenig eine Waffe, die Demokratie zu stürzen, als sie früher vermochten, die kaiserliche Regierung zu beeinflussen[4]. In ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit hatten sie sich so sehr auf eine reine literarische Behandlung der Probleme eingestellt, daß ihnen nun nicht nur die[5] realen Machtmittel fehlten, ihrer Meinung einem Zustand gegenüber Ausdruck zu verleihen, der nur auf den Schrei der Straße reagiert, sondern es war ihnen auch die Fähigkeit abhanden gekommen, an die Organisation eines Machtausdrucks heranzugehen, der, wenn er wirksam sein sollte, mehr sein mußte als eine geschriebene Protestwelle. Sie alle hatten in den alten Parteien den Keim und die Ursache des Verfalls des Reiches gesehen. Im Gefühl ihrer inneren Sauberkeit mußten sie die Zumutung weit von sich weisen, nun selbst Parteien spielen zu wollen. Und doch konnten sie ihre Meinung praktisch nur dann durchsetzen, wenn sie die Möglichkeit erhielten, sie von einer großen Anzahl vertreten zu lassen. Und wenn sie tausendmal die Parteien zerschmettern wollten, so mußten sie zunächst eben immer noch erst die Partei bilden, die es als ihre Aufgabe ansieht, die Parteien zu zerschmettern. Daß es dazu nicht kam, lag aber auch noch im folgenden: Je mehr der politische Widerstand dieser Männer einst gezwungen war, sich rein journalistisch zu äußern, um so mehr stellte er sich auf eine Kritik ein, die wohl alle Schwächen des damaligen Systems auch deckte[6], die Fehlerhaftigkeit der einzelnen außenpolitischen Maßnahmen beleuchtete, allein mangels jeder Möglichkeit einer persönlichen Verantwortung positive Vorschläge um so mehr unterließ, als es naturgemäß im politischen Leben keine Handlung gibt, die neben ihren Lichtseiten nicht auch Schattenseiten besäße. Es gibt keine außenpolitische Kombination, die man jemals als restlos befriedigend ansehen wird können. Der Kritiker, der seine Hauptaufgabe, so wie die Dinge damals lagen, in der Beseitigung des im gesamten als unfähig erkannten Regiments erblicken mußte, besaß keine Veranlassung, außer der dafür nützlichen, kritischen Betrachtung der Handlungen dieses Regiments, mit positiven Vorschlägen zu kommen, die infolge der auch ihnen anhaftenden Bedenken ebenso leicht einer kritischen Beleuchtung hätten unterzogen werden können. Der Kritiker wird nie die Bedeutung seiner Kritik schwächen wollen durch das Vorbringen von Vorschlägen, die selbst einer Kritik unterliegen könnten. All-

4 Zur Situation der deutschen Rechten nach dem Ersten Weltkrieg vgl. George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. [2]1991, S. 251 ff.

5 In der Vorlage: "an die".

6 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "aufdeckte".

mählich aber ging das rein kritische Denken den damaligen Vertretern der nationalen Opposition so sehr in Fleisch und Blut über, daß sie auch heute noch Innen- und Außenpolitik kritisch betrachten, auch nur kritisch behandeln. Sie sind zum größten Teil Kritiker geblieben, die sich deshalb auch heute weder innen- noch außenpolitisch zu einem klaren, eindeutigen, positiven Entschluß durchringen können, teils aus eigener Unsicherheit und Unentschlossenheit, teils aber auch aus Angst, dadurch den Gegnern einen billigen Stoff für deren eigene Kritik zu liefern. So möchte man in tausend Dingen Besserungen und kann sich doch zu keinem einzigen Schritt entschließen, weil eben auch dieser Schritt wieder nicht restlos befriedigt, bedenkliche Momente besitzt, kurz seine Schattenseiten hat, die sie erkennen und die sie verängstigen. Nun handelt es sich bei der Heilung eines Volkskörpers aus tiefen und schweren Krankheiten nicht darum, ein Rezept zu finden, das selbst vollkommen giftfrei ist, sondern nicht selten darum, ein Gift durch Gegengift zu brechen. Man muß den Mut haben, zur Beseitigung von als tödlich erkannten Zuständen auch Entschlüsse durchzusetzen und auszuführen, die selbst Gefahren in sich bergen. Als Kritiker steht mir das Recht zu, alle außenpolitischen Möglichkeiten durchzusehen und im einzelnen zu zerzausen je nach den bedenklichen Seiten oder Möglichkeiten, die sie in sich tragen. Als politischer Führer, der aber Geschichte machen will, muß ich mich zu einem Weg entschließen, auch wenn mir tausendmal die nüchterne Überlegung sagt, daß auch ihm gewisse Gefahren anhängen und daß auch er nicht zu einem vielleicht restlos befriedigenden Ende führt. Ich kann nicht auf einen Erfolg deshalb Verzicht leisten, weil er nicht hundertprozentig ist. Ich darf nicht einen Schritt unterlassen, weil er vielleicht kein voller sein wird, wenn der Ort, auf dem ich mich augenblicklich befinde, schon in nächster Zeit meinen unbedingten Tod mit sich bringt. Ich darf auch eine politische Aktion nicht deshalb ablehnen, weil sie außer einem Nutzen für mein Volk auch einen Nutzen für ein anderes Volk bringen wird. Ja, ich darf dies nicht einmal dann tun, wenn der Nutzen der anderen größer sein wird als der eigene, wenn im Falle der Unterlassung der Aktion das Unglück meines Volkes mit unbedingter Sicherheit feststeht.

Ich habe heute gerade aus der rein kritischen Betrachtungsweise vieler Menschen die schwersten Widerstände vorgelegt erhalten [*sic!*]. Man erkennt das und das und das als gut und als richtig an, allein man kann trotzdem nicht mitmachen, weil das und das und das bedenklich ist. Man weiß, daß Deutschland und unser Volk zugrunde gehen wird, allein man kann sich der Aktion der Rettung nicht anschließen, weil man auch bei ihr dieses oder jenes entdeckt, was zumindest ein Schönheitsfehler ist. Kurz, man sieht den Verfall und bringt nicht die Entschlußkraft auf, sich ihm entgegenzustemmen, weil im Widerstand und in dieser Tat selbst schon wieder irgendeine bedenkliche Möglichkeit herausgewittert wird.

Dieser traurigen Mentalität (entspringt) verdankt noch ein weiteres Übel sein Dasein. Es gibt heute nicht wenige und besonders sogenannte gebildete Menschen, die, wenn sie sich schon entschließen, eine bestimmte Tat zu decken oder gar zu fördern, erst sorgfältig abwägen, wieviel Prozent Wahrscheinlichkeit des Gelingens besteht, um dann die Größe ihres Einsatzes ebenfalls nach diesen Prozenten zu berechnen. Das heißt also: Weil zum Beispiel irgendein außenpolitischer oder innenpolitischer Entschluß nicht restlos befriedigend ist und dabei nicht ganz sicher im Erfolg erscheint, darf man ihn auch nicht restlos in voller Hingabe aller Kraft vertreten. Diese Unglücklichen haben gar kein Verständnis dafür, daß im Gegenteil ein Entschluß, den ich an sich für notwendig erachte, der aber in seinem Erfolg nicht vollkom-

men sicher erscheint, oder dessen Erfolg nur eine teilweise Befriedigung bieten wird, mit erhöhter Energie durchgefochten werden muß, daß, was an Prozenten der Erfolgsmöglichkeit fehlt, an Energie der Durchführung ersetzt werden muß. Daß also immer nur die eine Frage zu prüfen ist, ob eine Situation einen bestimmten Entschluß erfordert oder nicht. Ist ein solcher Entschluß aber als notwendig einwandfrei festgestellt und erkannt, dann muß seine Durchführung mit brutalster Rücksichtslosigkeit und höchstem Krafteinsatz erfolgen und wenn tausendmal auch das endgültige Resultat selbst wieder unbefriedigend oder verbesserungsbedürftig sein wird oder möglicherweise überhaupt nur mit wenig Prozent Wahrscheinlichkeit eintreffen wird.

Wenn ein Mensch dem Krebs verfallen erscheint und unbedingt sterben muß, dann wäre es unsinnig, eine Operation abzulehnen, weil sie entweder nur mit wenig Prozent Sicherheit gelingt und der Kranke aber selbst im Falle des Gelingens immer noch kein 100prozentig Gesunder sein wird. Noch viel unsinniger aber wäre es, wenn der Arzt die Operation selber infolge dieser beschränkten Aussichten nur mit beschränkter oder halber Energie ausführen würde. Dieses Unsinnigste aber erwarten diese Menschen in innen- und außenpolitischen Dingen ununterbrochen. Weil eine politische Operation im Erfolg nicht ganz sicher ist oder im Resultat nicht restlos befriedigend sein wird, verzichten sie nicht nur auf die Durchführung, sondern erwarten, im Falle diese trotzdem stattfindet, daß sie zumindest nur mit zurückgehaltenen Kräften erfolgt, ohne vollständige Hingabe, immer in der stillen Hoffnung, sich vielleicht ein Hintertürchen des Rückzuges offenhalten zu können. Das ist der Soldat, der auf freiem Felde von einem Tank angegriffen wird und (infolge der) in Ansehung der Unsicherheit des Erfolgs seines Widerstandes diesen von vorneherein auch nur mehr mit halber Kraft führt. Sein Hintertürchen ist dabei die Flucht und sein Ende der sichere Tod.

Nein, das deutsche Volk ist heute von einer Meute beutegieriger Feinde innen und außen überfallen. Die Fortdauer dieses Zustandes ist unser Tod. Jede Möglichkeit, ihn zu brechen, muß ergriffen werden, und wenn ihr Resultat tausendmal ebenfalls Schwächen oder bedenkliche Seiten an sich haben wird. (Wer dem Teufel verfallen ist, hat wenig Wahl in seinen Bundesgenossen) Und jede solche Möglichkeit muß dabei durchgefochten werden mit äußerster Energie.

Der (Sieg) Erfolg der Schlacht von Leuthen[7] war unsicher, der Kampf aber notwendig. Friedrich der Große hat nicht gesiegt, weil er deshalb nur mit halber Kraft den Gegnern gegenübertrat, sondern nur, weil er die Unsicherheit des Erfolges ersetzte durch das Übermaß seiner Genialität, der Kühnheit und Entschlossenheit seiner Anordnungen und der Verwegenheit, mit der seine Regimenter fochten.

Ich fürchte ja allerdings, ich werde von meinen bürgerlichen Kritikern nie verstanden werden, zumindest so lange, bis nicht der Erfolg ihnen die Richtigkeit unseres Handelns beweisen wird. Der Mann des Volkes hat hier einen besseren (Instinkt) Berater. Er setzt an Stelle der klügelnden Weisheit unserer Intellektuellen die Sicherheit seines (Gefühls) Instinkts und den Glauben seines Herzens.

---

7 Am 5.12.1757 hatte das zahlenmäßig weit unterlegene preußische Heer unter Führung Friedrichs II., des Großen, österreichische Verbände und Reichstruppen unter Führung des Prinzen Karl von Lothringen bei Leuthen in Niederschlesien vernichtend geschlagen.

Wenn ich mich aber hier in diesem Werke mit Außenpolitik beschäftige, dann tue ich dies nicht als Kritiker, sondern als Führer der nationalsozialistischen Bewegung, von der ich weiß, daß sie einst Geschichte machen wird. Wenn ich dabei dennoch gezwungen bin, Vergangenes und Gegenwärtiges kritisch zu betrachten, dann nur, um den eigenen positiven Weg zu begründen und verständlich erscheinen zu lassen. So wie die nationalsozialistische Bewegung innenpolitisch nicht nur Kritik übt, sondern ihr eigenes weltanschaulich begründetes Programm besitzt, so hat sie auch außenpolitisch nicht nur zu erkennen, was andere falsch gemacht haben, sondern aus dieser Erkenntnis ihr eigenes Handeln abzuleiten.

Damit weiß ich genau, daß auch unser höchster Erfolg kein 100prozentiges Glück schafft, weil bei der Unzulänglichkeit der Menschen und der dadurch bedingten allgemeinen Umstände die letzte Vollendung ewig nur in der programmatischen Theorie liegt. Ich weiß auch weiter, daß kein Erfolg errungen wird ohne Opfer, so, wie kein Sieg erfochten wird ohne eigene Verluste. Niemals aber wird mich die Erkenntnis der Unvollkommenheit eines Erfolges davon abhalten können, dem erkannten vollkommenen Untergang einen solchen unvollkommenen Erfolg vorzuziehen. Ich werde mich dann dafür einsetzen, [*zu*] versuchen, das was an Erfolgswahrscheinlichkeit oder Erfolgsgröße fehlt, durch größere Entschlossenheit noch aufzuwiegen und diesen Geist (der) auf die von mir geführte Bewegung zu übertragen. Wir kämpfen heute gegen eine feindliche Front, die wir durchbrechen müssen und durchbrechen werden. Wir ermessen die eigenen Opfer, wägen ab die Größe des möglichen Erfolges und werden zum Angriff schreiten, ganz gleich, ob er 10 oder 1.000 Kilometer hinter den heutigen Linien zum Stehen kommen wird. Denn wo immer auch unser Erfolg endet, er wird stets nur der Ausgangspunkt eines neuen Kampfes sein.

[*KAPITEL V*]

[*DIE POLITIK DER NSDAP*]

Ich bin deutscher Nationalist. Das heißt, ich bekenne mich zu meinem Volkstum. Mein gesamtes Denken und Handeln gehört ihm. Ich bin Sozialist. Ich sehe vor mir keine Klasse und keinen Stand, sondern jene Gemeinschaft von Menschen, die blutsmäßig verbunden, durch eine Sprache geeint, einem allgemeinen gleichen Schicksal unterworfen sind. Ich liebe das Volk und hasse nur seine jeweiligen Majoritäten, weil ich in ihnen ebensowenig eine Repräsentantin der Größe wie des Glückes meines Volkes ersehe.

Die nationalsozialistische Bewegung, die ich heute führe, sieht als ihr Ziel die Befreiung unseres Volkes innen und außen an. Sie will unserem Volke im Innern jene Formen des Lebens geben, die seinem Wesen angepaßt erscheinen und als Ausdruck dieses Wesens ihm selbst wieder zugute kommen. (Es) Sie will damit das Wesen dieses Volkes erhalten und durch planmäßige Förderung seiner besten Menschen und besten Tugenden höher züchten. Sie tritt ein für die äußere Freiheit dieses Volkes, weil nur unter ihr dieses Leben jene Gestaltung zu finden vermag, die dem eigenen Volke dienlich ist. Sie kämpft für das tägliche Brot dieses Volkes, weil sie (im Hunger) das Recht des Lebens dieses Volkes verficht. Sie kämpft für den notwendigen Raum, weil sie die Lebensrechte dieses Volkes vertritt.

Damit versteht die nationalsozialistische Bewegung unter dem Begriff "Innenpolitik" die Förderung, Stärkung und Festigung der Existenz unseres Volkes durch die Einführung von Lebensformen und Lebensgesetzen, die dem Wesen unseres Volkes entsprechen und seine grundsätzlichen Kräfte zur Auswirkung zu bringen vermögen.

Sie versteht unter Außenpolitik die Sicherung dieser Entwicklung durch Erhaltung der Freiheit und Beschaffung der notwendigsten Voraussetzungen zum Leben.

Damit unterscheidet sich außenpolitisch die nationalsozialistische Bewegung von den bisherigen bürgerlichen Parteien etwa in folgendem: Die Außenpolitik der nationalen bürgerlichen Welt ist in Wahrheit stets nur eine Grenzpolitik gewesen, die der nationalsozialistischen Bewegung wird demgegenüber immer eine Raumpolitik sein. Das deutsche Bürgertum wird in seinen kühnsten Plänen etwa bis zum Zusammenschluß der deutschen Nation gelangen, in Wirklichkeit aber meist in stümperhaften Grenzregulieren aufgehen.

Die nationalsozialistische Bewegung wird demgegenüber stets ihre Außenpolitik von der Notwendigkeit bestimmen lassen, dem Leben unseres Volkes den nötigen Raum zu sichern. Sie kennt kein Germanisieren oder Deutschisieren [*sic!*], wie dies beim nationalen Bürgertum der Fall ist, sondern nur eine Ausbreitung des eigenen Volkes. Sie wird im unterworfenen, sogenannten germanisierten Tschechen oder Polen niemals eine nationale oder gar völkische Stärkung erblicken, sondern eine rassische Schwächung unseres Volkes. Denn ihre Nationalauffassung wird nicht bestimmt von bisherigen patriotischen Staatsgedanken als vielmehr von völkischen, rassischen Erkenntnissen. Damit ist der Ausgangspunkt ihres Denkens ein ganz anderer als der der bürgerlichen Welt. Manches, was dem nationalen Bürgertum deshalb als politischer Erfolg der Vergangenheit und Gegenwart erscheint, ist für uns entweder ein Mißer-

folg oder die Ursache eines späteren Unglücks. Und vieles, was wir als selbstverständlich ansehen, erscheint dem deutschen Bürgertum als unbegreiflich oder gar grauenhaft.

Dennoch wird mich besonders ein Teil der deutschen Jugend aus bürgerlichen Kreisen zu verstehen vermögen. Und weder ich noch die nationalsozialistische Bewegung rechnen überhaupt damit, aus den Kreisen des heutigen tätigen politisch-nationalen Bürgertums eine Unterstützung zu finden, wohl aber wissen wir, daß zumindest ein Teil der Jugend den Weg in unsere Reihen finden wird.

(Für sie) [1]

1 Text bricht ab.

[*KAPITEL VI*]

[*VON DER REICHSEINIGUNG ZUR RAUMPOLITIK*]

Die Frage der Außenpolitik eines Volkes wird bestimmt durch Faktoren, die teils innerhalb eines Volkes liegen, teils durch die Umwelt (bestimmt) gegeben sind. Die inneren Faktoren sind im allgemeinen Gründe der Notwendigkeit für eine bestimmte Außenpolitik sowie der Umfang der Kraft, die zu ihrer Durchführung vorhanden ist. Völker auf unmöglicher Bodenfläche werden grundsätzlich, zumindest solange sie gesund geführt sind, stets das Bestreben haben, ihren Boden, mithin Lebensraum, zu erweitern. Dieser ursprünglich nur in der Nahrungssorge begründete Vorgang erschien in seiner glücklichen Lösung so segensreich, daß er allmählich den Ruhm des Erfolges an sich erhielt. Das heißt, die Raumerweiterung, die ihren ersten Grund in reinen Zweckmäßigkeiten besaß, wurde im Laufe der Menschheitsentwicklung zur heroischen Tat, die dann auch stattfand, wenn die ursprünglichen Voraussetzungen oder Veranlassungen auch fehlten. Aus dem Versuch, den Lebensraum der gestiegenen Volkszahl anzupassen, wurden später unmotivierte Eroberungskriege, die in ihrer Nichtmotivierung den Keim zum späteren Rückschlag in sich trugen. Die Antwort darauf ist der Pazifismus. Es gibt auf der Welt einen Pazifismus, seit es Kriege gibt, die ihren Sinn nicht mehr in der Eroberung von Boden für die Ernährung eines Volkes hatten. Er ist seitdem der ewige Begleiter des Krieges geworden. Er wird wieder verschwinden, sowie der Krieg aufgehört hat, ein Instrument beute- oder machthungriger Einzelpersonen oder Völker zu sein, und sowie er wieder die letzte Waffe wird, mit der das Volk um das tägliche Brot ficht.

Die Erweiterung des Lebensraumes eines Volkes zur Brotgewinnung wird aber auch in alle Zukunft den gesamten Krafteinsatz eines Volkes erfordern. Wenn es die Aufgabe der Innenpolitik ist, diesen Krafteinsatz vorzubereiten, dann ist es die Aufgabe der Außenpolitik, ihn so zu führen, daß ein möglichst hoher Erfolg gesichert erscheint. Dies ist allerdings bedingt nicht nur durch die Kraft des jeweils handeln wollenden Volkes, sondern auch durch die Macht der Widerstände. Das Mißverhältnis der Kraft der miteinander um Boden ringenden Völker führt immer wieder zu dem Versuch, auf dem Wege von Zusammenschlüssen entweder selbst erobernd aufzutreten oder dem übermächtigen Eroberer Widerstand zu leisten.

Dies ist der Beginn der Bündnispolitik.

Das deutsche Volk hatte nach dem siegreichen Kriege des Jahres 1870/71 in Europa eine unendlich geachtete Stellung errungen. Eine große Anzahl deutscher Staaten, die bisher untereinander nur lose verbunden waren, ja, in der Geschichte sich nicht selten feindlich gegenüberstanden, wurden dank den Erfolgen Bismarckischer [1] Staatskunst und preußisch-deutscher Heeresleistung zu einem Reich zusammengefaßt. Eine 170 Jahre vorher verlorene Provinz des alten Deutschen Reiches, die damals von Frankreich in einem abgekürzten Raubverfahren

1 Otto (seit 1865 Graf, seit 1871 Fürst) von Bismarck-Schönhausen (1815-1898), 1849 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1851 preußischer Gesandter am Bundestag, 1859 preußischer Gesandter in St. Petersburg, 1862-1890 preußischer Ministerpräsident, 1867-1871 norddeutscher Bundeskanzler, 1871-1890 Reichskanzler.

endgültig annektiert worden war, kam zum Mutterlande zurück[2]. Zahlenmäßig war damit der größte Teil der deutschen Nation, zumindest in Europa, in einem einheitlichen Staatsgebilde vereint. Bedenklich war es, daß schließlich dieses Staatsgebilde ...[2] Millionen Polen und ...[3] zu Franzosen gewordene Elsässer und Lothringer umschloß[4]. Es entsprach dies weder der Idee eines Nationalstaates noch der eines völkischen. Der Nationalstaat bürgerlicher Auffassung mußte dann zumindest die Einheitlichkeit der Staatssprache sicherstellen, und zwar bis herunter zur letzten Schule und zur letzten Straßentafel. Er mußte weiter (die) in Erziehung und Leben diese Menschen dem deutschen Gedanken einfügen und zu Trägern dieses Gedankens machen.

Man hat dies schwächlich versucht, ernstlich vielleicht nie gewollt und in der Praxis das Gegenteil erreicht[5].

Der völkische Staat durfte umgekehrt unter gar keinen Umständen Polen mit der Absicht annektieren, aus ihnen eines Tages Deutsche machen zu wollen. Er mußte im Gegenteil den Entschluß fassen, entweder diese rassisch fremden Elemente abzukapseln, um nicht das Blut des eigenen Volkes immer wieder zersetzen zu lassen, oder er mußte sie überhaupt kurzerhand entfernen und den dadurch freigewordenen Grund und Boden den eigenen Volksgenossen überweisen.

Daß zu einer solchen Tat der bürgerlich-nationale Staat nicht fähig war, ist selbstverständlich. Weder hat man je daran gedacht, noch hätte man so etwas nie[6] getan. Aber selbst wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre, so hätte die Macht nicht ausgereicht, dies durchzuführen, weniger wegen den [*sic!*] Rückwirkungen in der übrigen Welt als wegen dem [*sic!*] vollkommenen Unverständnis, das eine solche Aktion in den Reihen des eigenen sogenannten nationalen Bürgertums gefunden hätte. Die bürgerliche Welt hat einst vermeint, die feudale stürzen zu können, während sie in Wirklichkeit nur deren Fehler durch bürgerliche Pfeffersäk-

---

2 Bis 1681 waren weite Teile der linksrheinischen Gebiete im Südwesten des Deutschen Reichs als "province allemande" unter französische Herrschaft geraten, bis 1798 wurde das gesamte Gebiet links des Rheins als Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin der Französischen Republik angegliedert. Der Frankfurter Friede vom 10.5.1871 legte fest, daß Frankreich die nun als "Reichsland Elsaß-Lothringen" bezeichneten Gebiete an das Deutsche Reich abzutreten habe. Vgl. Eberhard Kolb, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989, S. 113 ff.

3 Auslassungen in der Vorlage; Hitler hatte die notwendigen Ziffern während des Diktats offenbar nicht im Kopf; weder an dieser oder ähnlichen Stellen des Dokuments wurden solche Ziffern zu einem späteren Zeitpunkt eingefügt.

4 Im Jahr 1900 wurden im Deutschen Reich 3.086.489 Menschen gezählt, welche als Muttersprache die polnische angaben (= 5,47%); 169.634 (= 0,30%) beherrschten die polnische und deutsche Sprache etwa gleichwertig. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 55.
1910 lebten im Reichsland Elsaß-Lothringen 1.874.014 Menschen; von diesen beherrschten damals 87,3% die deutsche, 10,7% die französische Sprache. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, Berlin 1913, S. 3 sowie Karl-Heinz Rothenberger, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975, S. 43.

5 Zur preußischen Polenpolitik vgl. Richard Blanke, Prussian Poland in the German Empire (1871-1900), New York 1981.
Zur deutschen Politik in Elsaß-Lothringen vgl. Hermann Hiery, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871-1918. Düsseldorf 1986.

6 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "je".

ke, (Professoren) Advokaten und Journalisten weiterführen ließ. Sie hat nie eine eigene Idee besessen, wohl aber maßlos viel Einbildung und Geld.

Damit allein kann man aber keine Welt überwinden, noch eine andere aufbauen. Daher wird die Periode der bürgerlichen Regierungszeit in der Weltgeschichte eine ebenso kurze wie unanständig erbärmliche sein.

So hat zunächst die Gründung des Reiches auch Giftstoffe in den neuen Staatskörper mit aufgenommen, deren destruktive Wirkung um so weniger ausbleiben konnte, als zu allem Überfluß die bürgerliche Gleichberechtigung[7] dem Juden die Möglichkeit gab, sich ihrer als sicherste Stoßtruppen zu bedienen.

Davon abgesehen aber hat das Reich wenn auch den größten, so doch nur einen Teil der deutschen Nation erfaßt. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß wenn der neue Staat schon kein großes außenpolitisches Ziel besessen hätte völkischer Art, daß er dann aber zumindest als sogenannter bürgerlicher nationaler Staat, als kleinstes außenpolitisches Ziel, die weitere Einigung und Zusammenfassung der deutschen Nation hätte im Auge behalten müssen. Etwas, das der bürgerliche, nationale italienische Staat nie vergaß[8].

So hatte das deutsche Volk einen Nationalstaat erhalten, der die Nation in Wirklichkeit nicht restlos umfaßte.

Damit waren die neuen Reichsgrenzen, nationalpolitisch genommen, unvollständige. Sie liefen quer durchs deutsche Sprachgebiet, und zwar durch Teile, die wenigstens vordem noch, wenn auch in losester Form, zum Deutschen Bund gehört hatten.

Noch viel unbefriedigender waren diese neuen Grenzen aber von militärischen Gesichtspunkten aus besehen. Überall ungedeckte, offene Gebiete, die, besonders im Westen, zu allem Überfluß noch von ausschlaggebender Bedeutung für die deutsche Wirtschaft weit über die Grenzgebiete hinaus waren. Diese Grenzen waren militärpolitisch um so ungünstiger, als sich (am Rande) um Deutschland einige Großstaaten gruppierten mit ebenso aggressiven außenpolitischem Ziel wie militärisch ausgiebigen Mitteln. Rußland im Osten, Frankreich im Westen. Zwei Militärstaaten, von denen der eine nach Ost- und Westpreußen schielte, während der andere sein außenpolitisches jahrhundertelanges Ziel der Errichtung einer Rheingrenze unermüdlich verfolgte. Dazu kam noch England, die maritim gewaltigste Macht der Erde. So weit und ungedeckt die deutschen Landgrenzen im Osten und Westen waren, so ungünstig beengt demgegenüber die mögliche Operationsbasis eines Seekrieges. Nichts hat denn auch die Bekämpfung des deutschen U-Boot-Krieges mehr erleichtert, als die räumlich bedingte Einschnürung seines Auslaufgebietes. Das nasse Dreieck[9] war leichter zu sperren und zu überwachen, als dies bei einer Küste von sagen wir 600 oder 800 km Ausdehnung der Fall gewesen wäre. Alles in allem genommen haben die neuen Reichsgrenzen, vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet, nichts Befriedigendes an sich gehabt. Nirgends ein natürliches Hindernis oder ein natürlicher Schutz. Dafür aber überall militärisch hochentwickelte Machtstaaten mit Deutschland

---

7 Zur politischen Emanzipation der Juden vgl. Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VI: Emanzipation und Rassenwahn, Worms 1987, S. 7 ff.

8 Bezieht sich auf den italienischen Irredentismus, der nach 1870 auf italienisch besiedelte Gebiete Österreich-Ungarns Anspruch erhob. Vgl. Theodor Vetter, Die Italiener in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Eine volkspolitische und nationalitätenrechtliche Studie, München 1965, S. 93 ff.

9 Bezeichnung für die südöstliche Bucht der Nordsee im Bereich der deutschen Grenzen.

feindlichen außenpolitischen Hintergedanken. Die Bismarckische Vorausahnung, daß das von ihm gegründete neue Reich seinen Bestand noch einmal mit dem Schwerte wahren werde müssen [10], war zutiefst begründet. Bismarck sprach aus, was 45 Jahre später sich erfüllt hat.

Sowenig genügend also die neuen Reichsgrenzen national- und militärpolitisch sein konnten, so waren sie doch noch viel ungenügender vom Standpunkte der Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes aber.

Deutschland war eigentlich stets ein übervölkertes Gebiet. Es lag dies in der Natur der Einkeilung des deutschen Volkes in Mitteleuropa einerseits, der kulturellen und tatsächlichen Bedeutung dieses Volkes und seiner rein menschlichen Fruchtbarkeit andererseits. Das deutsche Volk befand sich seit seinem historischen Eintritt in die Weltgeschichte stets in Raumnot. Ja, sein erstes politisches Auftreten überhaupt wird erzwungen durch diese Not. Und seit dem Beginn der Völkerwanderung hat unser Volk niemals mehr seine Raumnot zu beseitigen vermocht, außer durch Schwerteroberung oder durch eigene Volksverminderung. Diese Volksverminderung besorgten bald der Hunger, bald die Auswanderung, manches Mal endlose unglückliche Kriege, und sie wird besorgt in der letzten Zeit durch die freiwillige Geburtenbeschränkung.

Die Kriege der Jahre [*18*]64, [*18*]66 und [*18*]70/71 [11] hatten ihren Sinn im nationalpolitischen Zusammenschluß eines Teiles des deutschen Volkes und in der dadurch endgültigen Beendigung der deutschen Zersplitterung staatspolitischer Art [12]. Die Fahne des neuen Reiches, schwarz-weiß-rot, hatte deshalb auch nicht die geringste weltanschauliche Bedeutung, sondern nur eine deutschnationale im Sinne der Überwindung bisheriger staatspolitischer Zerrissenheit [13]. Die schwarz-weiß-rote Flagge war damit zum Symbol des die Zersplitterung überwin-

---

10 Beleg hierfür nicht ermittelt. Einen Verteidigungskrieg zur Sicherung des Erreichten hat Bismarck nach 1871 nicht ausgeschlossen, weitere Eroberungen aber entschieden abgelehnt. Vgl. z. B. Bismarcks Bemerkung am 18.5.1893: "Aggressive Kriege, ehrgeizige Kriege, Eroberungskriege werden wir niemals führen. Was sollten wir erobern? Man könnte uns eine ganze Menge Dinge schenken, wir würden sie gar nicht nehmen, und um so weniger möchten wir Gut und Blut unserer Kinder und Angehörigen aufs Spiel setzen und die gesunden Knochen unserer Landsleute, um zu erobern. Eroberung liegt dem deutschen Charakter ja absolut fern, und wir werden auf eine so wunderliche Politik, wie die französische jahrhundertelang gewesen ist, uns nicht einlassen. Auf Eroberungs- und Renommierpolitik ist der Deutsche überhaupt nicht berechnet; dazu sind unsere Landwehren, unsere Familienväter nicht da. Sie würden sich wehren wie die Bären, wenn sie im Lager angegriffen werden, aber sie werden ebensowenig wie die Bären erobern wollen." Vgl. Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, eingeleitet von Erich Marcks, Berlin 1918, S. 27 f. (Nr. 136). Allgemein hierzu Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. ^{4}1980, S. 503 ff.

11 Bezieht sich auf den Deutsch-Dänischen Krieg (16.1.-30.10.1864), den Preußisch-Österreichischen Krieg (21.6.-26.7.1866) und den Deutsch-Französischen Krieg (19.7.1870-26.2.1871). Vgl. Othmar Hackl, Politische Leitung und militärische Führung im Krieg Österreichs und Preußens gegen Dänemark 1864. In: Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung. Festschrift für Werner Hahlweg zur Vollendung seines 65. Lebensjahres am 29.4.1977. Hrsg. von Dermot Bradley u. a., Osnabrück 1977, S. 103-117; Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966; Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1970.

12 Zu Bismarcks außenpolitischen Zielen vor der Reichsgründung vgl. Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 41 ff.

13 Artikel 55 der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 26.7.1867 bestimmte die schwarz-weiß-rot quergestreifte Fahne zur Fahne der Kriegs- und Handelsmarine, ebenso Artikel 55 der Verfassung des Deutschen

denden deutschen Bundesstaates geworden. Daß sie nichtsdestoweniger und trotz ihrer Jugend eine geradezu abgöttische Verehrung genoß, lag begründet in der Art ihrer Taufe, die ja auch die Geburt des Reiches selbst so unendlich heraushob über ähnliche Vorgänge sonst. Drei siegreiche Kriege, von denen der letzte zu einem förmlichen Wunder deutscher Staatskunst, deutscher Heeresleitung und deutschen Heldensinns wurde, sind die Taten, aus denen das neue Reich entsteht. Und als es endlich in der Kaiserproklamation durch seinen größten Reichsherold[14] sich selbst der Mitwelt verkündet, da (dröhnen) tönt in die Musik der Fanfaren das Dröhnen der Batterien der Pariser Einschließungsfront[15].

So wurde noch nie ein Kaiserreich proklamiert.

Die schwarz-weiß-rote Flagge aber erschien dem deutschen Volk als das Symbol dieses einzigartigen Vorgangs genauso, wie die schwarz-rot-gelbe das Symbol der Novemberrevolution ist und bleiben wird[16].

So sehr nun auch unter dieser Fahne die deutschen Einzelstaaten mehr und mehr miteinander verschmolzen und so sehr das neue Reich ihnen die staatspolitische Geltung und Anerkennung nach außen sicherte, so wenig hat die Gründung aber an der Hauptnot, dem Raummangel unseres Volkes, etwas geändert. Die größten militärpolitischen Taten unseres Volkes hatten nicht vermocht, dem deutschen Volk eine Grenze zu geben, innerhalb deren [*sic!*] es sich selbst hätte zu ernähren vermocht. Im Gegenteil: In eben dem Maß, in dem durch das neue Reich das Ansehen des Deutschtums gehoben wurde, wurde es dem einzelnen schwerer, als Auswanderer einem solchen Staate den Rücken zu kehren, während umgekehrt ein gewisser nationaler Stolz und eine uns heute fast unverständliche Lebensfreude in Kinderreichtum nicht etwas Belastendes, sondern eher Beglückendes sehen lehrte.

Seit dem Jahre 1870/71 war die Volkszunahme Deutschlands eine sichtbar schnelle[17]. Zum Teil wurde ihre Ernährung gedeckt durch den emsigen Fleiß und die große wissenschaftliche Tüchtigkeit, mit der der Deutsche nunmehr innerhalb der gesicherten Begrenzung seines Vol-

---

Reiches vom 16.4.1871. Bismarck, dem die heraldische Frage gleichgültig war, begründete diese Lösung später damit, es handle sich hier um die Kombination des preußischen Schwarz-Weiß mit dem Rot-Weiß der Hansestädte. Im Vordergrund stand jedoch die Ablehnung der Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold durch Wilhelm I. Erst Wilhelm II. bestimmte durch Verordnung vom 8.11.1892 die schwarz-weiß-rote Fahne zur Nationalflagge. Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 20 ff.

14 Gemeint ist Otto von Bismarck.

15 Am 18.1.1871 war im Spiegelsaal von Versailles der preußische König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert worden, während die Kampfhandlungen noch andauerten. Der Waffenstillstand wurde erst am 28.1.1871 unterzeichnet. Vgl. Kolb, Weg, S. 324 f., 348.

16 Ursprung der schwarz-rot-gelben Farbkombination war vermutlich die Uniformierung des Lützowschen Freikorps während der Befreiungskriege. Nach 1815 wurde diese Farbkombination von den Burschenschaften als Symbol der Freiheit und der deutschen Einheit aufgenommen, bis sie die deutsche Nationalversammlung mit Gesetz vom 31.7.1848 zur deutschen Kriegs- und Handelsflagge bestimmte. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 versuchte, zumindest teilweise, an diese Tradition anzuknüpfen; Artikel 3 legte fest: "Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Druck: RGBl. 1919, S. 1383. Vgl. Hattenhauer, Nationalsymbole, S. 11 ff.

17 Die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung des Deutschen Reichs stieg mit geringen Schwankungen von 0,47% 1871 auf 1,57% 1902 an und flachte bis 1914 nur leicht ab. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. [Bd. 2:] Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914, von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975, S. 29 f.

kes seine Äcker bestellte. Allein ein großer Teil, wenn nicht der größte, der Steigerung der deutschen Bodenproduktion wurde verschlungen von einer mindest ebenso großen Steigerung der allgemeinen Lebensansprüche, die der Bürger des neuen Staates nun ebenfalls erhob. Das "Volk der Sauerkrautfresser und Kartoffelvertilger", wie die Franzosen es höhnisch bezeichneten, begann nun seinen Lebensstandard der anderen Welt nun [*sic!*] langsam anzupassen. Damit blieb aber nur mehr ein Teil der Ergebnisse der Steigerung der deutschen Landwirtschaft für die reine Volkszunahme verfügbar.

Tatsächlich hat auch das neue Reich die Not nie zu bannen gewußt. Auch im neuen Reich versuchte man zunächst durch eine dauernde Auswanderung das Verhältnis zwischen Volkszahl und Grundfläche in möglichen Grenzen zu bewahren. Denn der schlagendste Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung für die überragende Bedeutung des Verhältnisses zwischen Volkszahl und Grundfläche liegt ja darin, daß infolge dieses Mißverhältnisses gerade im Deutschland der 70[*er*], 80[*er*] und 90iger Jahre die Not zu einer Auswanderungsepidemie führte, die noch zu Beginn der 90er zu Ziffern von nahezu 1 ¼ Millionen Menschen im Jahr anschwoll [18].

Damit aber war das Ernährungsproblem des deutschen Volkes selbst für die vorhandene Menschenmasse auch durch die neue Reichsgründung nicht gelöst worden [19]. Eine weitere Vermehrung der deutschen Nation konnte aber ohne eine solche Lösung überhaupt nicht stattfinden. Ganz gleich, wie eine solche Lösung nun ausfiel, sie mußte jedenfalls gefunden werden, und das wichtigste Problem der deutschen Außenpolitik nach dem Jahre 1870/71 mußte damit die Frage der Lösung des Ernährungsproblems sein.

---

18 Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl deutscher Auswanderer in den Jahren 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. In der übrigen Zeit blieb die Zahl deutlich unter 200.000. Vgl. ebenda, S. 38 f.

19 Während des 19. Jahrhunderts verbesserte sich die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung kontinuierlich. Der zunehmend geringere Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben der Familienhaushalte macht dies bereits deutlich. Wurden um 1800 schätzungsweise noch rund 70% der durchschnittlichen Familieneinkommen für Lebensmittel ausgegeben, so waren es um 1900 nur noch rund 45%. Zwischen 1850 und 1913 stieg in Deutschland der pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch von 22 kg auf 44,93 kg, der an pflanzlichen Produkten von 308,73 kg auf 462,64 kg, der an tierischen Produkten insgesamt von 297,9 kg auf 465,62 kg. Vgl. Hans J. Teuteberg, Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388. Zur Nahrungsmittelproduktion in Deutschland vgl. Kap. VII, Anm. 42.

[*KAPITEL VII*]

[*DIE VERFEHLTE WIRTSCHAFTS- UND BÜNDNISPOLITIK DES ZWEITEN REICHES*]

Unter den zahllosen Aussprüchen Bismarcks ist kaum einer, den die bürgerlich politische Welt lieber zitiert hätte, als der, daß die (Kunst) Politik eine Kunst des Möglichen sei [1]. Dieses Wort hatte eine um so größere Anziehungskraft, je kleiner die politischen Geister waren, die das Erbe des großen Mannes zu verwalten hatten. Denn mit diesem Satz konnte man dann allerdings selbst die erbärmlichsten politischen Stümper verbrämen, ja sogar rechtfertigen, indem man sich dann einfach auf den ganz Großen berief und nachzuweisen versuchte, daß augenblicklich etwas anderes als das, was man tut, nicht möglich sei und Politik aber die Kunst des Möglichen wäre und man mithin mit Bismarckischen Geist und in Bismarckischem Sinne handle. Damit kann dann selbst ein Herr Stresemann [2] etwas olympischen [*Lorbeer?*] auf dem, wenn schon nicht Bismarckischen, aber dann doch zumindest auch kahl aussehenden Kopf herumbekommen [*sic!*].

Bismarck hatte ein genau abgestecktes und klar umrissenes politisches Ziel vor Augen. Es ist eine Unverfrorenheit, ihm zuschieben zu wollen, er hätte sein Lebenswerk nur erreicht durch eine Anhäufung jeweiliger politischer Möglichkeiten und nicht durch eine Meisterung der jeweiligen Situationen im Hinblick auf ein ihm vorschwebendes politisches Ziel. Dieses politische Ziel Bismarcks war Lösung der deutschen Frage durch Blut und Eisen [3]. Beseitigung des habsburgisch-hohenzollerischen Dualismus. Bildung eines neuen Deutschen Reiches unter preußisch-hohenzollerischer Führung. Höchstmögliche Sicherung dieses Reiches nach außen. Organisation seiner inneren Verwaltung nach preußischem Vorbild.

In der Befolgung dieses Zieles hat Bismarck jede Möglichkeit ausgenützt, mit Mitteln diplomatischer Kunst gearbeitet, solange sie den Erfolg versprachen, das Schwert in die Waagschale geworfen, wenn nur mehr die Gewalt eine Entscheidung herbeizuführen in der Lage war. Ein Meister der Politik, die ihr Operationsgebiet für Bismarck vom Parkett des Salons bis zur blutgetränkten Erde des Schlachtfeldes besaß.

Das war der Meister der Politik der Möglichkeiten.

Seine Nachfolger haben weder ein politisches Ziel noch auch nur einen politischen Gedanken, wursteln demgegenüber von heute auf morgen und morgen auf übermorgen dahin, um

1 "Politik ist die Lehre des Möglichen", Bismarck in einem Gespräch mit Friedrich Meyer von Waldeck am 11.8.1867. Vgl. Bismarck-Worte, S. 19.

2 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

3 "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch Eisen und Blut." Bismarck in seiner ersten Rede als Ministerpräsident vor dem preußischen Landtag am 30.9.1862. Vgl. Bismarck-Worte, S. 18.

sich dann mit eingebildeter Frechheit auf jenen Mann zu berufen, dem gerade zum Teil sie selbst, zum Teil ihre geistigen Vorläufer die schwersten Sorgen und bittersten Kämpfe verursacht hatten[4], um ihr politisches sinn- und zielloses, verderbliches Gestammel als Kunst des Möglichen hinzustellen.

Als Bismarck in seinen drei Kriegen[5], alles aber dank seiner genialen politischen Tätigkeit, das neue Reich errichtet hatte, war dies die Höchstleistung, die zunächst überhaupt erzielt werden konnte. Es war dies aber auch die unumgänglich notwendige Voraussetzung für jede kommende politische Vertretung der Lebensinteressen unseres Volkes. Denn ohne die Schaffung des neuen Reiches hätte das deutsche Volk niemals die machtmäßige Gestaltung erfahren, ohne die der Schicksalskampf auch in der Zukunft nicht durchgeführt werden könnte. Ebenso klar war, daß das neue Reich zunächst wohl auf dem Schlachtfeld zusammengefügt, im Inneren aber erst aneinander gewöhnt werden mußte. Es mußten Jahre der Anpassung vergehen, bis diese Zusammenfügung deutscher Staaten zu einem Bund zunächst auch nur einen wirklichen Bundesstaat ergeben konnte. Es war dies die Zeit, in der sich der eiserne Kanzler der Kürassierstiefel entledigte[6], um nun mit unendlicher Klugheit, Geduld, mit weisem Verständnis und wundervollem Gefühl den Druck der preußischen Hegemonie zu ersetzen durch die Macht des Vertrauens. Die Leistung, aus einer auf dem Schlachtfeld vollzogenen Staatenkoalition ein in rührender Liebe zusammenhängendes Reich zu machen, gehört zu den größten, die [*sic!*] politische Kunst bisher vollbracht hatte[7].

Daß Bismarck zunächst sich darauf beschränkte, lag ebensosehr in der Weisheit seiner Einsicht, als es ein Glück für die deutsche Nation war. Diese Jahre des inneren friedlichen Ausbaues des neuen Reiches waren notwendig, wollte man nicht einer Eroberungsmanie verfallen, die in ihren Resultaten um so unsicherer gewesen wäre, als die durchführende Kraft im Inneren selbst noch jene Homogenität hätte vermissen lassen, die die Voraussetzung zum Anschmelzen [*sic!*] weiterer Gebiete gewesen wäre.

Bismarck hat sein Lebensziel erreicht. Er hat die deutsche Frage gelöst, den habsburgisch-hohenzollerischen Dualismus beseitigt, Preußen zur deutschen Vormacht erhoben, die Nation daraufhin geeint, innerhalb der Grenzen des damals Möglichen das neue Reich im Inneren konsolidiert und den militärischen Schutz in einer Weise ausgestaltet, daß dieser ganze Prozeß

---

4 Bezieht sich auf den preußischen Verfassungskonflikt 1861-1866, bei dem Bismarck seit 1862 als Ministerpräsident die Interessen der königlichen Regierung gegen die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses vertrat, den Kulturkampf gegen die Katholische Kirche und das Zentrum 1871-1887 und die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, die im von 1878-1890 geltenden Sozialistengesetz gipfelte.

5 Deutsch-Dänischer Krieg 1864, Preußisch-Österreichischer Krieg 1866 und Deutsch-Französischer Krieg 1870/71. Vgl. Kap. VI, Anm. 11.

6 Bismarck, der seit 1852 als Seconde-Lieutenant dem 7. schweren Landwehr-Reiter-Regiment angehörte, trug häufig Uniform. Dessen ungeachtet blieb für sein politisches Handeln der Primat des Politischen stets ausschlaggebend. 1861 Major d. L., 1866 Generalmajor, 1871 Generalleutnant, 1890 Generaloberst wurde Bismarck 1894 Chef des Kürassier-Regiments Nr. 7, dem korrespondierenden Linienregiment des 7. schweren Landwehr-Reiter-Regiments. Vgl. Jürgen Olmes, Bismarck als Soldat. Der militärische Werdegang des Altreichskanzlers. In: Zeitschrift für Heeres- und Uniformkunde 24 (1960), H. 169, S. 33-35 sowie Hans Kling, Bismarck als Soldat. In: ebenda 26 (1962), H. 181-184, S. 37 f.

7 Zur inneren Ausgestaltung Deutschlands nach der Reichsgründung vgl. Otto Pflanze (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München 1983.

der inneren deutschen Reichsneugründung, der ja nun jahrzehntelang dauern mußte, von niemanden wesentlich gestört werden konnte.

So sehr damit Bismarck als greiser Altreichskanzler auf ein abgeschlossenes Werk seines Lebens zurückblicken konnte, sowenig aber bedeutet dieses Werk den Abschluß des Lebens der deutschen Nation. Durch Bismarcks neue Reichsgründung hatte die deutsche Nation nach Jahrhunderten eines staatlichen Verfalls wieder eine organische Form gefunden, die nicht nur das deutsche Volk zusammenschloß, sondern die diesen zusammengeschlossenen Menschen damit einen Kraftausdruck verlieh, der ebenso realer wie ideeller Natur war. Wenn das Fleisch und Blut dieses Volkes die Substanz war, deren Erhaltung auf dieser Welt versucht werden muß, dann war im neuen Reich das Machtinstrument entstanden, durch das die Nation ihr Lebensrecht künftighin im Rahmen der übrigen Welt wieder wahrnehmen konnte.

Es war die Aufgabe der nach Bismarck kommenden Zeit, sich über die weiteren Schritte schlüssig zu werden, die im Interesse der Erhaltung der deutschen Volkssubstanz getan werden mußten.

Von diesen Entschlüssen, die grundsätzlicher Art sein mußten und die damit eine neue Zielsetzung bedeuteten, hing dann die weitere politische Einzelarbeit ab. Das heißt also: So wie Bismarck als einzelner Mann sich für sein politisches Handeln eine Zielsetzung vorgenommen hat, die ihm dann erst gestattete, von Fall zu Fall nach allen Möglichkeiten zu verfahren, um diese Ziele zu erreichen, so mußte auch die Zeit nach Bismarck sich ein bestimmtes, ebenso notwendiges wie mögliches Ziel aufstellen, dessen Erreichung die Interessen des deutschen Volkes gebieterisch erforderten und zu dessen Erreichung man sich dann allerdings ebenfalls aller Möglichkeiten bedienen konnte, angefangen von den Künsten der Diplomatie bis zu der Kunst des Krieges.

Diese Zielsetzung aber ist unterblieben.

Es ist nicht notwendig, alle die Gründe aufzuführen und wohl auch kaum möglich, die die Ursache dieser Unterlassung waren. Der Hauptgrund liegt zunächst im Fehlen einer wirklich genialen, überragenden politischen Persönlichkeit. Aber fast nicht minder schwer wiegen die Gründe, die zum Teil im Wesen der neuen Reichsgründung selbst zu suchen sind. Deutschland war ein demokratischer Staat geworden, und wenn auch die Leitung des Reiches kaiserlichen Entschlüssen oblag, so konnten sich doch diese Entschlüsse selbst schwer dem Eindruck jener allgemeinen Meinung entziehen, die ihren besonderen Ausdruck in der parlamentarischen Institution fand, deren Fabrikanten aber die politischen Parteien sowie die Presse waren, die selbst wieder von wenig erkenntlichen Drahtziehern ihre letzten Instruktionen erhielten. Damit traten die Interessen der Nation mehr und mehr in den Hintergrund gegenüber den Interessen bestimmter und besonderer Gruppen. Dies war um so mehr der Fall, als über die wirklichen Interessen der Nation in der breitesten Öffentlichkeit nur sehr wenig Klarheit herrschte, während umgekehrt die Interessen bestimmter politischer Parteien oder der Zeitungswelt viel konkretere waren. Denn Deutschland war ja nun wohl ein Nationalstaat. Allein der Begriff nationale Gesinnung war am Ende doch nur ein rein staatlich-patriotisch-dynastischer. Mit völkischen Erkenntnissen hatte er nahezu gar nichts zu tun. Daher herrschte auch über die Zukunft und über die Zielrichtung der außenpolitischen Tätigkeit der Zukunft allgemeine Unklarheit. Vom nationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, wäre die nächste Aufgabe des Staates nach Vollendung seines inneren Staatsaufbaues die Wiederaufnahme und endgülti-

ge Durchführung der nationalen Einigung gewesen. Kein Ziel hätte dem damaligen rein formalen Nationalstaat außenpolitisch näherliegen können, als die Angliederung jener deutschen Gebiete in Europa, die zum Teil schon durch ihre bisherige Geschichte ein selbstverständlicher Bestandteil nicht nur der deutschen Nation, sondern eines Deutschen Reiches sein müssen. Dennoch war eine solche selbstverständliche Zielsetzung nicht vorgenommen worden, weil abgesehen von sonstigen Widerständen der sogenannte Nationalbegriff eben viel zu unklar war, zu wenig durchdacht und durchgearbeitet, um sich aus einem solchen Schritt genügend motivieren zu können. Es wäre gegen patriotisch-legitimistische Vorstellungen, sowie gegen Gefühle schlecht definierbarer Sympathien gewesen, nun mit allen Mitteln als nächstes Ziel die Eingliederung des Deutschtums der alten Ostmarken des Reiches[8] (durchzuführen) ins Auge zu fassen und durchzuführen.

Das "altehrwürdige" Haus Habsburg hätte damit allerdings seinen Thron verloren. Auch würde man den gesamten Biertischpatriotismus damit auf das schwerste verletzt haben, aber trotzdem wäre dies die einzig vernünftige nächste Aufgabe gewesen, die das neue Reich sich hätte stellen können, und zwar vom Gesichtspunkte eines sogenannten Nationalstaates aus. Nicht nur, daß damit ziffernmäßig die im Reichsgebiet lebenden Deutschen eine wesentliche Stärkung erfahren hätten, die naturgemäß auch militärisch zum Ausdruck gekommen wäre, hätte man damit allein das retten können, dessen Verlust man heute beklagt. Würde Deutschland selbst an der Aufteilung des unmöglichen Habsburgerstaates teilgenommen [*haben*], (dann) ja, hätte es diese Aufteilung aus nationalpolitischen Gründen als eigenes politisches Ziel aufgestellt, dann würde die ganze Entwicklung Europas eine andere Bahn genommen haben. Deutschland wäre nicht in Verfeindung geraten mit einer ganzen Anzahl von an sich nichts gegen Deutschland habenden Staaten, und im Süden würde die Grenze des Reiches nicht über den Brenner laufen. Zumindest der vorwiegend deutsche Teil Südtirols wäre heute bei Deutschland.

Allein, daß dies verhindert wurde, lag nicht nur im Mangel der damaligen nationalen Auffassung, sondern ebensosehr im bestimmten Interesse bestimmter Gruppen. Zentrumskreise wünschten unter allen Umständen eine Politik der Erhaltung des sogenannten "katholischen" Habsburgerstaates[9], wobei man in verlogener Weise von "Stammesbrüdern" redete, während man sehr genau wußte, daß gerade diese Stammesbrüder in der Habsburgermonarchie langsam aber sicher an die Wand gedrückt wurden und ihrer Stammeszugehörigkeit beraubt wurden. Aber für das Zentrum waren ja selbst in Deutschland nicht deutsche Gesichtspunkte maßgebend. Jeder Pole, jeder elsässische Verräter und Franzosenfreund war den Herren lieber als der Deutsche, der nicht einer solch verbrecherischen Organisation sich anschließen wollte[10].

---

8 Im 9. Jahrhundert Bezeichnung für die Gebiete zwischen Enns und Leitha, hier historisierend für "Österreich".

9 Die Option des Zentrums für Österreich resultierte aus seiner konfessionellen Bindung und dem traditionell großdeutschen Standort des politischen Katholizismus, aber auch aus der Opposition gegen die preußische Hegemonie und in Einzelfällen einer völligen Ablehnung des deutschen Nationalstaats. Vgl. Wilfried Loth, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

10 Nach der Reichsgründung schlossen sich die polnischen Abgeordneten, die Bayerische Patriotenpartei, die protestantischen Welfen und seit 1875 auch die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen eng an die Reichstags-

Unter dem Vorwand, katholische Interessen zu vertreten, hat diese Partei schon im Frieden mitgeholfen, das Hauptbollwerk einer wirklich christlichen Weltanschauung, Deutschland, nach allen Möglichkeiten zu schädigen und zugrunde zu richten. Und diese verlogenste Partei scheute dabei auch nie davor zurück, mit erklärten Gottesleugnern, Atheisten, Religionsschändern in innigster Freundschaft Arm in Arm zu gehen, sowie man damit glaubte, den deutschen Nationalstaat und damit das deutsche Volk schädigen zu können [11].

So hat bei der Festlegung der unsinnigen deutschen Außenpolitik das Zentrum, das christlich-katholische, fromme Zentrum, denn auch stets den jüdisch-gottesleugnerischen Marxismus als lieben Bundesgenossen zur Seite gehabt.

Denn so wie das Zentrum gegen eine antihabsburgische Politik sich mit Händen und Füßen gewehrt hat, genauso die Sozialdemokratie als damalige Vertreterin der marxistischen Weltanschauung, wenn auch aus anderen Gründen [12]. Die Schlußabsicht allerdings war bei beiden Parteien dieselbe: möglichste Schädigung Deutschlands. Die Herrschaft dieser Parteien wird eine um so unbeschränktere und damit für ihre Leiter einträglichere sein, je schwächer der Staat ist.

Wollte das alte Reich aus nationalpolitischen Gesichtspunkten heraus den Zusammenschluß des Deutschtums in Europa wieder aufnehmen, dann mußte mit der dadurch zwangsläufig verbundenen Auflösung des habsburgischen Staatenkonglomerats eine eigene Gruppierung europäischer Mächte verbunden sein. Es war selbstverständlich, daß an eine solche Auflösung des Habsburgerstaates nicht gedacht werden konnte, ohne in Beziehung zu treten zu anderen Staaten, die ähnliche Interessen verfolgen mußten. Damit aber wäre von selbst zur Erreichung dieses Ziels und in Verfolg aller Möglichkeiten eine europäische Koalition entstanden, die wenigstens die nächsten Jahrzehnte das Schicksal Europas bestimmt haben würde.

---

fraktion des Zentrums an, zum Teil traten sie sogar in ein Hospitantenverhältnis. Diese Kooperation beruhte nicht nur auf klerikalen Motiven, ihr lagen auch partikularistische Interessen und antipreußische Ressentiments zugrunde. Im seit 1871/72 aufbrechenden Kulturkampf waren diese Splittergruppen zunächst die einzigen Verbündeten des Zentrums, so daß diese bald als die Gruppe der "Reichsfeinde" diskreditiert wurde. Vgl. Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. III, Köln 1927.

11 Die Reichstagsfraktion des Zentrums stimmte 1889 gegen die von Bismarck angestrebte Verlängerung des Sozialistengesetzes und lehnte 1899 auch die gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie gerichtete Zuchthausvorlage ab. Ungeachtet des politisch und sozial heterogenen Charakters des Zentrums beharrte seine Führung jedoch auf einer grundsätzlichen Ablehnung des Sozialismus, den sie durch Entwicklung einer eigenen christlichen Soziallehre und den Aufbau von spezifisch christlichen Arbeitervereinen zu ersetzen suchte. Vgl. Ernst Heinen, Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland, Bd. II: Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, Paderborn 1979, S. 193 ff. sowie Loth, Katholiken.

12 Der linke Flügel der SPD-Fraktion lehnte die unbedingte Stützung des Bundesgenossen Österreich-Ungarn entschieden ab, die Reichskanzler Bethmann Hollweg im Dezember 1912 vor dem Reichstag angesichts der zunehmenden Spannungen auf dem Balkan angekündigt hatte. Georg Ledebour warf dem Reichskanzler vor, mit dieser einseitigen Erweiterung des 1879 abgeschlossenen reinen Defensivbündnisses die österreichische Kriegspartei zu einer aggressiven Politik zu ermutigen. Das Bündnis selbst stellte die großdeutsch orientierte SPD jedoch nicht in Frage. Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973, S. 374 ff.

Allerdings mußte dann zunächst der Dreibund [13] auch tatsächlich liquidiert werden. Ich sage tatsächlich, denn praktisch war die Liquidation schon längst vollzogen.

Das Bündnis mit Österreich hatte für Deutschland so lange einen wirklichen Sinn, solange es hoffen durfte, durch dieses Bündnis für die Stunde der Gefahr einen Machtzuwachs zu erhalten. Es war sinnlos von dem Augenblick an, in dem der militärische Machtzuwachs kleiner war als die durch dieses Bündnis hervorgerufene militärische Belastung Deutschlands. An sich war dies vom ersten Tage des Dreibundes an der Fall dann, wenn etwa infolge dieses Bundes oder aus diesem Bund heraus Rußland zum Gegner Deutschlands wurde. Dies hat Bismarck auch genauestens abgewogen und sich deshalb auch veranlaßt gesehen, mit Rußland den sogenannten Rückversicherungsvertrag [14] abzuschließen. Der Sinn des Rückversicherungsvertrages war ganz kurz der, daß, wenn Deutschland durch den Bund mit Österreich in einen Konflikt mit Rußland getrieben werden würde, es Österreich dabei fallen ließe. Damit hat Bismarck die problematische Bedeutung des Dreibundes schon zu seiner Zeit erkannt und nach seiner Kunst des Möglichen für alle Fälle das Notwendige vorgesorgt.

Dieser Rückversicherungsvertrag hat seinerzeit mitgeholfen, dem größten deutschen Staatsmann der Neuzeit die Verbannung einzutragen [15].

Tatsächlich ist aber seit der Okkupation Bosniens durch Österreich-Ungarn [16] und infolge der dadurch mächtig angeflammten panslawistischen Bewegung [17] der von Bismarck befürchtete Zustand bereits am Beginn der 90er Jahre eingetreten. Der Bund mit Österreich hat die Feindschaft mit Rußland gebracht [18].

Diese Feindschaft mit Rußland aber war [*der*] Grund, warum der Marxismus mit allen Mitteln, wenn auch nicht etwa die deutsche Außenpolitik deckte, dann doch eine andere in Wirklichkeit unmöglich machte [19].

---

13 Anspielung auf den 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien geschlossenen Dreibund-Vertrag, einem geheimen Verteidigungsbündnis, in dem sich die Vertragsparteien bei einem französischen Angriff gegenseitigen Beistand, in anderen Fällen Neutralität zusicherten. Mit dem Londoner Vertrag vom 26.4.1915 verbündete sich Italien mit den Alliierten, am 3.5. kündigte es den Dreibundvertrag; am 23.5.1915 folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, am 26.8.1916 die an Deutschland. Vgl. Fritz Fellner, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1960.

14 Der 1887 für drei Jahre zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossene geheime Rückversicherungsvertrag legte die wechselseitige Neutralität bei einem Angriff Dritter auf einen der Vertragspartner fest und erkannte russische Ansprüche auf dem Balkan und auf die türkischen Meerengen an. Vgl. Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München 1989, S. 20 f.

15 Bismarck begründete sein Rücktrittsgesuch vom 18.3.1890 auch damit, daß die von Wilhelm II. geforderte Änderung der Außenpolitik das gute deutsch-russische Verhältnis gefährde. Vgl. Gall, Bismarck, S. 705 f.

16 Am 7.10.1908 erfolgte die formelle Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn, nachdem der österreichischen Regierung auf dem Berliner Kongreß 1878 hierzu das Recht eingeräumt worden war. Damit verschärften sich die österreichisch-serbischen Spannungen.

17 Nach der russischen Revolution von 1905 erhielt die Anfang des 19. Jahrhunderts entstandene Idee des Panslawismus einen neuen nationaldemokratisch bestimmten Impuls vor allem bei Tschechen und Serben, der sich auf den Slawenkongressen von 1908 bis 1910 manifestierte und indirekt den Bestand des Habsburgerreichs bedrohte. Vgl. John Erickson, Panslavism, London 1964, S. 30 ff.

18 Der Rückversicherungsvertrag wurde von Bismarcks Nachfolger, Reichskanzler Leopold Graf von Caprivi, nicht verlängert, weil er der Überzeugung war, er sei unvereinbar mit anderen von Deutschland abgeschlossenen Verträgen. Vgl. Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 28 f.

19 Das Rußlandbild der deutschen Sozialdemokratie war von antirussischen Affekten bestimmt, die bereits in den Revolutionsjahren 1848/49 in Deutschland sichtbar geworden waren. Lediglich die Revolution von 1905/06

Das Verhältnis Österreichs zu Italien war dabei an sich immer dasselbe. Italien ist einst aus Vorsicht gegen Frankreich in den Dreibund eingetreten, aber nicht aus Liebe zu Österreich. Im Gegenteil, Bismarck hat auch hier die "innere Herzlichkeit" des italienisch-österreichischen Verhältnisses richtig erkannt, wenn er ausspricht, daß es zwischen Österreich und Italien überhaupt nur zwei mögliche Zustände gäbe: entweder Bund oder Krieg. Wirkliche Sympathie war in Italien - von einigen frankophilen Fanatikern abgesehen - nur für Deutschland vorhanden. Und das war auch erklärlich. Es spricht für die ganz bodenlose politische Unbildung und Unwissenheit des deutschen Volkes und besonders seiner sogenannten bürgerlich-nationalen Intelligenz, daß man den staatsrechtlichen Dreibund auf das Gebiet freundschaftlicher Zuneigung übertragen zu können glaubte. Das war nicht einmal zwischen Deutschland und Österreich der Fall, denn selbst hier war der Dreibund oder richtiger das Bündnis mit Deutschland menschlich verankert nur im Herzen eines verhältnismäßig kleinen Teils der Deutschen in Österreich. Niemals hätten die Habsburger ihren Weg in diesen Dreibund genommen, wenn es eine andere Möglichkeit der Konservierung ihres Staatskadavers gegeben haben würde. Als in den Julitagen 1870 das deutsche Volk unter der unerhörten Provokation Frankreichs in Empörung aufflammte und zum Schutz des deutschen Rheins den alten Wahlstätten [*sic!*] zueilte, da hoffte man in Wien die Stunde der Rache für Sadowa[20] gekommen[21]. Eine Besprechung jagte die andere, ein Kronrat wechselte mit dem nächsten, Kuriere flogen hin und her, und die ersten Einberufungsordres waren hinausgegeben, da trafen allerdings auch schon die ersten Nachrichten vom Kriegsschauplatze ein. Und als nach Weißenburg ein Wörth folgt, nach Wörth ein Gravelotte, ein Metz, ein Mars-la-Tour und endlich ein Sedan[22], da erst begannen die Habsburger unter dem Drucke der nun plötzlich wie erlöst aufschreienden neuen deutschen Meinung ebenfalls ihr deutsches Herz zu entdecken. Hätte damals Deutschland auch nur die ersten Schlachten verloren, dann hätten die Habsburger und mit ihnen Österreich das vollzogen, was sie später Italien so sehr zum Vorwurf gemacht haben. Und was sie übrigens im Weltkrieg nicht nur zum 2. Mal beabsichtigten, sondern auch als gemeinsten Verrat an dem

---

nährte in der SPD kurzfristig die Hoffnung, daß der Beginn einer fundamentalen gesellschaftlichen Umwälzung gerade im "Hort der Reaktion" zu erwarten sei. Noch 1914 sorgte auch die Furcht vor dem "russischen Despotismus" für eine zunächst weitgehend reibungslose Unterstützung der Politik des Burgfriedens durch weite Teile der SPD. Vgl. Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992, S. 19 ff.

20 Dorf an der Bistritz in Böhmen, wo am Morgen des 3.7.1866 die von preußischer Seite später als Schlacht von Königgrätz bezeichnete preußisch-österreichische Entscheidungsschlacht begann. Besonders in der französischen Terminologie wird diese Schlacht seitdem Schlacht bei Sadowa genannt. Vgl. Gordon A. Craig, Königgrätz, Wien 1966, S. 153 ff., 303, Anm. 4.

21 Ungeachtet der vorherrschenden antipreußischen Stimmung in Österreich-Ungarn hielt die Regierung das Vorgehen der französischen Regierung in der Juli-Krise 1870 für falsch und wenig erfolgversprechend. Vgl. Heinrich Lutz, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867-1870, Frankfurt a. M. 1979, S. 196 ff.

22 Die verbündeten deutschen Armeen besiegten in der ersten Phase des Deutsch-Französischen Kriegs Teile der französischen Streitkräfte am 4.8.1870 bei Weißenburg, am 6.8.1870 bei Wörth, am 16.8.1870 bei Vionville-Mars-la-Tour und am 18.8.1870 bei Gravelotte-St. Privat. Am 19.8.1870 gelang die Einschließung eines großen Teils der französischen Armee in Metz. Nach der Schlacht bei Sedan am 1.9.1870, in der Kaiser Napoleon III. in Gefangenschaft geriet, kapitulierte der Rest des kaiserlich französischen Heeres. Vgl. Eberhard Kaulbach, Der Feldzug 1870 bis zum Fall von Sedan. In: Entscheidung 1870, S. 44-104.

Staat, der für sie das Schwert gezogen hat, verübt hatten[23]. Um diesen und für diesen Staat hat Deutschland die schwerste Blutnot auf sich genommen, und von diesem Staat wurde es nicht nur in 1.000 Einzelfällen, sondern endlich vom Repräsentanten selbst verraten[24], lauter Dinge und Wahrheiten, die unser bürgerlicher nationaler Patriotismus lieber verschweigt, um heute gegen Italien schreien zu können.

Wenn das Haus Habsburg später im Dreibund unterkroch, dann wirklich nur, weil ohne den Dreibund dieses Haus schon längst dorthin gefegt worden wäre, wo es sich heute befindet. Wenn ich die Sünden aber dieses Hauses an der Geschichte des deutschen Volkes übersehe, dann erscheint mir eines schmerzlich, daß Gottes Mühle dieses Mal von Kräften angetrieben wurde, die außerhalb des deutschen Volkes liegen.

Dabei hatten die Habsburger aber auch sonst allen Grund, das Bündnis besonders mit Deutschland zu wollen, weil dieses Bündnis ja in Wirklichkeit das Deutschtum in Österreich preisgab. Niemals wäre den Habsburgern ihre Entnationalisierungspolitik in Österreich, ihre Vertschechung und Verslawung[25] des Deutschtums möglich geworden, hätte nicht das Reich selbst seinen moralischen Schirm darübergehalten. Denn was hatte der Deutschösterreicher für ein Recht, gegen eine Staatspolitik zu protestieren, und zwar aus nationalen Gründen heraus, die vom Inbegriff des deutschen nationalen Gedankens, wie er sich für den Deutschösterreicher im Reich verkörperte, gedeckt wurde. Und umgekehrt konnte Deutschland nun überhaupt noch einen Druck ausüben zur Verhinderung der langsamen Entdeutschung in Österreich, wenn doch die Habsburger selbst Verbündete des Reiches waren? Man muß die Schwäche der politischen Leitung des Reiches kennen, um zu wissen, daß alles andere eher möglich gewesen wäre, als auch nur der Versuch einer wirklich energischen Einwirkung auf den Bundesgenossen, die dessen innere Verhältnisse betroffen hätte. Das wußten die schlauen Habsburger sehr genau, wie denn überhaupt die österreichische Diplomatie der deutschen an Pfiffigkeit und Schläue (der deutschen) turmhoch überlegen war. Und umgekehrt, eben diese deutsche, wie mit Blindheit geschlagen, keine Ahnung von den Vorgängen und Zuständen im Innern ihres Bundesgenossen zu haben schien. Erst der Krieg hat dann wohl den meisten die Augen geöffnet[26].

Damit aber war gerade die Bundesfreundlichkeit der Habsburger für Deutschland um so verhängnisvoller, als durch sie ja die endgültige Unterminierung der Voraussetzung für diesen Bund gewährleistet wurde. Denn indem nun die Habsburger in aller Ruhe und ohne Sorge vor deutschen Einmischungen das Deutschtum in Österreich auszulöschen in der Lage waren, mußte der Wert dieses ganzen Bundes für Deutschland selbst ein immer problematischerer

23 Am 3.11.1918 hatte Österreich-Ungarn einen Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnet. Vgl. Bogdan Krizman, Die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Diplomatie in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch. In: Die Auflösung des Habsburgerreichs. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Hrsg. von Richard Georg Plaschka und Karlheinz Mack, München 1970, S. 83-114, hier S. 102.

24 Kaiser Karl I. hatte im Frühjahr 1917 über seinen Schwager Prinz Sixtus von Bourbon-Parma Fühlung mit der französischen Regierung aufgenommen, um Verhandlungen für einen allgemeinen Frieden einzuleiten. In diesem Zusammenhang deutete er auch seine Bereitschaft an, Frankreichs Ansprüche auf Elsaß-Lothringen zu unterstützen. Vgl. Francis Roy Bridge, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VI: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, 1. Teilband, Wien 1989, S. 196-373, hier S. 356 ff.

25 In der Vorlage: Verslavung (ebenso im folgenden stets slavisch, Slaven, Slaventum usw.).

26 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 133 ff.

werden. Was sollte ein Bund für Deutschland bedeuten, der vom Herrscherhaus niemals ernst gemeint war, denn nie hätte das Haus Habsburg daran gedacht, den Bundesfall auch für deutsche Interessen als gegeben anzusehen, und unter dessen Wirksamkeit die einzigen wirklichen Freunde dieses Bundes langsam der Entdeutschung verfallen mußten. Denn im übrigen Österreich war der Bund im günstigsten Fall als gleichgültig angesehen, in den meisten Fällen aber innerlich verhaßt.

Schon die hauptstädtische Presse in Wien war in der Zeit der letzten 20 Jahre vor dem Kriege viel mehr profranzösisch als prodeutsch orientiert. Die Presse der slawischen Provinzen aber war bewußt deutschfeindlich. In eben dem Maß, in dem aber durch die Habsburger das Slawentum nach Möglichkeit kulturell gefördert wurde und nun in seinen Hauptstädten Mittelpunkte einer eigenen nationalen Kultur erhielt, entstanden damit aber auch Zentren eines besonderen politischen Wollens. Es ist die historische Strafe für das Haus Habsburg, nicht gesehen zu haben, daß dieser Nationalitätenhaß, den man zunächst gegen das deutsche Volk mobilisierte, eines Tages den österreichischen Staat selbst verzehren würde. Das Bündnis mit Österreich war aber für Deutschland besonders unsinnig in dem Augenblick geworden, in dem, dank dem Wirken des volksverräterischen deutsch-österreichischen Marxismus, das sogenannte allgemeine Wahlrecht die Vorherrschaft des Deutschtums im österreichischen Staat endgültig gebrochen hatte[27]. Denn tatsächlich zählte ja das Deutschtum nur ein Drittel der Bevölkerung Cisleithaniens, also der österreichischen Reichshälfte des österreichisch-ungarischen Staates. Sowie das allgemeine Wahlrecht zur Grundlage der österreichischen Volksvertretung wurde, war die Lage des Deutschtums damit eine hoffnungslose, um so mehr, nachdem die klerikalen Parteien eine bewußte Vertretung nationaler Gesichtspunkte ebensowenig wollten, wie sie durch die Marxisten überhaupt bewußt verraten wurden. Dieselbe Sozialdemokratie, die heute heuchlerisch vom Deutschtum in Südtirol redet, hat im alten Österreich bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit das Deutschtum in der schamlosesten Weise verraten und verkauft[28]. Sie stand selbst stets an der Seite der Feinde unseres Volkes. Die unverschämteste tschechische Anmaßung hat in der sogenannten deutschen Sozialdemokratie stets ihre Vertreter gefunden. Jeder Akt einer deutschen Unterdrückung fand ihre Billigung. Und jeder Vorgang einer deutschen Zurückdrängung sah die deutsche Sozialdemokratie als Mithelferin. Was hatte unter solchen Umständen Deutschland noch von einem Staat zu erwarten, dessen politische Führung, soweit sie sich besonders im Parlamente äußerte, wohl zu $^4/_5$ bewußt und gewollt antideutsch gewesen ist?

Die Vorteile des Bündnisses mit Österreich lagen wirklich alle nur auf seiten Österreichs, während Deutschland die Nachteile zu tragen hatte. Und sie waren ihrer nicht wenige.

---

27 Mit der Wahlordnung vom 26.1.1907 wurde das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger im cisleithanischen Teil Österreich-Ungarns geschaffen. Zugleich wurden die deutsche und italienische Nationalität begünstigt, so daß die Deutschen bei einem Bevölkerungsanteil von 35,8% in Cisleithanien (nach der Volkszählung von 1900) 45,15% der Mandate bei der folgenden Wahl zum Abgeordnetenhaus erhielten. Vgl. Berthold Sutter, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. III: Die Völker des Reiches, 1. Teilband, Wien 1980, S. 154-339, hier S. 290 f.

28 Anspielung auf das Brünner Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie von 1899, in dem eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten gefordert, aber auch die "Aussöhnung der Arbeiterschaft mit der Reichsidee" proklamiert wurde. Vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976, S. 65 ff.

Das Wesen des österreichischen Staates brachte es mit sich, daß eine ganze Anzahl umliegender Staaten als Zielsetzung ihrer Nationalpolitik die Auflösung Österreichs im Auge hatten. Denn was in Deutschland die nachbismarckische Zeit nie fertiggebracht hat, haben selbst die kleinsten Balkanstaaten besessen: nämlich ein bestimmtes außenpolitisches Ziel, das sie mit und nach allen Möglichkeiten zu erreichen versuchten. Alle diese zum Teil erst frisch entstandenen, an Österreichs Grenzen liegenden Nationalstaaten sahen ihre höchste politische Zukunftsaufgabe darin, die volklich zu ihnen zählenden, aber unter Österreichs und Habsburgs Zepter lebenden Volksgenossen zu "befreien". Daß diese Befreiung nur durch militärische Auseinandersetzungen erfolgen konnte, war selbstverständlich. Daß dies zu einer Auflösung Österreichs führen mußte desgleichen. Ein Hindernis bildete dabei die österreichische eigene Widerstandskraft um so weniger, als sie ja auf die zu Befreienden mit in erster Linie angewiesen war. Im Falle eines Koalitionskrieges Rußlands, Rumäniens und Serbiens gegen Österreich fielen aus dem Gehalt des österreichischen Widerstandes von vorneherein die nord- und südslawischen Elemente aus, so daß höchstens Deutsche und Magyaren als Träger des Hauptkampfes übrigblieben. Nun führt aber erfahrungsgemäß das Ausscheiden bestimmter Kampfkräfte aus völkischen Gründen zu einer Zersetzung und damit Lähmung seiner Front überhaupt. Von sich aus hätte Österreich einem solchen allgemeinen Angriffskrieg wirklich nur sehr wenig Widerstand entgegenzusetzen gehabt. Dieses wußte man sowohl in Rußland als auch in Serbien, in Rumänien sehr genau. Was Österreich gehalten hat, war damit nur der mächtige Bundesgenosse, auf den es sich zu stützen vermochte. Was war aber natürlicher, als daß sich nunmehr in den Gehirnen der österreichfeindlichen leitenden Staatsmänner sowohl als in der Meinung der Öffentlichkeit die Auffassung bildete, daß der Weg nach Wien damit über Berlin führen muß.

Je mehr Staaten Österreich zu beerben gedachten und es infolge der deutschen Waffengenossenschaft nicht konnten, um so mehr Staaten mußte Deutschland selber als Feinde erhalten.

Um die Jahrhundertwende war das Gewicht dieser durch Österreich gegen Deutschland aufgebrachten Gegner schon um ein Vielfaches größer als die mögliche Waffenhilfe, die Österreich selbst jemals für Deutschland stellen konnte.

Damit aber war der innere Sinn dieser Bündnispolitik geradezu ins Gegenteil verkehrt.

Erschwert wurde die Sache noch durch den dritten Bundesgenossen Italien. Wie schon erwähnt, war das Verhältnis Italiens zu Österreich nie eine Herzensangelegenheit gewesen, ja kaum eine solche der Vernunft, sondern eigentlich nur das Ergebnis und die Folge eines übermächtigen Zwanges. Das italienische Volk vor allem und die italienische Intelligenz vermochten jederzeit für Deutschland Sympathien aufzubringen. Ein Bund Italiens mit Deutschland allein hatte um die Jahrhundertwende bereits alle Gründe für sich. Die Meinung, daß Italien an sich als Bundesgenosse treulos wäre, ist so stupid und dumm, daß sie nur die Politikaster unseres unpolitischen sogenannten nationalen Bürgertums verzapfen können. Den schlagendsten Gegenbeweis liefert die Geschichte unseres eigenen Volkes, nämlich damals, als Italien schon einmal mit Deutschland, allerdings gegen Österreich, verbündet gewesen ist[29]. Freilich war das damalige Deutschland das durch Bismarcks Genialität geführte Preußen und nicht das durch die politische Unfähigkeit der späteren Murkser mißhandelte Reich.

---

29 Gemeint ist das gegen Österreich gerichtete Geheimbündnis zwischen Italien und Preußen vom 8.4.1866. Vgl. Walter Bussmann, Das Zeitalter Bismarcks, Frankfurt a. M. ^{4}1968, S. 85 f.

Gewiß hat das damalige Italien auf den Schlachtfeldern zu Lande und zur See Niederlagen erlitten[30], aber seine Bundesgenossenpflichten hat es ehrenhaft erfüllt, wie dies Österreich im Weltkriege, in den Deutschland durch Österreich hineingetrieben wurde, nicht getan hat. Denn als man damals Italien einen Sonderfrieden anbot, der ihm alles gegeben hätte, was es auch später nur erreichen konnte, da hat es diesen stolz und entrüstet zurückgewiesen[31], trotz der militärischen Niederlagen, die es erlitten hat, während die österreichische Staatsleitung nicht nur nach einem solchen Sonderfrieden girrte [*sic!*], sondern bereit war, ganz Deutschland fahren zu lassen[32]. Wenn er nicht zustande kam, dann lag dies nicht in der Charakterfestigkeit des österreichischen Staates, sondern vielmehr im Wesen der Forderungen, die der Gegner an ihn stellte und die in der Praxis seine Auflösung bedeuteten. Daß aber das Italien des Jahres 1866 militärische Niederlagen erlitten hat, konnte wirklich nicht als Zeichen seiner Bundestreulosigkeit aufgefaßt werden. Denn sicher hätte man sich statt Niederlagen lieber Siege geholt, aber das damalige Italien konnte ja nicht verglichen werden mit dem damaligen Deutschland und auch dem späteren, weil ihm jene überragende militärische Kristallisationsmacht eben fehlte, die Deutschland in Preußen gehabt hat. Ein deutscher Bund ohne das Fundament der preußischen Heeresmacht wäre dem Angriff einer so alten und damals noch nicht national zerfressenen Militärmacht, wie sie Österreich besaß, genauso unterlegen, wie es bei Italien der Fall war. Das Wesentliche lag aber daran, daß das damalige Italien die Entscheidung in Böhmen zugunsten des späteren Deutschen Reichs ermöglicht hat, indem es einen wesentlichen und großen Teil der österreichischen Armee gebunden hat. Denn wer die kritische Situation am Tage der Schlacht von Königgrätz sich vor Augen hält, der wird nicht behaupten können, daß es für Deutschlands Schicksal gleichgültig gewesen wäre, ob Österreich mit 140.000 Mann mehr auf dem Schlachtfelde gewesen wäre, als es so infolge der italienischen Bindung sein konnte[33].

Daß natürlich das damalige Italien diesen Bündnisvertrag nicht abgeschlossen hat, um dem deutschen Volk die nationale Einigung zu ermöglichen, sondern dem italienischen, ist selbstverständlich. Da gehört schon wirklich die sprichwörtliche politische Naivität eines vaterländischen Verbändlers dazu, darin den Anlaß zu einem Vorwurf (sehen zu können) oder zu einer Schmähung sehen zu können. Die Meinung, ein Bündnis zu erhalten, bei dem von vorneherein

---

30 Am 23.6.1866 erlitt die italienische Armee bei Custoza eine Niederlage gegen die zahlenmäßig unterlegene österreichische Südarmee; am 20.7.1866 wurde die italienische Flotte vor Lissa besiegt. Vgl. Walter Wagner, Die k. (u.) k. Armee - Gliederung und Aufgabenstellung. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 142-633, hier S. 327; Lothar Höbelt, Die Marine. In: ebenda, S. 687-763, hier S. 696 ff.

31 Am 2.7.1866 hatte die österreichische Regierung Frankreich um die Vermittlung eines Waffenstillstands mit Italien ersucht, was jedoch durch den preußischen Sieg bei Königgrätz am 3.7.1866 keinen Einfluß auf den Kriegsausgang mehr hatte. Vgl. Bridge, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten, S. 233.

32 Anspielung auf die geheimen Absprachen zwischen Frankreich und Österreich vor dem Krieg von 1866, bei denen vereinbart wurde, im Fall eines österreichischen Sieges die preußische Rheinprovinz zu einem selbständigen Staat zu machen. Vgl. Michael Derndarsky, Das Klischee von "Ces Messieurs de Vienne..." Der österreichisch-französische Geheimvertrag vom 12. Juni 1866 - Symptom für die Unfähigkeit der österreichischen Außenpolitik? In: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 289-353.

33 Nach der italienischen Kriegserklärung am 20.6.1866 standen etwa 138.000 österreichische Soldaten, eingeteilt in drei Armeekorps, etwa 270.000 italienischen Soldaten gegenüber. Vgl. Wagner, k. (u.) k. Armee, S. 348.

nur einer Aussichten auf Erfolg oder Gewinn besitzt, ist kindische Dummheit[34]. Denn genauso hätten ja die Italiener das Recht, dem damaligen Preußen und Bismarck denselben Vorwurf vorzuhalten, nämlich, daß es nicht nur aus Liebe zu Italien, sondern auch in Verfolgung eigener Interessen den Bund abgeschlossen habe. Leider möchte ich fast sagen, ist es beschämend, daß diese Dummheit nur nördlich der Alpen verbrochen wird und nicht auch südlich.

Verständlich könnte einem eine solche Dummheit nur werden, wenn man den Dreibund betrachtet oder, noch besser, das Bündnis Deutschland und Österreich, nämlich den wirklich seltenen Fall, in dem ein Staat, nämlich Österreich, von einem Bund alles hatte und der andere, nämlich Deutschland, gar nichts. Ein Bund, in dem der eine seine Interessen einsetzte und der andere seine "schimmernde Wehr"[35]. Der eine (zweckmäßige Vernunft) kalte Zweckmäßigkeit und der andere Nibelungentreue[36]. Zumindest in solchem Umfange und in dieser Art hat es das nur einmal in der Weltgeschichte gegeben, und Deutschland hat die furchtbarste Quittung für diese Art von politischer Staatsleitung und Bündnispolitik erhalten.

Wenn also das Bündnis mit Italien, soweit es sich um das Verhältnis Österreichs zu Italien handelte, von Anfang an von zweifelhaftestem Wert war, dann nicht deshalb, weil es sich bei Italien etwa um einen grundsätzlich falschen Partner handeln könnte, sondern, weil für Italien gerade dieses Bündnis mit Österreich nämlich nicht einen einzigen realen Gegenwert versprach.

Italien war Nationalstaat. Seine Zukunft mußte zwangsläufig an den Rändern des mittelländischen Meeres liegen. Jeder Anrainer ist damit mehr oder weniger ein Hindernis für die Entwicklung dieses Nationalstaates. Rechnet man dazu noch, daß Österreich selbst über 800.000 Italiener[37] innerhalb seiner Grenzen hatte, und (umgekehrt) weiter dieselben Habsburger, die auf der einen Seite die Deutschen der Verslawung auslieferten, auf der anderen sehr wohl Slawen und Deutsche gegen Italiener auszuspielen verstanden, alles Interesse besaßen, diese 800.000 Italiener langsam zu entnationalisieren, dann war die Zukunftsaufgabe der italienischen Außenpolitik kaum zweifelhaft. Sie mußte, so deutschfreundlich sie sein konnte, eine österreichischfeindliche sein. Und diese Politik fand dann auch den lebhaftesten Rückhalt, ja glühende Begeisterung im italienischen Volk selbst. Denn was die Habsburger, und Österreich war dabei ihre politische Waffe, an Italien im Laufe der Jahrhunderte gesündigt hatten, war, vom italienischen Standpunkt aus besehen, himmelschreiend[38]. Jahrhunderte hindurch war Österreich das Hindernis für die Einigung des italienischen Volkes gewesen, immer wieder

---

34 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 148, wo Hitler behauptet, ein Bündnis könne es nur auf der Grundlage "eines gegenseitigen Geschäfts geben". Im Sinne dieser Theorie soll Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop am 12.11.1940 zum sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow gesagt haben, "beide Partner des deutsch-russischen Paktes hätten gemeinsam gute Geschäfte gemacht". Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Bd. XI/1, Bonn 1964, Dok. 325, S. 452.

35 Richtig: "schirmende Wehr". Wilhelm II. am 7.5.1908 bei einer Ansprache in Wien.

36 Den Begriff "Nibelungentreue" für das Verhältnis Deutschlands zu Österreich-Ungarn prägte Reichskanzler Bernhard von Bülow am 29.3.1909 vor dem Reichstag.

37 Auf der Grundlage der Volkszählung von 1910 wird die italienisch sprechende Bevölkerung im damaligen Österreich-Ungarn auf 795.000 Menschen geschätzt. Vgl. Umberto Corsini, Die Italiener. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. III/2, S. 839-879, hier S. 852.

38 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 136.

hatten die Habsburger die korrupten italienischen Dynastien gestützt, ja noch um die Jahrhundertwende schloß in Wien kaum ein Parteitag der klerikalen und christlichsozialen Bewegung anders als mit der Aufforderung, dem Heiligen Vater Rom wieder zurückzugeben. Man machte kein Hehl daraus, daß man dies als Aufgabe der österreichischen Politik ansehe, hatte aber auf der anderen Seite die Unverschämtheit, dann zu erwarten, daß man in Italien selbst helle Begeisterung über das Bündnis mit Österreich zeigen müßte. Dabei hat die österreichische Politik Italien gegenüber im Laufe der Jahrhunderte sich keineswegs immer zarter Glacéhandschuhe bedient. Was Frankreich jahrhundertelang für Deutschland gewesen ist, war Österreich jahrhundertelang für Italien. Die norditalienische Tiefebene war immer wieder das Operationsfeld, auf dem der österreichische Staat seine Freundschaftspolitik gegen Italien betätigte. Kroatische Regimenter und Panduren waren die Kulturbringer und Träger der österreichischen Zivilisation und es ist nur ein Jammer, daß dies alles zum Teil auch am deutschen Namen dann hängen blieb. Wenn man heute häufig aus italienischem Munde eine überhebliche Unterschätzung, ja verächtliche Beleidigung der deutschen Kultur hört, dann hat sich das deutsche Volk dafür bei jenem Staat zu bedanken, der nach außen als ein deutscher getarnt war, dem Italiener aber die Art seines inneren Wesens durch eine Soldateska enthüllte, die im eigenen österreichischen Staat selbst von den damit Beglückten als wahre Gottesgeißel empfunden wurde. Der Schlachtenruhm des österreichischen Heeres war zum Teil auf Erfolgen aufgebaut, die den unvergänglichen Haß des Italieners für alle Zeiten wachrufen mußten.

Es war ein Unglück für Deutschland, dies nie eingesehen zu haben, ein Unglück, das im Gegenteil, wenn auch nicht direkt, so indirekt zu decken. Denn so hat Deutschland den Staat verloren, der wie die Dinge lagen, unser treuester Bundesgenosse hätte werden können, wie er schon einmal ein sehr verläßlicher für Preußen gewesen ist.

Besonders entscheidend für das innere Verhältnis Italiens zu Österreich war dabei die Haltung der breitesten Öffentlichkeit in Österreich anläßlich des Tripolitanischen Krieges[39]. Daß man in Wien mit scheelen Augen italienischen Versuchen, in Albanien Fuß zu fassen, zusah, war nach Lage der Dinge noch verständlich. Österreich glaubte sich dort in seinen eigenen Interessen bedroht. Unverständlich aber war dafür die allgemeine und entschieden künstlich geschürte Erregung gegen Italien, als dieses sich anschickte, Tripolitanien zu erwerben. Dabei war der italienische Schritt ein selbstverständlicher. Kein Mensch konnte es der italienischen Staatsregierung verargen, wenn sie versuchte, die italienische Fahne in Gebieten aufzuziehen, die schon nach ihrer Lage das gegebene Kolonialgebiet für Italien sein mußten. Nicht nur, daß dabei die jungen italienischen Kolonisatoren auf altrömische Spuren stießen, wäre gerade für Deutschland und Österreich das italienische Vorgehen auch noch aus einem anderen Grunde begrüßenswert gewesen. Je mehr Italien in Nordafrika engagiert wurde, um so mehr mußten sich einst die natürlichen Gegensätze zwischen Italien und Frankreich entwickeln. Eine überlegene deutsche Staatsleitung zumindest hätte mit allen Mitteln versuchen müssen, der bedrohlichen Ausbreitung der französischen Hegemonie über Nordafrika, überhaupt der französischen

39 Italien nutzte die durch die jungtürkische Revolution hervorgerufene innere Schwäche des Osmanischen Reichs, um am 25.9.1911 die bereits diplomatisch vorbereitete Eroberung von Tripolis, der Cyrenaica und der Inselgruppe des Dodekanes zu eröffnen. Im Frieden von Lausanne konnte sich Italien am 18.10.1912 den Besitz seiner Eroberungen sichern. Vgl. Lowe, C. J. and F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975, S. 114 ff.

Erschließung des schwarzen Kontinents Schwierigkeiten zu bereiten, schon unter Berücksichtigung der sonst möglichen militärischen Stärkung Frankreichs auch auf europäischen Schlachtfeldern. Denn die französischen Regierungen und insbesondere ihre militärische Leitung haben gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß für sie die afrikanischen Kolonien schon noch eine andere Bedeutung hatten, als (Plantagen) Demonstrationsobjekte französischer Zivilisation zu sein. Schon längst erblickte man in ihnen die Soldatenreservoire für die nächste europäische Auseinandersetzung. Daß diese nur mit Deutschland stattfinden konnte, war ebenfalls klar. Was wäre da natürlicher gewesen, als von Deutschland aus jedes Dazwischenschieben einer anderen Macht zu begünstigen, besonders wenn diese andere Macht ein eigener Bundesgenosse war? Dazu kam noch, daß das französische Volk steril war[40], eine Erweiterung seines Lebensraumes nicht notwendig hatte, während das italienische Volk genauso wie das deutsche irgendeinen Ausweg finden muß. Man sage dabei ja nicht, daß es sich um einen Raub an der Türkei gehandelt hätte. Alle Kolonien sind dann eben Raubgebiete. Nur kann der Europäer ohne sie nicht leben. Wir hatten aber kein Interesse daran und durften keines besitzen, aus vollkommen unwirklichen sympathischen Gefühlen für die Türkei eine Entfremdung mit Italien herbeizuführen. Wenn je in einer außenpolitischen Aktion, dann konnten Österreich und Deutschland gerade in dieser restlos hinter Italien treten. Wie sich damals aber die österreichische Presse, ja die gesamte Meinung einem italienischen Vorgehen gegenüber verhielt, das im letzten Ziel nichts anderes war als die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich selbst, war einfach skandalös. Damals flammte plötzlich ein Haß auf, der die wirkliche innere Gesinnung dieses österreichisch-italienischen Verhältnisses um so klarer zeigte, als eben ein tatsächlicher Grund dafür nicht vorhanden gewesen war. Ich befand mich in dieser Zeit selbst in Wien[41] und war innerlich empört über die ebenso dumme wie unverschämte Art, mit der man damals dem Bundesgenossen in den Rücken fiel. Unter solchen Umständen aber dann eben von diesem Bundesgenossen eine Treue zu verlangen, die in Wirklichkeit der Selbstmord Italiens gewesen wäre, ist mindest ebenso unverständlich wie naiv.

Denn dazu kam noch folgendes: Die natürliche militärgeographische Lage Italiens wird diesen Staat stets zwingen, eine Politik zu machen, die ihn nicht in Konflikt mit einer übermächtigen Seemacht bringt, der Widerstand zu leisten die italienische Flotte und die ihr verbündete nach menschlicher Voraussicht nicht in der Lage sein würden. Solange England im Besitz der unbestrittenen Suprematie zur See ist und solange diese Vorherrschaft noch durch eine mittelmeerländische französische Flotte gestärkt werden kann, ohne daß Italien plus mit [*sic!*] seinen Verbündeten einen aussichtsreichen Widerstand zu leisten vermag, wird Italien

40 Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Frankreich mit durchschnittlich 0,18% die weitaus geringste jährliche Bevölkerungszunahme aller europäischen Großmächte. Das Bevölkerungswachstum in Italien (0,63%), Österreich-Ungarn (0,87%), Großbritannien (0,87%), Deutschland (1,36%) und Rußland (1,37%) war deutlich größer. In einigen Jahren zwischen 1890 und 1911 überstieg in Frankreich die Zahl der Sterbefälle die der Geburten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 3* sowie Histoire de la Population Française. 4 - De 1914 à nos jours. Dirigée par Jacques Dupâquier, Paris 1988, S. 8 f.

41 Entgegen der Behauptung in Mein Kampf (Bd. I, S. 132) lebte Hitler zur Zeit des Tripolitanischen Kriegs noch in Wien und zog im Mai 1913 nach München, um der polizeilichen Fahndung wegen seiner Gestellungsflucht zu entgehen. Vgl. Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 25 ff.

nie eine antienglische Haltung einnehmen können. Man darf aber von einer Staatsleitung nicht verlangen, daß sie endlich aus blöder Sympathie für einen anderen Staat, dessen Gegenliebe gerade der Tripoliskrieg deutlich aufgezeigt hatte, den eigenen der sicheren Vernichtung preisgibt. Wer aber die Küstenverhältnisse des italienischen Staates nur der flüchtigsten Überprüfung unterzieht, muß ohne weiteres zur Überzeugung kommen, daß ein Kampf Italiens gegen England unter den obwaltenden Umständen nicht nur aussichtslos, sondern absurd ist. Damit befand sich aber Italien in genau derselben Lage, in der sich Deutschland ebenfalls befunden hatte, nämlich: so wie für Bismarck einst das Risiko eines durch Österreich veranlaßten Krieges mit Rußland für Deutschland so ungeheuerlich erschien, daß er sich für einen solchen Fall durch den berühmten Rückversicherungsvertrag zur Außerachtlassung des sonst gegebenen Bündnisfalles verpflichtete, so war auch für Italien das Bündnis mit Österreich uneinhaltbar im Augenblick, indem es dadurch England zum Feind erhielt. Wer dies nicht begreift oder verstehen will, ist unfähig, politisch zu denken, und damit dann höchstens fähig, in Deutschland Politik zu machen. Das Resultat aber der Politik dieser Sorte von Menschen hat die deutsche Nation heute vor sich liegen und die Folgen zu tragen.

Alles dies sind Gesichtspunkte, die den Wert des Bündnisses mit Österreich auf ein Minimum herabdrücken mußten. Denn es war damit sicher, daß Deutschland für sein Bündnis mit Österreich vermutlich auch noch, außer Rußland, Rumänien und Serbien, Italien als Gegner erhalten würde. Denn es gibt, wie gesagt, keinen Bund, der auf idealen Sympathien oder auf ideale Treue oder ideale Dankbarkeit aufgebaut sein könnte. Bündnisse werden um so stärker sein, je mehr die einzelnen Kontrahenten hoffen dürfen, persönliche Vorteile daraus zu ziehen. Einen Bund auf einer anderen Basis gründen zu wollen, ist phantastisch. Niemals werde ich erwarten, daß Italien in ein Bundesverhältnis mit Deutschland treten würde, aus Sympathie für Deutschland, aus Liebe zu Deutschland und in der Absicht, Deutschland einen Nutzen zu verschaffen. Ebensowenig würde ich jemals aus Liebe zu einem anderen Staat, aus Sympathie für diesen oder aus Sehnsucht, ihm zu nützen, ein Vertragsverhältnis einzugehen vermögen. Wenn ich heute für ein Bundesverhältnis zwischen Italien und Deutschland eintrete, dann nur deshalb, weil ich glaube, daß dabei beide Staaten nützliche Vorteile erlangen können. Beide Staaten werden dabei gute Geschäfte machen.

Der Nutzen des Dreibundes lag aber ausschließlich auf der Seite Österreichs. Schon infolge der bestimmenden Faktoren in der Politik der einzelnen Staaten konnte immer nur Österreich Nutznießer dieses Bundes sein. Denn der Dreibund hatte seinem ganzen Wesen nach keinerlei aggressive Tendenz. Es war ein Defensivbund, der in höchstem Falle schon dem Laute seiner Bestimmungen nach nur die Erhaltung des Bestehenden sichern sollte. Deutschland und Italien waren infolge der Unmöglichkeit der Ernährung ihrer Volkszahl gezwungen, eine offensive Politik einzuschlagen. Nur Österreich allein mußte glücklich sein, den an sich schon unmöglichen Staatskadaver wenigstens zu erhalten. Da die eigene defensive Kraft Österreichs dafür niemals mehr ausgelangt hätte, wurden durch den Dreibund die offensive Kräfte Deutschlands und Italiens in diesen Dienst der österreichischen Staatserhaltung gespannt. Deutschland blieb im Geschirr und ging damit zugrunde, Italien sprang aus und hat sich gerettet. Darüber einen Vorwurf erheben zu wollen, könnte nur ein Mensch fertigbringen, für den die Politik eben nicht die Verpflichtung ist, einem Volk das Dasein mit allen Mitteln und nach allen Möglichkeiten zu erhalten.

Selbst wenn das alte Deutschland als formaler Nationalstaat sich als außenpolitisches Ziel nur die weitere Einigung der deutschen Nation gesetzt hätte, mußte man den Dreibund augenblicklich fahren lassen, bzw. das Verhältnis mit Österreich ändern. Eine Unzahl von Feindschaften wäre dadurch erspart geblieben, die durch den Krafteinsatz Österreichs in keiner Weise aufgehoben werden konnten.

Nun durfte aber schon das Deutschland der Vorkriegszeit seine Außenpolitik nicht mehr von rein formalen nationalen Gesichtspunkten aus bestimmen lassen, wenn diese nicht zu völkisch notwendigen Zielen führte.

Schon in der Vorkriegszeit war die Zukunft des deutschen Volkes eine Frage der Lösung des Ernährungsproblems. Das deutsche Volk konnte aus dem vorhandenen Raum heraus sein tägliches Brot nicht mehr finden. Aller Fleiß und alle Tüchtigkeit sowie alle wissenschaftliche Methode in der Bodenbearbeitung konnten diese Not höchstens etwas mildern, allein nicht mehr endgültig verhindern. Selbst in Jahren außerordentlich guter Ernte gelang eine vollständige Deckung des eigenen Nahrungsmittelbedarfs nicht mehr. Bei Durchschnitts- oder gar schlechten Ernten war man schon zu einem sehr beträchtlichen Prozentsatz auf Einfuhr angewiesen. Auch die Rohstoffversorgung mancher Industrien stieß auf ernste Schwierigkeiten und konnte nur aus dem Auslande besorgt werden[42].

Die Wege zur Behebung dieser Not konnten verschiedene sein. Auswanderung und Geburtenbeschränkung mußten selbst vom Standpunkt des damaligen Nationalstaates kategorisch abgelehnt werden. Wobei weniger die Erkenntnis über die biologischen Folgen als die Angst vor der zahlenmäßigen Dezimierung bestimmend wurde. Somit konnte es für das damalige Deutschland tatsächlich nur mehr zwei Möglichkeiten geben, die Erhaltung der Nation für fernere Zeit sicherzustellen, ohne die Volkszahl selbst einschränken zu müssen. Entweder man versuchte, die Raumnot zu beheben, also neuen Boden zu erwerben, oder man wandelte das Reich in eine große Exportfirma um. Das heißt, man steigerte die Produktion bestimmter Güter über den Umfang des Innenbedarfs hinaus, um dann auf dem Wege des Exportes Lebensmittel und Rohstoffe eintauschen zu können.

Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Vergrößerung der deutschen Lebensfläche war, wenn auch damals wenigstens teilweise, vorhanden. Man glaubte in ihrem Sinne am besten zu handeln, wenn man Deutschland in die Reihe der großen Kolonialvölker hineinführte. In Wirklichkeit lag aber besonders durch die Form der Durchführung dieses Gedankens bereits ein Bruch der inneren Logik vor. Denn der Sinn einer gesunden Bodenpolitik liegt darin, daß man den Lebensraum eines Volkes erweitert, indem man dem Überschuß der Volkszahl neue Gebiete zur Besiedlung zuweist, die dann aber, wenn nicht der Charakter einer Auswanderung eintreten soll, in enger politischer und staatlicher Beziehung zum Mutterland stehen müssen. Dies traf bei den Kolonien, die am Ausgang des 19. Jahrhunderts überhaupt noch greifbar waren, nicht mehr zu. Sowohl die räumliche Entfernung als aber besonders die klimatischen Verhältnisse dieser Gebiete verbaten von selbst eine Besiedelung, wie sie vordem die Engländer

42 Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erzeugte Deutschland keine landwirtschaftlichen Überschüsse mehr. Lediglich beim Roggenanbau wurde nach 1900 wieder ein Ausfuhrüberschuß erzielt. Zwischen 1870 und 1910 verdoppelte sich der Anteil des Nahrungsmittelimports am Gesamtimport von 13,9% auf 26,7%, der Anteil des Rohstoffimports schwankte im gleichen Zeitraum zwischen 45% und 48,5%. Vgl. Karl Erich Born, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71-1914), Stuttgart 1985, S. 27 f., 73.

in ihren amerikanischen Kolonien durchführen konnten, die Holländer in Südafrika und wieder die Engländer in Australien. Dazu kam noch die ganze Art der inneren Einrichtung der deutschen Kolonialpolitik. Das Siedelungsproblem trat dabei vollkommen in den Hintergrund, um an Stelle dessen Gesellschaftsinteressen einzusetzen, die nur zum geringsten Teil identisch waren mit allgemeinen deutschen Volksinteressen. So lag denn auch der Wert der deutschen Kolonien von Anbeginn an mehr in der Möglichkeit, nunmehr gewisse Märkte zu erhalten, die als Lieferanten verschiedener Kolonialprodukte und teilweise auch Rohstoffe die deutsche Wirtschaft vom Ausland unabhängig zu machen.

Dies würde bis zu einem gewissen Grad in der Zukunft auch sicher gelungen sein, hätte aber damit nicht im geringsten das deutsche Übervölkerungsproblem gelöst, außer, man entschloß sich, die Ernährung des deutschen Volkes grundsätzlich durch die Steigerung seiner Exportwirtschaft zu garantieren. Dann konnten natürlich die deutschen Kolonien eines Tages durch günstigere Rohstoffbelieferung verschiedenen Industrien eine größere Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Absatzmärkten gewähren. Damit aber war die deutsche Kolonialpolitik im tiefsten Grunde eben keine Bodenpolitik, sondern ein Hilfsmittel für die deutsche Wirtschaftspolitik geworden. Tatsächlich war ja auch die ziffernmäßige direkte Entlastung der deutschen innenländischen Übervölkerung durch Besiedelung der Kolonien vollständig unbedeutend.

Wollte man übrigens zu einer wirklichen Raumpolitik übergehen, dann war die vor dem Kriege betriebene Kolonialpolitik um so unsinniger, als sie zu einer fühlbaren Entlastung der deutschen Übervölkerung doch nicht führen konnte[43], umgekehrt aber eines Tages nach aller menschlicher Voraussicht zu ihrer Durchführung denselben Bluteinsatz notwendig machen mußte, wie er im schlimmsten Fall für eine wirklich nützliche Raumpolitik erforderlich gewesen wäre. Denn indem diese Art deutscher Kolonialpolitik im günstigsten Fall nur eine Stärkung der deutschen Wirtschaft bringen konnte, mußte sie eines Tages mit eine Ursache zu brachialer Auseinandersetzung mit England werden. Denn eine deutsche Weltwirtschaftspolitik konnte um den Entscheidungskampf mit England nie herumkommen. Exportindustrie, Welthandel, Kolonien und Handelsflotte mußten dann mit dem Schwerte vor jener Macht in Schutz genommen werden, die aus denselben Selbsterhaltungsgesichtspunkten heraus wie Deutschland schon längst vorher zum Betreten dieses Weges sich gezwungen gesehen hatte. Solange also England rechnen konnte, mit rein wirtschaftlichen Mitteln die deutsche Konkurrenz zum Zusammenbruch zu bringen, solange konnte dieser wirtschaftsfriedliche Kampf um die Eroberung eines Platzes an der Sonne[44] stattfinden, weil wir eben dann aus dem Schatten nie herauskamen. Gelang es aber Deutschland, auf diesem wirtschaftsfriedlichen Wege England zurückzudrängen, dann war es selbstverständlich, daß das Phantom dieser wirtschaftsfriedlichen Welteroberung vom Widerstand der Bajonette abgelöst werden würde.

---

43 1913 lebten in den Kolonien und Schutzgebieten des Deutschen Reichs insgesamt 22.386 Deutsche. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 442. Zur Bedeutung der Kolonien als potentielles Siedlungsgebiet vgl. Francesca Schinzinger, Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee, Stuttgart 1984, S. 128 ff.

44 Am 6.12.1897 rechtfertigte der Staatssekretär des Auswärtigen Bernhard von Bülow vor dem Reichstag die Inbesitznahme von Kiautschou: "Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne."

Ohne Zweifel war es immerhin ein politischer Gedanke, dem deutschen Volk die Vermehrung seiner Zahl zu gestatten durch Steigerung seiner industriellen Produktionen und deren Absatz auf dem internationalen Weltmarkt. Völkisch war dieser Gedanke nicht, aber er entsprach den Vorstellungen der damals herrschenden bürgerlich-nationalen Welt. Auf alle Fälle konnte dieser Weg beschritten werden, nur legte er dann der deutschen Außenpolitik eine ganz bestimmte, eng umrissene Verpflichtung auf: Das Ende der deutschen Welthandelspolitik konnte nur der Krieg mit England sein. Dann hatte aber die deutsche Außenpolitik die Aufgabe, durch weitschauende Bündnismaßnahmen sich zur Auseinandersetzung mit einem Staate zu rüsten, der auf Grund einer mehrhundertjährigen Erfahrung selbst nichts unterlassen würde, eine allgemeine Mobilisation von Hilfsstaaten herbeizuführen. Wollte Deutschland gegen England seine Industrie- und Wirtschaftspolitik verfechten, dann mußte es seine erste Rückendeckung bei Rußland suchen. Rußland war dann der einzige Staat, der als wertvoller Bundesgenosse in Frage [*kam*], weil er allein dann keine wesentlichen Gegensätze zu Deutschland, wenigstens für den Augenblick, zu haben brauchte. Allerdings der Kaufpreis für dieses russische Bündnis konnte, wie die Dinge nun lagen, nur in der Preisgabe des Bündnisses mit Österreich liegen. Denn dann war der Zweibund mit Österreich ein Irrsinn, ja, ein Wahnsinn. Nur wenn Deutschland volle Rückendeckung durch Rußland hatte, konnte es zu einer maritimen Politik übergehen, die bewußt auf den Tag der Abrechnung hinzielte. Dann konnte man auch [*am*] ehesten die enormen Mittel einsetzen, die für den Ausbau einer Flotte notwendig waren, die dann nicht in allem und jedem, konstruktiv besonders aber in Schnelligkeit und damit Deplacement[45], fünf Jahre nachhinkte[46].

Allein die Verstrickung in das österreichische Bündnis war eine so große, daß man eine Lösung daraus nicht mehr finden konnte und mithin Rußland, das sich an sich nach dem Russisch-Japanischen Krieg[47] neu zu orientieren begann, endgültig abstoßen mußte. Damit war aber dann die ganze deutsche Wirtschafts- und Kolonialpolitik eine mehr als gefährliche Spielerei. Tatsache war, daß man ja auch die endgültige Auseinandersetzung mit England scheute und demgemäß jahrelang sein Verhalten von dem Grundsatz bestimmen ließ, den Gegner nicht zu reizen. Dieser bestimmte alle deutschen Entschlüsse, die zum Schutz der deutschen Wirtschaftskolonialpolitik notwendig gewesen wären, bis am 4. August 1914 die englische Kriegserklärung diese Periode unseliger deutscher Verblendung abschloß.

Würde das damalige Deutschland weniger von bürgerlich-nationalen als völkischen Gesichtspunkten beherrscht gewesen sein, wäre nur der andere Weg einer Lösung der deutschen Not in Frage gekommen, nämlich der einer großzügigen Raumpolitik in Europa selbst.

Die deutsche Kolonialpolitik, die uns zwangsläufig in Konflikt mit England bringen mußte, wobei Frankreich immer als auf der Seite der Gegner stehend angesehen werden konnte, war

45 Wasserverdrängung eines Schiffs.

46 Vgl. die fast identischen Ausführungen in Mein Kampf, Bd. I, S. 149 ff.

47 Im Zuge der Ausdehnung seiner Einflußsphäre in Ostasien hatte Rußland japanische Interessen verletzt. Japan war nicht bereit, sich aus Korea zurückzuziehen und brach am 6.2.1904 die diplomatischen Beziehungen zu Rußland ab, zerstörte am 8.2.1904 die russische Flotte vor Port Arthur und erklärte am 10.2.1904 den Krieg. Nach mehreren Niederlagen zu Land und zu See mußte Rußland im Frieden von Portsmouth (N. H.) am 5.9.1905 die japanische Vorherrschaft in Korea und der Südmandschurei anerkennen sowie den südlichen Teil Sachalins an Japan abtreten.

für Deutschland deshalb besonders unvernünftig, weil unsere europäische Basis schwächer war als die irgendeines anderen Kolonialvolkes von weltpolitischer Bedeutung. Denn endlich wurde selbstverständlich das Schicksal der Kolonien in Europa entschieden. Mithin war jede deutsche Außenpolitik daraufhin angewiesen, in erster Linie die militärische Stellung Deutschlands in Europa zu festigen und zu sichern. Wir konnten von unseren Kolonien dabei nur sehr wenig ausschlaggebende Hilfe erwarten. Umgekehrt hätte jede Erweiterung unserer (in Europa) europäischen Raumbasis von selbst zu einer Stärkung unserer Lage geführt. Es ist nicht gleich, ob ein Volk ein geschlossenes Siedelungsgebiet von 560.000 oder sagen wir 1 Million qkm besitzt. Ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Ernährung im Falle eines Krieges, die möglichst unabhängig von der Einwirkung des Gegners bleiben soll, liegt in der Größe der Raumfläche selbst schon ein militärischer Schutz, insoferne dann unsere Operationen, die zur Kriegführung auf eigenem Boden zwingen, wesentlich leichter zu ertragen sind.

Überhaupt liegt schon in der Größe eines Staatsgebietes ein gewisser Schutz gegen leichtsinnige Angriffe.

Vor allem aber konnte nur durch eine Raumpolitik in Europa das dorthin abgeschobene Menschengut unserem Volke bis einschließlich der militärischen Verwertung erhalten bleiben. 500.000 qkm Boden in Europa mehr[48] kann Millionen deutscher Bauern neue Heimstätten bieten, der deutschen Volkskraft für den Entscheidungsfall aber Millionen von Soldaten zur Verfügung stellen.

Das einzige Gebiet, das in Europa für eine solche Bodenpolitik in Frage kam, war dann Rußland. Die an Deutschland angrenzenden dünnbesiedelten westlichen Randgebiete[49], die schon einmal deutsche Kolonisatoren als Kulturbringer empfangen hatten, kamen auch für die neue europäische Bodenpolitik der deutschen Nation in Frage. Dann mußte das Ziel der deutschen Außenpolitik aber unbedingt sein, den Rücken gegen England freizubekommen und umgekehrt Rußland möglichst zu isolieren. Dann war mit rücksichtsloser Konsequenz unsere Wirtschafts- und Welthandelspolitik aufzugeben, wenn notwendig auf die Flotte restlos zu

---

48 Es ist aufschlußreich, Hitlers Angaben mit der Größe folgender Staaten zu vergleichen (Stand 1928): Frankreich: 551.000 km^2; Polen: 388.000 km^2; Italien: 310.000 km^2; Jugoslawien: 249.000 km^2; Tschechoslowakei: 140.000 km^2; Österreich: 84.000 km^2. Deutschland hatte mit dem Versailler Friedensvertrag etwas über 70.000 km^2 verloren. Wenn Hitler die Grenzen von 1914 als Ziel verwarf, so spricht dies für sich. Am 2.5.1928 hatte Hitler in seiner gegen Stresemann gerichteten Rede erklärt: "Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Standpunkt, jede deutsche Außenpolitik muß sich frei halten von der phantastischen Meinung, das deutsche Schicksal könne besser gestaltet werden durch sogenannte Grenzkorrekturen im Sinne der Grenzen vom Jahre 1914. Das hat für Deutschland gar nichts mehr zu sagen. *Die Grenzen von 1914 sind für uns keinerlei Befriedigung unserer Lebensnotwendigkeiten.* Sie könnten höchstens romantische Erinnerungen bei uns befriedigen, aber nicht die Zukunft dieses 70- oder 80-Millionenvolkes; denn das wird nicht zu Leben gebracht durch 50.000 oder 60.000 qkm Grundfläche mehr. Entweder wir werden wieder eine Wirtschaftsmacht, d. h. wir bauen unsere gesamte Kraft wieder auf dem Boden der Weltwirtschaft auf, *oder wir suchen Grund und Boden zu gewinnen, und dann brauchen wir nicht nur 60.000, sondern drei- und vierhunderttausend Quadratkilometer.*" Vgl. Bd. II/2, Dok. 268, S. 815.

49 Mit "dünnbesiedelten" Gebieten meint Hitler wohl Gebiete, die ihm für Siedlungszwecke vorteilhaft erschienen und die nach der "Aussiedlung" der meisten Einwohner als dünnbesiedelt gelten würden.
Vgl. auch Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten ..." Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln 1994, S. 9-54.

verzichten, um die gesamte Kraft der Nation wieder wie einst auf das Landheer zu konzentrieren. Dann mußte man aber erst recht das Bündnis mit Österreich fahren lassen, denn nichts stand dann einer Isolierung Rußlands dann [*sic!*] mehr im Wege als der durch Deutschland gewährleistete Schutz eines Staates, dessen Aufteilung eine ganze Anzahl europäischer Mächte wünschten, allein nur mit Rußland im Bunde durchzuführen vermocht hätten. Indem aber diese Staaten in Deutschland den mächtigsten Schutz der Erhaltung Österreichs erkannt hatten, mußten sie um so mehr gegen eine Isolierung Rußlands sein, als ihnen das Zarenreich dann erst recht als einzig möglicher Kraftfaktor zur endlichen Zertrümmerung Österreichs erscheinen konnte.

Daß alle diese Staaten aber eine Stärkung der einzigen Stütze Österreichs auf Kosten des stärksten Gegners des Habsburger Staates erst recht nicht wünschen konnten, liegt auf der Hand.

Da auch in diesem Falle Frankreich immer auf der Seite der Gegner Deutschlands gestanden hätte, würde immer die Möglichkeit einer deutschlandfeindlichen Koalitionsbildung vorhanden gewesen sein, wenn man sich eben nicht entschloß, das Bündnis mit Österreich zumindest um die Jahrhundertwende endgültig zu liquidieren, den österreichischen Staat seinem Schicksal zu überlassen, die deutschen Länder aber für das Reich zu retten.

Es kam anders. Deutschland wollte den Weltfrieden. Es vermied deshalb eine Bodenpolitik, die an sich nur aggressiv ausgefochten hätte werden können, und wandte sich endgültig einer uferlosen Wirtschafts- und Handelspolitik zu. Man gedachte mit wirtschaftsfriedlichen Mitteln die Welt zu erobern, stützte sich dabei weder auf die eine noch auf die andere Macht, sondern klammerte sich, je mehr nun als Folge eine allgemeine politische Isolierung eintrat, immer krampfhafter an den absterbenden Habsburgerstaat. Große Kreise innerhalb Deutschlands begrüßten dies, teils aus wirklich politischer Unfähigkeit, aus falsch verstandenen patriotisch-legitimistischen Gedankengängen und endlich auch zum [*Teil*] in der still genährten Hoffnung, dadurch das verhaßte Hohenzollernsche Kaiserreich eines Tages zum Zusammenbruch führen zu können.

Als am 2. August 1914 der Weltkrieg blutrot aufschoß, hat die Bündnispolitik der Vorkriegszeit ihre tatsächliche Niederlage tatsächlich bereits quittiert erhalten. Um Österreich zu helfen, war Deutschland in einen Kampf gedrängt worden, der sich dann nur mehr um seine eigene Existenz drehen sollte. Seine Feinde waren die Gegner seines Welthandels sowie seiner allgemeinen Größe überhaupt und die Anwärter auf Österreichs Zerfall. Seine Freunde das unmöglichste Staatsgebilde Österreich-Ungarn auf der einen Seite und die ewig kranke und schwache Türkei auf der anderen. Italien aber vollzog jenen Schritt[50], den Deutschland hätte vollziehen müssen und den es vollzogen hätte, wenn statt schwächlichen Philosophen[51] und bramarbasierenden Hurrapatrioten die Genialität eines Bismarcks seine Geschicke geleitet hät-

---

50 Vgl. Anm. 13.

51 Gemeint ist wahrscheinlich Georg Friedrich Freiherr (seit 1914 Graf) von Hertling (1843-1919), Philosoph und Politiker, 1864 Dr. phil., 1880 Professor für Philosophie in Bonn, ab 1882 in München, 1867 Mitbegründer und erster Präsident (1867-1919) der Görres-Gesellschaft, 1875-1890 und 1896-1912 MdR (Zentrum), 1909-1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, ab 1891 Mitglied des Reichsrats der Krone Bayerns, 1912-1917 bayerischer Ministerpräsident und Außenminister, November 1917 bis September 1918 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

te. Daß es später endlich offensiv gegen einen ehemaligen Bundesgenossen vorging, entspricht wieder nur jener prophetischen Voraussicht Bismarcks, daß es eben zwischen Italien und Österreich überhaupt nur zwei Zustände geben könne: Bund oder Krieg.

[*KAPITEL VIII*]

[*NOTWENDIGKEIT DER MILITÄRMACHT - DIE GRENZEN VON 1914 KEIN ZIEL*]

Am 11. November 1918 wurde im Walde von Compiègne der Waffenstillstand unterzeichnet[1]. Das Schicksal hatte dazu einen Mann ausersehen, der einer der Hauptschuldigen am Zusammenbruch unseres Volkes war. Matthias Erzberger[2], Abgeordneter des Zentrums, nach verschiedenen Behauptungen außerehelicher Sohn eines Dienstmädchens und eines jüdischen Dienstherrn[3], war der deutsche Unterhändler, der seinen Namen dann auch unter ein Dokument setzte, das verglichen und gemessen mit der 4 ½jährigen Heldenzeit unseres Volkes unverständlich erscheint, wenn man nicht die bewußte Absicht der Zerstörung Deutschlands annimmt.

Matthias Erzberger selbst war kleiner bürgerlicher Annexionspolitiker gewesen, also einer jener Männer, die besonders zu Beginn des Krieges versucht hatten, dem Mangel eines offiziellen Kriegszieles auf ihre eigene Art und Weise abzuhelfen[4]. Denn wenn auch im August 1914 das ganze deutsche Volk instinktmäßig empfunden hat, daß dieser Kampf um Sein- oder Nichtsein geht, so war man sich doch, sowie die Flammen der ersten Begeisterung verlöschten, weder über das drohende Nichtsein, als über das notwendige Sein irgendwie im klaren. Die Größe der Vorstellung einer Niederlage und deren Folgen wurde langsam getilgt durch eine Propaganda, die im inneren Deutschland[*s*] vollkommen freien Lauf erhalten hatte und die die wirklichen Kriegsziele der Entente in ebenso geschickter wie verlogener Weise verdrehte oder überhaupt abstritt. Im 2. und besonders im 3. Jahre des Krieges war es dann auch schon gelungen, dem deutschen Volk die Angst vor der Niederlage insoferne zu nehmen, als man an die Größe der Absicht des Vernichtungswillens der Gegner dank dieser Propaganda nicht mehr glaubte. Dies war um so furchtbarer, als umgekehrt nichts getan werden durfte, dem Volke eine Kenntnis dessen zu geben, was im Interesse seiner künftigen Selbsterhaltung und als Lohn seiner unerhörten Opfer als mindestes erreicht werden mußte[5]. Die Diskussion über ein mögliches Kriegsziel fand deshalb auch nur in mehr oder weniger unverantwortlichen Kreisen

1 Zu den Umständen der Waffenstillstandsverhandlungen vom 8. bis 11.11.1918 vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919, S. 20 ff.

2 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni 1919 bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

3 Diese Behauptung war unwahr, wurde aber von Erzbergers Gegnern geflissentlich verbreitet. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 18 f.

4 Vgl. ebenda, S. 118 ff.

5 Vom Herbst 1914 bis zum Herbst 1916 verbot die Reichsregierung jede öffentliche Kriegszieldiskussion. Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 247.

statt und erhielt nun auch den Ausdruck der Denkweise sowie der allgemeinen politischen Vorstellungen ihrer jeweiligen Vertreter. Während nun der schlaue Marxismus in genauer Kenntnis der lähmenden Wirkung des Fehlens eines bestimmten Kriegszieles sich ein solches überhaupt verbat und im übrigen nur von der Wiederherstellung des Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen redete, versuchte wenigstens ein Teil der bürgerlichen Politiker, die Größe des Bluteinsatzes und den Frevel des Überfalls mit bestimmten Gegenforderungen zu beantworten[6]. Alle diese bürgerlichen Vorschläge waren reine Grenzkorrekturen und hatten mit raumpolitischen Gedanken gar nichts zu tun. Höchstens gedachte man noch die Anwartschaft einzelner, zur Zeit nicht beschäftigter deutscher Prinzen zu befriedigen durch Bildung von Pufferstaaten, und so erschien denn der bürgerlichen Welt, von Ausnahmen abgesehen, selbst die Gründung des polnischen Staates als ein nationalpolitisch weiser Entschluß[7]. Einzelne schoben wirtschaftliche Gesichtspunkte dabei in den Vordergrund, nach denen die Grenze gestaltet werden müsse, z. B. die Notwendigkeit der Gewinnung des Erzbeckens von Longwy und Briey, andere wieder strategische Meinungen, z. B. die Notwendigkeit, die belgischen Maasfestungen in die Hand zu bekommen usw.

Daß dies kein Ziel war für einen Krieg eines Staates gegen 26[8], in dem dieser den bisher ungeheuersten Bluteinsatz der Geschichte auf sich nehmen mußte, während zu Hause ein ganzes Volk buchstäblich dem Verhungern ausgeliefert war, sollte selbstverständlich sein. Die Unmöglichkeit dieser Begründung der Notwendigkeit des Durchhaltens des Krieges hat mitgeholfen, seinen unglücklichen Ausgang herbeizuführen.

Als daher der Zusammenbruch der Heimat eintraf, war eine Kenntnis von Kriegszielen um so weniger vorhanden, als ihre bisherigen schwächlichen Vertreter unterdes sich selbst vom wenigen ihrer einstigen Forderungen noch entfernt hatten. Und das war eigentlich verständlich. Denn einen Krieg führen zu wollen in diesen unerhörten Ausmaßen, damit dann die Grenze statt über Herbesthal [9] über Lüttich läuft oder damit statt einem zaristischen Kommissar oder Statthalter über irgendeine russische Provinz ein deutsches Prinzlein als Potentat eingesetzt wird, wäre wirklich unverantwortlich und frevelhaft. Es lag in der Natur der deutschen Kriegsziele, soweit sie überhaupt zur Diskussion standen, daß sie später allesamt verleugnet wurden. Denn wahrhaftig um solcher Lappalien wegen durfte man wirklich ein Volk auch nicht eine Stunde länger in einem Kriege belassen, dessen Schlachtfelder langsam zu einer Hölle geworden waren.

---

6 Zur deutschen Kriegszieldiskussion vgl. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

7 Am 5.11.1916 erklärten Österreich-Ungarn und Deutschland öffentlich ihre Absicht, nach Beendigung des Kriegs ein selbständiges Königreich Polen zu schaffen. Für die Regentschaft dieses von den Mittelmächten abhängigen Staates waren von deutscher Seite bayerische, sächsische oder württembergische Prinzen vorgeschlagen worden. Vgl. Heinz Lemke, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Wien 1977, S. 406 ff.

8 Während des Ersten Weltkriegs befanden sich folgende Staaten im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich: seit 1914 Rußland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Serbien, Montenegro, Japan, seit 1916 Portugal, Italien, Rumänien, seit 1917 USA, Cuba, Panama, Griechenland, Siam, Liberia, China, Brasilien und seit 1918 Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti, Honduras. Darüber hinaus brachen während des Jahres 1917 folgende Staaten die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab: Bolivien, Peru, Uruguay, Ecuador.

9 Dorf an der ehemaligen deutsch-belgischen Grenze zwischen Eupen und Aachen.

Das einzige Kriegsziel, das diesem ungeheueren Bluteinsatz würdig gewesen wäre, hätte nur in der Zusicherung an den deutschen Soldaten bestehen können, soundso viele 100.000 qkm Grund den Kämpfern der Front als Eigentum zuzuweisen oder für die allgemeine Kolonisation durch Deutsche zur Verfügung zu stellen [10]. Damit hätte auch der Krieg sofort den Charakter eines kaiserlichen Unternehmens verloren und wäre statt dessen zu einer Sache des deutschen Volkes geworden. Denn endlich haben die deutschen Grenadiere wirklich nicht ihr Blut vergossen, damit die Polen einen Staat erhalten oder damit ein deutscher Prinz auf einen plüschenen Thron gesetzt wird.

Im Jahre 1918 stand man damit am Abschluß einer vollkommen sinn- und ziellosen Vergeudung des kostbarsten deutschen Blutes [11].

Wieder einmal hatte unser Volk Unendliches eingesetzt an Heroismus, Opfermut, ja Todesmut und Verantwortungsfreudigkeit und [*sic!*] dennoch geschlagen und geschwächt die Wahlstatt [*sic!*] verlassen zu müssen. In tausend Schlachten und Gefechten siegreich und am Ende von den Geschlagenen dennoch besiegt. Ein Menetekel für die deutsche Innen- und Außenpolitik der Vorkriegszeit und der 4 ½ Jahre des blutigen Ringens selber.

Nun nach dem Zusammenbruch erhebt sich die bange Frage, ob unser deutsches Volk aus dieser Katastrophe etwas gelernt hat, ob die sein Schicksal weiter bestimmen werden, die es bisher bewußt verrieten (und), ob diejenigen (oder) auch in Zukunft mit ihren Phrasen die Zukunft beherrschen, die schon bisher so jämmerlich versagten, oder ob endlich innen- und außenpolitisch unser Volk zu einem neuen Denken erzogen wird und demgemäß sich in seinem Handeln umstellt.

Denn wenn an unserem Volke sich nicht ein Wunder vollzieht, wird sein Weg ein solcher des endgültigen Verderbens sein.

Wie ist die heutige Lage Deutschlands und wie sind die Aussichten für seine Zukunft und welcher Art wird diese Zukunft sein?

Der Zusammenbruch, den das deutsche Volk im Jahre 1918 erlitt, liegt, wie ich an dieser Stelle noch einmal feststellen will, nicht im Sturz seiner militärischen Organisation oder im Verlust seiner Waffen, sondern in seinem damals geoffenbarten und heute immer mehr in Erscheinung tretenden inneren Verfall. Dieser innere Verfall liegt ebensosehr auf dem Gebiete der Verschlechterung seines rassischen Wertes als auf dem des Verlustes all jener Tugenden, die die Größe eines Volkes bedingen, seinen Bestand gewährleisten und seine Zukunft fördern.

Blutswert, Persönlichkeitsgedanke und Selbsterhaltungstrieb drohen dem deutschen Volk langsam abhanden zu kommen. Statt dessen triumphiert der Internationalismus und vernichtet

---

10 In einer Denkschrift der Obersten Heeresleitung über die deutsche Volks- und Wehrkraft vom 9.9.1917 wurde unter zahlreichen anderen Maßnahmen gefordert: "Schaffung von neuem Siedlungsland (Gebietserweiterungen durch den Krieg). Landverteilung an kleinbäuerliche Kriegsteilnehmer, Bauern, Gärtner, Handwerker, Arbeiter, die landwirtschaftlich bewandert sind und aus deren Familien der Staat den körperlich besten und zahlreichsten Nachwuchs bezieht." Druck: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. von Erich Ludendorff, Berlin ²1921, S. 214-244, hier S. 227. Zu den vor allem vom damaligen Generalquartiermeister Erich Ludendorff befürworteten Siedlungsplänen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Osteuropas vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 732 ff.

11 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, Berlin 1925, S. 25.

unsere Volkswerte, breitet sich die Demokratie aus, indem sie den Persönlichkeitsgedanken erstickt, und vergiftet endlich eine üble pazifistische Jauche die Denkart einer kühnen Selbsterhaltung. Das Wirken dieser Menschheitslaster sehen wir im gesamten Leben unseres Volkes in Erscheinung treten. Nicht nur auf dem Gebiete der politischen Belange, nein, auch auf denen der Wirtschaft und nicht zuletzt auf denen unseres kulturellen Lebens macht sich ein Nachabwärtsgleiten [*sic!*] bemerkbar, das, wenn es nicht einmal zum Einhalt gebracht wird, unser Volk aus der Zahl der zukunftsreichen Nationen ausscheidet.

In der Beseitigung dieser allgemeinen Verfallserscheinungen unseres Volkes liegt die große innerpolitische Aufgabe der Zukunft. Dies ist die Mission der nationalsozialistischen Bewegung. Aus dieser Arbeit muß ein neuer Volkskörper entstehen, der auch den schwersten Schaden der Gegenwart, die Klassenspaltung, an der Bürgertum und Marxismus gleichmäßig schuld sind, überwindet [12].

Das Ziel dieser Reformationsarbeit innerpolitischer Art muß aber endlich die Wiedergewinnung der Kraft unseres Volkes zur Durchführung seines Lebenskampfes sein und damit die Kraft zur Vertretung seiner Lebensinteressen nach außen.

Dadurch wird auch unserer Außenpolitik die Aufgabe gestellt, die sie zu erfüllen hat. Denn so sehr die Innenpolitik der Außenpolitik das völkische Kraftinstrument liefern muß, so sehr muß aber auch die Außenpolitik durch die von ihr eingeschlagenen Handlungen und Maßnahmen die Bildung dieses Instruments fördern und unterstützen. [13]

Wenn die Aufgabe der Außenpolitik des alten bürgerlich-nationalen Staates zunächst die weitere Einigung der Angehörigen der deutschen Nation in Europa gewesen wäre, um sich dann zu einer höheren, völkisch empfundenen Raumpolitik aufzuschwingen, dann muß die Aufgabe der Außenpolitik der Nachkriegszeit zunächst eine solche der Förderung des inneren Machtinstruments sein. Denn dem außenpolitischen Wollen der Vorkriegszeit stand ein völkisch vielleicht nicht sehr hoch anzusprechender Staat, aber dafür mit wundervoller Heereseinrichtung zur Verfügung. Wenn auch das damalige Deutschland schon längst nicht mehr eine solche Betonung des Militärischen besaß wie etwa das alte Preußen und deshalb besonders im Umfang der Heeresorganisation von anderen Staaten übertroffen wurde [14], so war doch die in-

---

12 Ähnlich charakterisierte Hitler die innenpolitischen Aufgaben seiner Regierung in einer Ansprache vor den Befehlshabern des Heeres und der Kriegsmarine am 3.2.1933: "1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!) Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Beweg. Sie wird wachsen. Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- und Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebsschadens der Demokratie!" Vgl. Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933. In: VfZ 2 (1954), S. 397-436, hier S. 434 f.

13 Eine überarbeitete Fassung des folgenden Abschnitts ist als Aufsatz Hitlers, jedoch ohne einen Hinweis auf das zugrundeliegende Manuskript im Juni 1930 in den "Nationalsozialistischen Monatsheften" erschienen. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 3: Januar 1930 - September 1930. Hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann, München 1995, Dok. 68.

14 Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestanden bei den zunächst kriegführenden Staaten folgende Stärkeverhältnisse:

nere Güte der alten Armee allen ähnlichen Einrichtungen unvergleichlich überlegen. Dieses beste Instrument der Kriegskunst stand einer kühnen außenpolitischen Staatsleitung damals zur Verfügung. Infolge dieses Instrumentes sowie der allgemeinen Hochachtung, die es genoß[15], war die Freiheit unseres Volkes nicht nur ein(e Angelegenheit) Ergebnis unserer tatsächlich erprobten Stärke, sondern des allgemeinen Kredits, den wir infolge dieses einzigartigen Heeresinstruments sowie auch zum Teil infolge des übrigen vorbildlich sauberen Staatsapparates (genossen) besaßen.

Dieses wichtigste Instrument zum Schutze der Interessen eines Volkes besitzt das deutsche Volk heute nicht mehr oder zumindest in einem vollkommen ungenügenden Umfang und weit entfernt von der Grundlage, die seine frühere Stärke bedingte.

Das deutsche Volk hat ein Söldnerheer bekommen[16]. Diese Söldnertruppe läuft in Deutschland Gefahr zu einer, mit besonderen technischen Waffen ausgerüsteten Polizei herabzusinken[17]. Der Vergleich des deutschen Söldnerheeres mit dem englischen fällt zuungunsten des deutschen aus. Das englische Söldnerheer war stets die Trägerin des militärischen Verteidigungs- und Angriffsgedankens sowie der militärischen Tradition Englands gewesen. England hat in seiner Söldnertruppe und seinem eigentümlichen Milizsystem die Heeresorganisation besessen, die bei seiner insularen Lage für die Durchfechtung der englischen Lebensinteressen genügte, ja passend schien[18]. (Die Art diese) Der Gedanke, der die englische Widerstandskraft in einer solchen Form sich äußern ließ, war dabei keineswegs der Feigheit entsprungen, dadurch den allgemeinen Bluteinsatz des englischen Volkes erübrigen zu können.

	Einwohnerzahl (in Millionen)	Kriegsstärke des Heeres	Gesamtzahl der Ausgebildeten
Deutschland	67,0	3.823.000	4.900.000
Österreich-Ungarn	51,3	2.500.000	3.034.000
Mittelmächte	118,3	6.323.000	7.934.000
Frankreich	39,6	3.580.000	4.980.000
Rußland	173,3	4.800.000	6.300.000
England	45,3	350.000	1.000.000
Serbien	4,0	300.000	400.000
Montenegro	0,3	40.000	60.000
Entente	262,5	9.070.000	12.740.000

Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930, S. 221.

15 Zum damaligen Verhältnis von Gesellschaft und Armee im Deutschen Reich vgl. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland, Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München 1960, S. 117 ff.

16 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

17 Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte u. a.: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

18 Zu Organisation und Soziologie der britischen Streitkräfte vgl. Correlli Barnett, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

Im Gegenteil. England kämpfte mit Söldnern, solange die Söldner für die Verfechtung englischer Interessen genügten. Es rief Freiwillige, sowie der Kampf einen größeren Einsatz erforderte. Es führte die allgemeine Wehrpflicht ein, sowie die Not des Vaterlandes es gebot[19]. Denn ganz gleich, wie die jeweilige Organisation der englischen Widerstandskraft aussah, sie wurde stets zum rücksichtslosen Kampf für England eingesetzt. Und die formale Heeresorganisation war in England stets immer nur ein Instrument zur Verfechtung englischer Interessen, eingesetzt von einem Willen, der auch nicht davor zurückscheute, wenn notwendig, das Blut der ganzen Nation in Anspruch zu nehmen[20]. Dort, wo übrigens Englands Interessen ausschlaggebend auf dem Spiele standen, hat es sich ohnehin eine Vorherrschaft zu wahren gewußt, die, rein technisch betrachtet, bis zur Forderung des Zweimächtestandards[21] geht. Wenn man die darin liegende unendlich (besorgte) verantwortliche Besorgtheit vergleicht mit der Leichtsinnigkeit, mit der Deutschland, und zwar das nationale bürgerliche Deutschland, seine Waffenrüstung in der Vorkriegszeit vernachlässigte[22], muß einem heute noch tiefe Trauer erfassen. Wer so wie England wußte, daß seine Zukunft, ja seine Existenz überhaupt von der Stärke seiner Flotte abhängt, so hätte das bürgerliche nationale Deutschland wissen müssen, daß Existenz und Zukunft des deutschen Reiches abhängen von der Stärke unserer Landmacht [*sic!*]. Dem Zweimächtestandard zur See hätte Deutschland in Europa den Zweimächtestandard zu Lande entgegenstellen müssen. Und so wie England in eiserner Entschlossenheit in jeder Verletzung dieses Standards einen Anlaß zum Krieg erblickte, so mußte Deutschland in Europa jeden Versuch der Überflügelung seiner Wehrmacht durch Frankreich und Rußland durch eine militärische Entscheidung, die selbst herbeizuführen war und für die sich mehr als eine günstige Gelegenheit geboten hat, verhindern. Auch dabei hat dieses Bürgertum ein Bismarckisches Wort in der unsinnigsten Weise mißbraucht. Die Äußerung Bismarcks, er gedächte keinen Präventivkrieg zu führen[23], wurde von allen schwächlichen, energie- und aber auch verantwortungslosen Politikastern mit Freude aufgegriffen zur Deckung ihrer von verheerenden Folgen sein müssenden Politik des Allesgeschehenlassens. Dabei hat

19 Mit dem Military Service Act wurde in Großbritannien am 27.1.1916 die allgemeine Wehrpflicht für unverheiratete oder verwitwete Männer zwischen 18 und 41 Jahren eingeführt. Vgl. R. J. Q. Adams and Philip P. Poirier, The Conscription Controversy in Great Britain, 1900-18, London 1987.

20 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 151 f.

21 1889 hatte der britische Erste Lord der Admiralität, Lord George Hamilton, den Naval Defence Act als Rüstungsprogramm mit den Worten begründet: "Ich bin der Ansicht, daß unsere Rüstung zur See so zu bemessen ist, daß wir wenigstens zwei anderen Seemächten gewachsen sind." Dieser angestrebte Zwei-Mächte-Standard richtete sich damals gegen die französische und russische Kriegsmarine. Vgl. Elmar B. Potter und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. von Jürgen Rohwer, München 1974, S. 315.

22 Anspielung auf die Heeresvorlage von 1913, die den Forderungen des Großen Generalstabs nach einer erheblichen Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nicht entsprach. Vgl. Stig Förster, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985, S. 266 ff.

23 Über den Präventivkrieg hat Bismarck rückblickend geäußert, er sei dieser Idee "stets entgegengetreten in der Überzeugung, daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehn kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigner Berechnung vorzugreifen". Otto Fürst von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922, S. 105.

man nur ganz vergessen, daß alle drei Kriege, die Bismarck geführt hat[24], Kriege gewesen sind, die, zumindest nach den Auffassungen dieser Anti-Präventivkriegs-Friedensphilosophen, zu vermeiden gewesen wären. Man denke, was z. B. der deutschen Republik von heute im Jahre 1870 an Beleidigungen durch Napoleon III. hätten zugefügt werden müssen, damit sie sich entschlossen hätte, Herrn Benedetti[25] zu bitten, seinen Ton etwas zu mäßigen. Weder Napoleon noch dem ganzen französischen Volk hätte es je gelingen können, die deutsche Republik von heute zu einem Sedan zu reizen. Oder glaubt man, daß der Krieg von 1866, wenn Bismarck nicht die Entscheidung gewünscht hätte, nicht zu verhindern gewesen wäre? Nun könnte man einwenden, daß es sich hier um Kriege zur Erreichung von klar vorgesteckten Zielen gehandelt hat und nicht um solche, deren Grund nur in der Angst vor einem Angriff des Gegners lag. Das ist in Wirklichkeit aber Wortspalterei. Weil Bismarck überzeugt war, daß der Kampf mit Österreich unausbleiblich wäre, bereitete er sich auf ihn vor und führte ihn in einer für Preußen günstigen Veranlassung durch[26]. Die französische Heeresreform durch Marschall Niel[27] ließ deutlich die Absicht erkennen, der französischen Politik und dem französischen Chauvinismus die schlagkräftige Waffe zum Angriff gegen Deutschland zu geben. Tatsächlich wäre es Bismarck ohne Zweifel möglich gewesen, den Konflikt im Jahre 1870 friedlich zu irgendeiner Beilegung zu bringen[28]. Allein, es war zweckmäßiger, ihn in einer Zeit durchzufechten, da die französische Heeresorganisation noch nicht zur vollen Wirksamkeit gekommen war. Im übrigen kranken alle diese Interpretationen Bismarckischer Aussprüche an einem, daß sie nämlich den Diplomaten Bismarck verwechseln mit einem republikanischen Parlamentarier. Wie Bismarck selbst solche Aussprüche beurteilte, zeigt am besten seine Antwort auf einen Frager vor Ausbruch des Preußisch-Österreichischen Krieges, der gerne wissen wollte, ob Bismarck wirklich beabsichtige, Österreich anzugreifen, worauf dieser mit undurchdringlicher Miene erwiderte: "Nein, ich habe nicht die Absicht Österreich anzugreifen, aber ich hätte auch nicht die Absicht, falls ich es angreifen wollte, es ihnen zu sagen."[29]

Im übrigen war der schwerste Krieg, der je von Preußen ausgefochten worden war, ein Präventivkrieg. Als Friedrich der Große endgültige Kenntnis von der Absicht seiner alten Gegner durch eine Schreiberseele erhalten hatte, wartete er nicht aus grundsätzlicher Ablehnung eines Präventivkrieges, bis die anderen angriffen, schon [*sic!*] (schritt) ging selbst sofort zum Angriff über[30].

---

24 Vgl. Kap. VI, Anm. 11.

25 Vincent Comte de Benedetti (1817-1900), französischer Diplomat, 1864-1870 Botschafter in Berlin. Im Juli 1870 überbrachte er die französischen Forderungen zur spanischen Thronkandidatur dem sich in Bad Ems aufhaltenden Wilhelm I.

26 Anspielung auf den Preußisch-Österreichischen Krieg 1866, vgl. Kap. VI, Anm. 11.

27 Adolphe Niel (1802-1869), Marschall, seit 1867 französischer Kriegsminister, Reorganisator der französischen Armee.

28 Zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs vgl. Eberhard Kolb, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970 sowie ders., Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987.

29 Am 16.3.1866 zum österreichischen Gesandten in Berlin, Alois Graf von Károlyi. Vgl. Robert von Roosbroeck, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866, S. 11-76, hier S. 70.

30 Möglicherweise Anspielung auf den bestochenen sächsischen Kanzlisten Friedrich Wilhelm Mentzel, der Friedrich II., dem Großen seit 1753 Abschriften der diplomatischen Berichte aus Wien und St. Petersburg verschaffte. In Frage kommen ferner Maximilian von Weingarten, Sekretär des österreichischen Gesandten de

Jede Verletzung des Zweimächtestandards solange[31] hätte für Deutschland der Anlaß zum Präventivkrieg sein müssen. Denn (wäre) was wäre wohl leichter vor der Geschichte zu verantworten, ein Präventivkrieg, der im Jahre 1904, als Rußland in Ostasien gefesselt schien[32], Frankreich niedergeworfen hätte, oder der infolge dieser Unterlassung entstandene Weltkrieg, der ein Vielfaches an Blut erforderte und unser Volk in die tiefste Niederlage stieß?

England hat solche Bedenken nie gehabt. Sein Zweimächtestandard zur See schien die Voraussetzung der Erhaltung der englischen Unabhängigkeit. Solange es die Kraft hatte, ließ es an diesem Zustande keine Änderung vornehmen. Wenn aber seit dem Weltkrieg dieser Zweimächtestandard aufgegeben wurde, dann nur unter dem Drucke von Verhältnissen, die stärker waren als jede entgegengesetzte englische Absicht. In der amerikanischen Union ist ein neuer Machtfaktor entstanden von Ausmaßen, der die gesamten bisherigen Kraft- und Rangordnungen der Staaten über den Haufen zu werfen droht.

Jedenfalls aber war die englische Flotte bisher immer noch der schlagendste Beweis dafür, daß ganz gleich, wie die Form der Organisation des Landheeres aussah, der Wille zur Erhaltung Englands ausschlaggebend bestimmte [*sic!*]. Daher aber hat das englische Söldnerheer nie die üblen Eigenschaften anderer Söldnertruppen bekommen. Es war ein Kampf- und Streithaufe von wundervoller Einzelausbildung bei ausgezeichneter Ausrüstung und sportlich empfundener Dienstauffassung. Was dabei diesem kleinen Heereskörper eine besondere Bedeutung verlieh, war die unmittelbare Berührung mit den sichtbaren Lebensäußerungen des britischen Weltreiches. Dieses Söldnerheer hat ebensosehr für Englands Größe gefochten in fast allen Teilen der Welt, als es dabei auch Englands Größe kennenlernte. Die Männer, die bald in Südafrika, bald in Ägypten und bald in Indien Englands Interessen vertraten als Inhaber seiner Waffengeltung, bekamen dadurch aber auch unauslöschliche Eindrücke von der ungeheueren Größe des britischen Imperiums.

Diese Möglichkeit fehlt der heutigen deutschen Söldnertruppe vollständig. Ja, je mehr man unter dem Eindruck pazifistisch-demokratischer, in Wirklichkeit volks- und landesverräterischer Parlamentsmajoritäten sich bemüßigt sieht, diesem Geist in der kleinen Armee selbst Konzessionen zu machen, hört sie immer mehr auch auf, ein Instrument des Krieges zu sein, um statt dessen zu einer Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, d. h. aber in Wirklichkeit der friedlichen Unterwerfung zu werden[33]. Man kann keine Armee ausbilden von hohem Eigenwert, wenn das Ziel ihrer Existenz nicht die Vorbereitung zum Kriege ist. Armeen zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht, sondern nur zum siegreichen Durchfechten des Krieges. Je mehr man endlich in Deutschland die Reichswehr aus der Tradition des alten Heeres zu heben versucht[34], um so mehr wird sie selber traditionslos. Denn der Traditions-

---

la Puebla, oder der preußische Gesandte im Haag, Heller; ein Bericht Hellers, der wiederum auf einem Bericht des holländischen Gesandten in St. Petersburg basierte, war für Friedrich ausschlaggebend, 1756 den später als Siebenjährigen Krieg bezeichneten Präventivkrieg gegen die antipreußische Koalition zu eröffnen.

31 Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist "zu Lande" (siehe oben S. 68 die gleiche Formulierung sowie in Bd. III/3, Dok. 68).

32 Durch den Russisch-Japanischen Krieg 1904/05. Vgl. Kap. VII, Anm. 47.

33 Vgl. Anm. 17. Zu Kriegsbild und operativer Planung der Reichswehrführung vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 188 ff.

34 Im Selbstbewußtsein der Reichswehrführung besaß die Traditionspflege zentrale Bedeutung. Mit Erlaß vom 24.8.1921 regelte General Hans von Seeckt die Traditionspflege des Reichsheeres, wobei jeder Kompanie die

wert einer Truppe liegt nicht in ein paar gelungenen Überwindungen innerer Streikrevolten oder in der Verhinderung von Lebensmittelplünderungen, sondern im Ruhm errungener siegreicher Schlachten. Die deutsche Reichswehr entfernt sich aber in Wirklichkeit von der Tradition dieses Ruhmes in eben dem Maße von Jahr zu Jahr mehr, als sie aufhört, eine Repräsentantin des nationalen Gedankens zu sein[35]. Je mehr sie endlich in ihren eigenen Reihen den bewußt nationalen, also nationalistischen Geist tötet und dessen Repräsentanten entfernt[36], um statt dessen Demokraten und überhaupt gewöhnlichen Strebern Posten zu geben, um so mehr wird sie volksfremd. Denn die schlauen Herren mögen sich ja nicht einbilden, daß sie durch Konzessionen an den pazifistisch-demokratischen Teil unseres Volkes den Anschluß an das Volk finden. Diesem Teil des deutschen Volkes nämlich ist jede militärische Organisation an sich innerlich verhaßt, solange sie eben Militär ist und nicht Wach- und Schließgesellschaft international-pazifistischer Börseninteressen. Der einzige Teil, zu dem eine Armee in militärisch wertvollem Sinn eine innere Beziehung haben kann, ist jener national bewußte Kern unseres Volkes, der nicht nur aus Tradition soldatisch denkt, sondern der auch aus nationaler Liebe als einziger bereit ist, den grauen Rock zum Schutz von Ehre und Freiheit anzuziehen. Es ist aber notwendig, daß ein Heereskörper die inneren Beziehungen zu denen aufrechterhält, aus denen er sich in der Stunde der Not ergänzen kann und nicht zu denen, die ihn bei jeder Gelegenheit verraten. Daher können die heutigen Führer unserer sogenannten Reichswehr noch so demokratisch tun, so werden sie dennoch niemals dadurch in nähere Verbindung zum deutschen Volk gelangen können, weil das deutsche Volk, das dafür geeignet ist, sich nicht im Lager der Demokratie befindet. Indem aber besonders der frühere Chef der deutschen Reichswehr, General von Seeckt[37] der Entfernung knorriger, bewußt nationalgesinnter Offiziere und Führer nicht nur keinen Widerstand entgegensetzte, sondern sogar noch (selbst) befürwortete, haben sie sich endlich selbst das Instrument geschaffen, das ihn dann verhältnismäßig leichten Herzens fahren ließ.

Seit dem Rücktritt des Generals von Seeckt[38] aber ist der demokratisch-pazifistische Einfluß unermüdlich tätig, um aus der deutschen Reichswehr zu machen, was den Regenten dieses heutigen Staates als schönstes Ideal vorschwebt: eine republikanisch-demokratische Parlamentswache.

Überlieferungspflege für einen Verband der deutschen Armee vor 1914 zugewiesen wurde. Vgl. Gustav-Adolf Caspar, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310, hier S. 229 f.

35 Vermutlich Anspielung auf die von Seeckt bewußt geförderte unpolitische Haltung der Reichswehr.

36 Anspielung auf jene Offiziere und Soldaten, die wegen ihrer Beteiligung am Kapp-Putsch 1920 und am Hitler-Putsch 1923 aus der Reichswehr entlassen worden waren. Vgl. Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964, S. 104 ff., 203 ff.

37 Hans von Seeckt (1866-1936), 1886 preußischer Leutnant, 1915 als Generalmajor Chef des Generalstabs der 11. Armee, 1919 Leiter der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1920-1926 General, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, November 1923 bis Februar 1924 Inhaber der Exekutivgewalt im Deutschen Reich, 1926 Verabschiedung als Generaloberst, 1930-1932 MdR (DVP), 1933-1935 Militärberater Tschiang-Kai-scheks.

38 Seeckt hatte Anfang September 1926 die Teilnahme des Prinzen Wilhelm von Preußen an einer Militärübung erlaubt. Auf Drängen von Reichswehrminister Otto Geßler reichte er daraufhin seinen Abschied ein, dem am 8.10.1926 stattgegeben wurde. Vgl. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 501 ff.

Mit einem solchen Instrument aber kann man selbstverständlich nicht Außenpolitik betreiben.

Daher wäre es heute zunächst Aufgabe der deutschen Innenpolitik, dem deutschen Volk wieder eine zweckmäßige militärische Organisation seiner nationalen Kraft zu geben. Da aber die Formen der heutigen Reichswehr diesem Zwecke nie genügen können und umgekehrt durch außenpolitische Momente bestimmt sind, ist es Aufgabe der deutschen Außenpolitik, alle Möglichkeiten herbeizuführen, die die Wiederorganisation eines deutschen Volksheeres gestatten könnten. Denn das muß das unverrückbare Ziel jeder politischen Leitung in Deutschland sein, daß das Söldnerheer eines Tages wieder von einem wahrhaften deutschen Volksheer abgelöst wird[39].

Denn so schlecht in der Zukunft die allgemeinen Qualitäten der deutschen Reichswehr sich entwickeln müssen, so hervorragend sind die rein technisch-militärischen der Gegenwart. Dies ist ohne Zweifel das Verdienst des Generals von Seeckt und des Offizierskorps der Reichswehr überhaupt. Damit könnte die deutsche Reichswehr wirklich das Rahmenheer sein für das kommende deutsche Volksheer. Wie denn überhaupt die Aufgabe der Reichswehr selbst sein müßte, unter erzieherischer Betonung der nationalen Kampfaufgabe die Masse der (späteren) Offiziere und Sergeanten für das spätere Volksheer auszubilden.

Daß dieses Ziel als ein unverrückbares im Auge gehalten werden muß, wird kein wahrer nationaldenkender Deutscher bestreiten können. Ebensowenig aber auch, daß seine Durchführung nur möglich wird, wenn die außenpolitische Leitung der Nation die allgemein notwendigen Voraussetzungen sichert[40].

Damit ist zunächst die erste Aufgabe der deutschen Außenpolitik die Schaffung von Verhältnissen, die die Wiedererstehung eines deutschen Heeres ermöglichen. Denn erst dann werden die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes ihre praktische Vertretung finden können.

Grundsätzlich ist aber weiter zu bemerken, daß die politischen Aktionen, die die Wiederentstehung eines deutschen Heeres gewährleisten sollen, im Rahmen der an sich für Deutschland notwendigen Zukunftsentwicklung liegen müssen.

Es braucht dabei nicht betont zu werden, daß eine Änderung der derzeitigen Heeresorganisation, ganz abgesehen von der derzeitigen innerpolitischen Lage, auch aus außenpolitischen Gründen so lange nicht stattfinden könne, solange für eine solche Änderung allein deutsche Interessen und deutsche Gesichtspunkte sprechen.

Es lag im Wesen des Weltkrieges und in der Absicht der Hauptgegner Deutschlands, die Liquidation dieser größten Kampfhandlung der Erde so durchzuführen, daß an ihrer Verewigung möglichst viel Staaten interessiert sind. Erreicht wurde dies, indem durch ein System von Landverteilungen selbst Staaten mit sonst sehr auseinandergehenden Wünschen und Zielen durch die Angst, bei einem Wiedererstarken Deutschlands jeweils Verluste erleiden zu können, als geschlossene Gegnerschaft zusammengehalten werden. Denn wenn es in 10 Jahren nach Beendigung des Weltkrieges[41] immer noch möglich ist entgegen allen bisherigen Erfah-

---

39 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff.

40 Ende des in den "Nationalsozialistischen Monatsheften" gedruckten Auszugs. Vgl. Anm. 13.

41 Ein weiterer Beleg dafür, daß der vorliegende Text 1928 enstanden ist.

rungen der Weltgeschichte, eine Art Koalition der Siegerstaaten aufrechtzuerhalten, dann liegt der Grund nur in der für Deutschland wahrhaft ruhmvollen Tatsache der Rückerinnerung an jenen Kampf, in dem unser Vaterland insgesamt 26 Staaten die Stirne geboten hat[42].

Dies wird so lange auch bleiben, solange die Angst, durch ein wiederentstehendes deutsches Machtreich Verluste zu erleiden, größer ist als die Schwierigkeiten dieser Staaten untereinander. Und es ist weiter selbstverständlich, daß solange auch nirgends ein Wille vorhanden ist, dem deutschen Volk eine Waffenrüstung zu genehmigen, die von diesen "Siegerstaaten" dann als Bedrohung aufgefaßt werden könnte. Aus der Erkenntnis aber, daß erstens eine wirkliche Vertretung deutscher Lebensinteressen in der Zukunft nicht durch eine ungenügende deutsche Reichswehr, sondern nur durch ein deutsches Volksheer stattfinden kann, daß zweitens die Bildung eines deutschen Volksheeres so lange unmöglich ist, solange nicht die derzeitige außenpolitische Abwürgung Deutschlands nachläßt, daß aber drittens eine Änderung der außenpolitischen Widerstände gegen die Organisation eines Volksheeres erst dann möglich erscheint, wenn in einer solchen Neubildung nicht allgemein eine Bedrohung empfunden wird, ergibt sich für die zur Zeit mögliche deutsche Außenpolitik folgende Tatsache:

Das heutige Deutschland darf seine außenpolitische Aufgabe unter keinen Umständen in einer formalen Grenzpolitik sehen. Sowie als außenpolitische Zielsetzung der Grundsatz aufgestellt wird: Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914, wird Deutschland einer geschlossenen Phalanx seiner ehemaligen Feinde gegenüberstehen[43]. Damit ist dann aber jede Möglichkeit, der durch den Friedensvertrag bestimmten Form unseres Heeres eine andere, unseren Interessen mehr dienende entgegenzustellen [*ausgeschlossen*]. Damit aber ist die außenpolitische Parole: Wiederherstellung der Grenzen eine reine Phrase geworden, weil sie mangels der hiezu notwendigen Macht nie realisiert werden kann.

Es ist charakteristisch, daß gerade das sogenannte deutsche Bürgertum, und zwar hier wieder an der Spitze die vaterländischen Verbände[44], [*sich*] zu dieser allerdümmsten außenpolitischen Zielsetzung aufgeschwungen haben. Sie wissen, daß Deutschland machtlos ist. Sie wissen weiter, daß, ganz abgesehen von unserem inneren Verfall, zur Wiederherstellung unserer Grenzen militärische Machtmittel notwendig wären, sie wissen weiter, daß wir durch die Friedensverträge diese Mittel nicht besitzen und daß wir infolge der geschlossenen Front unserer Gegner sie auch nicht erhalten können, (sie wissen weiter, daß wir die Grenzen von 1914) aber sie stellen trotzdem eine außenpolitische Parole auf, die gerade durch ihr innerstes Wesen uns die Möglichkeit für immer nimmt, zu jenen Machtmitteln zu kommen, die zu ihrer Durchführung notwendig wären.

---

42 Vgl. Anm. 8.

43 Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 312.

44 Obwohl die Revision des Versailler Friedensvertrags eine zentrale Forderung nahezu aller Parteien der Weimarer Republik darstellte, fand sich nur in den Grundsätzen der DNVP die dezidierte Forderung: "Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt Ziel aller deutschen Politik. Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien." Vgl. Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960, S. 535 f. Der Stahlhelm vertrat seit 1927 ähnliche Forderungen. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 103 ff.

So etwas heißt dann bürgerliche Staatskunst und zeigt dann allerdings an den Früchten, die wir vor uns sehen, den unvergleichlichen Geist, der sie beherrscht.

Sieben Jahre haben von 1806 auf 1813 dem damaligen Preußen genügt zur Wiedererhebung [45]. (Und in 10 Jahren) In derselben Zeit hat die bürgerliche Staatskunst im Verein mit dem Marxismus Deutschland bis zu Locarno [46] geführt. Was dann in den Augen des bürgerlichen Bismarcks der heutigen Zeit, Herrn Stresemann, ein großer Erfolg ist, weil er das Mögliche darstellt [47], was eben besagter Herr Stresemann erreichen konnte. Und Politik ist eine Kunst des Möglichen. Wenn Bismarck jemals geahnt hätte, daß er vom Schicksal dazu verdammt ist, mit diesem Ausspruch die staatsmännischen Qualitäten des Herrn Stresemann zu bestätigen, dann würde er diesen Ausspruch entweder sicher unterlassen haben oder Herrn Stresemann in einer ganz kleinen Bemerkung ausgeschlossen haben von dem Recht, sich darauf zu berufen [48].

Die Parole der Wiederherstellung der deutschen Grenzen als außenpolitische Zielsetzung für die Zukunft ist dabei doppelt dumm und gefährlich, weil sie in Wirklichkeit überhaupt kein irgendwie nützliches und erstrebenswertes Ziel umschließt.

Die deutschen Grenzen des Jahres 1914 waren Grenzen, die genauso etwas Unfertiges darstellten, als sie die Grenzen der Völker zu allen Zeiten sind. Die Raumverteilung der Erde ist in jeder Zeit das augenblickliche Ergebnis eines Ringens und Werdens, das damit keineswegs abgeschlossen ist, sondern selbstverständlich weiter fortgeht [49]. Die Grenze irgendeines Stichjahres aus der Geschichte eines Volkes zu nehmen und kurzerhand als politisches Ziel überhaupt hinzustellen, ist dumm. Ebensogut wie man nämlich dann die Grenze des Jahres 1914 aufzustellen vermag, könnte man die des Jahres 1648 nehmen oder die von 1312 usw. usw. Dies um so mehr, als ja die Grenze des Jahres 1914 weder national-, noch militär-, noch raumpolitisch irgendwie befriedigend war. Sie war nur der damals augenblickliche Zustand im Lebenskampf unseres Volkes, der seit Jahrtausenden sich abrollt [*sic!*], und auch wenn der Weltkrieg nicht gekommen wäre, im Jahre 1914 nicht seine Beendigung besessen hätte.

Würde das deutsche Volk die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 tatsächlich erreichen, so wären nichtsdestoweniger die Opfer des Weltkrieges umsonst gewesen. Aber

45 Anspielung auf die innere Reorganisation des preußischen Staates zwischen dem Frieden von Tilsit am 9.7.1807 (vorausgegangen war die vernichtende Niederlage der preußischen Truppen in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt am 14.10.1806) und dem offiziellen Beginn der Erhebung Preußens gegen die französische Besetzung durch das russisch-preußische Militärbündnis von Kalisch am 26.2.1813.

46 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurde neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sogenannte Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich im übrigen aber einen Anspruch auf Revision der Ostgrenze vor. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

47 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

48 Stresemann rechtfertigte seine Politik wiederholt mit dem Vorbild Bismarcks, nicht zuletzt um seine Kritiker von rechts zu widerlegen, z. B. in der Rede auf dem Parteitag der DVP in Hannover am 30.3.1924: "Aber gerade weil wir uns bekennen zum Bismarckschen Gedanken der Realpolitik, müssen wir verlangen, daß auch die anderen, die sich zu Bismarck bekennen wollen, Realpolitik treiben und nicht in eine Politik der Illusion hineintreiben." Druck: Stresemann. Reden und Schriften, Politik-Geschichte-Literatur 1897-1926, Bd. 2, Dresden 1926, S. 164-193, hier S. 167.

49 Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 310 f.

auch die Zukunft unseres Volkes würde nicht im geringsten gewinnen durch eine solche Wiederherstellung. Diese rein formale Grenzpolitik unseres nationalen Bürgertums ist ebenso unbefriedigend im möglichen Endresultat als unerträglich gefährlich. Sie darf auf sich auch ja nicht den (Anspruch) Ausspruch (beziehen) von der Kunst des Möglichen beziehen, denn sie ist überhaupt nur eine theoretische Phrase, die aber geeignet erscheint, jede praktische Möglichkeit zu vernichten.

Tatsächlich kann auch einer wirklich kritischen Prüfung eine solche außenpolitische Zielsetzung nicht standhalten. Sie wird deshalb auch weniger mit logischen Gründen zu motivieren gesucht, als vielmehr mit Gründen der "nationalen Ehre".

Die nationale Ehre erfordert es, daß wir die Grenzen des Jahres 1914 wiederherstellen. Das ist so der Tenor der Ausführungen an den Bierabenden, die die Repräsentanten der nationalen Ehre allenthalben veranstalten.

Die nationale Ehre hat zunächst gar nichts zu tun mit einer Verpflichtung, eine dumme und unmögliche Außenpolitik zu betreiben. Denn das Resultat einer schlechten Außenpolitik kann der Verlust der Freiheit eines Volkes sein, dessen Folge dann die Versklavung ist, die bestimmt nicht als Zustand nationaler Ehre aufgefaßt werden kann. Freilich kann man selbst in der Unterdrückung noch einen gewissen Grad nationaler Würde und Ehre bewahren, allein dies ist dann nicht eine Frage des Geschreis oder nationaler Phrasen usw., sondern im Gegenteil der Ausdruck, der im Anstand eines Volkes zu finden ist, mit dem dieses sein Schicksal trägt.

Man rede vor allem im heutigen Deutschland nicht von nationaler Ehre und man versuche nicht, den Eindruck zu schinden, als ob man durch irgendein phrasenhaftes Gebell nach außen die nationale Ehre (wieder) bewahren könnte. Nein, das kann man nicht, und zwar deshalb, weil sie gar nicht mehr da ist. Und sie ist keineswegs deshalb nicht mehr da, weil wir den Krieg verloren haben oder weil die Franzosen Elsaß-Lothringen besetzten[50], die Polen Oberschlesien raubten[51] oder die Italiener Südtirol nahmen[52]. Nein, die nationale Ehre ist nicht mehr da, weil das deutsche Volk in der schwersten Zeit seines Lebenskampfes eine Gesinnungslosigkeit, eine schamlose Unterwürfigkeit, eine hündisch kriecherische Schweifwedelei an den Tag legte, die nur schamlos genannt werden kann. Weil wir uns jämmerlich unterworfen haben, ohne dazu gezwungen zu sein, ja weil die Leitung dieses Volkes entgegen der ewigen geschichtlichen Wahrheit und dem eigenen Wissen sich selbst der Kriegsschuld zieh[53], ja,

50 Artikel 51 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 machte die Abtretung Elsaß-Lothringens an das Deutsche Reich im Frankfurter Friedensvertrag vom 10.5.1871 mit Wirkung vom 11.11.1918 rückgängig. Druck: RGBl. 1919, S. 803 ff.

51 Bezieht sich auf die nach der Volksabstimmung durch den Genfer Schiedsspruch 1922 an Polen gefallenen Kreise des ostoberschlesischen Industriereviers. Druck des in Genf am 15.5.1922 geschlossenen deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien: RGBl. 1922, II, S. 237 ff.

52 Artikel 27 des Friedensvertrags von Saint-Germain-en-Laye vom 10.9.1919 legte die Grenzen der Republik Österreich so fest, daß die Teile Tirols südlich des Brenner an Italien fielen. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 85-106, hier S. 100. Druck: Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer und K. Strupp. VI. Bd.: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922, S. 250-385, hier 261 f.

53 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und asso-

unser ganzes Volk damit belastete, weil es keine Unterdrückung der Gegner gab, die im Inneren unseres Volkes nicht Tausende von Kreaturen an willfährigen Helfern gefunden hätte. Weil man umgekehrt die Zeit der größten Taten unseres Volkes schamlos beschimpfte, die ruhmvollste Flagge aller Zeiten bespie, ja mit Dreck besudelte, heimkehrenden Soldaten, vor denen eine Welt gezittert hat, die ruhmvollen Kokarden herunterriß, die Fahne mit Kotballen bewarf, Orden und Ehrenzeichen abriß und die Erinnerung selbst an Deutschlands größte Zeit tausendfältig entwürdigte[54]. Kein Gegner hat die deutsche Armee so beschimpft, wie sie die Repräsentanten der Novembergaunerei besudelten. Kein Feind hat die Größe deutscher Heerführer so bestritten, wie sie von den lumpenhaften Vertretern der neuen Staatsidee verleumdet wurden. Und was war wohl entehrender für unser Volk, die Besetzung deutscher Gebiete durch Feinde oder die Feigheit, mit der unser Bürgertum das Deutsche Reich einer Organisation von Zuhältern, Straßendieben, Deserteuren, Schiebern und Journaillen auslieferte? Die Herren mögen jetzt nicht von deutscher Ehre schwätzen, solange sie sich unter die Herrschaft der Unehre beugen. Man hat kein Recht im Namen der nationalen Ehre Außenpolitik machen zu wollen, wenn die Innenpolitik die antinationalste Schamlosigkeit ist, die je ein großes Volk betroffen hat.

Wer heute im Namen der deutschen Ehre handeln will, der hat zunächst den unbarmherzigsten Kampf anzusagen den infernalischen Besudlern der deutschen Ehre. Das sind aber nicht die Gegner von einst, sondern das sind die Repräsentanten des Novemberverbrechens. Jene Sammlung [*von*] marxistischen, demokratisch-pazifistischen und zentrümlerischen Landesverrätern, die unser Volk in den Zustand seiner heutigen Ohnmacht hineingestoßen haben.

Gegen die Feinde von einst im Namen der nationalen Ehre schimpfen und die ehrlosen Verbündeten dieser Feinde im eigenen Innern als Herren anerkennen, das entspricht der nationalen Würde dieses heutigen sogenannten nationalen Bürgertums.

Ich gestehe freimütigst, daß ich mich mit jedem der damaligen Gegner versöhnen könnte, aber daß mein Haß gegen die Verräter unseres Volkes in den eigenen Reihen ein unversöhnlicher ist und bleibt.

Was die Feinde uns antaten, ist schwer und tief beschämend für uns, was aber die Männer des Novemberverbrechens gesündigt haben, ist das ehrloseste, niederträchtigste Verbrechen aller Zeiten. Indem ich mich bemühe, einen Zustand herbeizuführen, der diese Kreaturen dereinst zur Verantwortung ziehen wird, helfe ich mit an der Reparation der deutschen Ehre.

Ich muß es aber ablehnen, daß für die Einrichtung der deutschen Außenpolitik andere Gründe maßgebend sein könnten als die Verantwortlichkeit, unserem Volke die Freiheit und die Zukunft des Lebens zu sichern.

---

ziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

54 Die Abschaffung aller militärischer Rangabzeichen, Orden und sonstiger militärischer Auszeichnungen war 1918 eine Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte. Vgl. z. B. Beschluß des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über die Kommandogewalt vom 18.12.1918. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o. J., S. 511.

Die ganze Sinnlosigkeit der vaterländisch-bürgerlich nationalen Grenzpolitik ergibt sich aber aus folgender Betrachtung:

Die deutsche Nation zählt, wenn man das Bekenntnis zur deutschen Muttersprache zugrunde legt, ... [55] Millionen Menschen.

Davon befinden sich im Mutterland ... [55] Millionen.

In dem [56]

55 Auslassungen in der Vorlage.
Ende 1925 wurden in allen Staaten der Erde 94.428.430 Deutsche gezählt; davon entfielen auf das Deutsche Reich 62.500.000 Menschen. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

56 Dieses sind die letzten Worte auf Seite 124 der Vorlage - über die Hälfte des Blatts ist unbeschrieben. Wahrscheinlich hat Hitler das Diktat nach einer kurzen Unterbrechung fortgesetzt und dann diese letzten Zeilen durch die ersten Worte auf Seite 125 der Vorlage (hier der folgende Abschnitt) ersetzt.

[*KAPITEL IX*]

[*WEDER GRENZPOLITIK NOCH WIRTSCHAFTSPOLITIK NOCH PANEUROPA*]

Mithin befinden sich innerhalb des derzeitigen Reichsgebietes von allen Deutschen der Welt nur ... [1] Millionen, das sind ... [1] Prozent der Gesamtzahl unseres Volkes überhaupt.
Von den nicht mit dem Mutterland vereinten Deutschen müssen als infolge der Verhältnisse dem langsamen Verlust geweihte Volksgenossen angesehen werden die .... [2] d. h., eine Gesamtzahl von schätzungsweise ... [3] Millionen Deutschen befindet sich in einer Situation, die nach menschlicher Wahrscheinlichkeit eines Tages ihre Entdeutschung bedingen wird. Auf keinen Fall werden sie aber am Schicksalskampf des Mutterlandes in irgendeiner maßgeblichen Form weiter teilzunehmen vermögen, ebensowenig aber auch an der kulturellen Entwicklung ihres Volkes. Was immer auch im einzelnen das Deutschtum in Nordamerika leistet, es wird nicht dem deutschen Volke an sich zugute gerechnet, sondern verfällt der Kulturmasse der amerikanischen Union. Hier sind die Deutschen überall wirklich nur der Kulturdünger für andere Völker. Ja, in Wirklichkeit ist die Größe dieser Völker nicht selten zu einem hohen Prozentsatz den deutschen Beitragsleistungen überhaupt zu[*zuschreiben*]. Sowie man sich die Größe dieser feststehenden Volksverluste vor Augen hält, wird man die geringe Bedeutung der von der bürgerlichen Welt protegierten Grenzpolitik sofort ermessen können.

Würde eine deutsche Außenpolitik selbst die Grenzen des Jahres 1914 wiederherstellen, so wäre der Prozentsatz der innerhalb des Reichsgebietes lebenden Deutschen, also Angehörigen unserer Nation, trotzdem erst von ... [4] Prozent auf ... [4] Prozent gestiegen. Dabei käme eine Möglichkeit, diesen Prozentsatz wesentlich zu vergrößern, kaum mehr in Frage.

Wenn das Deutschtum im Auslande trotzdem der Nation treu bleiben will, dann kann es sich zunächst nur um eine sprachliche und kulturelle Treue handeln, die sich um so mehr zu einem bewußt demonstrierten Zusammengehörigkeitsgefühl steigern wird, je mehr das Mutterland der deutschen Nation in der Würde seiner Repräsentanz unseres Volkes dem deutschen Namen Ehre macht.

Je mehr also Deutschland selbst als Reich der Welt einen Eindruck von der Größe des deutschen Volkes vermittelt, um so mehr wird das staatlich endgültig verlorene Deutschtum Anreiz

---

1 Auslassungen in der Vorlage.
Vgl. Kap. VIII, Anm. 55. Auf der Grundlage der hier genannten Zahlen hätten 66,19% der genannten 94.428.430 Deutschen im Deutschen Reich gelebt.

2 In der Vorlage wurden an dieser Stelle zehn Zeilen freigelassen.

3 Hier gedachte Hitler wohl die Zahl der Deutschen in einigen außereuropäischen Ländern anzugeben, z. B. Kanada, den Vereinigten Staaten, Australien und möglicherweise Südamerika. Nur so sind die folgenden Gedankengänge verständlich.

4 In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 abzutreten hatte, lebten 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, von denen 2.797.024 der deutschen Nationalität zugerechnet wurden. Bei einer Gesamtzahl von zusammen 94.428.430 Deutschen wäre bei einer Angliederung dieser Gebiete der Prozentsatz der im Deutschen Reich lebenden Deutschen von 66,19% auf 69,15% gestiegen. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24 sowie Kap. VIII, Anm. 55.

erhalten, sich wenigstens geistig der Zugehörigkeit zu diesem Volke zu rühmen. Je erbärmlicher demgegenüber das Mutterland selbst die Interessen der deutschen Nation wahrnimmt und demgemäß nach außen hin einen schlechten Eindruck vermittelt[5], um so schwächer wird auch die innere Veranlassung empfunden werden, zu einem solchen Volke zu gehören.

Da das deutsche Volk aber nicht aus Juden besteht, wird [*das Deutschtum* ?] besonders in angelsächsischen Ländern leider trotzdem immer mehr veranglisieren und vermutlich auch geistig und ideenmäßig unserem Volke ebenso verlorengehen wie seine praktische Arbeitsleistung unserem Volke bereits verlorengegangen ist.

Soweit es sich aber um das Schicksal derjenigen Deutschen handelt, die durch die Ereignisse des Weltkrieges und der Friedensverträge von dem deutschen Volkskörper abgesprengt wurden, so muß gesagt werden, daß deren Schicksal und deren Zukunft eine Frage der politischen Wiedergewinnung der Macht des Mutterlandes ist.

Verlorene Gebiete werden nicht durch Protestaktionen zurückgeholt, sondern durch ein siegreiches Schwert. Und wer also heute im Namen der nationalen Ehre die Befreiung irgendeines Gebietes wünscht, muß damit aber auch bereit sein, mit Eisen und Blut[6] für diese Befreiung einzustehen, ansonsten mag solch ein Schwätzer seinen Mund halten. Damit ergibt sich dann allerdings die Pflicht, auch abzuwägen, erstens, ob man überhaupt die Macht besitzt, einen solchen Kampf durchzuführen, und zweitens, ob der Bluteinsatz zu dem gewünschten Erfolg führt und führen kann, und drittens, ob der erreichte Erfolg dann dem Bluteinsatz entspricht.

Ich protestiere feierlichst dagegen, daß es eine Verpflichtung der nationalen Ehre geben könnte, daß man zwei Millionen Männer auf dem Schlachtfeld verbluten zu lassen gezwungen ist, um als günstigstes Resultat dann eine Viertelmillion Männer, Weiber und Kinder zusammengezählt buchen zu können[7]. Das ist nicht nationale Ehre, die hier in Erscheinung tritt, sondern Gewissenlosigkeit oder Wahnsinn. Es ist aber für ein Volk keine nationale Ehre, von Wahnsinnigen regiert zu werden.

Gewiß wird ein Volk von Größe auch seinen letzten Staatsbürger mit dem Einsatz der Gesamtheit beschirmen. Allein, es ist ein Irrtum, dies einem Gefühl, einer Ehre zuzurechnen, sondern zunächst einer Einsicht der Klugheit und der menschlichen Erfahrung. Sowie ein Volk dulden würde, daß einzelnen seiner Bürger ein Unrecht zugefügt wird, würde es langsam die eigene Position mehr und mehr schwächen, da eine solche Duldung ebensosehr zur inneren Stärkung eines angriffsgewillten Gegners dienen würde als zur Zermürbung des Vertrauens in die Kraft des eigenen Staates. Man kennt in der Geschichte die Folgen einer dauernden Nachgiebigkeit im Kleinen viel zu genau, um nicht die notwendigen Folgen im Großen beurteilen zu können. Es wird deshalb eine besorgte Staatsleitung schon im Kleinsten die Interessen ihrer Bürger um so lieber wahrnehmen, als das Risiko des eigenen Einsatzes damit in eben

---

5 In der Weimarer Republik gab es eine große Zahl von privaten sowie staatlichen Organisationen, deren Ziel die kulturelle, politische und wirtschaftliche Unterstützung der Deutschen im Ausland war. Ihre Arbeit wurde im wesentlichen durch das Auswärtige Amt koordiniert und finanziell gefördert. Vgl. John Hiden, The Weimar Republic and the Problem of the Auslandsdeutsche. In: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 273-289.

6 Vgl. Kap. VII, Anm. 3.

7 Anspielung auf Südtirol, wo nach der Volkszählung von 1921 195.650 Deutschsprachige lebten. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 19.

dem Maße sinkt, in dem das des Gegners steigt. Wenn heute dem einzelnen Angehörigen Englands in irgendeinem Staate ein Unrecht zugefügt wird und England den Schutz seines Bürgers übernimmt, so ist die Gefahr, wegen diesem einzelnen Engländer in einen Krieg verwickelt zu werden, für England nicht größer als für den anderen Staat, der das Unrecht zufügt. Daher ist das feste Auftreten eines an sich geachteten Staatswesens zum Schutze selbst einer einzelnen Person durchaus kein unerträgliches Risiko, da ja der andere Staat ebenfalls wenig Interesse besitzen wird, es wegen der Lappalie, die einer einzigen Person vielleicht zugefügt wurde, zu einem Kriege kommen zu lassen. Aus dieser Erkenntnis und der 1.000jährigen Anwendung dieses Grundsatzes, daß nämlich ein mächtiger Staat jeden einzelnen seiner Bürger in Schutz nimmt und mit der gesamten Macht verteidigt, hat sich ein allgemeiner Begriff von Ehrauffassung gebildet.

Es hat sich weiter, ermöglicht durch das Wesen der europäischen Hegemonie, im Laufe der Zeit eine gewisse Praxis herausgebildet, diese Ehrauffassung an (wenig) mehr oder weniger billigen Beispielen zu demonstrieren, um der Achtung der einzelnen europäischen Staaten auf diese Weise einen Zuwachs oder zumindest eine Stetigkeit zu verleihen. Sowie einem Franzosen oder Engländer in gewissen schwachen und militärisch wenig mächtigen Ländern ein oft auch nur vermeintliches Unrecht oder oft auch vorgetäuschtes zugefügt wurde, begann [*man*] dann, den Schutz dieser Untertanen mit Waffengewalt zu übernehmen. D. h., ein paar Kriegsschiffe veranstalteten eine militärische Demonstration, die im schlimmsten Falle ein Übungsschießen mit scharfer Munition war, oder man landete irgendein Expeditionskorps, mit dem man dann die zu bestrafende Macht züchtigte. Nicht selten war dabei der Wunsch, auf diese Weise überhaupt Anlaß zum Einschreiten zu bekommen, der Vater des Gedankens.

Es würde den Engländern wahrscheinlich nie einfallen, wegen einer Lappalie, die sie an Liberia blutig rächen, mit Nordamerika auch nur eine Note auszutauschen.

So sehr man also aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen heraus in einem starken Staat den Schutz der einzelnen Bürger mit allen Mitteln übernehmen wird, sowenig kann einem vollkommen wehrlos gemachten, ohnmächtigen Reich zugemutet werden, aus Gründen der nationalen Ehre außenpolitische Schritte zu übernehmen, die zur Vernichtung der letzten Zukunftsaussichten überhaupt führen müssen. Denn wenn das deutsche Volk seine heutige, in sogenannten nationalen Kreisen vertretene Grenzpolitik mit der Notwendigkeit der Vertretung der deutschen Ehre begründet, dann wird das Ergebnis eben nicht die Reparation der deutschen Ehre, sondern die Verewigung der deutschen Unehre sein. Es ist nämlich durchaus nicht ehrlos, Gebiete verloren zu haben, aber ehrlos, eine Politik zu betreiben, die zwangsläufig zur vollkommenen Versklavung des eigenen Volkes führen muß. Und dies alles nur, um ganz üblen Phrasen freien Lauf zu lassen und Taten vermeiden zu können. Denn es handelt sich dabei eben nur um Phrasen. Wollte man nämlich wirklich eine Politik der nationalen Ehre sich zum Ziele setzen, dann müßte man doch zumindest diese Politik Personen anvertrauen, die nach allgemeinen Ehrbegriffen geschätzt werden könnten. Solange aber des Deutschen Reiches Innen- und Außenpolitik durch Kräfte besorgt wird, die im deutschen Reichstag mit zynischem Grinsen erklären, daß es für sie kein Vaterland gibt, das Deutschland heißt[8], solange ist es zu-

8 Der Vorsitzende der USPD, Artur Crispien, hatte auf dem Parteitag in Leipzig am 8.1.1922 erklärt, "daß die USP [*sic!*] kein deutsches Vaterland kenne ..." Vgl. Vorwärts vom 11.1.1922 (AA), "Crispien in Leipzig".

nächst Aufgabe dieser nationalen bürgerlichen und vaterländischen Phrasenhelden, durch ihre Innenpolitik dem Gedanken der nationalen Ehre in Deutschland erst die allereinfachste Geltung zu verschaffen. Warum tun sie denn das aber nicht, ja warum gehen sie im Gegenteil auf Kosten dieser sogenannten nationalen Ehre mit erklärten Landesverrätern in Koalitionen? Weil im anderen Fall ein schwerer Kampf nötig sein würde, auf dessen Ausgang sie wenig Vertrauen setzen, ja der vielleicht sogar zur Vernichtung ihrer Existenz führen könnte. Diese eigene Privatexistenz allerdings, die ist ihnen dann heiliger als die Verteidigung der nationalen Ehre im Inneren. Die Zukunftsexistenz der ganzen Nation aber setzen sie für ein paar Phrasen gerne auf das Spiel.

Erst recht unsinnig wird die nationale Grenzpolitik, wenn man von den Bedrängnissen und auch Aufgaben der Gegenwart hinweg zu den Notwendigkeiten einer Lebensgestaltung unseres Volkes in der Zukunft sieht.

Die Grenzpolitik unserer bürgerlich-patriotisch-vaterländischen Kreise ist deshalb besonders unsinnig, weil sie wohl den größten Bluteinsatz erfordert, aber die kleinsten Zukunftsaussichten für unser Volk in sich trägt.

Das deutsche Volk ist heute weniger noch als in den Jahren des Friedens [9] in der Lage, sich selbst auf eigenem Grund und Boden zu ernähren. Alle Versuche, sei es durch Steigerung des Bodenerträgnisses an sich oder durch Kultivierung der letzten Ödstrecken, eine Erhöhung der deutschen Lebensmittelerzeugung herbeizuführen [10], vermögen nicht unser Volk aus den Mitteln des eigenen Grund und Bodens zu ernähren. Und zwar würde selbst die heute in Deutschland lebende Volksmasse aus den Erträgnissen unseres Bodens nicht mehr satt werden [11]. Jede weitere Steigerung dieser Erträgnisse käme aber nicht einer Erhöhung unserer Volkszahl zugute, sondern würde restlos aufgebraucht von der Erhöhung der allgemeinen Lebensbedürfnisse der einzelnen Menschen [12]. Hier wird ein Lebensstandard als Vorbild geschaffen in erster Linie durch die Kenntnis der Verhältnisse und des Lebens in der amerikanischen Union [13]. So wie die Lebensbedürfnisse des flachen Landes sich steigern durch langsame Kenntnisnahme und den Einfluß des Lebens der Großstädte, so steigert sich aber auch das Lebensbedürfnis ganzer Völker unter der Einwirkung des Lebens bessergestellter reicherer Nationen. Nicht selten wird von einem Volk ein Lebensstandard als ungenügend empfunden, der noch 30 Jahre vorher als Maximum erschienen wäre, einfach nur deshalb, weil man unterdes Kenntnis erhielt

9 Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch zehn Jahre nach seinem Ende weit verbreitet.

10 Zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft vgl. Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18-1945. Wissenschaftliche Redaktion Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988, S. 235 ff. Zur Nahrungsmittelproduktion in Deutschland vgl. Kap. VI, Anm. 19.

11 Die Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln und Getränken betrug im Jahr 1927 4.326,1 Millionen RM (= 30,4% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 4.288,2 Millionen Mark (= 27,5% des reinen Warenverkehrs). Entsprechende deutsche Waren wurden im Jahr 1927 in Höhe von 440,8 Millionen RM (= 4,1% des reinen Warenverkehrs), im Jahr 1913 in Höhe von 1.465,9 Millionen Mark (= 9,2% des reinen Warenverkehrs) ausgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 187 sowie Kap. VI, Anm. 19.

12 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 139 f.

13 Zum Amerikabild Hitlers vgl. Gerhard L. Weinberg, Hitler's Image of the United States. In: The American Historical Review LXIX (1963/64), S. 1006-1021 sowie Andreas Hillgruber, Hitler und die USA 1933-1945. In: Otmar Franz (Hrsg.), Europas Mitte, Göttingen 1987, S. 125-144.

vom Lebensstandard eines anderen Volkes. So wie überhaupt der Mensch selbst in seinen untersten Kreisen heute Einrichtungen für selbstverständlich ansieht, die vor 80 Jahren noch für die obersten Schichten unerhörter Luxus waren. Je mehr aber durch die moderne Technik und besonders den Verkehr der Raum überbrückt wird und die Völker sich näher rücken, je intensiver dadurch ihre gegenseitigen Beziehungen werden, um so mehr werden auch die Lebensverhältnisse aufeinander abfärben und sich gegenseitig anzugleichen versuchen. Die Meinung, man könne einem Volke von einer bestimmten Kulturfähigkeit und auch tatsächlicher kultureller Bedeutung auf die Dauer durch einen Appell an Erkenntnisse oder auch an Ideale unter einem sonst allgemein gültigen Lebensstandard halten, ist falsch. Insbesonders die breite Masse wird dafür selten ein Verständnis aufbringen. Sie fühlt die Not, schimpft entweder über die ihrer Meinung nach dafür Verantwortlichen, etwas, was zumindest in demokratischen Staaten gefährlich ist, da sie damit das Reservoir für alle umstürzlerischen Versuche darstellen [*sic!*], oder sie versucht, durch eigene Maßnahmen, dem Umfang des eigenen Wissens entsprechend der eigenen Einsicht entspringend, eine Korrektur herbeizuführen. Es setzt der Kampf gegen das Kind ein. Man will ein Leben führen wie andere auch und kann es nicht. Was ist natürlicher, als daß man den Kinderreichtum dafür verantwortlich macht, an ihm endlich nicht nur keine Freude mehr hat, sondern als lästiges Übel möglichst zu beschränken versucht.

Es ist deshalb falsch zu glauben, daß das deutsche Volk in der Zukunft die Möglichkeit einer Weitervermehrung durch Steigerung seiner inneren Bodenproduktion erhalten könnte. Was dabei herauskommt, ist im allergünstigsten Fall eine Befriedigung der gestiegenen Lebensbedürfnisse an sich. Da aber die Steigerung dieser Lebensbedürfnisse abhängig ist vom Lebensstandard anderer Völker, die jedoch in einem viel günstigeren Verhältnis der Volkszahl zum Boden stehen, werden diese auch in der Zukunft immer in der Ausstattung ihres Lebens vorangehen. Mithin wird dieser Antrieb nie erlöschen, und eines Tages wird entweder eine Distanz entstehen zwischen dem Lebensstandard dieser Völker und dem mit Grund und Boden schlecht versorgten, oder die letzteren werden gezwungen sein oder sich zumindest gezwungen glauben, ihre Zahl sogar noch zurückzudrängen.

Die Aussichten des deutschen Volkes sind trostlose. Weder der heutige Lebensraum noch der durch eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914 erreichte gestatten uns, ein Leben analog dem amerikanischen Volk zu führen. Wollte man dies, dann muß entweder der Boden unseres Volkes ganz wesentlich erweitert werden, oder die deutsche Wirtschaft wird wieder Wege einschlagen müssen, die uns schon aus der Vorkriegszeit her bekannt sind. In beiden Fällen ist dann Macht notwendig. Und zwar zunächst im Sinne der Wiederherstellung der inneren Kraft unseres Volkes und dann aber in dem einer militärischen Fassung dieser Kraft.

Das nationale heutige Deutschland, das die Erfüllung der nationalen Aufgabe in seiner beschränkten Grenzpolitik sieht, kann sich darüber nicht täuschen, daß das Ernährungsproblem der Nation damit in keinerlei Weise gelöst wird. Denn selbst der höchste Erfolg dieser Politik der Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 würde nur die wirtschaftliche Lage des Jahres 1914 erneut bringen. Mit anderen Worten, die dann genau wie heute vollkommen ungelöste Ernährungsfrage unseres Volkes würde uns gebieterisch wieder in die Bahnen der Weltwirtschaft, des Weltexports hineindrängen. Tatsächlich denken auch das deutsche Bürgertum und die sogenannten nationalen Verbände mit ihm nur wirtschaftspolitisch. Produktion, Export und Import, das sind die Schlagwörter, mit denen da jongliert wird und von denen man

sich das Heil der Nation in der Zukunft verspricht. Man hofft, durch eine Steigerung der Produktion die Exportfähigkeit zu heben und dadurch den Importnotwendigkeiten Genüge leisten zu können. Man vergißt dabei nur vollständig, daß dieses ganze Problem für Deutschland, wie schon einmal betont, gar kein Problem der Steigerung der Produktion ist, sondern eine Frage der Verkaufsmöglichkeit, daß aber die Schwierigkeit des Exports durchaus nicht behoben würde durch Senkung der deutschen Gestehungskosten [14], wie wieder unsere bürgerlichen Schlauköpfe vermeinen. Denn so sehr dies an sich infolge unseres beschränkten Innenmarktes nur teilweise möglich wird, würde eine Konkurrenzfähigmachung der deutschen Exportwaren durch Senkung der Erzeugungskosten etwa infolge eines Abbaues unserer sozialen Gesetzgebung und der daraus resultierenden Pflichten und Belastungen uns nur dorthin bringen, wo wir am 4. August 1914 [15] gelandet waren. Es gehört wirklich die ganz unglaubliche bürgerlich-nationale Naivität dazu zu meinen, daß England eine ihm gefährliche deutsche Konkurrenz dulden würde oder auch nur könnte. Dabei sind das dieselben Leute, die sehr genau wissen, und es auch immer betonen, daß Deutschland im Jahre 1914 den Krieg nicht gewollt hat, sondern daß es buchstäblich hineingestoßen wurde [16]. Und daß es England gewesen ist, das aus reinem Konkurrenzneid die sonstigen Feindschaften in Europa sammelte und gegen Deutschland losließ. Heute aber bilden sich diese unverbesserlichen Wirtschaftsphantasten ein, daß, nachdem England in einem 4½jährigen ungeheuren Weltkrieg die ganze Existenz seines Weltimperiums auf das Spiel gesetzt hat und dabei Sieger blieb, jetzt eine deutsche Konkurrenz mit anderen Augen betrachten würde wie damals. Als ob diese ganze Frage überhaupt für England eine sportliche Angelegenheit wäre. Nein. England hat jahrzehntelang vor dem Kriege versucht, die bedrohliche deutsche Wirtschaftskonkurrenz, den anwachsenden deutschen Seehandel usw., mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen zu brechen. Erst als man einsehen mußte, daß dies nicht gelingen würde, und im Gegenteil Deutschland durch die Bildung seiner Kriegsflotte anzeigte, daß es entschlossen war, seinen Wirtschaftskrieg wirklich bis zur friedlichen Eroberung der Welt durchzuführen, hat England als letzte Hilfe die Gewalt angerufen. Und nun, nachdem es Sieger geblieben ist, glaubt man, könne sich das Spiel von neuem wiederholen, wobei Deutschland zu allem Überfluß heute gar nicht in der Lage ist, eben dank seiner Innen- und Außenpolitik irgendein gewichtiges Machtmoment in die Waagschale zu werfen.

Der Versuch, durch Steigerung unserer Produktion und durch Verbilligung derselben die Ernährung unseres Volkes wiederherstellen und durchhalten zu können, wird endgültig daran scheitern, daß man mangels einer Schwertgewalt die letzte Konsequenz dieses Kampfes nicht auf sich nehmen kann. Damit wird das Ende aber ein Zusammenbruch der deutschen Volksernährung und damit all dieser Hoffnungen sein. Ganz abgesehen davon, daß zu allen europäischen Staaten, die als Exportnationen um den Weltmarkt kämpfen, nun auch noch die amerikanische Union als auf vielen Gebieten schärfster Konkurrent tritt. Die Größe und der Reichtum ihres Binnenmarktes gestatten dabei Produktionsziffern und damit Produktionseinrichtungen, die das Fabrikat so sehr verbilligen, daß trotz der enormen Löhne eine Preisunterbietung

14 Veralteter Begriff für Produktionskosten.
15 Hinweis auf die britische Kriegserklärung an Deutschland.
16 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

gar nicht mehr möglich erscheint. Als warnendes Beispiel darf (ich) hier die Entwicklung der Motorenindustrie gelten. Nicht nur, daß wir Deutsche z. B. trotz unserer lächerlichen Löhne nicht in der Lage sind, gegen die amerikanische Konkurrenz auch nur einigermaßen erfolgreich zu exportieren, [*gleichzeitig* ?] müssen wir zusehen, wie selbst in unserem eigenen Lande der amerikanische Wagen sich in beängstigender Weise breitmacht[17]. Dies ist nur möglich, weil die Größe des eigenen inneren Absatzmarktes, der Reichtum desselben an Kaufkraft und aber auch wieder an Rohstoffen der amerikanischen Automobilindustrie innere Absatzziffern garantiert, die allein schon Fabrikationsmethoden ermöglichen, die in Europa infolge des Fehlens dieser inneren Absatzmöglichkeiten einfach unmöglich wären[18]. Die Folge davon ist die enorme Exportfähigkeit der amerikanischen Automobilindustrie. Dabei handelt es sich hier um die allgemeine Motorisierung der Welt, also eine Angelegenheit von einer gar nicht abzumessenden Zukunftsbedeutung. Denn der Ersatz der menschlichen und animalischen Kraft durch den Motor ist erst am Beginn seiner Entwicklung, das Ende kann heute noch gar nicht abgeschätzt werden. Für die amerikanische Union jedenfalls steht die Automobilindustrie von heute an der Spitze aller Industrien überhaupt.

So wird aber auch auf zahlreichen anderen Gebieten unser[19] Kontinent als Wirtschaftsfaktor in aggressiver Form immer mehr in Erscheinung treten und dadurch mithelfen, den Kampf um den Absatzmarkt zu verschärfen. Die Zukunft Deutschlands muß einem unter Berücksichtigung aller Faktoren, besonders angesichts der Beschränktheit unseres eigenen Rohstoffmaterials und der dadurch bedrohlichen Abhängigkeit von anderen Ländern, als sehr trübe und traurig erscheinen.

Aber selbst, wenn Deutschland alle wirtschaftlichen Erschwerungen meistern würde, dann stände es eben immer nur dort, wo es am [*4.*] August 1914[20] schon gestanden hat. Die allerletzte Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um den Weltmarkt wird bei der Gewalt und nicht bei der Wirtschaft selber liegen.

Es ist unser Fluch aber gewesen, daß schon im Frieden[21] ein großer Teil gerade des nationalen Bürgertums durchdrungen war von der Meinung, durch die Wirtschaftspolitik der Gewalt entsagen zu können. Und auch heute sind ihre hauptsächlichsten Vertreter in jenen mehr oder minder pazifistischen Kreisen zu suchen, die als Gegner und Feinde aller heroischen, völkischen Tugenden in der Wirtschaft gerne eine staatserhaltende, ja sogar staatsbildende Kraft sehen möchten. Je mehr aber ein Volk sich zu dem Glauben bekennt, daß es durch wirtschafts-

---

17 1927 wurden Krafträder und Kraftfahrzeuge im Wert von 35.686.000 RM aus den USA in das Deutsche Reich exportiert. Entsprechende deutsche Waren wurden damals in den USA im Wert von 693.000 RM abgesetzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, Berlin 1928, S. 327 f.

18 Hitler machte ähnliche Bemerkungen in einer Rede am 3.12.1928 in Nürnberg: "Die deutsche Automobilindustrie z. B. hat ihre Möglichkeiten bereits begrenzt, so daß z. B. die amerikanische Automobilindustrie sich ursprünglich schon Fabrikationsmethoden von einer Größe beilegen kann, daß sie selbst bei uns noch konkurrenzfähig erscheinen." Diese Rede ist in der Forschung bislang irrtümlicherweise auf den 8.12.1928 datiert worden. Druck: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 1: Juli 1928 - Februar 1929. Hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München 1994, Dok. 61.

19 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "jener".

20 Vgl. Anm. 15.

21 Vgl. Anm. 9.

friedliche Betätigung allein sein Leben erhalten könne, um so mehr wird gerade seine Wirtschaft selbst dem Zusammenbruch ausgeliefert. Denn endgültig ist die Wirtschaft als eine rein sekundäre Angelegenheit im Völkerleben gebunden an die primäre Existenz eines kraftvollen Staates. Vor dem Pflug hat das Schwert zu stehen und vor der Wirtschaft eine Armee.

Indem man darauf in Deutschland verzichten zu können glaubt, muß die Ernährung unseres Volkes daran scheitern.

Sowie aber ein Volk überhaupt erst sein Leben mit dem Gedanken sättigt, durch wirtschaftsfriedliche Betätigung allein das tägliche Auskommen finden zu können, um so weniger wird es im Falle des Scheiterns dieses Versuches an eine gewaltsame Lösung denken, sondern im Gegenteil, es wird dann erst recht den leichtesten Weg einzuschlagen versuchen, der den Mißerfolg der Wirtschaft behebt, ohne das Blut dabei riskieren zu müssen. Tatsächlich befindet sich Deutschland schon heute mitten in diesem Zustand. Auswanderung[22] und Geburtenbeschränkung[23] sind die von den Vertretern der pazifistischen Wirtschaftspolitik und der marxistischen Staatsauffassung angepriesenen Medizinen [*sic!*] zur Rettung unseres Volkskörpers[24].

Das Ergebnis einer Befolgung dieser Ratschläge wird aber besonders für Deutschland von verhängnisvollster Bedeutung werden. Deutschland ist rassisch aus so ungleichwertigen Grundelementen zusammengesetzt, daß eine dauernde Auswanderung zwangsläufig die widerstandsfähigeren, kühneren und entschlosseneren Menschen aus unserem Volkskörper herauszieht. Es werden dies vor allem, wie die Wikinger von einst, auch heute die Träger des nordischen Blutes sein. Diese langsame Entnordung unseres Volkes führt zu einer Senkung unseres allgemeinen Rassenwertes und damit zu einer Schwächung unserer technischen, kulturellen und auch staatspolitischen, produktiven Kräfte. Die Folgen dieser Schwächung werden für die Zukunft deshalb besonders schwere sein, weil in die Weltgeschichte nun ein Staat als aktiv handelnder eintritt, der als wahrhaft europäische Kolonie jahrhundertelang auf dem Wege der Auswanderung die besten nordischen Kräfte Europas erhalten hat, die sich nun erleichtert durch die Gemeinsamkeit ihres ursprünglichen Blutes zu einer neuen Volksgemeinschaft von rassisch höchstem Wert ausgebildet haben. Die amerikanische Union ist nicht zufällig der Staat, in dem zur Zeit die weitaus meisten, zum Teil unglaublich kühnen Erfindungen gemacht werden. Dem alten Europa gegenüber, das durch Kriege und Auswanderung unendlich viel seines besten Blutes verloren hat, tritt das Amerikanertum als junges, rassisch ausgesuchtes Volk gegenüber[25]. Sowenig [*man*] nun die Leistung von 1.000 verkommenen Levantinern in Europa, sagen wir auf Kreta, gleichsetzen kann der Leistung von 1.000 rassisch noch viel

22 Vgl. Kap. I, Anm. 3, Kap. VI, Anm. 18.

23 Vgl. Kap. II, Anm. 7.

24 Die KPD befürwortete die völlige Freigabe der Abtreibung, in der SPD war die Haltung zum § 218 StGB umstritten. Führende Politikerinnen und Politiker von SPD und USPD forderten öffentlich immer wieder eine weitgehende Streichung des Abtreibungsparagraphen, obwohl das Spektrum der Meinungen innerhalb der Partei von der völligen Freigabe der Abtreibung bis hin zu einer vorsichtigen Reform der bestehenden Gesetzeslage durch eine Verringerung des Strafmaßes und die Einführung einer begrenzten Indikationsregelung reichte. Vgl. Karen Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 253 ff.

25 Im Zweiten Weltkrieg sprach Hitler anders. Vgl. Gerhard L. Weinberg, World in the Balance. Behind the Scenes of World War II, Hanover N. H. 1981, S. 53 ff.

wertvolleren Deutschen oder Engländern, sowenig kann man aber auch die Leistung von 1.000 rassisch bedenklichen Europäern gleichsetzen der Leistungsfähigkeit von 1.000 rassisch hochwertigen Amerikanern. Nur eine bewußt völkische Rassenpolitik könnte die europäischen Nationen davor retten, das Gesetz des Handelns an Amerika zu verlieren, infolge des minderen Wertes der europäischen Völker gegenüber dem amerikanischen. Wenn aber das deutsche Volk statt dessen, neben einer vom Juden betriebenen planmäßigen Verbastardierung mit minderem Menschenmaterial und einer dadurch bedingten Senkung seines Rassenniveaus an sich, außerdem noch durch eine Fortsetzung der Auswanderung in hundert- und aberhunderttausenden von Einzelexemplaren die besten Blutsträger nehmen läßt, wird es langsam zu einem ebenso minderwertigen wie damit unfähigen und wertlosen Volk heruntersinken. Die Gefahr ist besonders groß, seit bei vollkommener Gleichgültigkeit unsererseits die amerikanische Union selbst, angeregt durch die Lehren eigener Rassenforscher, besondere Maßstäbe für die Einwanderung aufgestellt hat[26]. Indem das Betreten des amerikanischen Bodens abhängig gemacht wird von bestimmten rassischen Voraussetzungen einerseits sowie von einer bestimmten körperlichen Gesundheit des einzelnen an sich, ist die Ausblutung Europas von seinen besten Menschen geradezu gesetzlich zwangsläufig geregelt worden. Etwas, was unsere ganze sogenannte nationale bürgerliche Welt und alle unsere Wirtschaftspolitiker entweder überhaupt nicht sehen oder zumindest dann nicht hören wollen, weil es ihnen unangenehm ist und weil es viel billiger ist, mit ein paar allgemeinen nationalen Phrasen über diese Dinge hinwegzugleiten.

Zu dieser naturnotwendigen Minderung des Allgemeinwertes unseres Volkes durch die infolge unserer Wirtschaftspolitik erzwungene Auswanderung kommt dann noch als zweiter Schaden die Geburtenbeschränkung hinzu. Ich habe die Folgen des Kampfes gegen das Kind bereits dargestellt. Sie liegen in einer Verminderung der Zahl der dem Leben präsentierten Einzelwesen, so daß eine weitere Auslese nicht mehr stattfinden kann. Die Menschen bemühen sich dann im Gegenteil, alles, was einmal geboren ist, unter allen Umständen am Leben zu erhalten. Da aber Fähigkeit, Tatkraft usw. nicht mit der Erstgeburt verbunden sein müssen, sondern erst im Laufe des Lebenskampfes im einzelnen sichtbar werden, nimmt man diesem jede Möglichkeit einer Siebung und Auswahl nach solchen Gesichtspunkten weg. Die Völker werden arm an Talenten und Energien. Wieder ist dies besonders schlimm bei Nationen, bei denen die Ungleichartigkeit der rassischen Grundelemente bis in die Familien hineinreicht. Denn nun tritt nach den Mendelschen Spaltungsgesetzen[27] in jeder Familie eine Spaltung der Kinder auf, die sie teils der einen rassischen Seite, teils der anderen zuweist. Sind diese Rassenwerte in ihrer Bedeutung für ein Volk aber verschiedene, dann wird damit sogar der Wert

26 Anspielung auf den Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924, der die Einwanderung in die USA sehr viel schärfer reglementierte. Bereits der First Quota Act vom 19.5.1921 hatte Höchstwerte für die Einwanderung einzelner Volksgruppen festgelegt. Druck: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 397 ff., 408 ff. sowie Anm. 37.

27 Die Spaltungsregel ist Teil der Vererbungslehre nach Gregor Mendel (1822-1884): Werden mischerbige Individuen untereinander gekreuzt, so sind ihre Nachkommen nicht alle gleich, sondern es treten neben mischerbigen auch reinerbige Individuen auf.

der Kinder einer Familie schon aus rassischen Gründen heraus ein ungleichartiger sein. Es liegt im Interesse eines Volkes, daß, da keineswegs die Erstgeburten nach der rassisch wertvolleren Seite der beiden Eltern auszuschlagen brauchen, das spätere Leben wenigstens aus der Gesamtzahl der Kinder durch den Lebenskampf die rassisch wertvolleren aussucht, der Nation erhält und umgekehrt die Nation in den Besitz der Leistungen dieser rassisch wertvolleren Einzelwesen setzt. Verhindert aber der Mensch selbst die Zeugung einer größeren Kinderzahl und beschränkt er sich auf die Erst- und höchstens Zweitgeburten, dann wird er, wenn diese nicht die rassisch wertvolleren Merkmale an sich haben, der Nation nichtsdestoweniger erst recht diese rassisch minderwertigeren Elemente zu erhalten trachten. Er fällt dem Ausleseprozeß der Natur dabei künstlich in den Arm, verhindert ihn und hilft dadurch aber mit an der Verarmung eines Volkes an kraftvollen Persönlichkeiten. Er zerstört die Spitzenwerte eines Volkes.

Das deutsche Volk, das an sich nicht jenen Durchschnittlichkeitswert hat wie z. B. das englische, wird aber ganz besonders auf Persönlichkeitswerte angewiesen sein. Die außerordentlichen Extreme, die wir im Leben unseres Volkes allenthalben beobachten können, sind nur die Folgeerscheinungen unserer blutsmäßigen Zerrissenheit in höher- und minderwertige Rasseneinzelelemente. Der Engländer wird im allgemeinen einen besseren mittleren Durchschnitt haben. Er wird vielleicht nie die schädlichen Tiefen unseres Volkes erreichen, aber auch nie die glänzenden Höhen. Sein Leben wird sich deshalb auf einer mehr mittleren Linie bewegen und von einer größeren Stetigkeit erfüllt sein. Das deutsche Leben ist demgegenüber in allem unendlich schwankend und unruhig und erhält seine Bedeutung nur durch die außerordentlichen Höchstleistungen, durch die wir die bedenklichen Seiten unseres Volkskörpers wieder aufwiegen. Sowie aber durch ein künstliches System diesen Höchstleistungen die persönlichen Träger genommen werden, fallen diese selber weg. Unser Volk geht dann einer dauernden Verarmung an Persönlichkeitswerten entgegen und damit einer Senkung seiner gesamten kulturellen und geistigen Bedeutung.

Wenn dieser Zustand erst einige hundert Jahre angehalten hat, wird zumindest unser deutsches Volk in seiner allgemeinen Bedeutung so geschwächt sein, daß es keinerlei Anspruch mehr erheben wird dürfen, als Weltvolk bezeichnet zu werden, auf alle Fälle aber wird es nicht mehr in der Lage sein, mit den Leistungen des wesentlich jüngeren, gesünderen amerikanischen Volkes gleichen Schritt zu halten. Wir werden dann bei uns aus einer großen Anzahl von Ursachen heraus das erleben, was nicht wenige alte Kulturvölker in ihrer geschichtlichen Entwicklung beweisen. An ihren Lastern und infolge ihrer Gedankenlosigkeit ist der nordische Blutsträger als rassisch wertvollstes Element der Kulturträger und Staatengründer langsam ausgeschieden und hat damit ein Menschendurcheinander zurückgelassen von so geringer innerer Bedeutung, daß die Gesetze des Handelns ihnen aus der Hand gewunden wurden, um auf andere jüngere und gesündere Völker überzugehen.

Der ganze Südosten Europas, besonders aber die noch älteren Kulturen Kleinasiens und Persiens sowie die der mesopotamischen Tiefebene liefern Schulbeispiele für den Verlauf dieses Prozesses.

So wie hier die Geschichte langsam von den rassisch wertvolleren Völkern des Abendlandes gestaltet wurde, so entsteht die Gefahr, daß die Bedeutung des rassisch minderwertigeren Europas langsam zu einer neuen Bestimmung der Weltschicksale durch das Volk des nordamerikanischen Kontinents führt.

Daß diese Gefahr ganz Europa droht, wird immerhin von einzelnen heute schon erkannt. Nur was sie für Deutschland bedeutet, wollen die wenigsten wissen. Unser Volk wird, wenn es mit gleicher politischer Gedankenlosigkeit wie bisher in die Zukunft hineinlebt, dem Anspruch auf Weltbedeutung endgültig entsagen müssen. Es wird rassisch mehr und mehr verkümmern, bis es endlich zu degenerierten, animalischen Freßsäcken heruntersinkt, denen selbst die Erinnerung an die vergangene Größe fehlen wird. Staatlich im Rahmen der kommenden Weltstaatenordnung höchstens das, was die Schweiz und Holland im bisherigen Europa waren.

Das wird das Ende des Lebens eines Volkes sein, dessen Geschichte 2.000 Jahre die Weltgeschichte gewesen ist.

Mit nationalbürgerlichen dummen Phrasen, deren praktische Unsinnigkeit und Wertlosigkeit schon durch die Erfolge der bisherigen Entwicklung bewiesen sein müßte, wird dieses Schicksal nicht mehr geändert. Nur eine neue Reformationsbewegung, die der rassischen Gedankenlosigkeit ein bewußtes Erkennen gegenübersetzt und alle Folgerungen aus diesem Erkennen zieht, kann unser Volk von diesem Abgrund noch zurückreißen.

Es wird die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung sein, die heute entweder schon vorhandenen oder durch[28] werdenden Erkenntnisse und wissenschaftlichen Einsichten der Rassenlehre sowie der durch sie geklärten Weltgeschichte in die praktisch angewandte Politik zu überführen.

Da das Schicksal Deutschlands wirtschaftlich heute Amerika gegenüber zum Teil auch das Schicksal anderer Nationen in Europa ist, findet wieder besonders bei unserem Volk eine Bewegung gläubige Anhänger, die der Union der amerikanischen Staaten eine solche Europas gegenüberzustellen wünscht, um dadurch einer drohenden Welthegemonie des nordamerikanischen Kontinents vorzubeugen.

Die paneuropäische Bewegung scheint wirklich für diese wenigstens im ersten Augenblick manches Bestechende für sich zu haben[29]. Ja wenn man die Weltgeschichte nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilen könnte, möchte das vielleicht sogar zutreffen. Für den Geschichtsmechaniker und damit mechanischen Politiker sind zwei immer mehr als eins. Im Völkerleben entscheiden aber eben nicht Zahlen, sondern Werte. Daß die amerikanische Union zu einer so bedrohlichen Höhe aufzusteigen vermag, liegt nicht in der Tatsache begründet, daß dort ...[30] Millionen Menschen einen Staat bilden, sondern in der Tatsache, daß ...[30] Millionen Quadratkilometer fruchtbarsten und reichsten Bodens von ...[30] Millionen Menschen höchsten Rassenwertes bewohnt sind. (Wobei schon die Tatsache, daß es) Daß diese Menschen dabei trotz der räumlichen Größe ihres Lebensgebietes einen Staat bilden, hat für die andere Welt in-

28 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "doch".

29 Hitler greift hier die paneuropäische Bewegung des Richard (Graf von) Coudenhove-Kalergi an. Ungefähr zur Zeit des Diktats dieser Zeilen erschienen Angriffe auf Coudenhove-Kalergi im VB, vgl. VB vom 5.7.1928, "Der paneuropäische Schwindel" sowie vom 17.7.1928, "Der aufdringliche Coudenhove-Kalergi". Zur politischen Zielsetzung der Paneuropa-Bewegung vgl. Ralph White, The Europeanism of Coudenhove-Kalergi. In: European Unity in Context. The Interwar Period. Hrsg. von Peter M. R. Stirk, London 1989, S. 23-40. Zu Coudenhove-Kalergi vgl. Anm. 36.

30 Auslassungen in der Vorlage. Die USA umfaßten 1920 eine Fläche von 9.371.749 km² mit einer Bevölkerung von 105.765.656 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 4*.

soferne eine erhöhte Bedeutung, als damit eine zusammenfassende Organisation besteht, dank deren eben der rassisch bedingte Einzelwert dieser Menschen einen geschlossenen Gesamteinsatz zur Durchfechtung des Lebenskampfes finden kann.

Wäre dies nicht richtig, läge mithin die Bedeutung der amerikanischen Union nur in der Volkszahl allein oder auch in der Größe des Raumes oder in dem Verhältnis, in dem dieser Raum zur Volkszahl steht, dann würde für Europa Rußland mindestens genauso gefährlich sein. Das heutige Rußland umfaßt ...[31] Millionen Menschen auf ...[31] Millionen qkm. Diese Menschen sind auch in einem Staatswesen zusammengefaßt, dessen Wert, traditionell genommen, sogar ein höherer sein müßte als der der amerikanischen Union, allein trotzdem wird es keinem Menschen einfallen, deshalb eine russische Hegemonie für die Welt zu befürchten. Der Zahl des russischen Volkes liegt kein solcher innerer Wert bei, daß diese Zahl zu einer Gefahr für die Freiheit der Welt werden könnte. Zumindest nie im Sinne einer wirtschaftlichen und machtpolitischen Beherrschung der anderen Erde, sondern höchstens in dem einer Überschwemmung mit Krankheitsbazillen, die zur Zeit in Rußland ihren Herd haben.

Wenn aber die Bedeutung der drohenden amerikanischen Hegemoniestellung durch den Wert des amerikanischen Volkes in erster Linie und dann erst in zweiter durch die Größe des diesem Volk gegebenen Lebensraumes und des dadurch günstigen Verhältnisses zwischen Volkszahl und Grundfläche bedingt erscheint[32], dann wird diese Hegemonie nicht beseitigt durch einen rein formalen zahlenmäßigen Zusammenschluß europäischer Völker, soferne nicht deren innerer Wert ein höherer als der der amerikanischen Union ist. Sonst müßte dieser amerikanischen Union besonders das heutige Rußland als höchste Gefahr erscheinen, wie noch mehr das mit über 400 Millionen Menschen bevölkerte China[33].

So beruht die paneuropäische Bewegung zunächst schon auf dem fundamentalen Grundirrtum, daß man Menschenwerte durch Menschenzahl ersetzen könnte. Es ist dies eine rein mechanische Geschichtsauffassung, die der Erforschung aller gestaltenden Kräfte des Lebens weit aus dem Wege geht, um statt dessen in ziffernmäßigen Majoritäten sowohl die schöpferischen Quellen der menschlichen Kultur als auch die Geschichte bildenden Faktoren zu sehen. Diese Auffassung entspricht der Sinnlosigkeit unserer westlichen Demokratie ebenso sehr wie dem feigen Pazifismus unserer Überwirtschaftskreise [*sic!*]. Daß sie das Ideal aller minderwertigen oder halbrassischen Bastarde ist, liegt auf der Hand. Ebenso, daß der Jude eine solche Auffassung besonders begrüßt, führt sie doch in ihrer konsequenten Befolgung zu einem Rassenchaos und Durcheinander, zu einer Verbastardung und Vernìggerung der Kulturmenschheit und endlich damit zu einer solchen Senkung ihres rassischen Wertes, daß der sich davon freihaltende Hebräer langsam zum Weltherren aufzusteigen vermag. Wenigstens bildet er sich ein, einmal zum Gehirn dieser wertlos gemachten Menschheit (emporsteigen) auswachsen zu können.

Abgesehen aber von diesem fundamentalen Grundirrtum der paneuropäischen Bewegung ist auch der Gedanke, durch einen Zusammenschluß europäischer Völker aus dem Zwang einer allgemeinen Einsicht in eine drohende Not heraus [*sic!*] eine phantastische, geschichtlich

31 Auslassungen in der Vorlage. Die UdSSR umfaßte 1926 eine Gesamtfläche von 21.342.872 km² mit einer Bevölkerung von 146.989.460 Einwohnern. Vgl. ebenda, S. 1* f.

32 Vgl. Anm. 30.

33 China umfaßte 1920 eine Fläche von 11.081.000 km² mit einer Bevölkerung von 433.000.000 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 2*.

unmögliche Kinderei. Ich will dabei nicht sagen, daß ein solcher Zusammenschluß unter jüdischem Protektorat und auf jüdischen Antrieb an sich vornherein unmöglich wäre, sondern nur, daß das Ergebnis nicht den Hoffnungen entsprechen könnte, ob deren man den ganzen Zauber in Szene setzt. Denn man glaube nun nicht, daß eine solche europäische Koalition irgendeine Kraft mobilisieren könnte, die nach außen hin in Erscheinung träte. Es ist eine alte Erfahrung, daß dauerhafte Volkszusammenschlüsse nur stattfinden können, wenn rassisch an sich gleichwertige und verwandte Völker in Frage kommen und wenn zweitens ihr Zusammenschluß in der Gestalt des langsamen Prozesses eines Hegemoniekampfes stattfindet. So hat einst *Rom* die ladinischen [*sic!*] Staaten einen nach dem anderen unterworfen, bis endlich seine Kraft genügte, um zum Kristallisationspunkt eines Weltreiches zu werden. Dies ist aber ebenso (durch) die Geschichte der Entstehung des englischen Weltreiches. So hat weiter Preußen die deutsche Staatszerrissenheit beendigt, und so könnte auch ganz allein auf diesem Wege einst ein Europa entstehen, das in einer geschlossenen staatlichen Form die Interessen seiner Bevölkerung wahrnimmt. Allein - dies würde nur das Ergebnis eines jahrhundertelangen Ringens sein können, da eine unendliche Menge alter Überlieferungen und Traditionen überwunden werden müßte und eine Angleichung von Völkern stattzufinden hätte, die schon rassisch außerordentlich weit auseinanderklaffen. Die Schwierigkeit, einem solchen Gebilde dann eine einheitliche Staatssprache zu geben, ließe sich ebenfalls nur in einem jahrhundertelangen Vorgang lösen.

Dies alles wäre aber dann keine (Erfüllung) Verwirklichung der heutigen paneuropäischen Gedankengänge, sondern der Erfolg des Lebenskampfes der kraftvollsten Nation in Europa, und was dann übrigbliebe, würde so wenig ein Paneuropa sein, wie die Einigung der ladinischen [*sic!*] Staaten einst etwa ein Pan-Ladinien [*sic!*] war. Die Macht, die damals diesen Einigungsprozeß in jahrhundertelangen Kämpfen durchgeführt hat, hat dem ganzen Gebilde für immer auch den Namen gegeben. Und die Macht, die heute auf so natürlichem Wege ein Paneuropa schüfe, würde ihm damit zugleich auch die Bezeichnung Paneuropa rauben.

Aber selbst in diesem Falle würde der erwünschte Erfolg ausbleiben. Denn sowie heute irgendeine europäische Großmacht - und es könnte sich dabei natürlich nur um eine ihrem Volkstum nach wertvolle, also rassisch bedeutende Macht handeln - auf diesem Wege Europa zu einer Einheit brächte, so würde die letzte Vollendung dieser Einheit die rassische Niedersenkung ihrer Gründer bedeuten und damit dem ganzen Gebilde eben doch den letzten Wert nehmen. Niemals würde man damit ein Gebilde schaffen können, das der amerikanischen Union stand[*zu*]halten vermöchte[34].

Nordamerika wird in der Zukunft nur der Staat die Stirne zu bieten vermögen, der es verstanden hat, durch das Wesen seines inneren Lebens sowohl als durch den Sinn seiner äußeren Politik den Wert seines Volkstums rassisch zu heben und staatlich in die hierfür zweckmäßigste Form zu bringen. Indem aber eine solche Lösung als möglich hingestellt wird, werden sich an ihr eine ganze Anzahl von Nationen zu beteiligen vermögen, was zu einer erhöhten Ertüchtigung schon infolge der gegenseitigen Konkurrenz führen kann und führen wird.

Es ist wieder die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung das eigene Vaterland selbst für diese Aufgabe auf das äußerste zu stärken und vorzubereiten.

34 Zu Hitlers europapolitischen Vorstellungen vgl. Paul Kluke, Nationalsozialistische Europaideologie. In: VfZ 3 (1955), S. 240-275.

Der Versuch aber, durch einen rein formalen Zusammenschluß europäischer Völker den paneuropäischen Gedanken zu verwirklichen, ohne in jahrhundertelangen Kämpfen von einer europäischen Vormacht erzwungen zu werden, würde zu einem Gebilde führen, dessen gesamte Kraft und Energie genauso durch die inneren Rivalitäten und Streitigkeiten absorbiert würde, wie einst die Kraft der deutschen Stämme im Deutschen Bund. Erst als durch die Übermacht Preußens die innere deutsche Frage endgültig gelöst war, konnte ein vereinter Krafteinsatz der Nation nach außen erfolgen. Es ist aber leichtsinnig zu glauben, daß die Auseinandersetzung zwischen Europa und Amerika nur immer wirtschaftsfriedlicher Natur sein würde, wenn wirtschaftliche Momente endlich zu bestimmenden Faktoren des Lebens anwachsen. Überhaupt lag es im Wesen der Entstehung des nordamerikanischen Staates, daß dieser zunächst wenig Interesse für außenpolitische Probleme zeigen konnte. Nicht nur infolge des Fehlens einer langen staatlichen Tradition, sondern einfach infolge der Tatsache, daß dem natürlichen Expansionstrieb der Menschen innerhalb des amerikanischen Kontinents selbst außerordentlich weite Gebiete zur Verfügung standen. Daher war die Politik der amerikanischen Union im Augenblick der Loslösung von den europäischen Mutterstaaten an bis in die neueste Zeit in erster Linie nur Innenpolitik[35]. Ja, die Freiheitskämpfe selbst waren im Grunde nichts anderes als die Abschüttelung außenpolitischer Bindungen zugunsten eines ausschließlich innerpolitisch gedachten Lebens. In eben dem Maße, in dem aber das amerikanische Volk die Aufgaben der inneren Kolonisation mehr und mehr vollzogen hat, wird der natürliche aktivistische Trieb, der besonders jungen Völkern zu eigen ist, sich nach außen kehren. Den Überraschungen aber, die die Welt dann vielleicht noch erleben mag, würde am allerwenigsten ein pazifistisch-demokratischer-paneuropäischer Durcheinanderstaat ernstlichen Widerstand entgegensetzen können. Dieses Paneuropa nach Auffassung des Allerweltsbastarden Coudenhove[36] würde der amerikanischen Union oder einem national erwachten China gegenüber einst dieselbe Rolle spielen wie der altösterreichische Staat gegenüber Deutschland oder Rußland.

Wirklich nicht widerlegt zu werden braucht aber die Meinung, daß, weil in der amerikanischen Union eine Verschmelzung von Menschen verschiedenster Volksabstammung stattgefunden hat, dies auch in Europa möglich sein müßte. Die amerikanische Union hat allerdings Menschen verschiedener Volkszugehörigkeit zu einem jungen Volk zusammengefügt. Allein bei näherem Hinsehen ergibt sich, daß die überwältigende Mehrzahl dieser verschiedenen Volksangehörigen rassisch gleichen oder zumindest verwandten Grundelementen angehören. Denn da der Auswanderungsprozeß in Europa ein Prozeß der Auslese der Tüchtigsten war, diese Tüchtigkeit aber bei allen europäischen Völkern in erster Linie in den nordischen Beimischungen lag, hat die amerikanische Union tatsächlich aus an sich sehr verschiedenen Völkern

35 Anspielung auf die 1823 verkündete "Monroe-Doktrin" der USA, sich nicht in die europäische Politik einzumischen, jeden Eingriff europäischer Mächte auf dem gesamten amerikanischen Kontinent aber als unfreundlichen Akt aufzufassen. Dieser Grundsatz bestimmte die Außenpolitik der USA bis zum Eintritt in den Ersten Weltkrieg 1917.

36 Richard (Graf von) Coudenhove-Kalergi (1894-1972), 1917 Dr. phil., Schriftsteller, 1923 Gründung der Paneuropa-Union (PEU), September 1929 Präsident der Paneuropa-Union, seit 1934 Unterstützung durch Engelbert Dollfuß, Kurt (von) Schuschnigg und Benito Mussolini, seit März 1938 im Exil, 1941 Lehrauftrag an der New York University, 1944 Verfassungsentwurf für die "Vereinigten Staaten von Europa".

die (rassisch) unter sie verstreuten nordischen Elemente herausgezogen. Rechnet man weiter noch dazu, daß es sich dabei um Menschen handelte, die nicht Träger irgendeiner Staatsgesinnung waren, mithin von keinerlei Tradition belastet erschienen, weiter die Größe des Eindrucks der neuen Welt, der alle Menschen mehr oder weniger erliegen, so wird es einem verständlich, warum es gelingen konnte, daß in kaum 200 Jahren aus Menschen aller europäischen Nationen ein neues Staatsvolk entstehen konnte. Es muß aber bedacht werden, daß schon im letzten Jahrhundert dieser Prozeß der Verschmelzung in eben dem Maße schwieriger wurde, in dem unter dem Zwang der Not Europäer nach Nordamerika gingen, die als Angehörige europäischer Nationalstaaten sich nicht nur volklich mit ihnen auch weiterhin verbunden fühlten, sondern besonders deren staatliche Tradition höher schätzten als die Bürgerschaft in ihrer neuen Heimat. Blutfremde Menschen mit ausgeprägt eigenem Nationalgefühl oder Rasseinstinkt hat übrigens auch die amerikanische Union nicht einzuschmelzen vermocht. Sowohl gegenüber dem chinesischen als auch gegenüber dem japanischen Element hat die Assimilierungskraft der amerikanischen Union versagt. Man fühlt dies auch genau und weiß es und möchte deshalb am liebsten diese Fremdkörper von der Einwanderung ausschalten[37]. Allein damit bestätigt die amerikanische Einwanderungspolitik selbst, daß die bisherige Verschmelzung eben doch Menschen bestimmter gleichmäßiger Rassengrundlagen voraussetzte und sofort mißlingt, sowie es sich um grundsätzlich andersartige Menschen handelt. Daß sich dabei die amerikanische Union selbst als nordisch-germanischer Staat fühlt und keineswegs als internationaler Völkerbrei, geht auch weiter hervor aus der Art der Zuteilung der Einwanderungsquoten an die europäischen Völker[38]. Skandinavier, also Schweden, Norweger, weiter Dänen, dann Engländer und endlich Deutsche erhalten die größten Kontingente zugewiesen. Romanen und Slawen sehr geringe, Japaner, Chinesen würde man am liebsten überhaupt ausschließen. Diesem mithin rassisch (dominierend) vorherrschend nordischen Staat eine europäische Koalition oder ein Paneuropa, bestehend aus Mongolen, Slawen, Deutschen, Romanen usw., in dem alles andere als Germanen dominieren würden, als widerstandsfähigen Faktor entgegensetzen zu wollen, ist eine Utopie. Allerdings eine sehr gefährliche Utopie, wenn man bedenkt, daß wieder viele ungezählte Deutsche eine rosige Zukunft sehen, ohne schwerste Opfer dafür bringen zu müssen. Daß diese Utopie dabei ausgerechnet aus Österreich[39] herauswächst, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Ist doch dieser Staat und sein Schicksal das lebendigste Beispiel für die enorme Kraft, die solchen künstlich zusammengeleimten, in sich aber unnatürlichen Gebilden zu eigen ist. Es ist der wurzellose Geist der alten Reichshauptstadt Wien, jener Mischlingsstadt von Orient und Okzident, der dabei zu uns spricht.

---

37 Mit dem First Quota Act vom 19.5.1921 versuchte die Regierung der USA, einzelne Obergrenzen für die Einwanderung in die USA festzulegen. Pro Jahr sollten höchstens 3% derjenigen nationalen Volksgruppen einwandern, deren Mitglieder 1910 bereits in den USA gelebt hatten, jedoch außerhalb der USA geboren waren. Unter die Ausnahmen dieser Regelung fielen auch die Angehörigen der sogenannten Asiatic barred zone. Vgl. Michael C. Le May, From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987, S. 74 ff. Gesetzestext: Laws Applicable to Immigration and Nationality, S. 397 ff.

38 Von den 4.107.209 Menschen, die in den Jahren 1921-30 in die USA einwanderten, kamen 58% aus Süd- und Osteuropa, 23% aus Nord- und Westeuropa, 11% aus Nordamerika, 5% aus Lateinamerika und 3% aus Asien. Vgl. Le May, Open Door, S. 5, 76.

39 Coudenhove-Kalergi lebte damals in Wien.

[*KAPITEL X*]

[*KEINE NEUTRALITÄT*]

Zusammenfassend kann also noch einmal gesagt werden, daß unsere bürgerlich-nationale Politik, deren außenpolitisches Ziel die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 ist, unsinnig, ja verhängnisvoll ist. Sie bringt uns zwangsläufig in Konflikt mit allen Staaten, die am Weltkrieg teilgenommen haben. Sie garantiert damit das weitere Fortbestehen der uns langsam abwürgenden Koalition der Sieger. Sie sichert dabei Frankreich immer eine günstige öffentliche Meinung in der anderen Welt bei seinem ewigen Vorgehen gegen Deutschland. Sie würde, selbst wenn sie Erfolg hätte, im Resultat für die deutsche Zukunft gar nichts bedeuten, uns aber trotzdem zwingen, mit Blut und Stahl zu kämpfen. Sie verhindert weiter aber besonders jede Stabilität der deutschen Außenpolitik überhaupt.

Es war mit ein Charakteristikum unserer Politik der Vorkriegszeit, daß sie dem außenstehenden Betrachter das Bild von ebenso schwankenden wie oft unergründlichen Entschlüssen geben mußte. Wenn man vom Dreibund [1] selber absieht, dessen Erhaltung doch kein außenpolitischer Zweck, sondern nur ein Mittel zu einem solchen Zweck sein konnte, kann man an der Leitung der Schicksale unseres Volkes in der Vorkriegszeit keine stabile Idee entdecken. Dies ist natürlich unverständlich [2]. Im Augenblick, in dem das außenpolitische Ziel nicht mehr hieß Kampf für die Interessen des deutschen Volkes, sondern Erhaltung des Weltfriedens, verlor man den Boden unter den Füßen. Die Interessen eines Volkes kann ich bestimmt umreißen, sie festlegen und, ganz gleich wie im einzelnen die Möglichkeiten ihrer Vertretung liegen, das große Ziel dennoch ununterbrochen im Auge behalten. Allmählich wird auch die übrige Menschheit eine allgemeine Kenntnis von den besonderen, bestimmten, leitenden, außenpolitischen Gedanken eines Volkes erhalten. Dies gibt dann die Möglichkeit, die Verhältnisse untereinander dauerhafter zu regeln, sei es im Sinne eines beabsichtigten Widerstandes gegen das erkannte Vorgehen einer solchen Macht oder einer billigen Kenntnisnahme davon oder auch im Sinne einer Verständigung, da eigene Interessen vielleicht auf gemeinsamem Wege erreicht werden können.

Diese Stabilität der Außenpolitik kann man bei einer ganzen Reihe europäischer Staaten feststellen. Rußland zeigt in langen Perioden seiner Entwicklung bestimmte außenpolitische Ziele, die dann sein gesamtes Handeln beherrschen. Frankreich hat im Laufe von Jahrhunderten außenpolitisch gleichmäßige Absichten vertreten, ohne Rücksicht darauf, wer jeweils in Paris die politische Macht verkörperte. Von England darf man nicht nur als dem Staat einer traditionellen Diplomatie, sondern vor allem als dem Staat einer zur Tradition gewordenen außenpolitischen Idee sprechen. Bei Deutschland war eine solche Idee nur periodisch am preußischen Staat festzustellen. In der kurzen Zeit Bismarckischer Regierungskunst sehen wir Preußen seine deutsche Mission erfüllen, und damit aber endet auch jedes weit gesteckte außenpo-

1 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.

2 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "natürlich und verständlich".

litische Ziel. Das neue Deutsche Reich hat besonders seit Bismarcks Abgang ein solches Ziel nicht mehr besessen, da die Parole der Erhaltung des Friedens, also der Aufrechterhaltung eines gegebenen Zustandes, keinerlei stabilen Inhalt oder Charakter besitzt. Wie überhaupt jede passive Parole in Wirklichkeit zum Spielball des offensiven Wollens verdammt ist. Nur wer selbst handeln will, vermag auch sein Handeln nach seinem Willen zu bestimmen. Daher hatte die Triple-Entente [3], die handeln wollte, auch alle Vorzüge, die in der Selbstbestimmung des Handelns liegen, für sich, während der Dreibund durch seine beschaulichere Weltfriedenserhaltungstendenz in eben dem Maße im Nachteil war. So wurde auch der Krieg in Zeitpunkt und Eröffnung von den Nationen mit bestimmtem außenpolitischen Ziel festgelegt, während umgekehrt die Dreibundmächte von ihm in einer alles eher als günstigen Stunde überrascht wurden [4]. Hätte man in Deutschland auch nur im geringsten selbst eine kriegerische Absicht gehabt, dann wäre es möglich gewesen, durch eine Anzahl von Maßnahmen, die spielerisch durchgeführt hätten werden können, schon (im) dem Kriegsbeginn ein ganz anderes Gesicht zu geben. Aber Deutschland hatte ja kein bestimmtes außenpolitisches Ziel im Auge, dachte an keinerlei aggressive Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles und wurde infolgedessen von den Ereignissen überrascht.

Von Österreich-Ungarn durfte man an sich kein anderes außenpolitisches Ziel zu hoffen [*sic!*], als sich durch die Fährnisse der europäischen Politik durchzuwinden, daß das morsche Staatsgebilde möglichst nirgends anstieß, um so den wirklichen inneren Charakter dieser monströsen Staatsleiche vor der Welt verbergen zu können.

Das deutsche nationale Bürgertum, von dem ich hier immer nur sprechen kann, da der internationale Marxismus ja an sich nur das Ziel einer Vernichtung Deutschlands kennt, hat aus der Vergangenheit auch heute nichts gelernt. Man fühlt auch heute noch nicht die Notwendigkeit, der Nation ein außenpolitisches Ziel zu setzen, das für die deutsche Zukunft als befriedigend angesehen werden darf und damit auf eine mehr oder minder lange Zeit unserem außenpolitischen Streben eine bestimmte Stabilität geben kann. Denn erst, wenn ein solches mögliches außenpolitisches Ziel grundsätzlich abgesteckt erscheint, kann man sich im einzelnen über die Möglichkeiten unterhalten, die zum Erfolge zu führen vermögen. Erst dann tritt also die Politik in das Stadium der Kunst des Möglichen [5] ein. Solange aber dieses ganze politische Leben überhaupt von keinem leitenden Gedanken beherrscht ist, werden die einzelnen Aktionen nicht den Charakter der Ausnützung aller Möglichkeiten zur Erreichung eines bestimmten Erfolges an sich haben, sondern sie sind dann immer nur einzelne Stationen auf dem Wege des ziel- und planlosen Fortwurstelns von heute auf morgen. Dann wird vor allem jene Beharrlichkeit abhanden kommen, die die Durchfechtung großer Ziele immer erfordert, d. h.: Man wird heute das versuchen und morgen jenes, wird übermorgen diese außenpolitische Möglichkeit ins Auge fassen und plötzlich einer ganz verkehrten Absicht huldigen, soferne nicht dieses ersichtliche Durcheinander als Durcheinander am Ende den Wünschen jener Macht entspricht, die heute Deutschland regiert und in Wahrheit nicht will, daß unser Volk je noch zu einer

3 Lose politische Verbindung zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland seit dem britisch-russischen Ausgleich in Asien 1907; 1911/12 ergänzt und gefestigt durch militärische Abmachungen.

4 Vgl. Kap. IX, Anm. 16.

5 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

Wiedererhebung komme. Nur das internationale Judentum kann ein lebendiges Interesse an einer deutschen Außenpolitik besitzen, die durch ihre ewig unvernünftig erscheinenden Sprünge jenen klaren Plan vermissen läßt und die als einzige Rechtfertigung höchstens die Äußerung besitzt: "Ja, wir wissen natürlich auch nicht, was getan werden soll, aber wir tun eben etwas, weil etwas getan werden muß." Ja, man kann nicht selten geradezu hören, daß diese Menschen vom inneren Sinn ihrer außenpolitischen Handlungen selbst so wenig überzeugt sind, daß sie als höchste Motivierung nur die Frage vorlegen können, ob denn ein anderer etwas Besseres wüßte. Das ist das Fundament, auf dem die Staatskunst eines Gustav Stresemann dann ruht.

Demgegenüber ist es aber gerade heute mehr denn je nötig, daß das deutsche Volk ein außenpolitisches Ziel sich aufstellt, das seinen wirklichen inneren Bedürfnissen entgegenkommt und umgekehrt seinem außenpolitischen Handeln für die zunächst menschlich absehbare Zeit eine unbedingte Stabilität gewährt. Denn nur, wenn unser Volk auf solche Weise seine Interessen grundsätzlich bestimmt und dann beharrlich verficht, kann es hoffen, den einen oder anderen Staat, dessen Interessen den unseren, nunmehr endgültig festgelegten nicht entgegenstehen, ja sogar gleichlaufend sind, zu bewegen, in eine nähere Verbindung mit Deutschland zu treten. Denn der Gedanke, aus dem Völkerbunde heraus die Not unseres Volkes lösen zu wollen[6], ist genauso unberechtigt, als der, aus dem Frankfurter Bundesparlament die deutsche Frage entscheiden zu lassen, gewesen war[7].

Im Völkerbund dominieren die saturierten Nationen. Ja, er ist deren Instrument. Sie haben zum größten Teil kein Interesse daran, an der Raumverteilung der Erde eine Änderung eintreten zu lassen[8], außerdem [*sic!*] sie spräche wieder zu ihren Gunsten. Und indem sie vom Recht der kleinen Nationen reden, haben sie in Wirklichkeit nur die Interessen der größten im Auge.

Wenn Deutschland noch einmal zu einer wahren Freiheit kommen will, um unter ihrem Segen dem deutschen Volk das tägliche Brot geben zu können, dann wird es seine Maßnahmen hiefür außerhalb des Völkerbundsparlaments zu Genf zu treffen haben. Dann wird es aber notwendig sein, daß es mangels einer genügenden eigenen Kraft Verbündete findet, die glauben können, im Zusammengehen mit Deutschland auch eigenen Interessen zu dienen zu vermögen. Niemals aber wird ein solcher Zustand eintreten, wenn diesen Völkern nicht das wirkliche außenpolitische Ziel Deutschlands vollkommen klar geworden ist. Und vor allem nie wird Deutschland selbst die Kraft und innere Stärke zu jener Beharrlichkeit erhalten, die nun einmal notwendig ist, um Widerstände der Weltgeschichte hinwegzuräumen. Nie wird man dann lernen, im einzelnen sich zu gedulden und wenn notwendig auch zu verzichten, um im Großen endlich das lebensnotwendige Ziel erreichen zu können. Denn auch unter Bundesgenossen wird das Verhältnis nie ein vollständig reibungsloses sein. Immer wieder werden Störungen der gegenseitigen Beziehungen auftreten können, um gefahrdrohende Formen anzunehmen, wenn eben nicht in der Größe des einmal gesteckten außenpolitischen Ziels die Kraft zur

---

6 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundsversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

7 Der deutschen Nationalversammlung, die vom 18.5.1848 bis 30.5.1849 in der Frankfurter Paulskirche getagt hatte, war es nicht gelungen, ihr Ziel eines deutschen Nationalstaats zu erreichen.

8 Vgl. Kap. II, Anm. 2.

Überwindung kleiner Unannehmlichkeiten und Widerstände liegt. Hier darf die französische Staatsleitung der Jahrzehnte vor dem Kriege als mustergültiges Vorbild dienen. Wie sie zum Unterschiede unserer ewig plärrenden und dabei nicht selten den Mond anbellenden Hurra-Patrioten über alles Kleine hinwegging, ja selbst zu sehr bitteren Vorkommnissen schwieg, um die Möglichkeit der Organisation des Revanche-Krieges gegen Deutschland nicht zu verlieren.

Wichtig erscheint die Aufsteckung [*sic!*] eines klaren außenpolitischen Zieles aber besonders deshalb noch, weil es sonst den Vertretern anderer Interessen im eigenen Volk stets möglich sein wird, die öffentliche Meinung zu verwirren und kleine, zum Teil sogar provozierte Vorfälle zum Anlaß einer Umstimmung der außenpolitischen Meinung zu machen. So wird Frankreich immer wieder versuchen, aus kleinen Zwistigkeiten, die sich entweder aus der Lage der Dinge selbst ergeben oder die es auch künstlich fabriziert, Verstimmungen, ja Entfremdungen unter den Völkern herbeizuführen, die nach der ganzen Natur ihrer wirklichen Lebensinteressen aufeinander angewiesen wären und zum gemeinsamen Handeln gegen Frankreich auftreten müßten. Solche Versuche werden aber immer nur dann Erfolg haben, wenn infolge des Fehlens eines unverrückbaren außenpolitischen Ziels die eigenen politischen Handlungen keine wahrhafte Stabilität besitzen und vor allem deshalb auch die Beharrlichkeit fehlt, die Maßnahmen vorzubereiten, die der Erfüllung der eigenen politischen Zielsetzung dienlich sind.

Das deutsche Volk, das weder eine außenpolitische Tradition noch ein außenpolitisches Ziel besitzt, wird an sich immer leicht geneigt sein, utopistischen Idealen zu huldigen und seine wirklichen Lebensinteressen dabei zu vernachlässigen. Für was [*hat*] unser Volk nicht alles in den letzten 100 Jahren geschwärmt. Bald waren es Griechen, die wir retten wollten vor der Türkei [9], dann wieder Türken, denen wir unsere Zuneigung schenkten gegen Russen [10] und Italiener [11], dann fand unser Volk wieder einen Zauber darin, für polnische Freiheitskämpfer zu schwärmen [12], um dann mit Buren zu fühlen [13] usw. usw. Was haben aber alle diese dümm-

9 Anspielung auf die Unterstützung, die der griechische Unabhängigkeitskrieg gegen die Türkei (1821-1829) gerade in Deutschland fand. Vgl. Christoph Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

10 Während des Krimkriegs (1853-1856) verbündete sich Österreich am 2.12.1854 mit den Westmächten gegen Rußland, ohne in den Krieg aktiv einzugreifen. Preußen, das am 20.4.1854 mit Österreich eine Defensivallianz abgeschlossen hatte, blieb neutral. Vgl. Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, S. 22 ff.
Die im Russisch-Türkischen Krieg (1877/78) errungenen und im Frieden von San Stefano vermeintlich gesicherten Erfolge Rußlands mußten auf Intervention der Großmächte, darunter Österreich-Ungarn und Deutschland, 1878 auf dem Berliner Kongreß teilweise wieder aufgegeben werden. Vgl. Der Berliner Kongreß 1878. Protokolle und Materialien. Hrsg. von Immanuel Geiss, Boppard a. Rh. 1978.

11 Gemeint ist der Tripolitanische Krieg. Vgl. Kap. VII, Anm. 39.
Zur Stimmung der politischen Führungsschicht in Deutschland notierte Hildegard Freifrau von Spitzemberg am 25.9.1911: "Der Türkei haben wir ihren Besitzstand garantiert, den unser Dreibundskamerad aufs frechste angreifen will, von England aufgehetzt natürlich." Vgl. Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches. Ausgewählt und herausgegeben von Rudolf Vierhaus, Göttingen 1960, S. 533.

12 Die polnischen Aufstände gegen die russische Herrschaft (1830/31 und 1863) hatten bei den deutschen Liberalen große Sympathie gefunden. Vgl. Peter Ehlen (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

13 Das Wohlwollen, mit dem viele Deutschen den Kampf der Buren gegen Großbritannien verfolgten, fand seinen folgenreichsten Ausdruck im Telegramm Wilhelms II. vom 3.1.1896, mit dem er den Präsidenten von

sten Ergüsse einer politisch ebenso unfähigen wie gesprächigen Seele unserem Volke gekostet?

So war auch das Verhältnis zu Österreich, wie man mit besonderem Stolze betonte, kein solches des nüchternen Verstandes, sondern ein wahrer innerer Herzensbund. Hätte nur damals statt dem Herzen die Vernunft gesprochen und der Verstand entschieden, dann wäre Deutschland heute gerettet. Gerade aber, weil wir so ein Volk sind, das seine politischen Handlungen zu wenig nach Gründen einer wirklich vernünftigen, verstandesmäßigen Einsicht bestimmen läßt, und weil wir dabei so gar und gar auf keine große politische Tradition zurückblicken können, müssen wir wenigstens für die Zukunft unserem Volk ein unverrückbares außenpolitisches Ziel geben, das geeignet erscheint, politische Maßnahmen der Staatsleitung im einzelnen auch der breiten Masse verständlich zu machen. Nur so wird es möglich, daß einmal Millionen im ahnenden Glauben hinter eine Staatsleitung treten, die Entschlüsse durchführt, die im einzelnen vielleicht manches Schmerzliche an sich haben können. Es ist dies eine Voraussetzung, um ein gegenseitiges Verstehen zwischen Volk und Staatsleitung herbeizuführen, und allerdings auch eine Voraussetzung, um in der Staatsleitung selbst eine gewisse Tradition zu verankern. Es geht nicht an, daß jede deutsche Regierung außenpolitisch ihr eigenes Ziel hat. Nur um die Wege kann man sich streiten, über sie kann disputiert werden, das Ziel selbst muß einmal für immer als unabänderlich festgelegt werden. Dann kann die Politik zur großen Kunst des Möglichen [14] werden, d. h., es bleibt den genialen Fähigkeiten der einzelnen Staatsleiter vorbehalten, von Fall zu Fall die Möglichkeiten wahrzunehmen, die Volk und Reich seinem außenpolitischen Ziel näherbringen.

Diese außenpolitische Zielsetzung ist im heutigen Deutschland überhaupt nicht vorhanden. Daher wird auch die grenzenlose, schwankende und unsichere Art der Wahrnehmung der Interessen unseres Volkes verständlich, daher weiter auch das ganze Durcheinander unserer öffentlichen Meinung, daher auch jene unglaublichen Bocksprünge unserer Außenpolitik, die immer unglücklich enden, ohne daß dabei das Volk auch nur so urteilsfähig wäre, um die Verantwortlichen auch wirklich zur Verantwortung zu ziehen. Nein, man weiß nicht, was man tun soll.

Ja, es gibt allerdings nicht wenige Menschen heute, die überhaupt glauben, daß man nichts tun dürfe. Sie fassen ihre Meinung dahin zusammen, daß Deutschland heute klug und zurückhaltend sein müsse, daß es sich nirgends engagieren dürfe, daß man die Entwicklung der Ereignisse wohl im Auge behalten müsse, allein selbst nicht daran teilzunehmen habe, um eines Tages dann die Rolle jenes lachenden Dritten zu übernehmen, der den Erfolg einheimst, während zwei andere streiten.

Ja, ja, so klug und weise sind unsere heutigen bürgerlichen Staatskünstler. Ein politisches Urteil, das von keinerlei Kenntnis der Geschichte getrübt wird. Es gibt nicht wenige Sprichwörter, die für unser Volk zu einem wirklichen Fluch geworden sind. Z. B. "Der Gescheitere

---

Transvaal, Paul "Ohm" Krüger, zur Wahrung der "Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen" beglückwünschte. Das bereits gespannte deutsch-britische Verhältnis wurde durch diese Stellungnahme weiter belastet. Vgl. Paul M. Kennedy, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914, London 1980, S. 219 ff.

14 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

gibt nach" oder "Kleider machen Leute" oder "Mit dem Hute in der Hand kommt man durchs ganze Land" oder auch "Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte".

Im Völkerleben zumindest trifft dieses letzte Sprichwort nur ganz bedingt zu, (Und dies aus folgendem Grunde) nämlich dann, wenn sich zwei innerhalb eines Volkes aussichtslos streiten, dann kann ein Dritter, der außerhalb eines Volkes sich befindet, siegen. Im Leben der Völker untereinander werden aber immer den endgültigen Erfolg zu [*sic!*] Staaten für sich haben, die bewußt streiten, weil nur im Streit die Möglichkeit der Zunahme ihrer Kraft liegt. Es gibt kein geschichtliches Ereignis auf der Welt, das nicht von zwei Standpunkten aus beurteilt werden könnte. Immer stehen den Neutralen auf der einen Seite die Interventionisten auf der anderen gegenüber. Und immer werden im allgemeinen die Neutralen den kürzeren ziehen, während die Interventionisten eher den Erfolg für sich beanspruchen können, daferne die Partie [15] eben nicht verliert, auf die sie setzen.

Das heißt im Völkerleben folgendes: Wenn auf dieser Erde zwei Mächtige streiten, so können die umliegenden mehr oder weniger kleinen oder großen Staaten an diesem Kampf teilnehmen oder sich von ihm fernhalten. Im einen Fall ist die Möglichkeit eines Gewinns nicht ausgeschlossen, soferne die Teilnahme auf der Seite erfolgt, die den Sieg erringt. Ganz gleich aber wer siegt, niemals werden die Neutralen ein anderes Los haben als das der Feindschaft mit dem übriggebliebenen Siegerstaat. Keiner der großen Staaten der Erde ist bisher emporgestiegen durch Neutralität als Prinzip des politischen Handelns, sondern nur durch Kampf. Wenn an sich auf der Erde überragende Machtstaaten sind, bleibt kleineren Völkern gar nichts anderes übrig, als auf ihre Zukunft entweder überhaupt zu verzichten oder unter dem Schutz günstiger Koalitionen mitzufechten und die eigene Kraft dabei zu vermehren. Denn die Rolle des lachenden Dritten setzt immer voraus, daß dieser Dritte schon eine Macht hat. Wer aber stets neutral ist, wird nie zu einer Macht gelangen. Denn so sehr die Macht eines Volkes auch in seinem inneren Wert liegt, so findet sie doch ihren letzten Ausdruck in der durch den Willen dieses inneren Wertes geschaffenen organisatorischen Form der Kampfkräfte eines Volkes auf dem Schlachtfelde. Diese Form wird aber nie entstehen, wenn sie nicht von Zeit zu Zeit der praktischen Erprobung ausgesetzt wird. Die Ewigkeitswerte eines Volkes werden nur unter dem Schmiedehammer der Weltgeschichte zu jenem Stahl und Eisen, mit dem man dann Geschichte macht. Wer die Schlachten aber meidet, wird nie die Kraft erlangen, Schlachten zu schlagen. Und wer niemals Schlachten schlägt, wird nie der Erbe derjenigen sein, die im Schwertkampf miteinander ringen. Denn die bisherigen Erben der Weltgeschichte waren nicht etwa Völker feiger Neutralitätsauffassungen, sondern junge Völker des besseren Schwertes. Weder die Antike, noch die mittelalterliche, noch die neueste Zeit kennt auch (noch) nur ein Beispiel dafür, daß Machtstaaten anders entstanden wären, außer im dauernden Kampf. Die geschichtlichen Erbvölker aber sind bisher noch stets Staaten der Macht gewesen. Gewiß kann auch im Völkerleben ein Dritter der Erbe sein, wenn zwei sich streiten, aber dann ist dieser Dritte eben von vorneherein schon die Macht, die bewußt zwei andere streiten läßt, um sie dann ohne eigene große Opfer endgültig niederzuschlagen. Damit aber verliert die Neutralität den Charakter einer passiven Teilnahmslosigkeit an den Ereignissen überhaupt und nimmt statt dessen den einer bewußten politischen Operation an. Selbstverständlich wird keine kluge

15 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "sofern die Partei".

Staatsleitung einen Kampf beginnen, ohne die Größe des möglichen eigenen Einsatzes abzuwägen und zu vergleichen mit der Größe des Gegners. Allein sie wird, wenn sie die Unmöglichkeit erfaßt hat, gegen eine bestimmte Macht kämpfen zu können, dann um so mehr gezwungen sein zu versuchen, mit dieser Macht gemeinsam zu kämpfen. Denn dann kann aus diesem gemeinsamen Kampf für den bisher Schwächeren einmal die Kraft erwachsen, um, wenn notwendig, auch gegen diesen die eigenen Lebensinteressen verfechten zu können. Man sage nun ja nicht, daß damit keine Macht ein Bündnis eingehen wird mit einem Staat, der einst vielleicht selbst eine Gefahr werden könnte. Bündnisse stellen keine politischen Zwecke, sondern nur Mittel zu den Zwecken dar. Man muß sich ihrer heute bedienen, auch wenn man 1.000mal weiß, daß die spätere Entwicklung möglicherweise zum Gegenteil führen kann. Es gibt keinen Bund mit Ewigkeitsdauer. Glücklich die Völker, die infolge des vollkommenen Auseinanderliegens ihrer Interessen für eine bestimmte Zeit in ein Bundesverhältnis zu treten vermögen, ohne nach Aufhören desselben zu einem gegenseitigen Konflikt gezwungen zu sein. Immer aber wird besonders ein schwacher Staat, der aber zu Macht und Größe gelangen will, versuchen müssen, an den allgemeinen politischen Ereignissen der Weltgeschichte aktiv handelnd teilzunehmen.

Als Preußen in seinen Schlesischen Krieg[16] eintrat, da war dies auch eine verhältnismäßig nebensächliche Erscheinung neben der gewaltigen Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich, die damals bereits in vollen Fluß geraten war[17]. Vielleicht könnte man Friedrich dem Großen den Vorwurf machen, englische Kastanien aus dem Feuer geholt zu haben. Würde aber jemals das Preußen entstanden sein, mit dem ein Bismarck ein neues Deutsches Reich schaffen konnte, wenn damals auf dem Hohenzollernthron ein Fürst gesessen hätte, der in Erkenntnis der kommenden größeren Ereignisse der Weltgeschichte sein Preußen in frommer Neutralität erhalten hätte? Die drei Schlesischen Kriege haben Preußen mehr gebracht als Schlesien. Auf diesen Schlachtfeldern wuchsen jene Regimenter heran, die in der Folgezeit die deutschen Fahnen von Weißenburg und Wörth bis nach Sedan trugen[18], um endlich im Spiegelsaal des Versailler Schlosses den neuen Kaiser des neuen Reiches zu begrüßen. Wohl war damals Preußen Kleinstaat, unbedeutend an Volkszahl und Raumgröße; allein, indem dieser kleine Staat mitten hineinsprang in die großen Handlungen der Weltgeschichte, hat er sich die Legitimation geholt für die Gründung des späteren Deutschen Reiches.

Und einmal, da haben in diesem preußischen Staat auch die Neutralisten gesiegt. Das war in der Periode Napoleons I. Damals glaubte man zunächst, Preußen neutral halten zu können, und wurde später mit der furchtbarsten Niederlage dafür bestraft[19]. Und noch im Jahr 1812 standen sich die beiden Auffassungen schroff gegenüber. Die einen für Neutralität und die an-

---

16 Zusammenfassende Bezeichnung für die drei Kriege, welche der preußische König Friedrich II., der Große, zwischen 1740 und 1763 gegen die deutsche Kaiserin Maria Theresia und ihre Verbündeten um den Besitz Schlesiens führte.

17 Bezieht sich auf den britisch-französischen Kolonialkrieg (1754-1763).

18 Vgl. Kap. VII, Anm. 22.

19 Am 14.10.1806 waren in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt zwei preußische Korps von den Truppen Napoleons I. vernichtend geschlagen worden. Französische Besetzung, die Reduzierung des preußischen Staates um etwa die Hälfte sowie umfangreiche Kontributionen waren die wichtigsten Bestimmungen des am 9.7.1807 geschlossenen Friedens zu Tilsit.

deren, der Reichsfreiherr von Stein [*sic!*][20] an ihrer Spitze, für Intervention. Daß im Jahre 1812 die Neutralisten gesiegt haben, hat Preußen und Deutschland unendliches Blut (und) gekostet und unendliches Leid gebracht. Und daß endlich 1813 die Interventionisten durchdrangen, hat Preußen gerettet.

Die deutlichste Antwort auf die Meinung, daß man durch Bewahrung einer vorsichtigen Neutralität als dritte Macht politische Erfolge erringen könne, hat der Weltkrieg gegeben. Was haben die Neutralen des Weltkrieges praktisch erreicht? Waren sie etwa die lachenden Dritten? Oder glaubt man, daß bei ähnlichem Ereignis Deutschland eine andere Rolle spielen würde? Man meine doch nicht, daß nur die Größe des Weltkrieges daran schuld gewesen sei. Nein, in der Zukunft werden alle Kriege, soweit sie die großen Nationen betreffen, Volkskriege in gigantischstem Umfange sein. Deutschland aber würde bei irgendeiner europäischen Auseinandersetzung in der Zukunft als neutraler Staat keine andere Bedeutung besitzen als Holland oder die Schweiz oder Dänemark usw. im Weltkrieg. Glaubt man dann wirklich, daß wir nach den Ereignissen aus nichts heraus die Kraft besitzen würden, gegen einen übriggebliebenen Sieger die Rolle zu spielen, die wir uns im Bunde mit einem der beiden Kämpfenden nicht zu spielen getrauten?

Der Weltkrieg hat eines jedenfalls unzweideutig bewiesen: Wer in großen weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen sich neutral verhält, vermag vielleicht zunächst kleine Geschäfte zu machen, er wird aber machtpolitisch damit auch endgültig von einer Mitbestimmung der Schicksale der Welt ausscheiden.

Hätte die amerikanische Union im Weltkrieg ihre Neutralität bewahrt, so würde, ganz gleich, ob England oder Deutschland als Sieger hervorgegangen wäre, die amerikanische Union heute als Macht zweiten Ranges angesehen werden. Daß sie in den Kampf eintrat[21], hat sie maritim zur Stärke Englands emporgehoben, weltpolitisch aber zu einer Macht von ausschlaggebender Bedeutung gestempelt. Die Einschätzung der amerikanischen Union seit ihrem Eintritt in den Weltkrieg ist eine vollständig andere geworden. Es liegt in der Natur der Vergeßlichkeit der Menschheit, (zu vergessen) schon nach kurzer Zeit schon [*sic!*] nicht mehr zu wissen, welche allgemeine Beurteilung ein Zustand wenige Jahre vorher gefunden hat. So wie wir aus den Reden vieler fremder Staatsmänner heute die vollkommene Außerachtlassung der früheren Größe Deutschlands herausspüren, sowenig vermögen wir umgekehrt das Ausmaß an Wertzuwachs abzuschätzen, den in unserem eigenen Urteil die amerikanische Union seit Eintritt in den Weltkrieg erfahren hat.

Dies ist auch die staatsmännisch zwingendste Begründung für den Eintritt Italiens in den Krieg gegen seine früheren Bundesgenossen[22]. Hätte Italien diesen Schritt nicht vollzogen, so würde es heute ganz gleich, wie die Würfel gefallen wären, die Rolle Spaniens teilen. Daß es den ihm so sehr verargten Schritt zu aktiver Teilnahme am Weltkrieg vollzogen hat, brachte ihm eine Steigerung in seiner Position und eine Stärkung derselben, die ihren letzten bekrö-

20 Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757-1831), 1782 preußischer Oberbergrat, 1807/08 leitender Staatsminister, 1812/13 Berater des Zaren Alexander I., 1813/14 Leiter des Zentralverwaltungsrats.

21 Am 6.4.1917 erklärten die USA als Folge des deutschen uneingeschränkten U-Boot-Kriegs Deutschland den Krieg, am 7.12.1917 folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn.

22 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.

nenden Ausdruck nun im Faschismus gefunden hat. Ohne Eintritt in den Krieg wäre auch dieser eine vollkommen undenkbare Erscheinung.

Darüber kann der Deutsche verbittert oder nicht verbittert denken. Wichtig ist es, aus der Geschichte zu lernen, besonders aber dann, wenn ihre Lehren in so eindringlicher Weise zu uns sprechen.

So ist der Glaube, durch eine vorsichtige zurückhaltende Neutralität gegenüber den sich entwickelnden Auseinandersetzungen in Europa und anderwärts eines Tages als lachender Dritter die Erfolge einheimsen zu können, falsch und töricht. Überhaupt erhält man die Freiheit weder durch Betteln noch durch Mogeln, auch nicht durch Arbeit und Fleiß, sondern ausschließlich durch Kampf, und zwar durch eigenen Kampf. Es ist dabei sehr leicht möglich, daß der Wille mehr gewogen wird als die Tat. Nicht selten haben Völker im Rahmen einer klugen Bündnispolitik Erfolge erzielt, die nicht im Verhältnis zum Erfolg ihrer Waffen standen. Allein das Schicksal mißt bei einem Volk, das sich kühn einsetzt, nicht immer nach dem Umfang der Taten, sondern sehr häufig nach der Größe des Willens. Die Geschichte der italienischen Einigung des 19. Jahrhunderts ist dafür bemerkenswert. Aber auch der Weltkrieg zeigt, wie eine ganze Anzahl von Staaten weniger durch ihre militärischen (Erfolge) Leistungen, als vielmehr durch die verwegene Kühnheit, mit der sie Partei ergriffen, und durch die Beharrlichkeit, mit der sie durchgehalten hatten, außerordentliche politische Erfolge erzielen konnten.

Deutschland muß unter allen Umständen, wenn es überhaupt seine Periode der Verknechtung durch alle beenden will, versuchen, aktiv in eine Mächtekombination einzudringen, um an der machtpolitischen künftigen Gestaltung des europäischen Lebens tätig mit Anteil zu nehmen.

Der Einwand, daß eine solche Anteilnahme ein schweres Risiko in sich berge, ist richtig. Aber glaubt man denn wirklich, daß man, ohne ein Risiko zu übernehmen, überhaupt die Freiheit werde erlangen können? Oder meint man, daß es eine Tat der Weltgeschichte gegeben hat, die nicht mit einem Risiko verbunden gewesen wäre? War etwa der Entschluß Friedrichs des Großen zum Ersten Schlesischen Krieg mit keinem Risiko verknüpft? Oder war die Einigung Deutschlands durch Bismarck gefährlos? Nein und tausendmal nein! Angefangen von der Geburt des Menschen bis zu seinem Tode ist alles fraglich. Was sicher erscheint, ist nur der Tod allein. Gerade deshalb aber ist der letzte Einsatz nicht der schwerste, da er eines Tages so oder so gefordert wird.

Natürlich ist es eine Frage der Staatsklugheit, den Einsatz so zu wählen, daß ein möglichst hoher Gewinn herauskommt. Aus Angst aber, vielleicht das falsche Pferd zu erwischen, überhaupt nicht zu setzen, heißt auf die Zukunft eines Volkes Verzicht zu leisten. Der Einwurf, daß ein solches Handeln dann den Charakter eines Vabanquespieles an sich habe, kann am leichtesten widerlegt werden durch den einfachen Hinweis auf die bisherige geschichtliche Erfahrung. Unter Vabanquespiel versteht man ein Spiel, dessen Gewinnstmöglichkeiten [*sic!*] von vorneherein nur der Bestimmung des Zufalls unterliegen. Dies wird in der Politik nie der Fall sein. Denn so sehr auch die letzte Entscheidung im Dunkel der Zukunft liegt, so sehr baut sich die Überzeugung der Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Erfolges auf menschlich erkennbare Faktoren auf. Diese Faktoren abzuwägen, ist die Aufgabe der politischen Führung des Volkes. Das Ergebnis dieser Überprüfung muß dann aber auch zu einem Entschlusse führen. Dieser Entschluß entspringt damit einer eigenen Einsicht und wird getragen vom Glauben

an den auf Grund dieser Einsicht möglichen Erfolg. Ich kann damit eine politische, entscheidungsvolle Tat nur deshalb allein, weil ihr Ausgang nicht 100prozentig sicher ist, sowenig als Vabanquespiel bezeichnen, als ich dies bei einer Operation, die von einem Arzt vorgenommen wird, tun darf, deren Ausgang ebenfalls nicht unbedingt erfolgreich sein muß. Es entsprach von jeher dem Wesen großer Männer, selbst zweifelhafte, im Erfolg unbestimmte Taten mit äußerster Energie durchzuführen, wenn die Notwendigkeit an sich vorlag und nach reiflichster Überprüfung aller Verhältnisse eben diese eine bestimmte Tat nur mehr in Frage kam.

Die Verantwortungsfreudigkeit, im Völkerringen große Entschlüsse zu fassen, wird allerdings um so höher sein, je mehr die handelnden Menschen bei Betrachtung ihres Volkes zur Überzeugung kommen können, daß selbst ein Mißerfolg die Lebenskraft der Nation nicht zerstören wird können. Denn ein innerlich kerngesundes Volk wird auf die Dauer niemals durch Niederlagen auf dem Schlachtfelde ausgelöscht werden können. Soferne also ein Volk diese seine innere Gesundheit besitzt, unter Voraussetzung einer genügenden rassischen Bedeutung, wird der Mut zu schweren Operationen ein größerer sein können, da selbst das Mißlingen derselben noch lange nicht den Untergang eines solchen Volkes bedeuten würde. Und hier hat Clausewitz[23] recht, wenn er in seinem Bekenntnisse feststellt, daß bei einem gesunden Volk eine solche Niederlage immer wieder zu einer späteren Erhebung zu führen vermag, daß aber umgekehrt nur die feige Unterwerfung, also kampflose Ergebung in das Schicksal, zur endgültigen Zerstörung führen kann[24]. Die Neutralität aber, die man heute als einzig mögliche Handlung unserem Volk anpreist, ist tatsächlich nichts anderes als die willenlose Ergebung in ein durch fremde Gewalten bestimmtes Schicksal. Und nur darin liegt das Merkmal und die Möglichkeit unseres Verfalls. Hätte demgegenüber unser Volk selbst verfehlte Versuche zur Freiheit unternommen, so würde schon in der Bekundung dieser Gesinnung ein Faktor liegen, der der Lebenskraft unseres Volkes zugute käme. Denn man sage nicht, daß es staatspolitische Klugheit sei, die uns vor solchen Schritten zurückhalte. Nein, erbärmliche Feigheit und Gesinnungslosigkeit ist es, die man in diesem Falle wie so oft in der Geschichte mit Klugheit zu verwechseln versucht. Selbstverständlich kann ein Volk unter dem Druck fremder Gewalten unter Umständen gezwungen sein, jahrelang eine fremde Unterdrückung auf sich nehmen zu müssen. Allein, sowenig ein Volk dann äußerlich gegen übermächtige Gewalten etwas Ernstliches auszurichten vermag, so sehr wird aber sein inneres Leben nach Freiheit dringen und nichts unversucht lassen, was geeignet sein könnte, den augenblicklich gegebenen Zustand eines Tages unter Einsatz der gesamten Kraft eines solchen Volkes zu ändern. Man wird dann das Joch fremder Eroberer ertragen, aber mit geballten Fäusten und knirschenden Zähnen auf die Stunde lauern, die die erste Möglichkeit gibt, sich des Tyrannen zu entledigen. So etwas kann unter dem Druck der Verhältnisse möglich sein. Was sich aber heute als staatspolitische Klugheit präsentiert, ist tatsächlich ein Geist der freiwilligen Unterwerfung, des gesinnungslosen Verzichts auf jeden Widerstand, ja der schamlosen Verfolgung derjenigen, die an einen solchen

23 Carl von Clausewitz (1780-1831), 1795 preußischer Leutnant, 1810 Major im Generalstab, 1818 Generalmajor, Verfasser kriegsgeschichtlicher Arbeiten und des Werkes "Vom Kriege".

24 Es handelt sich um Hitlers zusammenfassende Interpretation von Clausewitz' Bekenntnisschrift von 1812. Druck: Carl von Clausewitz. Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922, S. 80-119. Vgl. auch Norbert Krüger, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Widerstand zu denken wagen und deren Arbeit ersichtlich der Wiedererhebung ihres Volkes dienen könnte. Es ist der Geist der inneren Selbstabrüstung, der Zerstörung aller moralischen Faktoren, die einst einer Wiedererstehung dieses Volkes und Staates dienen könnten, und dieser Geist kann sich wirklich nicht als staatspolitische Klugheit aufspielen, denn er ist tatsächlich staatsvernichtende Ehrlosigkeit.

Und dieser Geist muß allerdings jeden Versuch einer aktiven Beteiligung unseres Volkes an der kommenden europäischen Entwicklung hassen, weil ja schon im bloßen Versuch einer solchen Mitwirkung die Notwendigkeit des Kampfes gegen diesen Geist liegt.

Wenn aber eine Staatsleitung von der Fäulnis dieses Geistes angegriffen erscheint, dann ist es die Aufgabe der die wirklichen Lebenskräfte eines Volkes wahrnehmenden und vertretenden und damit repräsentierenden Opposition, (die Erziehung) den Kampf für die nationale Erhebung und dadurch für die nationale Ehre auf ihre Fahnen zu schreiben. Sie darf sich dann nicht einschüchtern lassen durch die Behauptung, daß die Außenpolitik Aufgabe der verantwortlichen Staatsleitung wäre, da es eine solche verantwortliche Leitung dann längst nicht mehr gibt, sondern sie muß sich demgegenüber bekennen zur Auffassung, daß es außer (von formalen Regierungen auch ewige) den formalen Rechten der jeweiligen Regierungen ewige Verpflichtungen gibt, die jeden Angehörigen eines Volkes zwingen, für die Existenz der Volksgemeinschaft das erkannt Notwendige zu tun[25]. Auch wenn dies tausendmal im Gegensatz steht zu den Absichten schlechter und unfähiger Regierungen.

Daher hätte heute gerade in Deutschland die sogenannte nationale Opposition die höchste Verpflichtung, angesichts der Nichtswürdigkeit der allgemeinen Führung unseres Volkes ein außenpolitisch klares Ziel zu setzen und unser Volk für die Durchführung dieser Gedanken vorzubereiten und zu erziehen. Sie muß in erster Linie schärfsten Krieg ansagen der heute weit verbreiteten Hoffnung, durch tätige Mitarbeit am Völkerbund[26] an unserem Schicksal etwas ändern zu können. Überhaupt hat sie dafür zu sorgen, daß unser Volk langsam erkennt, daß man nicht die Besserung der deutschen Lage von Institutionen erwarten darf, deren Vertreter die Interessenten unseres heutigen Unglücks [*sind*]. Sie muß ferner die Überzeugung vertiefen, daß ohne Wiedererringung der deutschen Freiheit alle sozialen Hoffnungen utopistische Versprechungen ohne jeden realen Wert sind. Sie muß ferner unser Volk zur Erkenntnis bringen, daß für diese Freiheit so oder so nur der Einsatz der eigenen Kraft in Frage kommt. Daß mithin unsere gesamte Innen- und Außenpolitik eine solche sein muß, unter deren Wirksamkeit die innere Kraft unseres Volkes wächst und zunimmt. Und sie muß endlich das Volk aufklären, daß dieser Krafteinsatz für ein wirklich wertvolles Ziel erfolgen muß und daß wir zu dem Zweck nicht allein dem Schicksal entgegentreten können, sondern Verbündete nötig haben werden.

---

25 Vgl. Mein Kampf, Bd. I, S. 98: "Wenn durch die Hilfsmittel der Regierungsgewalt ein Volkstum dem Untergang entgegengeführt wird, dann ist die Rebellion eines jeden Angehörigen eines solchen Volkes nicht nur Recht, sondern Pflicht."

26 Vgl. Anm. 6.

[*KAPITEL XI*]

[*DEUTSCHLANDS POLITISCHE LAGE - KEIN BÜNDNIS MIT RUSSLAND*]

Für die Frage der künftigen Gestaltung der deutschen Außenpolitik ist, abgesehen von der inneren Kraft unseres Volkes, seiner charakterlichen Stärke und Einschätzung, die Größe seines möglichen militärischen Einsatzes sowie das Verhältnis dieser Machtmittel zu denen der umliegenden Staaten von ausschlaggebender Bedeutung.

Über die moralische innere Schwäche unseres Volkes von heute brauche ich mich in diesem Werke nicht weiter auszulassen. Unsere allgemeinen Schwächen, die teils blutsmäßig begründet sind, teils im Wesen unserer heutigen Staatsorganisation liegen oder dem Wirken unserer schlechten Führung zugeschrieben werden müssen, sind vielleicht weniger der deutschen Öffentlichkeit als leider der übrigen Welt nur zu gut bekannt. Ein großer Teil der Maßnahmen unserer Unterdrücker fällt auf die Erkenntnis dieser Schwächen [*sic!*]. Allein, bei aller Anerkennung der tatsächlichen Zustände darf doch nie vergessen werden, daß dasselbe Volk von heute noch vor kaum 10 Jahren geschichtlich unvergleichliche Leistungen vollbracht hat[1]. Das deutsche Volk, das augenblicklich einen so betrübenden Eindruck hinterläßt, hat nichtsdestoweniger seinen gewaltigen Wert in der Weltgeschichte öfter als einmal bewiesen. Der Weltkrieg selbst ist das ruhmvollste Zeugnis für den Heldensinn und Opfermut unseres Volkes, für seine todesmutige Disziplin und für seine geniale Fähigkeit auf tausend und abertausend Gebieten der Organisation seines Lebens. Auch seine rein militärische Führung hat unsterbliche Erfolge erzielt. Nur die politische Leitung hatte versagt. Sie war schon die Vorläuferin der heute noch um soviel schlechteren.

So mögen die inneren Qualitäten unseres Volkes heute tausendmal unbefriedigende sein, sie werden aber mit einem Schlage ein anderes Bild ergeben, sowie eine andere Faust einst den Ereignissen in die Zügel fallen wird, um unser Volk aus seinem heutigen Verfall wieder herauszuführen.

Wie wundervoll die Wandlungsfähigkeit gerade unseres Volkes ist, sehen wir an unserer Geschichte. Preußen 1806 und Preußen 1813[2]. Welch ein Unterschied. 1806 der Staat der traurigsten Kapitulation an allen Ecken und Enden, einer unerhörten Erbärmlichkeit der bürgerlichen Gesinnung, und 1813 der Staat des glühendsten Hasses gegen die Fremdherrschaft und des patriotischesten [*sic!*] Opfersinnes für das eigene Volk, des heldenmütigsten Kampfwillens für die Freiheit. Was hat sich damals nun in Wahrheit geändert? Das Volk? Nein, es ist im inneren Wesen dasselbe geblieben wie vordem, nur seine Führung war in andere Hände gekommen. Der Schwächlichkeit der preußischen Staatsleitung in der nachfriderizianischen Periode, der verknöcherten und veralteten Führung des Heeres war nun ein neuer Geist gefolgt. Freiherr von Stein [*sic!*] und Gneisenau[3], Scharnhorst[4], Clausewitz und Blücher[5] wa-

---

1 Hinweis auf das Entstehungsjahr des Dokuments.

2 Vgl. Kap. VIII, Anm. 45.

3 August Neidhart (seit 1814 Graf) von Gneisenau (1760-1831), 1786 preußischer Leutnant, 1809 Oberst, Mit-

ren die Repräsentanten des neuen Preußens. Und die Welt hat in wenigen Monaten wieder vergessen gehabt, daß dieses Preußen 7 Jahre vordem ein Jena[6] erlebte.

Und war es etwa vor der neuen Reichsgründung anders? Noch kaum ein Jahrzehnt hatte genügt, um aus dem deutschen Verfall, der deutschen Uneinigkeit und der allgemeinen politischen Ehrlosigkeit ein neues Reich hervorgehen zu lassen, das die kraftvollste Verkörperung deutscher Macht und Herrlichkeit in den Augen vieler zu sein schien. Ein einziger überragender Kopf hat im Kampf gegen die Mittelmäßigkeit der Majoritäten dem deutschen Genius wieder die Freiheit seiner Entwicklung gegeben. Man denke sich Bismarck hinweg aus unserer Geschichte, und nur die erbärmliche Mittelmäßigkeit würde die Zeit ausfüllen, die für unser Volk die glorreichste seit Jahrhunderten gewesen ist.

So wie das deutsche Volk in wenigen Jahren von seiner unerhörten Größe durch die Mittelmäßigkeit seiner Führung heruntergestürzt werden konnte in sein heutiges Chaos, so kann es durch eine eiserne Faust auch wieder emporgerissen werden. Sein innerer Wert wird dann vor aller Welt so sichtbar in Erscheinung treten, daß schon die Tatsache seiner Existenz zu seiner Beachtung und Einschätzung dieses Faktums zwingen muß.

Wenn dieser Wert aber zunächst ein schlummernder ist, dann ist es erst recht notwendig, sich über den augenblicklich vorhandenen realen Machtwert Deutschlands Klarheit zu verschaffen.

Ich habe schon versucht, ein kurzes Bild des augenblicklichen deutschen militärischen Machtinstruments, der Reichswehr, zu zeichnen[7]. Ich will an dieser Stelle die allgemeine militärische Lage Deutschlands im Verhältnis zur umliegenden Welt skizzieren.

Deutschland ist zur Zeit von drei Machtfaktoren oder Machtgruppen umgeben. England, Rußland und Frankreich sind augenblicklich die militärisch bedrohlichsten Anrainer Deutschlands. Dabei erscheint die französische Macht gestärkt durch ein System europäischer Bündnisse, das von Paris aus über Warschau[8], Prag nach Belgrad reicht[9].

---

glied der Militär-Reorganisationskommission, 1813 Generalmajor, als Nachfolger Scharnhorsts Generalquartiermeister der Schlesischen Armee, 1816 Abschied als General.

4 Gerhard (seit 1804 von) Scharnhorst (1755-1813), 1778 hannoverscher Fähnrich, 1801 preußischer Oberstleutnant, 1807 Direktor des Kriegsdepartements, Vorsitzender der Militär-Reorganisationskommission, Chef des Generalstabs, 1813 Generalleutnant, Generalquartiermeister der Schlesischen Armee.

5 Gebhard Leberecht (seit 1814 Fürst Blücher von Wahlstatt) von Blücher (1742-1819), 1761 preußischer Leutnant, 1773 Abschied als Rittmeister, 1801 Generalleutnant, 1813 Befehlshaber der Schlesischen Armee, Generalfeldmarschall.

6 Vgl. Kap. X, Anm. 19.

7 Vgl. Kap. VIII, S. 67, 70 ff.

8 Anspielung auf das Bündnis, das Frankreich und Polen am 19.2.1921 geschlossen hatten. Der Vertrag umfaßte die gegenseitige Abstimmung bei gemeinsamen außenpolitischen Fragen, die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem aber die gegenseitige militärische Unterstützung bei einem nicht provozierten Defensivkrieg, deren technische und operative Details am 21.2.1921 in einer geheimen Militärkonvention präzisiert wurden. Die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses durch den Vertrag von Locarno vom 16.10.1925 und die weitgehende außenpolitische Isolation Polens beeinträchtigten jedoch den Wert dieser Allianz. Vgl. Piotr S. Wandycz, The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

9 Gemeint ist die "Kleine Entente", ein von Frankreich gestütztes System bilateraler Defensivverträge zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1929: Jugoslawien) zur Sicherung des durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 entstandenen Status quo in der Donauregion. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Deutschland liegt zwischen diesen Staaten mit vollständig offenen Grenzen eingekeilt. Das besonders Bedrohliche dabei ist, daß die Westgrenze des Reiches durch Deutschlands größtes Industriegebiet verläuft. (Daß weiter die Küstenlinie schutzlos dem gesamten Überseehandel auf wenige) Diese Westgrenze bietet aber auch infolge ihrer Länge und des Mangels aller wirklichen natürlichen Hindernisse nur wenig Möglichkeiten zu einer Verteidigung durch einen Staat, dessen militärische Machtmittel auf das alleräußerste begrenzt erscheinen. (Der Versuch, den Rhein als eine militärische Widerstandslinie) Auch der Rhein kann nicht als eine militärisch wirkungsvolle Widerstandslinie aufgefaßt werden. Nicht nur, daß Deutschland die Möglichkeit durch die Friedensverträge genommen ist, die notwendigen technischen Vorbereitungen hiefür zu treffen[10], bietet der Strom selbst dem Übergang modern ausgerüsteter Armeen um so weniger Hindernisse, als die geringen Mittel einer deutschen Abwehr auf eine zu lange Front verzettelt werden müßten. Dazu kommt noch, daß dieser Strom, durch Deutschlands größtes Industriegebiet läuft und mithin ein Kampf um ihn von vorneherein die Vernichtung der technisch für die Nationalverteidigung wichtigsten Industrieorte und Fabriken bedeuten würde. Käme aber infolge eines deutsch-französischen Konflikts die Tschechoslowakei als weiterer Gegner für Deutschland in Frage, dann wäre ein zweites großes Industriegebiet, das der Kriegführung industriell dienen könnte, der höchsten Kriegsgefahr ausgesetzt: Sachsen. Auch hier läuft die Grenze natürlich ungeschützt bis herunter nach Bayern, so weit und offen, daß ein erfolgversprechender Widerstand kaum in Frage käme. Würde an einem solchen Kampfe auch Polen teilnehmen, dann wäre weiter die gesamte Ostgrenze, abgesehen von wenigen ungenügenden Festungswerken, ebenfalls schutzlos dem Angriff geöffnet.

Während also einerseits die deutschen Grenzen militärisch ungeschützt und offen in langen Linien von Gegnern umsäumt sind, ist besonders unsere Nordseeküste klein und beengt. Die maritimen Machtmittel zu ihrem Schutz sind lächerliche und an sich vollständig wertlose. Das Kriegsschiffmaterial, das wir heute unser eigen nennen, ist angefangen von unseren sogenannten Schlachtschiffen höchstens Scheibenmaterial für feindliche Schießübungen. Den paar neuerbauten, an sich modernen leichten Kreuzern kommt ein ausschlaggebender, ja auch nur irgendwie in Erscheinung tretender Wert nicht zu[11]. Selbst für die Ostsee ist die uns zugestandene Flotte ungenügend. Alles in allem ist der einzige Wert unserer Flotte höchstens der einer schwimmenden Schießschule[12].

10 Artikel 180 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte fest, daß "alle befestigten Anlagen, Festungen und festen Plätze zu Lande, die auf deutschem Gebiete westlich einer Linie in 50 km Abstand östlich des Rheines liegen, [...] abgerüstet und geschleift" würden. Artikel 42 und 43 verboten die Neuanlage jeglicher militärischer Befestigung sowie den Aufenthalt von deutschen Streitkräften in dieser Zone. Druck: RGBl. 1919, S. 767 ff., 935 ff.

11 Artikel 190 des Versailler Friedensvertrags ließ Ersatzbauten für die dem Deutschen Reich zugestandenen Kriegsschiffe zu. Die nach den dort niedergelegten Vorgaben gebauten Kreuzer "Emden" (Stapellauf 1925), "Königsberg" (Stapellauf 1927), "Karlsruhe" (Stapellauf 1927) und "Köln" (Stapellauf 1928) besaßen jeweils eine Wasserverdrängung von 6.000 t und eine Geschwindigkeit von 32 Sm/h, die "Emden" von 29 Sm/h. Die "Emden" besaß eine Hauptbewaffnung von acht 15 cm-Kanonen und vier Torpedorohren, die übrigen Kreuzer eine Hauptbewaffung von jeweils neun 15 cm-Kanonen und zwölf Torpedorohren. Druck: RGBl. 1919, S. 949 ff. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten, XXVI. Jahrgang 1930, hrsg. von Bruno Weyer, München 1930, S. 6 ff.

12 Auf die damals hochaktuelle Frage des Panzerschiffs geht Hitler hier nicht ein. Auch in der Studie Wolfgang Wackers (Der Bau des Panzerschiffes "A" und der Reichstag, Tübingen 1959) spielt die Haltung der NSDAP

Damit ist im Falle eines Konfliktes mit irgendeiner Seemacht nicht nur der deutsche Handel augenblicklich beendet, sondern auch die Gefahr von Landungen gegeben.

Die ganze Ungunst unserer militärischen Lage ergibt sich dabei noch aus folgender Betrachtung:

Die Reichshauptstadt Berlin ist von der polnischen Grenze knapp 175 km entfernt. Sie liegt von der nächsten tschechischen Grenze knapp 190 km, ebensoweit ist die Luftlinie nach Wismar und zum Stettiner Haff. Das heißt also, daß von diesen Grenzen aus Berlin mit modernen Flugzeugen in noch nicht einmal 1 Stunde erreicht werden kann. Zieht man in 60 km Entfernung östlich des Rheines eine Linie, so liegt innerhalb ihr [*sic!*] fast das gesamte westdeutsche Industriegebiet. Von Frankfurt bis Dortmund gibt es kaum einen größeren deutschen Industrieort, der nicht innerhalb dieser Zone liegt. Solange Frankreich einen Teil des linken Rheinufers besetzt hat[13], ist es damit in der Lage, in kaum 30 Minuten durch Flugzeuge bis in das Herz unseres westdeutschen Industriegebietes vorzustoßen[14]. Ebensoweit wie Berlin von der polnischen und tschechischen Grenze liegt München von der tschechischen Grenze entfernt. Tschechische Militärflugzeuge würden ungefähr 60 Minuten brauchen, um München zu erreichen, 40 Minuten um Nürnberg, 30 Minuten um Regensburg zu erreichen, ja selbst Augsburg liegt erst 200 km von der tschechischen Grenze entfernt und könnte mithin mit heutigen Flugzeugen ebenfalls in knapp einer Stunde leicht erreicht werden[15]. Fast ebensoweit, als aber Augsburg in der Luftlinie von der tschechischen Grenze entfernt ist, ist seine Entfernung von der französischen Grenze. Von Augsburg bis Straßburg ist die Luftlinie 230 km, bis zur nächsten französischen Grenze aber nur 210 km. Damit liegt auch Augsburg innerhalb einer Zone, die im Verlauf von einer Stunde von feindlichen Flugzeugen erreicht werden kann. Ja, wenn wir die deutsche Grenze von diesem Gesichtspunkt aus untersuchen, dann stellt sich heraus, daß innerhalb einer Stunde Flugzeit erreicht werden kann: Das gesamte Industriegebiet im

---

eine geringe Rolle (vgl. S. 32, Anm. 82 und S. 69). Die Reichstagsabgeordneten der NSDAP stimmten für den Neubau, aber in seiner Rede auf einer Versammlung der NSDAP in München am 10.10.1928 sagte Hitler über diesen Schiffstyp: "Ein 10.000-Tonnen-Schiff bedeutet heute gegenüber den bis zu 38.000-Tonnen-Schlachtkreuzern der Weltmächte gar nichts." Druck: Bd. III/1, Dok. 34. Diese Bewertung der Panzerschiffe erklärt die vorliegende Textstelle.

13 Erst mit der Annahme des seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeiteten Young-Plans durch den Reichstag am 12.3.1930 wurde die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis zum 1.7.1930 zugesichert. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 428 ff.

14 Die französische Luftwaffe wurde 1925 als "stärkste Luftmacht der Erde" eingeschätzt. Die Friedensstärke betrug damals 42 Aufklärungs-, 32 Jagd-, 20 Tagbomber-, und 12 Nachtbomberstaffeln mit zusammen 1.549 Flugzeugen 1. Linie. Die eingesetzten Flugzeugtypen wie z. B. der Aufklärer Henry Potez 25 A/2, das Jagdflugzeug Devoitine C I oder der Bomber Farman B 4 repäsentierten den Höchststand moderner Flugzeugtechnik.
Von diesen Verbänden war die 5. Gemischte Luftbrigade mit sechs Aufklärungs-, drei Jagd- und acht Tagbomberstaffeln in Mainz, Wackernheim und Neustadt a. d. H. stationiert. Vgl. von Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von von Oertzen, Berlin 1926, S. 231 ff.

15 1927 umfaßte die tschechoslowakische Luftwaffe 375 Flugzeuge, die auf zehn Jagd-, zwölf Aufklärungs-, zwei Tagbomber- und eine Nachtbomberstaffel verteilt waren. Die technischen Leistungen der tschechoslowakischen Flugzeuge - wie das Jagdflugzeug Avia B. H. 21 (Höchstgeschwindigkeit: 270 km/h) oder der Bomber Aero A-24 (Höchstgeschwindigkeit: 195 km/h) - entsprachen den damaligen Spitzenwerten der internationalen Militärluftfahrt. Vgl. Olaf Groehler, Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1980, Berlin (Ost) 1981, S. 174 ff, sowie All the world's aircraft of 1927, S. 46a ff., 90b ff.

Westen Deutschlands einschließlich Osnabrück, Bielefeld, Kassel, Würzburg, Stuttgart, Ulm, Augsburg. Im Osten: München, Augsburg, Würzburg, Magdeburg, Berlin, Stettin. Mit anderen Worten, es gibt bei der heutigen Lage der deutschen Grenzen nur mehr ein ganz kleines, wenige Quadratkilometer umfassendes Gebiet, das nicht innerhalb der ersten Stunde bereits den Besuch feindlicher Flugzeuge erhalten könnte.

Als gefährlichster Gegner kommt dabei Frankreich in Betracht, weil dieses dank seiner Bündnisse allein in der Lage ist, schon eine Stunde nach Ausbruch eines Konflikts fast ganz Deutschland mit Flugzeugen bedrohen zu können.

Die militärischen Gegenwirkungen Deutschlands gegen die Anwendung dieser Waffe sind zur Zeit alles in allem genommen gleich Null.

Schon diese einzige Betrachtung zeigt die trostlose Lage, in die ein deutscher Widerstand auf sich selbst allein gestellt, gegen Frankreich sofort geraten müßte. Wer selbst im Felde den Einwirkungen feindlicher Fliegerangriffe oft ausgesetzt gewesen ist, weiß am besten besonders die moralischen Wirkungen abzuschätzen, die davon ausgehen.

Aber auch Hamburg und Bremen, überhaupt unsere gesamten Küstenstädte würden heute diesem Schicksale nicht mehr entgehen, seit die großen Marinen durch Flugzeugmutterschiffe [16] die Möglichkeit besitzen, schwimmende Landungsplätze in große Küstennähe bringen zu können.

Allein nicht nur Flugzeugangriffen hat Deutschland heute keine technisch wirksamen Waffen in genügendem Umfange entgegenzusetzen. Auch sonst ist die rein technische Ausrüstung unserer kleinen Reichswehr der unserer Gegner aussichtslos unterlegen [17]. Der Mangel an schwerer Artillerie würde noch leichter verschmerzt werden können als der Mangel einer wirklich erfolgversprechenden Abwehrmöglichkeit gegen die Tankwaffen. Wenn Deutschland heute gegen Frankreich und seine Verbündeten in einen Krieg hineingestoßen würde, ohne daß es vorher in der Lage wäre, wenigstens die allernotwendigsten Vorbereitungen einer Abwehr treffen zu können, dann würde in wenigen Tagen auf Grund der rein technischen Überlegenheit unserer Gegner die Entscheidung gefallen sein. Im Kampfe selbst könnten die Maßnahmen nicht mehr vorbereitet werden, die zur Abwehr eines solchen feindlichen Angriffs erforderlich wären.

Auch die Meinung, durch improvisatorische Mittel wenigstens eine gewisse Zeit lang Widerstand leisten zu können, ist falsch, denn zu diesen Improvisationen braucht man eben schon eine gewisse Zeit, die aber im Falle eines Konflikts nicht mehr gegeben erscheint. Denn die

---

16 Erste Versuche, Kriegsschiffe als Start- und Landeplatz für Flugzeuge einzusetzen, unternahm die amerikanische Kriegsmarine im Jahr 1910. 1928 verfügte Großbritannien über sechs einsatzbereite Flugzeugträger mit bis zu 36 Flugzeugen pro Träger, die USA über vier Flugzeugträger mit max. 72 Flugzeugen, Frankreich über einen größeren (max. 30 Flugzeuge) und zwei kleine Flugzeugträger sowie Japan über vier Flugzeugträger mit max. 50 Flugzeugen. Die Sowjetunion, Italien, Spanien und Schweden besaßen je einen Flugzeugträger bzw. ein Flugzeugmutterschiff. Vgl. Hans-Joachim Mau und Charles E. Schrell, Flugzeugträger, Trägerflugzeuge, Berlin 1991 sowie Taschenbuch der Kriegsflotten. XXIV. Jahrgang 1928. Hrsg. von Bruno Weyer, München 1928, S. 36 ff., 58 f., 76 f., 92 f., 131, 141, 154 f.

17 Artikel 164-172 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legten Zahl und Charakter der Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörte auch das Verbot aller modernen oder zukunftsweisenden Waffensysteme. Druck: RGBl. 1919, S. 923 ff. Zu den Versuchen, diese Beschränkungen zu umgehen und geheim aufzurüsten vgl. Anm. 31.

Ereignisse würden schneller rollen und Tatsachen dabei schaffen, als daß uns noch die Zeit übrig bliebe, gegen diese Ereignisse Gegenmaßnahmen zu organisieren.

Daher können wir auch die außenpolitischen Möglichkeiten von was auch immer für einer Seite betrachten, ein Fall scheidet für Deutschland grundsätzlich aus: Man wird niemals gestützt nur auf die eigenen militärischen Machtmittel gegen die zur Zeit in Europa mobilisierten Kräfte vorzugehen vermögen. Jede Kombination, die Deutschland, ohne ihm vorher die Möglichkeit einer gründlichen Vorbereitung zu geben, in Konflikt mit Frankreich, England, Polen, Tschechoslowakei usw. bringt, fällt damit weg.

Diese grundsätzliche Erkenntnis ist deshalb wichtig, weil es bei uns in Deutschland auch heute noch gutgesinnte nationale Männer gibt, die in allem Ernste glauben, für ein Zusammengehen mit Rußland eingehen [*sic!*] zu müssen [18].

Schon rein militärisch betrachtet, ist ein solcher Gedanke undurchführbar oder für Deutschland verhängnisvoll.

So wie vor dem Jahre 1914 können wir auch heute als unbedingt feststehend immer annehmen, daß bei jedem Konflikt, in den Deutschland verwickelt wird, ganz gleich aus welchen Gründen heraus und ganz gleich aus welchen Veranlassungen, Frankreich immer unser Gegner sein wird. Mögen in der Zukunft was immer für europäische Kombinationen auftreten, so wird Frankreich stets an der Deutschland feindlichen mitwirken. Es liegt dies im traditionell verankerten Sinn der französischen Außenpolitik [19]. Es ist falsch zu glauben, daß der Kriegsausgang daran etwas geändert hat. Im Gegenteil. Der Weltkrieg hat für Frankreich nicht die restlose Erfüllung des ihm vorschwebenden Kriegszieles erbracht [20]. Denn dieses Ziel war keineswegs nur die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, sondern im Gegenteil, Elsaß-Lothringen selbst stellt nur einen kleinen Schritt in der Richtung nach dem französischen außenpolitischen Ziel dar. Daß der Besitz von Elsaß-Lothringen keineswegs die aggressiven, gegen Deutschland gerichteten Tendenzen der französischen Politik aufhebt, beweist am schlagendsten die Tatsache, daß ja auch in der Zeit, in der Frankreich Elsaß-Lothringen schon besaß, nichtsdestoweniger die gegen Deutschland gerichtete Tendenz der französischen außenpolitischen Einstellung vorhanden war. Das Jahr 1870 hat klarer gezeigt, was Frankreich im letzten Grunde beabsichtigt, als das Jahr 1914. Damals fühlte man keine Veranlassung, den offensiven Charakter der französischen Außenpolitik zu verschleiern. Im Jahre 1914 aber hielt man es, vielleicht gewitzigt durch die Erfahrungen, vielleicht auch beeinflußt durch England, für richtiger, allgemeine Menschheitsideale auf der einen Seite aufzustellen und auf der anderen sein Ziel auf Elsaß-Lothringen zu beschränken. Diese taktischen Rücksichten bedeuten damit aber nicht im geringsten eine innere Abkehr von den einstigen Zielen der französischen Außenpolitik, sondern nur eine Verschleierung derselben. Nach wie vor ist der leitende Gedanke

---

18 Gerade bei deutschen Industriellen, aber auch hohen Vertretern von Reichswehr und Diplomatie besaß die vielfältige Kooperation zwischen Deutschland und der Sowjetunion teilweise großen Rückhalt. Vgl. Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

19 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 13 ff.

20 Zu den Kriegszielen Frankreichs im Ersten Weltkrieg vgl. David Stevenson, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

der französischen Außenpolitik der der Eroberung der Rheingrenze, wobei man als besten Schutz dieser Grenze die Zerfetzung Deutschlands in möglichst lose zueinander stehende Einzelstaaten ansieht. Daß diese dadurch erreichte europäische Sicherung Frankreichs der Erfüllung größerer weltpolitischer Ziele dienen soll, endet[21] nichts daran, daß für Deutschland diese französischen kontinentalpolitischen Absichten eine Frage über Leben und Tod sind.

Tatsächlich hat ja auch Frankreich nie an einer Koalition teilgenommen, bei der irgendwie deutsche Interessen mit gefördert worden wären. In den letzten 300 Jahren ist Deutschland insgesamt bis zum Jahre 1870 29mal von Frankreich überfallen worden. Eine Tatsache, die Bismarck bewog, am Abend der Schlacht von Sedan dem französischen General Wimpffen auf das schärfste entgegenzutreten, als dieser versuchte, Milderungen der Kapitulationsbedingungen zu erreichen[22]. Es war damals Bismarck, der auf die Äußerung, Frankreich würde ein Entgegenkommen Deutschlands nicht vergessen, sondern in aller Zukunft eine dankbare Erinnerung bewahren, sofort auffuhr und dem französischen Unterhändler die harten, nackten Tatsachen der Geschichte entgegenhielt, indem er dem Sinne nach betonte, daß Frankreich Deutschland in den letzten 300 Jahren so oft angegriffen habe, ganz gleich von welchen Regierungssystemen es beherrscht gewesen sei, daß er auch für alle Zukunft die Überzeugung habe, daß ganz gleich, wie die Kapitulation formuliert würde, Frankreich Deutschland sofort erneut anfallen werde, sowie es sich seiner durch eigene Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen dazu stark genug fühle.

Bismarck hat die französische Mentalität damit richtiger eingeschätzt als unsere heutigen politischen Leiter Deutschlands. Er konnte dies auch tun, weil er, der selbst ein politisches Ziel im Auge hatte, auch inneres Verständnis für die politische Zielsetzung anderer besitzen konnte. Für Bismarck stand die Absicht der französischen Außenpolitik klar fest. Unseren heutigen sogenannten Staatsmännern aber ist sie unverständlich, weil ihnen auch selbst jeder klare politische Gedanke fehlt.

Hätte übrigens Frankreich anläßlich seines Eintritts in den Weltkrieg nur die Absicht einer Wiedererringung Elsaß-Lothringens als bestimmendes Ziel gehabt, dann würde die Energie der französischen Kriegführung nicht annähernd so gewesen sein, wie sie war. Besonders die politische Leitung aber hätte sich dann nicht zu einer Entschlußkraft durchgerungen, die während mancher Situationen während des Weltkrieges der höchsten Bewunderung würdig erscheint. Es lag aber im Wesen dieses größten Koalitionskrieges aller Zeiten, daß eine restlose Erfüllung aller Wünsche um so weniger möglich war, als die inneren Interessen der an ihm teilnehmenden Nationen selbst sehr große Gegensätze aufzuweisen hatten. (Den französ. Wunsch) Der französischen Absicht einer vollständigen Auslöschung Deutschlands in Europa stand immer noch der englische Wunsch entgegen, eine französische unbedingte Hegemoniestellung genauso zu verhindern wie eine solche Deutschlands.

Vgl. ferner Thilo Vogelsang, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437, hier S. 434.

21 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "ändert".

22 Das Gespräch zwischen Bismarck und dem französischen General Emanuel Felix Freiherr von Wimpffen hatte am 1.9.1870 anläßlich der Kapitulationsverhandlungen im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 stattgefunden. Vgl. Heinrich Poschinger (Hrsg.), Bismarck-Portefeuille, Bd. II, Stuttgart 1898, S. 42 ff.

Wichtig für die Beschneidung der französischen Kriegsabsichten war dabei, daß der deutsche Zusammenbruch unter Formen erfolgte, die die ganze Größe der Katastrophe der Öffentlichkeit zunächst noch nicht zum vollen Bewußtsein kommen ließen. Man hatte in Frankreich den deutschen Grenadier in einer Weise kennengelernt, daß man nur mit Bedenken einer Möglichkeit entgegenzublicken vermochte, die vielleicht Frankreich gezwungen haben würde, allein für die Erfüllung seines letzten politischen Zieles einzutreten. Als man später aber unter dem Eindruck der nun allgemein sichtbar gewordenen inneren Niederlage Deutschlands zu solchem Handeln entschlossen gewesen wäre, da hatte sich die Kriegspsychose der anderen Welt doch schon so weit gelegt, daß ohne Widerspruch von seiten der bisherigen Verbündeten eine alleinige Aktion Frankreichs von so großen Schlußabsichten nicht mehr durchgeführt hätte werden können.

Damit ist aber nun nicht gesagt, daß Frankreich auf sein Ziel verzichtet. Im Gegenteil, es wird beharrlich wie bisher versuchen, in der Zukunft zu erreichen, was die Gegenwart verhinderte. Frankreich wird auch in aller Zukunft, sobald es sich aus eigener Kraft oder durch die Kraft von Bündnissen dazu fähig fühlt, Deutschland aufzulösen trachten sowie das Rheinufer zu besetzen suchen, um auf diese Weise die französische Kraft an anderen Stellen im Rücken unbedroht einsetzen zu können. Daß dabei Frankreich nicht im geringsten in seinen Absichten irritiert wird durch Änderungen der deutschen Regierungsformen, ist um so verständlicher, als das französische Volk selbst ja auch ohne Rücksicht auf seine jeweiligen Verfassungen gleichmäßig seinen außenpolitischen Ideen anhängt. Ein Volk, das selbst ganz ohne Rücksicht darauf, ob es Republik oder Monarchie, bürgerliche Demokratie oder jakobinischen Terror zum Regenten hat, immer ein bestimmtes außenpolitisches Ziel verfolgt, wird kein Verständnis dafür besitzen, daß ein anderes Volk vielleicht durch den Wechsel seiner Regierungsformen auch einen Wechsel seiner außenpolitischen Ziele vornehmen könnte. Daher wird sich an der Einstellung Frankreichs zu Deutschland auch nichts ändern, ganz gleich ob in Deutschland ein Kaiserreich oder eine Republik die Nation vertritt, oder ob selbst (ein) sozialistischer Terror den Staat beherrschen würde.

Selbstverständlich steht Frankreich den inneren deutschen Vorgängen nicht gleichgültig gegenüber, allein seine Einstellung wird dabei nur bestimmt von der Wahrscheinlichkeit eines größeren Erfolges, also einer Erleichterung seines außenpolitischen Handelns durch eine bestimmte deutsche Regierungsform. Frankreich wird Deutschland die Verfassung wünschen, die für Frankreich den wenigsten Widerstand bei der Vernichtung Deutschlands erwarten läßt. Wenn daher die deutsche Republik als besonderes Zeichen ihres Wertes die französische Freundschaft anzuführen versucht, dann ist dies in Wirklichkeit das vernichtendste Armutszeugnis für sie. Denn nur weil sie dann von Frankreich als arm an Werten für Deutschland angesehen wird, wird sie in Paris begrüßt. Keineswegs aber ist damit gesagt, daß Frankreich dieser deutschen Republik anders gegenübertreten wird als analogen Schwächezuständen unseres staatlichen Daseins in vergangenen Zeiten. Man liebte an der Seine immer mehr die deutsche Schwäche als die deutsche Stärke, weil sie einen leichteren Erfolg der außenpolitischen Tätigkeit Frankreichs zu gewährleisten schien.

Diese französische Tendenz wird auch keineswegs abgeändert werden durch die Tatsache, daß das französische Volk einen Raummangel nicht besitzt. Denn in Frankreich ist seit Jahrhunderten die Politik am wenigsten durch rein wirtschaftliche Nöte bestimmt worden als viel-

mehr durch Momente des Gefühls. Frankreich ist ein klassisches Beispiel dafür, daß der Sinn einer gesunden Bodeneroberungspolitik auch leicht ins Gegenteil ausschlagen kann, sowie völkische Grundsätze dabei nicht mehr bestimmend sind und an ihre Stelle dafür sogenannte staatlich-nationale treten. Der französisch-nationale Chauvinismus hat sich von völkischen Gesichtspunkten so weit entfernt, daß man um der Befriedigung eines reinen Machtkitzels willen das eigene Blut vernegern läßt, nur um zahlenmäßig den Charakter einer "Grandnation" [*sic!*] aufrechtzuerhalten. Frankreich wird daher auch so lange ein ewiger Weltstörenfried sein, solange nicht eines Tages eine entscheidende und gründliche Belehrung dieses Volkes vorgenommen wird. Im übrigen hat niemand besser den Charakter der französischen Eitelkeit charakterisiert als Schopenhauer mit seinem Ausspruch: "Afrika hat seine Affen und Europa seine Franzosen[23]."

Aus dieser Mischung von Eitelkeit und Größenwahn hat die französische Außenpolitik stets ihren inneren Antrieb erhalten. Wer will in Deutschland hoffen und erwarten, daß, je mehr Frankreich infolge seiner allgemeinen Verniggerung dem vernünftigen klaren Denken entfremdet wird, es dennoch eines Tages einen Wandel seiner Gesinnung und seiner Absichten gegen Deutschland vornehmen werde?

Nein, ganz gleich, wie die nächste Entwicklung in Europa verlaufen wird, immer wird Frankreich dabei versuchen, unter Ausnützung der jeweiligen deutschen Schwäche und aller ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen und militärischen Möglichkeiten uns Schaden zuzufügen und unser Volk zu entzweien, um es endlich wieder zu einer vollkommenen Auflösung bringen zu können.

Damit verbietet sich für Deutschland aber von selbst jede europäische Koalition, die nicht eine Bindung Frankreichs bedeutet.

An sich ist der Glaube an eine deutsch-russische Verständigung phantastisch, solange in Rußland ein Regiment herrscht, das von dem einzigen Bestreben erfüllt ist, die bolschewistische Vergiftung auf Deutschland zu übertragen[24]. Wenn daher kommunistische Elemente für ein deutsch-russisches Bündnis agitieren[25], dann ist dies natürlich. Mit Recht hoffen sie dabei, Deutschland selbst dem Bolschewismus zuführen zu können. Unverständlich ist es aber, wenn nationale Deutsche glauben, zu einer Verständigung mit einem Staat gelangen zu können, dessen höchstes Interesse die Vernichtung gerade dieses nationalen Deutschland mit ist. Es ist selbstverständlich, daß, wenn heute ein solches Bündnis endgültig zustande käme, sein Ergebnis die restlose Herrschaft des Judentums in Deutschland genauso sein würde wie in Rußland. Die Meinung, mit diesem Rußland einen Kampf gegen die kapitalistische, westeuropäische Welt aufführen zu können, ist ebenfalls unverständlich. Denn erstens ist das heutige Rußland alles andere eher als ein antikapitalistischer Staat. Es ist allerdings ein Land, das seine eigene nationale Wirtschaft vernichtet hat, aber doch nur, um dem internationalen Finanz-

23 "Die andern Welttheile haben Affen; Europa hat Franzosen. Das gleicht sich aus." Vgl. Aus Arthur Schopenhauer's handschriftlichem Nachlaß. Hrsg. von Julius Frauenstädt, Leipzig 1864, S. 386.

24 Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 321 ff.

25 Die KPD trat für eine enge Verbindung Deutschlands mit der Sowjetunion ein und hatte im Reichstag dem deutsch-sowjetischen Neutralitätsabkommen vom 24.4.1926 zugestimmt. Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985, S. 191, 290 f.

kapital die Möglichkeit einer absoluten Beherrschung zu gewähren[26]. Würde dies nicht so sein, wie käme denn dann aber zweitens geradezu[27] kapitalistische Welt in Deutschland dazu, für ein solches Bündnis Stellung zu nehmen? Es sind doch die jüdischen Presseorgane der ausgesprochensten Börseninteressen, die in Deutschland für ein deutsch-russisches Bündnis eintreten. Glaubt man wirklich, daß das Berliner Tagblatt[28] oder die Frankfurter Zeitung[29] und daß alle ihre illustrierten Blätter[30] in mehr oder minder offener Form für das bolschewistische Rußland sprechen, weil dieses ein antikapitalistischer Staat sei? Es ist immer ein Fluch, wenn in politischen Dingen der Wunsch zum Vater des Gedankens wird.

Allerdings wäre es denkbar, daß in Rußland selbst ein innerer Wandel innerhalb der bolschewistischen Welt insoferne eintritt, als das jüdische Element vielleicht durch ein mehr oder minder russisches, nationales verdrängt werden könnte. Dann wäre es auch nicht ausgeschlossen, daß das heutige in Wirklichkeit jüdisch-kapitalistische Bolschewikenrußland zu (einem) national-antikapitalistischen Tendenzen getrieben würde. In diesem Falle, der vielleicht sich in manchem anzuzeigen scheint, wäre es dann allerdings denkbar, daß der westeuropäische Kapitalismus ernstlich gegen Rußland Stellung nimmt. Allein, auch dann wäre ein Bündnis Deutschlands mit diesem Rußland ein voller Wahnsinn. Denn die Meinung, einen solchen Bund irgendwie geheimhalten zu können, ist ebenso unbegründet als die Hoffnung, durch militärische Vorbereitungen in der Stille sich für die Auseinandersetzung zu rüsten.

Es gäbe dabei wirklich nur zwei Möglichkeiten: Entweder dieser Bund würde von der dann gegen Rußland auftretenden westeuropäischen Welt als eine Gefahr angesehen oder nicht. Wenn ja, dann weiß ich nicht, wer wohl im Ernste glaubt, daß uns die Zeit bliebe zu Rüstungen, die wenigstens für die ersten 24 Stunden einen Zusammenbruch zu verhindern geeignet wären. Oder glaubt man wirklich im Ernst, daß dann Frankreich abwarten würde, bis wir unsere Luftabwehr und Tankabwehr ausgebaut hätten? Oder glaubt man, daß dies geheim geschehen könnte in einem Land, in dem der Verrat nicht mehr als schamlose, sondern als bewunde-

26 Die Werbung ausländischer Investoren war Teil der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik, mit der die sowjetrussische Führung seit 1921 das wirtschaftliche Desaster zu bewältigen suchte, das Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus hinterlassen hatten. Diese Konzessionen an die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft sorgten für eine begrenzte wirtschaftliche Erholung der UdSSR und prägten deren Wirtschaft bis Ende der 20er Jahre. Vgl. Christine A. White, British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

27 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "gerade die".

28 Das "Berliner Tageblatt" wurde 1872 als liberale Berliner Lokalzeitung gegründet und galt schon bald als eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihres weitverzweigten Nachrichtendienstes (Wolffs Telegraphisches Büro). Das Blatt, dessen Chefredakteur 1906 Theodor Wolff geworden war, stand während der Weimarer Republik der DDP nahe. Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

29 Die "Frankfurter Zeitung" geht zurück auf die seit 1856 erscheinende "Frankfurter Handelszeitung", seit November 1866 "Frankfurter Zeitung und Handelsblatt". Um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bemüht, entwickelte sich die "Frankfurter Zeitung" schon vor 1914 zu einer der führenden liberalen Zeitung in Deutschland mit zunehmender internationaler Bedeutung. 1934 erreichte die "Frankfurter Zeitung", deren Geschäftsführung 1910 die Brüder Heinrich und Kurt Simon übernommen hatten, eine Auflagenhöhe von über 100.000 Exemplaren. Vgl. Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

30 Gemeint sind offenbar die Zeitschriften "Berliner Illustrirte Zeitung" und "Das Illustrierte Blatt", Frankfurt a. M., die von den Verlagen des "Berliner Tageblatts" bzw. der "Frankfurter Zeitung" herausgegeben wurden.

rungswürdige, mutige Tat gilt[31]? Nein, wenn Deutschland wirklich heute mit Rußland einen Bund gegen Westeuropa schließen wollte, dann würde morgen Deutschland wieder zum historischen Schlachtfeld geworden sein. Und dann gehört eine ganz seltene Phantasie dazu, sich einzubilden, daß Rußland Deutschland irgendwie, ich weiß nicht auf welchem Wege, zu Hilfe kommen könnte. Der einzige Erfolg eines solchen Handelns wäre, daß Rußland der Katastrophe vielleicht noch auf eine gewisse Zeit dadurch auskäme [*sic!*], indem sie zunächst über Deutschland hereinbräche. Einen populäreren Anlaß für einen solchen Kampf gegen Deutschland könnte es aber besonders in den westlichen Staaten aber [*sic!*] gar nicht geben. Man stelle sich vor, Deutschland verbündet mit einem wirklich antikapitalistischen Rußland, und man male sich dann aus, wie diese demokratische Weltjudenpresse gegen Deutschland alle Instinkte der anderen Nationen mobilisieren würde. Wie besonders in Frankreich sofort die volle Harmonie hergestellt wäre zwischen dem französischen nationalen Chauvinismus und der jüdisch-börsianischen Presse. Denn man verwechsle einen solchen Vorgang nicht mit den Kämpfen weißrussischer Generale gegen den Bolschewismus von damals. Im Jahre [*19*]19 und [*19*]20 kämpfte das nationale Weißrußland[32] gegen die jüdisch-börsianische, in Wahrheit im höchsten Sinn international-kapitalistische rote Revolution. Heute aber würde der national gewordene antikapitalistische Bolschewismus im Kampfe gegen das Weltjudentum stehen. Wer die Bedeutung der Propaganda der Presse, ihrer grenzenlosen Möglichkeiten der Völkerverhetzung und Menschenverdummung kennt, der kann sich vorstellen, zu welchen Orgien von Haß und Leidenschaft die europäischen westlichen Nationen gegen Deutschland aufgepeitscht würden. Denn dann wäre Deutschland nicht mehr verbündet mit dem Rußland einer großen, bemerkenswerten, ethischen, kühnen Idee, sondern mit den Schändern der Kultur der Menschheit.

Es könnte vor allem für die französische Regierung keine bessere Möglichkeit geben, ihrer eigenen inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, als einen in solchem Falle vollkommen gefahrlosen Kampf gegen Deutschland aufzunehmen. Der französische nationale Chauvinismus könnte um so zufriedener sein, als man dann unter dem Schutz einer neuen Weltkoalition der Erfüllung des endgültigen Kriegszieles wesentlich näher rücken könnte. Denn ganz gleich welcher Art das Bündnis Deutschland zu Rußland wäre, militärisch würde die furchtbarsten Schläge Deutschland allein auszuhalten haben. Ganz abgesehen davon, daß Rußland nicht direkt an Deutschland grenzt und mithin selbst erst den polnischen Staat überrennen müßte, würde selbst im Falle einer Niederzwingung Polens durch Rußland, was an sich schon unwahr-

31 Offenbar Anspielung auf die damals streng geheime militärisch-technische Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, in deren Mittelpunkt seit 1921 vor allem die Luft- und Panzerkriegsführung sowie der Gaskampf standen. Durch die Berichte des "Manchester Guardian" vom 3. und 6.12.1926 wurde die Öffentlichkeit erstmals über die Existenz von geheimen Waffenschulen und Rüstungsbetrieben in der Sowjetunion unterrichtet, was am 16.12.1926 eine Debatte im Reichstag aber auch eine erregte journalistische Auseinandersetzung zwischen "Vorwärts" und "Roter Fahne" zur Folge hatte. Vgl. Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, S. 143 ff.

32 Gemeint ist nicht der geographische Raum Weißrußland (Belorußland), sondern die Gegner der sich mit der Farbe Rot kennzeichnenden Bolschewiki während des Bürgerkriegs, die als "Weiße" bezeichnet wurden, obwohl sie weder politisch noch organisatorisch eine Einheit bildeten.

scheinlich ist[33], eine solche russische Hilfe wesentlich [*sic!*] im günstigsten Falle auf deutschem Gebiet eintreffen können, wenn es kein Deutschland mehr gibt. Der Gedanke aber einer Landung russischer Divisionen irgendwo in Deutschland scheidet so lange vollständig aus, solange England und Frankreich maritim auch die Ostsee restlos beherrschen. Im übrigen würde die Landung russischer Truppen in Deutschland schon an zahlreichen technischen Mängeln scheitern.

Würde also ein deutsch-russisches Bündnis eines Tages die Probe vor der Wirklichkeit zu bestehen haben, und Bündnisse ohne Gedanken an einen Krieg gibt es nicht, dann würde Deutschland den konzentrischen Angriffen ganz Westeuropas ausgesetzt sein, ohne einen eigenen Widerstand ernstlicherer Art leisten zu können.

Es bleibt aber nun die Frage, welchen Sinn überhaupt ein deutsch-russisches Bündnis haben soll. Nur den einen, Rußland vor der Vernichtung zu bewahren und dafür Deutschland zum Opfer zu bringen? Denn ganz gleich wie das Ende dieses Bündnisses sein würde, Deutschland könnte nicht zu einer endgültigen außenpolitischen Zielsetzung kommen. An der grundsätzlichen Lebensfrage, ja an der Lebensnot unseres Volkes würde damit nichts geändert werden. Im Gegenteil, Deutschland würde damit erst recht von einer einzig vernünftigen Bodenpolitik abgetrennt werden, um seine Zukunft mit dem Raufen um unbedeutende Grenzregulierungen auszufüllen. Denn weder im Westen noch im Süden Europas kann die Raumfrage unseres Volkes gelöst werden.

Die Hoffnung auf ein deutsch-russisches Bündnis, die in den Köpfen auch vieler nationaler deutscher Politiker herumgeistert, ist aber auch noch aus einem anderen Grunde mehr als zweifelhaft.

Es erscheint im allgemeinen in nationalen Kreisen als selbstverständlich, daß man sich nicht gut mit einem jüdisch-bolschewistischen Rußland verbünden kann, da das Ergebnis aller Wahrscheinlichkeit nach eine Bolschewisierung Deutschlands selbst sein würde. Daß man dies nicht will, liegt auf der Hand. Allein, man gründet seine Hoffnung darauf, daß in Rußland eines Tages der jüdische und damit im tiefsten Grund international kapitalistische Charakter des Bolschewismus verschwinden würde, um einem nationalen weltantikapitalistischen Kommunismus Platz zu machen. Dieses dann wieder von nationalen Tendenzen erfüllte Rußland käme dann sehr wohl in Frage, mit Deutschland in ein Bundesverhältnis zu treten.

Es ist dies ein sehr großer Irrtum. Er beruht auf der außerordentlichen Unkenntnis der Psyche der slawischen Volksseele. Es darf einen dies nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, wie wenig Kenntnis selbst das politisierende Deutschland von den seelischen Zuständen seiner einstigen Verbündeten hatte. Man wäre sonst nie so tief gestürzt. Wenn diese rußlandfreundlichen nationalen Politiker dabei heute versuchen, ihre Politik durch Hinweise auf analoge Einstellungen Bismarcks[34] zu motivieren, dann lassen sie eine ganze Anzahl wichtiger Momente, die damals für eine rußlandfreundliche Politik sprachen, heute dagegen sind, außer Betracht.

33 Vermutlich Anspielung auf die sowjetische Niederlage im Polnisch-Sowjetischen Krieg (1918-1920). Obwohl die Rote Armee bis unmittelbar vor Warschau vorgedrungen war, befand sie sich vom Beginn der polnischen Gegenoffensive am 16.8.1920 bis zum Waffenstillstand vom 12.10.1920 auf dem Rückzug. Im Frieden von Riga vom 18.3.1921 fielen große weißrussische und ukrainische Gebiete an Polen. Vgl. Kai von Jena, Polnische Ostpolitik nach den Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980, S. 21 ff.

34 Vgl. Kap. VII, Anm. 14, 15.

Das Rußland, das Bismarck kannte, war, zumindest soweit die politische Leitung desselben in Frage kam, kein typisch slawischer Staat. Dem Slawentum selbst fehlen im allgemeinen staatenbildende Kräfte. Besonders in Rußland wurden die Staatsbildungen immer von fremden Elementen besorgt. Seit der Zeit Peters des Großen waren es vor allem sehr viele Deutsche (Balten!)[35], die das Gerippe und das Gehirn des russischen Staates bildeten. Im Laufe der Jahrhunderte sind ungezählte Tausende dieser Deutschen russifiziert worden, allein nur im selben Sinn, in dem unser Bürgertum, unser nationales, Polen und Tschechen deutschisieren oder germanisieren möchte. Sowie in diesem Falle der neugebackene "Deutsche" in Wahrheit nur ein deutschsprechender Pole oder Tscheche ist, so sind diese künstlichen Russen ihrem Blut und damit ihren Fähigkeiten nach Deutsche geblieben oder besser Germanen. Dieser germanischen Oberschicht[36] verdankte Rußland seinen staatlichen Bestand, sowie (das) den wenigen vorhandenen kulturellen Wert. Ohne diese in Wirklichkeit deutsche Ober- und Intelligenzschicht wäre weder ein Großrußland entstanden, noch hätte sich dieses zu erhalten vermocht. Solange nun Rußland ein Staat mit autokratischen Regierungsformen gewesen war, hat diese in Wahrheit gar nicht russische Oberschicht auch das politische Leben des Riesenreiches bestimmend beeinflußt. Und dieses Rußland hat wenigstens zum Teil auch noch Bismarck gekannt. Mit diesem Rußland hat der Meister der deutschen Staatskunst politische Geschäfte gemacht. Allein schon zu seinen Lebzeiten war die Zuverlässigkeit (besonders mit der man von Rußland aus) und Stabilität der russischen Politik nach innen und außen bedenklich ins Schwanken geraten und zum Teil unberechenbar geworden. Es lag dies an dem langsamen Zurückdrängen der germanischen Oberschicht. Dieser Prozeß der Umwandlung der russischen Intelligenz war bedingt teils durch ein Ausbluten des russischen Volkskörpers infolge zahlreicher Kriege, die, wie in diesem Buche schon erwähnt, in erster Linie die rassisch wertvolleren Kräfte dezimieren. Tatsächlich war ja besonders das Offizierskorps seiner Abstammung nach am meisten nicht slawischen, auf alle Fälle aber nicht russischen Blutes. Dazu kam noch die geringere Vermehrung der oberen Intelligenzschichten an sich und endlich das durch Schulen künstlich erfolgte Hinaufdressieren eines wirklich blutsmäßigen Russentums. Der geringe staatserhaltende Wert der neuen russischen Intelligenz an sich war blutsmäßig begründet und zeigte sich vielleicht am schärfsten im Nihilismus des russischen Hochschulwesens[37]. Im tiefsten Grunde aber war dieser Nihilismus doch nichts anderes als die blutsmäßige Opposition des wirklichen Russentums gegen die rassisch fremde Oberschicht.

In eben dem Maß, in dem die germanische staatenbildende Oberschicht Rußlands abgelöst wurde von einer rassisch reinrussischen bürgerlichen Schicht, trat dem russischen Staatsgedanken die panslawistische Idee gegenüber. Sie war von der ersten Stunde ihrer Geburt an völkisch-(russisch) slawisch und antideutsch.

Die antideutsche Gesinnung des neuwerdenden Russentums besonders in den sogenannten Intelligenzschichten war aber nicht nur eine reine Reflexbewegung gegen die bisherige autokratische fremde Oberschicht in Rußland, etwa aus politisch freiheitlichen Gedankengängen

35 Der eingeklammerte Zusatz so in der Vorlage.
36 In der Vorlage im folgenden durchgehend "Oberschichte", "Intelligenzschichte" usw.
37 Der Begriff "Nihilismus" schließt jeden Standpunkt der absoluten Verneinung von Wertvorstellungen oder Glaubenssätzen ein. Iwan Sergejewitsch Turgenjew nannte 1861 in seinem Roman "Väter und Söhne" die russischen revolutionären Anarchisten "Nihilisten", die sich daraufhin selbst so bezeichneten.

heraus, sondern im innersten Sinn der Protest des slawischen Wesens gegen das deutsche. Es sind zwei Volksseelen, die nur sehr wenig Gemeinsames haben, wobei sogar noch erst festgestellt werden müßte, ob nicht dieses wenige Gemeinsame seine Ursache in den durcheinandergesprengten rassischen Einzelelementen besitzt, aus denen sowohl das russische als das deutsche Volk zusammengesetzt erscheint. Daß also das, was uns Deutschen und den Russen gemeinsam ist, ebensowenig dem deutschen wie dem russischen Charakter entspricht, sondern nur unserer Blutsvermischung zuzuschreiben ist, die nach Deutschland ebensowohl ostische, slawische Elemente, als nach Rußland nordisch-deutsche gebracht hat.

Würde man aber zur Prüfung der beiden Seelenveranlagungen einen rein nordischen Deutschen, sagen wir aus Westfalen, nehmen und ihm einen rein slawischen Russen gegenüberstellen, dann würde zwischen diesen beiden Repräsentanten zweier Völker eine unendliche Kluft sich auftun. Tatsächlich hat das slawisch-russische Volk dies auch immer empfunden und daher stets eine instinktive Abneigung gegen den Deutschen gehabt. Die harte Gründlichkeit sowie die kalte Logik, das nüchterne Denken sind dem wirklichen Russen innerlich unsympathisch und zum Teil auch unverständlich. Unser Ordnungssinn wird nicht nur keine Gegenliebe finden, sondern stets Widerwillen auslösen. Was bei uns als Selbstverständlichkeit empfunden wird, ist damit aber für den Russen eine Qual, da es eine Beschränkung seines natürlichen, andersgearteten Seelen- und Trieblebens darstellt. Daher wird sich das slawische Rußland auch immer mehr zu Frankreich hingezogen fühlen. Und zwar in steigendem Maße, indem auch in Frank-reich das fränkisch-nordische Elemente zurückgedrängt wird. Das leichte, oberflächliche, mehr oder weniger weibische französische Leben vermag den Slawen mehr zu fesseln, weil es ihm innerlich verwandter ist als die Härte unseres deutschen Existenzkampfes. Es ist deshalb auch kein Zufall, wenn politisch das panslawistische Rußland für Frankreich schwärmte, genauso wie die russische Intelligenz slawischen Blutes in Paris das Mekka seines eigenen Zivilisationsbedürfnisses fand.

Der Prozeß des Aufsteigens eines russisch-nationalen Bürgertums (bedeutete) bedingte zugleich eine innere Entfremdung dieses neuen Rußlands gegenüber Deutschland, das nunmehr auf keine rassisch-verwandte russische Oberschicht fürderhin bauen konnte.

Tatsächlich war die antideutsche Einstellung der Vertreter des völkisch-panslawistischen Gedankens schon um die Jahrhundertwende so stark, und ihr Einfluß auf die russische Politik so gewachsen, daß selbst die mehr als anständige Haltung Deutschlands gegenüber Rußland anläßlich des Russisch-Japanischen Krieges[38] der weiteren Entfremdung der beiden Staaten keinen Einhalt mehr gebieten konnte. Es kam der Weltkrieg, der nicht wenig durch die panslawistische Hetze mit angefacht worden war. Das wirkliche staatliche Rußland, soweit es durch die bisherige Oberschicht repräsentiert worden war, kam dabei kaum mehr zu Wort.

Der Weltkrieg selbst hat dann (die letzte) eine weitere Ausblutung Rußlands von nordisch-deutschen Elementen herbeigeführt, und der letzte Rest wurde endlich von der Revolution und dem Bolschewismus ausgerottet. Nicht als ob der slawische Rasseninstinkt allein bewußt den

38 Vgl. Kap. VII, Anm. 47.
Zur rußlandfreundlichen Neutralität Deutschlands während des Russisch-Japanischen Kriegs 1904/05 und den daraus resultierenden Spannungen mit Großbritannien vgl. Jonathan Steinberg, Germany and the Russo-Japanese War. In: The American Historical Review LXXV (1970), S. 1965-1986.

Kampf der Ausrottung gegen die bisherige nichtrussische Oberschicht durchgeführt hätte. Nein, er hat unterdes seinen neuen Führer erhalten im Judentum. Das nach der Oberschicht und damit Oberleitung drängende Judentum hat mit Hilfe slawischer Rasseninstinkte die bisherige fremde Oberschicht ausgerottet. Denn wenn mit der bolschewistischen Revolution das Judentum die Führung auf allen Gebieten des russischen Lebens übernommen hat, so ist dies ein selbstverständlicher Vorgang, denn von sich aus und aus sich selbst fehlt dem Slawentum überhaupt jede organisatorische Fähigkeit und damit auch jede staatenbildende und staatenerhaltende Kraft. Man ziehe aus dem Slawentum alle nicht rein slawischen Elemente heraus, und es wird sofort auch als Staat der Auflösung verfallen. Allerdings mag grundsätzlich jede Staatenbildung zunächst ihre innerste Veranlassung im Zusammentreffen von Völkern höherer und niederer Ordnung haben, wobei die Träger des höheren Blutswertes - aus Selbsterhaltungsgründen - einen bestimmten Gemeinschaftsgeist entwickeln, der ihnen erst die Möglichkeit einer Organisation und Beherrschung der Minderwertigen gestattet. Nur die Überwindung gemeinsamer Aufgaben (für) zwingt zu organisatorischen Formen. Allein der Unterschied zwischen staatenbildenden und nichtstaatenbildenden Elementen liegt eben darin, daß den einen die Gestaltung einer Organisation zur Erhaltung ihrer Art gegenüber anderen Wesen möglich wird, während die nichtstaatenbildungsfähigen unfähig sind, von sich aus jene organisatorischen Formen zu finden, die ihren Bestand anderen gegenüber gewährleisten würden.

So hat das heutige Rußland oder besser das heutige Slawentum russischer Nationalität als Herrin [*sic!*] den Juden bekommen, der zunächst die bisherige Oberschicht beseitigt hat und nunmehr seine eigene staatenbildende Kraft beweisen müßte. Bei der gesamten am Ende doch nur destruktiven Veranlagung des Judentums wird dieses aber auch hier nur als das geschichtliche "Ferment der Decomposition" [39] wirken. Es hat Geister zu Hilfe gerufen, die es selbst nicht mehr loswerden wird, und der Kampf des innerlich antistaatlichen panslawistischen Gedankens gegen die bolschewistische, jüdische Staatsidee wird mit der Vernichtung des Judentums enden. Was aber dann übrigbleibt, wird ein Rußland sein, von ebenso geringer staatlicher Macht wie tief eingewurzelter antideutscher Einstellung. Indem dieser Staat keine irgendwie mehr verankerte staatserhaltende Oberschicht besitzen wird, wird er zu einer Quelle ewiger Unruhe und ewiger Unsicherheit werden. Ein gigantisches Landgebiet wird damit dem wechselvollsten Schicksal ausgeliefert sein und statt einer Stabilisierung der Staatsverhältnisse auf der Erde wird eine Periode unruhevoller Veränderungen beginnen.

Die erste Phase dieser Entwicklungen wird dabei sein, daß die verschiedensten Nationen der Welt versuchen werden, mit diesem gewaltigen Staatenkomplex Beziehungen anzuknüpfen, um auf solchem Wege eine Stärkung der eigenen Positionen und Absichten herbeizuführen. Es wird ein solcher Versuch aber immer gebunden sein an das Bestreben, auch einen eigenen geistigen und organisatorischen Einfluß dabei auf Rußland auszuüben.

39 Nach Theodor Mommsen: "Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition und insofern ein vorzugsweise berechtigtes Mitglied in dem Caesarischen Staate, dessen Politie doch eigentlich nichts als Weltbürgertum, dessen Volkstümlichkeit im Grunde nichts als Humanität war." Vgl. Theodor Mommsen, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976, S. 216.

Deutschland darf nicht hoffen, bei dieser Entwicklung irgendwie in Frage zu kommen. Die ganze Mentalität des heutigen und des kommenden Rußlands steht dem entgegen. Weder vom Standpunkt nüchterner Zweckmäßigkeit aus gesehen, noch von dem einer menschlichen Zusammengehörigkeit aus hat für die Zukunft ein Bündnis Deutschlands mit Rußland für Deutschland einen Sinn. Im Gegenteil, es ist ein Glück für die Zukunft, daß diese Entwicklung so stattgefunden hat, weil dadurch ein Bann gebrochen ist, der uns verhindert hätte, das Ziel der deutschen Außenpolitik dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten.

[*KAPITEL XII*]

[*GRUNDSÄTZE DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK*]

Bei der Gestaltung der kommenden deutschen Außenpolitik steht angesichts der aussichtslosen militärischen Lage Deutschlands folgendes zu bedenken:

1.) Deutschland kann nicht von sich aus einen Wandel in seiner heutigen Lage herbeiführen, soweit dies durch militärische Machtmittel erfolgen müßte.

2.) Deutschland kann nicht hoffen, daß durch Maßnahmen des Völkerbundes eine Änderung seiner Lage eintreten wird, solange die bestimmenden Vertreter dieser Institution zugleich die Interessenten an Deutschlands Vernichtung sind.

3.) Deutschland kann nicht hoffen, durch eine Mächtekombination seine derzeitige Lage zu ändern, die es in Konflikt mit dem Deutschland umspannenden französischen Bündnissystem bringt, ohne daß Deutschland vorher die Möglichkeit erhält, seine rein militärische Ohnmacht zu beheben, um im Falle (einer Anwendung) des Eintritts der Bundesverpflichtungen sofort mit Aussicht auf Erfolg militärisch auftreten zu können.

4.) Deutschland kann nicht hoffen, eine solche Mächtekombination zu finden, solange nicht sein letztes außenpolitisches Ziel in voller Klarheit festgelegt erscheint und damit den Interessen derjenigen Staaten nicht widerspricht, ja ihnen sogar dienlich erscheint, die für ein Bündnis mit Deutschland in Frage kämen.

5.) Deutschland kann nicht hoffen, daß dies Staaten sein können, die sich außerhalb des Völkerbundes befinden, sondern, es muß im Gegenteil seine einzige Hoffnung darin bestehen[1], daß es gelingt, aus der bisherigen Koalition der Siegerstaaten einzelne herauszubrechen und eine neue Interessentengruppe mit neuen Zielen zu bilden, deren Verwirklichung durch den Völkerbund seinem ganzen Wesen nach nicht stattfinden kann.

6.) Deutschland darf nur hoffen, auf diesem Wege dann zu einem Erfolg zu kommen, wenn es damit seiner bisherigen schwankenden Schaukelpolitik endgültig entsagt und sich dafür grundsätzlich nach einer Richtung hin entscheidet und dabei auch alle Konsequenzen übernimmt und trägt.

7.) Deutschland soll nie hoffen, durch Bündnisse mit Völkern, deren militärischer Wert entweder durch die Tatsache ihres bisherigen Unterliegens genügend gekennzeichnet erscheint oder deren allgemeine rassische Bedeutung eine minderwertige ist, Weltgeschichte machen zu können. Denn der Kampf um die Wiedererringung der deutschen Freiheit wird die deutsche Geschichte damit wieder zur Weltgeschichte wieder emporheben.

8.) Deutschland soll keinen Augenblick vergessen, daß, ganz gleich wie und auf welchem Wege es sein Schicksal zu ändern gedenkt, Frankreich sein Gegner sein wird und daß jede Mächtevereinigung, die sich gegen Deutschland wendet, Frankreich von vorneherein für sich buchen kann.

---

1 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "sehen".

[*KAPITEL XIII*]

[*DIE MÖGLICHEN ZIELE*]

Man kann nicht die außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands überprüfen, ohne erst Klarheit zu besitzen darüber, was man in Deutschland selbst will, wie also Deutschland selbst seine Zukunft zu gestalten gedenkt. Weiter wird man dann die außenpolitischen Ziele derjenigen Mächte in Europa klarzulegen versuchen müssen, die als Angehörige der Siegerkoalition die Bedeutung von Weltmächten haben.

Ich habe bereits in diesem Buche die verschiedenen außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands behandelt. Dennoch will ich noch einmal in aller Kürze die möglichen außenpolitischen Ziele aufstellen, damit (an ihnen) (durch sie) sich durch sie eine Basis ergibt zur kritischen Prüfung der Verhältnisse dieser einzelnen außenpolitischen Ziele zu denen der anderen europäischen Staaten.

1.) Deutschland kann auf eine außenpolitische grundsätzliche Zielsetzung überhaupt verzichten. Das heißt in Wirklichkeit, es kann sich zu allem entschließen, und es braucht sich auf gar nichts festlegen.

Es wird damit die Politik der letzten 30 Jahre nur unter anderen Verhältnissen auch in der Zukunft fortsetzen. Würde nun die Welt aus lauter Staaten mit ähnlicher politischer Ziellosigkeit bestehen, ließe sich dies für Deutschland, wenn auch noch lange nicht rechtfertigen, so doch wenigstens ertragen. Dies ist aber eben nicht so. So, wie aber im gewöhnlichen Leben ein Mensch mit einem festen Lebensziel, das er unter allen Umständen zu erreichen trachtet, ziellosen anderen stets überlegen sein wird, genauso auch im Leben der Völker. Damit ist vor allem noch lange nicht gesagt, daß ein Staat ohne politische Zielsetzung Gefahren, die eine solche vielleicht mit sich bringen könnte, zu vermeiden wird in der Lage sein. Denn so sehr (ja) er auch infolge seiner eigenen politischen Ziellosigkeit einer aktiven Tätigkeit enthoben erscheint, so leicht kann er in seiner Passivität das Opfer der politischen Ziele anderer werden. Denn das Handeln eines Staates wird nicht nur durch seinen Willen bestimmt, sondern auch durch den der übrigen, nur mit dem Unterschied, daß er im einen Fall das Gesetz des Handelns selbst bestimmen kann, während es im anderen Fall ihm aufgezwungen wird. Aus friedlicher Gesinnung heraus einen Krieg nicht wollen, heißt noch lange nicht, ihn auch vermeiden können. Und einen Krieg um jeden Preis vermeiden zu wollen, bedeutet noch lange nicht die Rettung des Lebens vor dem Tode.

Die Lage Deutschlands in Europa ist heute eine solche, daß es bei eigener politischer Ziellosigkeit noch lange nicht hoffen darf, einem Zustand der beschaulichen Ruhe entgegengehen zu können. Eine solche Möglichkeit existiert für ein Volk, das mitten im Herzen Europas sich befindet, nicht. Entweder Deutschland versucht, selbst aktiv an der Gestaltung des Lebens mitzuwirken, oder es wird ein passives Objekt der Lebensgestaltung anderer Völker sein. Alle Klugheit, die bisher vermeinte, Völker aus geschichtlichen Gefahren durch Erklärungen eines allgemeinen Desinteressements herausziehen zu können, hat sich bisher noch stets als ebenso feiger wie dummer Irrtum herausgestellt. Wer nicht Hammer sein will, wird in der Geschichte

Amboß sein [1]. Unser deutsches Volk hat in seiner ganzen bisherigen Entwicklung immer nur zwischen diesen zwei Möglichkeiten zu wählen gehabt. Wollte es selbst Geschichte machen, so hat es sich demgemäß selbst freudig und kühn eingesetzt, dann war es immer noch Hammer gewesen. Glaubte es aber den Verpflichtungen zum Lebenskampf entsagen zu können, dann war es bisher noch stets der Amboß, auf dem entweder andere ihren Lebenskampf ausgefochten haben, oder es diente selbst den Fremden als Nahrung.

Deutschland wird also, wenn es leben will, die Verteidigung dieses Lebens auf sich nehmen müssen, und die beste Parade war auch hier stets der Hieb. Ja, Deutschland darf überhaupt nicht hoffen, für seine eigene Lebensgestaltung noch etwas tun zu können, wenn es sich nicht zu einer klaren außenpolitischen Zielsetzung aufrafft, die geeignet erscheint, den deutschen Lebenskampf in kluge Beziehung zu den Interessen anderer Völker zu bringen.

Tut man dies aber nicht, dann wird die Ziellosigkeit im großen die Planlosigkeit im einzelnen bedingen. Diese Planlosigkeit wird uns in Europa langsam zu einem zweiten Polen machen. In eben dem Maße, in dem wir unsere eigenen Kräfte dank unserem allgemeinen politischen Defaitismus schwächer werden [*lassen?*] und die einzige Aktivität unseres Lebens sich dann nur mehr innenpolitisch austobt, werden wir außenpolitisch zum Spielball der weltgeschichtlichen Ereignisse herabsinken, deren bewegende Kräfte dem Lebens- und Interessenkampf anderer Völker entspringen.

Im übrigen werden Völker, die über ihre eigene Zukunft keine klare Entscheidung zu treffen vermögen und demgemäß am Spiel der Weltentwicklung am liebsten nicht teilnehmen möchten, von allen Mitspielern als Spielverderber empfunden und gleichmäßig gehaßt. Ja, es kann dann sogar vorkommen, daß man die in der allgemeinen außenpolitischen Ziellosigkeit begründete Planlosigkeit der einzelnen politischen Handlungen im Gegenteil als ganz raffiniertes undurchsichtiges Spiel ansieht und demgemäß beantwortet. Es war dies mit ein Unglück, das uns in der Vorkriegszeit betroffen hat. Je undurchsichtiger, weil unverständlicher, die damaligen politischen Entschlüsse der deutschen Reichsregierung waren, um so verdächtiger schienen sie, und um so mehr witterte man hinter selbst den dümmsten Schritten Gedanken von einer dafür ganz besonderen Gefährlichkeit.

Wenn also Deutschland sich heute zu einer klaren politischen Zielsetzung nicht mehr aufrafft, dann verzichtet es damit praktisch auf alle Möglichkeiten zu einer Revision unseres heutigen Schicksals, ohne (den) weiteren Gefahren für die Zukunft damit im geringsten entgehen zu können.

2.) Deutschland wünscht wirtschaftsfriedlich wie bisher die Ernährung des deutschen Volkes durchzuführen. Es will sich demgemäß auch in der Zukunft an Weltindustrie, -export und -handel maßgebendst beteiligen. Es will damit wieder eine große Handelsflotte, will Kohlenstationen und Stützpunkte in der anderen Welt und will endlich nicht nur internationale Absatzmärkte, sondern wenn möglich auch in Form von Kolonien eigene Rohstoffquellen. In der Zukunft wird man eine solche Entwicklung zwangsläufig besonders durch maritime Machtmittel zu schützen haben.

---

1 Möglicherweise Anspielung auf das Gedicht Johann Wolfgang von Goethes "Ein anderes" (1792), dessen zweiter Teil lautet: "Du mußt steigen oder sinken,/Du mußt herrschen und gewinnen,/Oder dienen und verlieren,/Leiden oder triumphieren,/Amboß oder Hammer sein."

Dieses ganze politische Zukunftsziel ist Utopie, wenn nicht vorher England niedergeworfen erscheint. Es stellt alle Gründe erneut her, die im Jahre 1914 im Weltkrieg endeten. Jeder Versuch Deutschlands, auf diesem Wege seine Vergangenheit erneut aufzubauen, muß bei der Todfeindschaft Englands enden, zu der dann als sicherster Partner von vorneherein Frankreich gerechnet werden darf.

Vom völkischen Standpunkt aus ist diese außenpolitische Zielsetzung unheilvoll, vom machtpolitischen aus gesehen wahnsinnig[2].

3.) Deutschland setzt als sein außenpolitisches Ziel die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 fest.

Dieses Ziel ist ungenügend vom nationalen Standpunkt aus, unbefriedigend vom militärischen, unmöglich vom in die Zukunft blickenden völkischen und wahnsinnig von dem seiner Folgen. Deutschland hat damit die gesamte Siegerkoalition von einst auch in der Zukunft als geschlossene Front von Gegnern vor sich. Wie man aber bei unserer derzeitigen militärischen Lage, die bei einer Weiterdauer des jetzigen Zustandes von Jahr zu Jahr schlimmer werden wird, die alten Grenzen wiederherstellt, ist das undurchdringliche Geheimnis unserer nationalbürgerlichen und vaterländischen Staatspolitiker.

4.) Deutschland entschließt sich (sein Zukunftsziel), zu einer klaren weitschauenden Raumpolitik überzugehen. Es wendet sich damit von allen weltindustriellen und welthandelspolitischen Versuchen ab und konzentriert statt dessen alle seine Kräfte, um unserem Volk durch die Zuweisung eines genügenden Lebensraumes für die nächsten 100 Jahre auch einen Lebensweg vorzuzeichnen. Da dieser Raum nur im Osten liegen kann, tritt auch die Verpflichtung zu einer Seemacht in den Hintergrund. Deutschland versucht erneut, auf dem Wege der Bildung einer ausschlaggebenden Macht zu Lande seine Interessen zu verfechten.

Dieses Ziel entspricht ebenso höchsten nationalen wie völkischen Anforderungen. Es setzt ebenfalls große militärische Machtmittel zur Durchführung voraus, bringt aber Deutschland nicht unbedingt in Konflikt mit sämtlichen europäischen Großmächten. So sicher auch hier Frankreich Deutschlands Feind bleiben wird, so wenig liegt aber in der Natur eines solchen außenpolitischen Zieles für England und besonders für Italien ein Grund zur Aufrechterhaltung der Feindschaft des Weltkrieges.

2 Zur Haltung der NSDAP zur Kolonienfrage vgl. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969, S. 122 ff.

[*KAPITEL XIV*]

[*DEUTSCHLAND UND ENGLAND*]

Zum näheren Verständnis dieser hier eben angeführten Möglichkeiten ist es angebracht, sich die großen außenpolitischen Ziele der anderen europäischen Mächte vor Augen zu führen. Diese Ziele sind zum Teil erkenntlich an der bisherigen Tätigkeit und Wirksamkeit dieser Staaten, zum Teil erscheinen sie auch geradezu programmatisch niedergelegt, zum anderen liegen sie in Lebensnotwendigkeiten, die so klar erkenntlich sind, daß selbst, wenn diese Staaten augenblicklich andere Wege gingen, der Zwang einer härteren Wirklichkeit sie zu diesen Zielen zurückführen müßte.

Daß England eine klare außenpolitische Zielsetzung hat, wird bewiesen durch die Tatsache der Existenz und damit der Entstehung dieses Riesenreiches. Es bilde sich doch niemand ein, daß man jemals ein Weltreich schmieden kann, ohne den klaren Willen hiezu zu haben. Es ist selbstverständlich, daß nicht jeder einzelne Angehörige eines solchen Volkes dann jeden Tag zur Arbeit geht im Gedanken an die große außenpolitische Zielsetzung, aber ganz natürlich wird langsam eben doch ein gesamtes Volk von einer solchen Zielsetzung ergriffen, so daß selbst die unbewußten Handlungen der einzelnen dennoch in der allgemeinen Linie dieser Zielsetzung liegen und ihr tatsächlich auch zugute kommen. Ja, selbst im Wesen eines solchen Volkes wird sich langsam das allgemeine politische Ziel ausprägen, und der Stolz des heutigen Engländers ist nichts anderes als der Stolz des einstigen Römers. Die Meinung, daß Weltreiche dem Zufall ihre Entstehung zu verdanken hätten oder daß zumindest die Ereignisse, die deren Aufbau bedingten, zufällige geschichtliche Vorgänge gewesen wären, die immer glücklich für ein Volk ausgeschlagen hätten, ist falsch. Das alte Rom verdankte seine Größe genauso wie das heutige England der Richtigkeit des Moltkeschen [1] Ausspruches, daß auf die Dauer das Glück nur beim Tüchtigen allein ist [2]. Diese Tüchtigkeit eines Volkes liegt aber keineswegs nur im rassischen Wert, sondern auch in der Fähigkeit und Geschicklichkeit, mit der diese Werte angesetzt werden. Ein Weltreich von der Größe des antiken Roms oder des heutigen Großbritanniens ist stets das Ergebnis einer Vermählung von höchstem Volkswert und klarster politischer Zielsetzung. Sowie es an einem dieser beiden Faktoren zu fehlen beginnt, tritt als Folge zunächst eine Schwächung und endlich vielleicht sogar ein Niedergang ein.

Die Zielsetzung des heutigen England ist bedingt durch den Volkswert des Angelsachsentums an sich und die insulare Lage. Es lag im Volkswert des Angelsachsentums, nach Raum zu streben. Zwangsläufig konnte dieser Trieb nur außerhalb des heutigen Europas seine Erfüllung finden. Nicht als ob die Engländer nicht auch in Europa von Zeit zu Zeit versucht hätten, ihren Expansionsgelüsten Boden zu verschaffen, allein alle diese Unternehmungen scheiterten

1 Helmuth (seit 1870 Graf) von Moltke (1800-1891), 1822 preußischer Leutnant, 1858 Chef des Generalstabs der Armee, 1871 Generalfeldmarschall.

2 "... Glück hat auf die Dauer doch zumeist wohl nur der Tüchtige." In Helmut von Moltkes Aufsatz "Über Strategie" von 1871. Druck: Moltke. Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992, S. 631.

an der Tatsache, daß ihnen dabei Staaten von wenigstens damals nicht minder großer rassischer Tüchtigkeit entgegentraten. Die spätere englische Expansion in den sogenannten Kolonien führte von vorneherein zu einer außerordentlichen Steigerung des englischen Seelebens. Es ist interessant zu sehen, wie das erst Menschen exportierende England endlich zum Warenexport übergeht und dabei selbst die eigene Landwirtschaft abbaut. Obwohl nun ein großer Teil des heutigen englischen Volkes, ja der Durchschnitt überhaupt, unter dem deutschen Höchstwert liegt, ist doch eine jahrhundertelange Tradition diesem Volk so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß es gegenüber unserem deutschen Volk wesentliche politische Vorzüge besitzt. Wenn die Erde heute ein englisches Weltreich besitzt, dann gibt es aber auch zur Zeit kein Volk, das auf Grund seiner allgemeinen staatspolitischen Eigenschaften sowie seiner durchschnittlichen politischen Klugheit mehr dazu befähigt wäre.

Der grundsätzliche Gedanke, der die englische Kolonialpolitik beherrschte, war einerseits, Absatzgebiete für das englische Menschenmaterial zu finden und diese in staatlicher Beziehung zum Mutterlande zu erhalten, wie andererseits, Absatzmärkte und Rohstoffquellen der englischen Wirtschaft zu sichern. Es ist verständlich, wenn der Engländer die Überzeugung hat, daß der Deutsche nicht kolonisieren kann (wie), genauso, wie es verständlich ist, wenn der Deutsche umgekehrt dasselbe vom Engländer glaubt. Beide Völker nehmen bei der Beurteilung der kolonisatorischen Fähigkeiten verschiedene Standpunkte ein. Der englische war dabei ein unendlich praktischer, nüchterner, der deutsche ein mehr romantischer. Als Deutschland nach den ersten Kolonien strebte, war es in Europa bereits ein Militärstaat und damit Machtstaat ersten Ranges. Es hatte sich den Titel einer Weltmacht durch unvergängliche Leistungen auf allen Gebieten der menschlichen Kultur sowohl als aber auch auf dem der militärischen Tüchtigkeit geholt. Es war nun bemerkenswert, daß besonders im 19. Jahrhundert ein allgemeiner Zug nach Kolonien durch alle Völker ging, wobei der ursprünglich leitende Gedanke jedoch schon vollkommen gewichen war. Deutschland motivierte beispielsweise sein Anrecht auf Kolonien mit seiner Fähigkeit und seinem Wunsche, deutsche Kultur zu verbreiten[3]. An sich ein Unsinn. Denn man kann nicht Kultur, die ein allgemeiner Lebensausdruck eines bestimmten Volkes ist, irgendeinem anderen Volk mit ganz anderen seelischen Voraussetzungen vermitteln. Dies ginge höchstens mit einer sogenannten internationalen Zivilisation, die sich aber zur Kultur verhält wie eine Jazzmusik zu einer Beethovenschen Symphonie. Aber davon ganz abgesehen, es wäre nie einem Engländer in der Zeit der Begründung der englischen Kolonien eingefallen, seine Handlungen anders als mit sehr realen und nüchternen Vorteilen zu motivieren, die sie mit sich brächten. Wenn später England für die Freiheit der Meere oder die der unterdrückten Nationen auftrat, dann niemals, um seine eigene Kolonisationstätigkeit damit zu begründen, sondern nur um üble Konkurrenten dabei zu vernichten. Daher auch die englische Kolonisationstätigkeit zum Teil aus natürlichsten Gründen sehr erfolgreich sein mußte. Denn je weniger der Engländer daran dachte, so etwas wie englische Kultur oder englische Gesittung den Wilden aufoktroyieren zu wollen, um so sympathischer mußte gerade ein solches Regiment dem absolut nicht kulturhungrigen Wilden erscheinen. Dazu kam allerdings die Peitsche, die man ebenfalls um so eher anwenden konnte, als man nie

3 Zu den religiös-zivilisatorischen Motiven der deutschen Koloniengründung vgl. Klaus J. Bade (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Gefahr lief, dabei in einen Widerspruch zu einer Kulturmission zu geraten. England brauchte Absatzmärkte und Rohstoffquellen für seine Waren. Und es hat sich diese Märkte machtpolitisch sichergestellt. Das ist der Sinn der englischen Kolonialpolitik. Wenn später England nun trotzdem auch das Wort Kultur in den Mund nahm, dann nur aus rein agitatorischen Gesichtspunkten heraus, um das eigene so nüchterne Handeln auch noch moralisch etwas verbrämen zu können. In Wirklichkeit waren den Engländern die inneren Lebensverhältnisse der Wilden so lange und in solchem Umfange vollkommen egal, als sie nicht die Lebensverhältnisse der Engländer selbst berührten. Daß sich später mit Kolonien von der Größe Indiens auch noch andere Vorstellungen prestigepolitischer Art verbanden, ist begreiflich und verständlich. Daß aber niemals etwa indische Interessen die englischen Lebensverhältnisse bestimmen, sondern englische die indischen, kann von niemand bestritten werden. Und daß auch in Indien der Engländer irgendeine kulturelle Einrichtung nicht macht, damit etwa der Eingeborene der englischen Kultur teilhaftig wird, sondern daß höchstens der Engländer mehr Nutzen aus seinen Kolonien zu ziehen vermag, ist ebenfalls nicht zu bestreiten. Oder glaubt man, daß England die Eisenbahnen nach Indien nur brachte, um die Indier [*sic!*] in den Besitz europäischer Transportmöglichkeiten zu bringen, und nicht, um durch sie eine bessere Ausnützung der Kolonie zu ermöglichen sowie eine leichtere Beherrschung zu garantieren? Wenn heute England in Ägypten wieder auf den Spuren der Pharaonen wandelt und den Nil durch gigantische Staudämme aufspeichert[4], dann aber sicher nicht, um dem armen Fellachen sein irdisches Dasein zu erleichtern, sondern nur um die englische Baumwolle vom amerikanischen Monopol unabhängig zu machen. Das sind aber lauter Gesichtspunkte, an die Deutschland bei seiner Kolonialpolitik [*nie?*] offen zu denken wagte. Die Engländer sind Erzieher der Eingeborenen gewesen für Interessen Englands, und der Deutsche war der Lehrer. Daß sich am Ende die Eingeborenen vielleicht bei uns sogar wohler gefühlt haben mögen als unter den Engländern, würde bei einem normalen Engländer noch lange nicht für unsere, sondern erst recht für die englische Art der Kolonisationspolitik sprechen.

Diese Politik einer langsamen Welteroberung, bei der immer wirtschaftliche Macht und politische Kraft Hand in Hand gingen, bedingte die Stellung Englands den anderen Staaten gegenüber. Je mehr England in seine koloniale Weltmachtstellung hineinwuchs, um so mehr brauchte es die Herrschaft über die Meere, und je mehr es die Herrschaft über die Meere erhielt, um so mehr wurde es infolgedessen wieder Kolonialmacht, aber um so eifersüchtiger begann es endlich auch darüber zu wachen, daß niemand ihm die Herrschaft der Meere oder den Besitz der Kolonien streitig machte.

Es ist in Deutschland besonders eine sehr irrtümliche Auffassung weit verbreitet, daß nämlich England jede europäische Vormacht sofort bekämpfe. Dies ist tatsächlich nicht richtig. England hat sich eigentlich um die europäischen Verhältnisse immer so lange wenig gekümmert, solange ihm nicht aus ihnen heraus ein drohender Weltkonkurrent entstand, wobei es die

4 In den Jahren 1902 bis 1912 hatte die Protektoratsmacht Großbritannien in Ägypten und dem Sudan mehrere Staudammprojekte realisiert, um die seit Ende des 19. Jahrhunderts sinkenden Erträge in der Landwirtschaft wieder zu verbessern. 1925 wurde bei der sudanesischen Stadt Sennar ein neuer Staudamm fertiggestellt und in den folgenden Jahren weitere geplant. Vgl. The Cambridge History of Africa, Vol. 7: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, London 1986, S. 750 f., 776.

Bedrohung stets nur in einer Entwicklung empfand, die seine See- und Kolonialherrschaft eines Tages durchkreuzen mußte.

Es gibt keinen europäischen Konflikt Englands, bei dem dieses nicht seine Handels- und Übersee-Interessen in Schutz genommen hätte. Die Kämpfe gegen Spanien, Holland und später Frankreich[5] hatten ihren Grund nicht in einer bedrohlichen militärischen Macht dieser Staaten an sich, sondern nur in der Art der Fundierung dieser Macht sowie der Auswirkung derselben. Wäre Spanien nicht überseeische und damit Konkurrenzmacht Englands gewesen, hätte dieses vermutlich wenig Notiz von Spanien genommen. Das gleiche gilt von Holland. Und selbst der spätere gigantische Kampf Englands gegen Frankreich wurde nicht geführt gegen ein kontinentales Frankreich Napoleons, sondern gegen das napoleonische Frankreich, das seine Kontinentalpolitik nur als Sprungbrett und Basis für größere, durchaus nicht kontinentale Ziele ansah. Überhaupt wird die England bedrohlichste Macht infolge seiner geographischen Lage Frankreich sein. Es war vielleicht der einzige Staat, bei dem selbst eine gewisse kontinentale Entwicklung Gefahren für die Zukunft Englands in sich bergen konnte. Es ist aber um so bemerkenswerter und für uns Deutsche lehrreich, daß sich trotzdem England entschlossen hat, im Weltkrieg mit Frankreich zusammenzugehen. Lehrreich deshalb, weil damit bewiesen ist, daß bei aller Festhaltung der großen Grundgedanken der englischen Außenpolitik man dort immer mit den jeweils vorhandenen Möglichkeiten rechnet und nie auf solche einfach deshalb verzichtet, weil in irgendeiner näheren oder ferneren Zukunft daraus ebenfalls eine Bedrohung Englands entstehen könnte. Unsere deutschen "Gott-strafe-England"[6]-Politiker meinen nämlich immer, ein gutes Verhältnis zu England in Zukunft müsse schon daran scheitern, daß England im Ernste nicht daran dächte, durch ein Bündnis mit Deutschland dieses zu fördern, um es dann eines Tages wieder als gefährdrohende Macht [*sich*] gegenüberzusehen. Selbstverständlich wird man in England keinen Bund zur Förderung Deutschlands mit diesem schließen, sondern nur zur Förderung britischer Interessen. Allein, England hat bisher zahlreiche Beispiele dafür gegeben, daß sich die Vertretung seiner Interessen mit der Vertretung der Interessen anderer Völker sehr oft zu paaren vermochte und daß es dann zu Bündnissen griff, obwohl nach menschlicher Voraussicht sogar diese in spätere Feindschaft umschlagen mußten. Denn endlich unterliegen politische Ehen immer der früheren oder späteren Scheidung, da sie ja nicht einer beiden Teilen gemeinsamen Interessenvertretung dienen, sondern nur mit gemeinsamen Mitteln die an sich verschiedenen, aber zur Zeit nicht gegeneinanderstehenden Interessen zweier Staaten schützen oder fördern wollen.

Daß England nicht grundsätzlich gegen eine europäische Großmacht von überragender militärischer Bedeutung Front macht, solange die außenpolitischen Ziele dieser Macht ersichtlich rein kontinentaler Natur sind, beweist sein Verhalten Preußen gegenüber. Oder will jemand bestreiten, daß unter Friedrich dem Großen die preußische Militärmacht über allen Zweifel die

5 Bezieht sich auf die Kriege gegen Spanien 1587-1604 und 1654-1659, gegen die Niederlande 1652-1654, 1665-1667 und 1672-1674 sowie die mehrfache Auseinandersetzung mit Frankreich im Zeitraum zwischen 1701 und 1815, in denen England bzw. Großbritannien seine See- und Weltgeltung durchsetzte.

6 Die Wendung "Gott strafe England", welche Alfred Funkes Roman "Schwert und Myrte" (Berlin 1914) entstammt, fand während des Ersten Weltkriegs im Deutschen Reich weite Verbreitung, etwa in Form von Briefaufklebern, Plakaten, Haussegen oder Illustrierten- und Zeitungsüberschriften (Freundliche Mitteilung des Archivs der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart).

weitaus stärkste Europas gewesen ist? Man glaube ja nicht, daß England dieses Preußen damals nur deshalb nicht bekämpft habe[7], weil es an Raumgröße in Europa trotz seiner militärischen Hegemonie zu den kleineren Staaten gerechnet werden mußte. Durchaus nicht. Denn als England einst seine Kämpfe gegen die Holländer ausgefochten hat, da war das holländische Staatsgebiet in Europa räumlich noch wesentlich kleiner als das preußische der spätfriderizianischen Zeit, und von einer bedrohlichen Hegemonie oder Vormachtstellung in Europa konnte man bei Holland überhaupt nicht reden. Wenn aber England nichtsdestoweniger in jahrzehntelangen Kämpfen Holland an den Leib rückte, dann lag der Grund eben ausschließlich nur in der durch Holland durchkreuzten englischen See- und Handelsherrschaft sowie in der allgemeinen kolonialpolitischen Tätigkeit der Holländer. Und da soll man sich keiner Täuschung hingeben: Hätte der preußische Staat sich nicht so ausschließlich rein kontinentalen Zielen gewidmet, dann würde er England zu allen Zeiten als seinen schärfsten Feind gehabt haben, ohne Rücksicht auf die Größe der rein militärischen Machtmittel Preußens in Europa oder die Gefahr einer Hegemonisierung Europas durch Preußen. Es wird von unseren wenig denkenden national-patriotischen Politikern den Nachfolgern des Großen Kurfürsten[8] nicht selten der bittere Vorwurf gemacht, sie hätten die durch den Großen Kurfürsten ins Leben gerufenen überseeischen Besitzungen Preußens vernachlässigt, ja überhaupt preisgegeben und damit auch keinerlei Interessen für eine Aufrechterhaltung und den Weiterbau einer brandenburgisch-preußischen Flotte gehabt[9]. Ein Glück für Preußen und für das spätere Deutschland, daß es so war.

Es spricht nichts so sehr für die überragende Staatsklugheit besonders Friedrich Wilhelms I.[10], [*wie*] daß er die bei aller Sparsamkeit doch unendlich beschränkten Mittel des kleinen preußischen Staates ausschließlich auf die Förderung des Landheeres konzentrierte. Nicht nur, daß dadurch dieser kleine Staat in einer Waffe eine überlegene Stellung erhalten konnte, wurde ihm damit auch die Feindschaft Englands erspart. Ein auf Hollands Spuren wandelndes Preußen aber hätte nicht die drei Schlesischen Kriege[11] durchfechten können mit England im Rücken ebenfalls als Gegner. Ganz abgesehen davon, daß jeder Versuch der Erringung einer wirklichen Seegeltung für den kleinen preußischen Staat auf die Dauer fehlschlagen hätte müssen infolge der so überaus beschränkten und militärisch so ungünstig gelagerten Raumbasis des Mutterlandes. Es wäre den Engländern schon damals eine Spielerei gewesen, sich des

---

7 Im Österreichischen Erbfolgekrieg 1740-1748 gehörten Preußen und Großbritannien gegnerischen Bündnissen an. In der Konvention von Westminster 1756 übernahm Preußen den Schutz Hannovers und kämpfte im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) aufseiten Großbritanniens.

8 Friedrich Wilhelm (1620-1688), 1640 Kurfürst von Brandenburg.

9 Brandenburg erwarb 1683 die Gebiete um Groß-Friedrichsburg am Golf von Guinea und Arguin an der mauretanischen Küste. Auf der Antilleninsel St. Thomas besaß es Nutzungsrechte. Die brandenburgische Flotte entstand aus Kaperbriefen, die der Große Kurfürst gegen Frankreich und Schweden ausgab. 1675 wurde die Kaperflotte formell in brandenburgische Dienste übernommen, 1684 ging sie in Staatsbesitz über. Durch den Niedergang des brandenburgischen Kolonialhandels waren zu Ende des Jahrhunderts allerdings keine brauchbaren Schiffe mehr vorhanden. Vgl. Wolfgang Petter, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. VIII: Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit, S. 13-262, S. 23 ff.

10 Friedrich Wilhelm I. (1688-1740), 1714 König in Preußen.

11 Vgl. Kap. X, Anm. 16.

gefährlichen Konkurrenten in Europa durch einen allgemeinen Koalitionskrieg zu entledigen. Daß überhaupt aus dem kleinen Brandenburg das spätere Preußen werden konnte und aus dem späteren Preußen ein neues Deutsches Reich, war nur jener weisen Einsicht in die wirklichen Machtverhältnisse sowie in die Möglichkeiten des damaligen Preußens zu verdanken, mit der die Hohenzollern sich bis in die Bismarckische Zeit hinein fast ausschließlich auf die Stärkung der Landmacht beschränkten. Es war die einzig klare, folgerichtige Politik. Wenn Deutsch-Preußen und dann später Deutschland überhaupt einer Zukunft entgegengehen wollten, dann konnte sie nur gewährleistet werden durch eine Suprematie zu Land, die der englischen zur See entsprach. Es war ein Unglück für Deutschland, daß man sich von dieser Erkenntnis langsam entfernte, die Machtmittel zu Lande ungenügend ausbaute und statt dessen zu einer Flottenpolitik überging, die im Endresultat doch auch nur halbes gewesen war[12]. Selbst das Deutschland der nachbismarckischen Periode konnte sich nicht den Luxus leisten, zu Lande und zur See zu gleicher Zeit eine überlegene Rüstung zu schaffen und zu erhalten. Es ist aber für alle Zeiten einer der wichtigsten Grundsätze, daß ein Volk die unumgänglich notwendigste Waffe zur Erhaltung seines Daseins erkennt und dann unter Einsatz aller Mittel auf das äußerste fördert. England hat dies erkannt und befolgt. Denn für England war wirklich die Seeherrschaft das Um und Auf seines Daseins. Selbst die glänzendsten militärischen Perioden auf dem Festland, ruhmvollste Kriege, unvergleichliche militärische Entscheidungen konnten die Engländer nicht bewegen, in der Landmacht für England etwas [*anderes als* ?] am Ende doch nur Untergeordnetes zu sehen und die gesamte Kraft der Nation auf die Aufrechterhaltung einer überlegenen Seeherrschaft zu konzentrieren. In Deutschland allerdings hat man sich von der großen Kolonialwelle des XIX. Jahrhunderts mitreißen lassen, vielleicht auch noch bestärkt durch romantische Erinnerungen an die alte Hansa, sowie getrieben durch die wirtschaftsfriedliche Politik, die ausschließliche Förderung des Landheeres zurückzustellen und den Bau einer Flotte aufzunehmen. Ihren letzten Ausdruck erhielt diese Politik dann in dem ebenso verkehrten wie unheilvollen Satz: "Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser"[13]. Nein, ganz im Gegenteil, sie lag und liegt für uns in Europa auf dem Lande, genauso wie auch die Ursachen unseres Unterganges immer rein kontinentaler Natur sein werden: unsere unselige raummäßig und militärgeographisch furchtbare Lage.

Solange sich Preußen in seinem außenpolitischen Wollen auf rein europäische Ziele beschränkte, hat es von England ernste Gefahren nicht zu befürchten gehabt. Der Einwand, daß nichtsdestoweniger schon im Jahre 1870/71 in England eine profranzösische Stimmung geherrscht hat[14], ist nicht zutreffend und besagt auf alle Fälle gar nichts. Denn ebenso herrschte damals in England auch eine prodeutsche Einstellung, ja selbst in englischen Kirchen wurde von der Kanzel herunter Frankreichs Vorgehen als Frevel gebrandmarkt. Im übrigen entschei-

12 Zur maritimen Vorstellungswelt und Seestrategie Wilhelms II. und Hitlers vgl. Jost Dülffer, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

13 Wilhelm II. in einer Ansprache anläßlich der Eröffnung des Freihafens Stettin am 23.9.1898. Zum Aufbau deutscher Seestreitkräfte in der Ära Wilhelms. II. vgl. Michael Epkenhans, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

14 Vgl. hierzu Thomas Schaarschmidt, Außenpolitik und Öffentliche Meinung in Großbritannien während des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71, Frankfurt a. M. 1993.

det die tatsächlich eingenommene offizielle Haltung. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß in einem Staat von der Bedeutung Englands auch Frankreich laufende Sympathien haben wird, um so mehr, als der Einfluß auf die Presse eines Landes nicht selten durch fremde Kapitalien ausgeübt wird. Frankreich hat es immer verstanden, in sehr geschickter Weise Sympathien für sich zu mobilisieren. Es hat dabei als vorzüglichste Hilfswaffe Paris zu allen Zeiten ausgespielt. Dies fand aber nicht etwa nur in England statt, sondern sogar in Deutschland. Befand sich doch mitten im Kriege anno 70/71 sogar in der Berliner Gesellschaft, ja am Berliner Hof, eine nicht kleine Clique, die aus ihren profranzösischen Sympathien gar kein Hehl machte und auf alle Fälle das Bombardement von Paris geraume Zeit hinauszuziehen verstand [15]. Daß im übrigen englische Kreise mit gemischter Freude auf die deutschen Waffenerfolge sahen, ist menschlich verständlich. Die offizielle Haltung der englischen Staatsregierung konnten sie jedenfalls nicht zu irgendeinem Einschreiten bewegen. Auch die Meinung, daß dies nur der russischen Rückendeckung, der sich Bismarck versichert hatte, zuzuschreiben wäre, ändert daran nichts. Denn diese Rückendeckung war in erster Linie gegen Österreich gedacht. Würde aber England damals seine neutrale Haltung aufgegeben haben, dann hätte auch die russische Rückendeckung einen umfangreichen Brand nicht zu verhüten vermocht. Denn dann wäre natürlich Österreich erst recht erneut auf den Plan getreten, und so oder so, der Erfolg des Jahres 1871 wäre kaum eingetreten. Tatsächlich hatte Bismarck eine laufende stille Angst vor der Einmengung anderer Staaten nicht nur in den Krieg, sondern sogar auch noch in die Friedensverhandlungen [16]. Denn was wenige Jahre später Rußland gegenüber stattfand [17], die Intervention anderer Mächte hätte genauso gut durch England auch gegen Deutschland inszeniert werden können.

Der Wandel der englischen Einstellung gegen Deutschland läßt sich genau verfolgen. Er geht parallel unserer Entwicklung zur See, steigert sich mit unserer Kolonialtätigkeit zur offenen Abneigung und endet endlich mit unserer Flottenpolitik beim offenen Haß [18]. Daß man in England aber in dieser Entwicklung eines so tüchtigen Volkes, wie es das deutsche ist, eine bedrohliche Gefahr für die Zukunft wittert, kann man einer wirklich besorgten Staatsleitung nicht für Übel [*sic!*] nehmen. Man darf eben niemals unsere deutschen Unterlassungssünden als Maßstab für die Beurteilung der Handlungen anderer anlegen. Der Leichtsinn, mit dem das Deutschland der nachbismarckischen Zeit seine machtpolitische Stellung in Europa durch Frankreich und Rußland bedrohen ließ, ohne Ernstliches dagegen zu unternehmen, gestattet noch lange nicht, anderen Mächten ähnliches zuzumuten oder über sie in moralischer Entrü-

15 Bismarck hatte aus innenpolitischen Gründen die Legende verbreitet, in einem Konflikt mit dem Generalstabschef Helmuth von Moltke wegen der Beschießung von Paris geraten zu sein. Vgl. Rudolf Stadelmann, Moltke und der Staat, Krefeld 1950, S. 232 ff.

16 Zu Bismarcks Bemühungen, den Deutsch-Französischen Krieg zu lokalisieren, vgl. Kolb, Weg, S. 83 ff., 297 ff.

17 Der 1878 in San Stefano abgeschlossene Vorfriede zwischen Rußland und dem Osmanischen Reich wurde noch im selben Jahr auf dem Berliner Kongreß (16.3. bis 13.7.1878) revidiert. Vgl. Kap. X, Anm. 10.

18 Zur Entwicklung des deutsch-britischen Verhältnisses seit der Reichsgründung vgl. Klaus Hildebrand, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik. Europagedanke. Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982, S. 305-331.

stung den Stab zu brechen, wenn sie die Lebensinteressen ihrer Völker eben besser wahrnehmen.

Hätte das Deutschland der Vorkriegszeit statt seiner Weltfriedens- und Wirtschaftspolitik mit ihren an sich verhängnisvollen Rückwirkungen sich zu einer Fortsetzung der einstigen preußischen Kontinentalpolitik entschlossen, dann konnte [*sic!*] es erstens seine Landmacht wirklich auf jene überragende Höhe heben, wie sie der preußische Staat einst gehabt hat, und es brauchte [*sic!*] dann zweitens eine unbedingte Feindschaft mit England nicht zu fürchten. Denn soviel ist sicher, daß, wenn Deutschland die gesamten ungeheueren Mittel, die es in die Flotte hineinpulverte, zur Stärkung seines Landheeres verwendet haben würde[19], dann wären seine Interessen zumindest auf den ausschlaggebenden europäischen Schlachtfeldern anders zu verfechten gewesen, und der Nation wäre das Schicksal erspart geblieben, eine zum Teil mehr als ungenügend ausgerüstete Landarmee[20] gegenüber einer erdrückenden Weltkoalition langsam verbluten zu sehen, während die Marine wenigstens in ihren ausschlaggebenden Kampfeinheiten in den Häfen dahinrostete, um endlich in einer mehr als schmachvollen Übergabe ihr Dasein zu beschließen[21]. Man rede sich dabei nicht [*auf*] die Führer [*hin*]aus, sondern habe den Mut zuzugeben, daß dies im Wesen dieser Waffe für uns selbst lag. Denn in derselben Zeit wurde das Feldheer aus einer Schlacht heraus- und in die andere hineingeworfen, ohne Rücksicht auf Verluste und sonstige Not. Die Landarmee war wirklich die deutsche Waffe, herausgewachsen aus einer 100jährigen Tradition, unsere Flotte aber war am Ende doch nur eine romantische Spielerei, ein Paradestück, das um seiner selbst willen geschaffen wurde und wiederum um seiner selbst willen nicht eingesetzt werden durfte. Der Gesamtnutzen, den sie uns brachte, steht in keinem Verhältnis zu der furchtbaren Feindschaft, die sie uns auflud. (Ich)

(Damit werden) Hätte Deutschland diese Entwicklung nicht genommen, dann konnte [*sic!*] man noch um die Jahrhundertwende mit England, das damals verständigungsbereit war, auch zu einer Verständigung gelangen. Allerdings Dauer hätte eine solche Verständigung nur dann gehabt, wenn sie sich [*sic!*] von einer grundsätzlichen Umstellung unserer außenpolitischen Zielsetzung begleitet gewesen wäre. Noch um die Jahrhundertwende konnte Deutschland sich zu einer Wiederaufnahme der früheren preußischen Kontinentalpolitik entschließen und mit England gemeinsam der Weltgeschichte die weitere Entwicklung vorschreiben. Der Einwand unserer ewigen Zauderer und Zweifler, daß dies immerhin unsicher gewesen wäre, gründet sich auf gar nichts als auf persönliche Meinungen. Dagegen spricht auf alle Fälle die bisherige englische Geschichte. Mit welchem Recht vermutet solch ein Zweifler, daß Deutschland nicht dieselbe Rolle hätte spielen können, wie sie Japan gespielt hat. Die dumme Phrase, daß

---

19 Im Haushalt von 1913 waren beispielsweise für die Landstreitkräfte 775 Millionen Mark an fortdauernden sowie 580 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben veranschlagt. Die Marine erhielt 197 Millionen Mark für fortdauernde, 233 Millionen Mark für einmalige Ausgaben. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 336 ff.

20 Vgl. Kap. VIII, Anm. 22.

21 Die nach dem Waffenstillstand vom 11.11.1918 ausgelieferten Schiffe der deutschen Hochseeflotte (vgl. Kap. III, Anm. 1) wurden im britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow interniert und am 21.6.1919, dem Tag des Ablauf des Waffenstillstands, von ihren deutschen Besatzungen versenkt. Vgl. Friedrich Ruge, Scapa Flow 1919. Das Ende der deutschen Flotte, Oldenburg 1969.

das [*sic!*] Deutschland eben den Engländern die Kastanien aus dem Feuer geholt hätte, könnte man genausogut dann auch auf Friedrich den Großen anwenden, der endlich ja auch mitgeholfen hat, auf den europäischen Schlachtfeldern die außereuropäische englische Auseinandersetzung mit Frankreich zu erleichtern[22]. Auch der weitere Einwand, daß England dann doch eines Tages gegen Deutschland gegangen wäre, ist schon fast dumm zu nennen. Denn immer würde selbst in dem Fall die deutsche Position nach einer erfolgten Niederwerfung Rußlands in Europa besser gewesen sein, als sie so zu Beginn des Weltkrieges war. Im Gegenteil, wäre der Russisch-Japanische Krieg[23] in Europa zwischen Deutschland und Rußland ausgefochten worden, dann würde Deutschland einen solchen rein moralischen Machtzuwachs erhalten haben, daß es sich auf die nächsten 30 Jahre jede weitere europäische Macht überlegt hätte, den Frieden zu brechen und sich gegen Deutschland in eine Koalition hineinhetzen zu lassen. Aber alle diese Einwände entspringen immer der Mentalität des Vorkriegsdeutschlands, das selbst als Opposition alles wußte und nichts tat.

Tatsache ist, daß man damals von England aus an Deutschland herangetreten ist, und Tatsache weiter, daß man sich deutscherseits aus der Mentalität dieser ewigen zögernden Zauderer heraus zu keiner klaren Stellungnahme entschließen konnte[24]. Was Deutschland damals ablehnte, hat dann Japan besorgt[25] und sich auf verhältnismäßig billige Weise dabei den Ruhm einer Weltmacht geholt.

Wenn man aber in Deutschland dies unter keinen Umständen tun wollte, dann hätte man sich eben auf die andere Seite schlagen müssen. Das Jahr 1904 oder [*19*]05 konnte [*sic!*] man dann zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich verwenden und hätte Rußland im Rücken gehabt. Allein auch das wollten diese Zögerer und Zauderer genauso wenig. Aus lauter Vorsicht und lauter Bedenklichkeiten und vor lauter Wissen haben sie zu keiner Stunde festzustellen vermocht, was sie nun eigentlich wollen. Und nur darin beruht die Überlegenheit der englischen Staatsleitung, daß man dort eben nicht von solchen Tausendwissern regiert wurde, die sich dann nie zu einer Tat aufraffen können, sondern von sehr natürlich denkenden Menschen, für die die Politik sehr wohl eine Kunst des Möglichen[26] ist, die aber dann auch alle Möglichkeiten beim Schopf nehmen und wirklich mit ihnen schlagen[27].

Sowie Deutschland aber einer solchen grundsätzlichen Verständigung mit England ausgewichen war, die, wie schon bemerkt, allerdings nur dann einen dauernden Sinn gehabt hätte, wenn man in Berlin zu einer klaren raumpolitischen kontinentalen Zielsetzung gekommen wäre, begann England den Weltwiderstand gegen den Bedroher der britischen Seeherrschaftsinteressen zu organisieren.

---

22 Vgl. Kap. X, Anm. 17.

23 Vgl. Kap. VII Anm. 47.

24 Anspielung auf die britischen Bündnisangebote zwischen 1898 und 1901. Vgl. Kennedy, Anglo-German Antagonism, S. 234 ff.

25 Gemeint ist das britisch-japanische Bündnis vom 30.1.1902, das Neutralität beider Partner bei einem Krieg mit nur einer dritten Macht, aber eine Beistandspflicht bei Krieg mit mehr als einer anderen Macht festlegte sowie für einen Ausgleich der kolonialen Interessen beider Mächte in Südostasien sorgte.

26 Vgl. Kap. VII, Anm. 1.

27 Es ist bemerkenswert, daß Hitler hier über die führenden Köpfe eines demokratischen Systems ganz andere Ansichten äußert als in seinen generellen Bemerkungen über die Demokratie.

Der Weltkrieg selbst ging angesichts der selbst in England nicht vermuteten militärischen Tüchtigkeit unseres Volkes nicht so, wie man anfangs dachte. Wohl wurde endlich Deutschland niedergerungen, allein nur nachdem auch die amerikanische Union auf dem Schlachtfeld erschienen war[28], und Deutschland endlich infolge seines inneren Zusammenbruches die Rükkendeckung der Heimat verloren hatte[29]. Damit war aber auch schon das eigentliche englische Kriegsziel nicht erreicht worden. Denn wohl wurde die deutsche Bedrohung der englischen Seeherrschaft beseitigt, allein die wesentlich stärker fundierte amerikanische ist an ihre Stelle getreten. In der Zukunft wird die größte Gefahr Englands überhaupt nicht mehr in Europa sein, sondern in Nordamerika. In Europa selbst ist der zur Zeit für England gefährlichste Staat Frankreich. Seine militärische Hegemonie hat für England eine besonders bedrohliche Bedeutung infolge der geographischen Lage, die Frankreich zu England einnimmt. Nicht nur, daß ein großer Teil wichtiger englischer Lebenszentren französischen Fliegerangriffen nahezu schutzlos ausgesetzt erscheinen, [*sondern es* ?] kann selbst eine Anzahl englischer Städte durch Ferngeschütze von der französischen Küste aus erreicht werden. Ja, wenn es der modernen Technik gelingt, noch eine wesentliche Steigerung der Schußleistungen schwerster Ferngeschütze herbeizuführen, dann liegt selbst eine Beschießung Londons vom französischen Festlande aus nicht außerhalb des Bereichs aller Möglichkeiten[30]. Wichtiger aber noch ist, daß ein französischer U-Boot-Krieg gegen England eine ganz andere Basis besitzt als der einstige deutsche während dem Weltkriege. Die breite Lagerung Frankreichs an zwei Meeren würde Absperrungsmaßnahmen, wie sie dem beschränkten nassen Dreieck[31] gegenüber leicht erfolgreich sein konnten, nur sehr schwer durchführbar machen.

Wer im heutigen Europa versucht, natürliche Gegner Englands zu finden, wird immer auf Frankreich und - auf Rußland stoßen. Frankreich als Macht mit kontinentalen politischen Zielen, die aber in Wahrheit immer nur die Rückendeckung für sehr weit gesteckte allgemeine weltpolitische Absichten sind. Rußland als bedrohlichen Feind Indiens und Besitzer von Ölquellen, denen heute die gleiche Bedeutung zukommt, wie Eisen- und Kohlengruben sie im vergangenen Jahrhundert besessen haben.

Wenn England selbst seinen großen weltpolitischen Zielen treu bleibt, dann werden seine möglichen Widersacher in Europa, Frankreich und Rußland, in der übrigen Welt in der Zukunft besonders die amerikanische Union sein.

---

28 Am 6.4.1917 hatten die USA Deutschland, am 7.12.1917 Österreich-Ungarn den Krieg erklärt.

29 Anspielung auf die sogenannte Dolchstoßlegende. Zu deren Instrumentalisierung in der zeitgenössischen politischen Auseinandersetzung vgl. Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

30 Möglicherweise Anspielung auf das sogenannte Paris-Geschütz der deutschen Armee, ein auf 21 cm herunterkalibriertes 38 cm Eisenbahngeschütz mit einer Schußweite von knapp 132 km. Seit 1918 im Einsatz hatte der Beschuß des 90 km entfernten Paris allerdings eher propagandistischen als militärischen Wert. Vgl. John Batchelor und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977, S. 29, 42. Im Zweiten Weltkrieg sollte London unter Artillerie-Beschuß liegen. Vgl. Olaf Groehler, Die "Hochdruckpumpe"(V3) - Entwicklung und Misere einer "Wunderwaffe". In: Militärgeschichte 5 (1977), S. 738-744. Zu den deutsch-englischen Beziehungen allgemein vgl. Gerhard L. Weinberg, Hitler and England. 1933-1945: Pretense and Reality. In: German Studies Review 8 (1985), S. 299-309.

31 Vgl. Kap. VI, Anm. 9.

Eine Veranlassung zu einer Verewigung der englischen Feindschaft gegen Deutschland ist demgegenüber nicht vorhanden. Ansonsten wäre die englische Außenpolitik nunmehr durch Motive bestimmt, die fern aller realen Logik liegen und damit vielleicht nur im Kopf eines deutschen Professors maßgeblichen Einfluß auf die Bestimmung der politischen Verhältnisse der Völker untereinander haben können. Nein, man wird in England in der Zukunft genauso nüchtern nach reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten seine Einstellung vornehmen, wie dies seit 300 Jahren geschehen ist. Und so wie seit 300 Jahren Bundesgenossen Englands zu Feinden werden konnten und Feinde wieder zu Bundesgenossen, so wird dies auch in der Zukunft immer der Fall sein, sofern allgemeine und besondere Notwendigkeiten dafür sprechen. Wenn aber Deutschland zu einer grundsätzlichen politischen Neuorientierung kommt, die den See- und Handelsinteressen Englands nicht mehr widerspricht, sondern sich in kontinentalen Zielen erschöpft, dann ist ein logischer Grund für eine englische Feindschaft, die dann bloß Feindschaft um der Feindschaft wegen wäre, nicht mehr vorhanden. Denn auch das europäische Gleichgewicht interessiert England nur so lange, als es das Werden einer für England bedrohlichen Welthandels- und Seemacht verhindert. Es gibt gar keine außenpolitische Leitung, die weniger als die englische durch lebensunwirkliche Doktrinen bestimmt gewesen wäre. Ein Weltreich entsteht nicht durch sentimentale oder rein theoretische Politik.

Auch in der Zukunft wird deshalb bestimmend für die englische Außenpolitik die nüchterne Wahrnehmung der britischen Interessen sein. Wer diese Interessen durchkreuzt, wird damit auch in der Zukunft Englands Feind sein. Wer sie nicht berührt, dessen Dasein wird auch England nicht berühren. Und wer ihnen von Zeit zu Zeit nützlich sein kann, der wird an Englands Seite geladen ohne Rücksicht darauf, ob er früher ein Feind gewesen ist und in der Zukunft vielleicht wieder einer werden kann.

Ein nützliches Bündnis aber ablehnen, weil es später einmal vielleicht doch in Feindschaft enden kann, bringt nur ein bürgerlich-nationaler deutscher Politiker fertig. Einem Engländer so etwas zuzumuten, ist eine Beleidigung des politischen Instinkts dieses Volkes.

Wenn natürlich Deutschland überhaupt zu keiner politischen Zielsetzung kommt und damit wie bisher planlos ohne jeden leitenden Gedanken von heute auf morgen fortwurstelt, oder wenn diese Zielsetzung in der Wiederherstellung der Grenzen und Besitzverhältnisse des Jahres 1914 liegt[32] und damit am Ende erneut bei unserer Welthandels-, Kolonial- und Seemachtspolitik landet, dann allerdings wird die englische Feindschaft uns auch für die Zukunft gewiß sein. Dann wird Deutschland unter seinen Dawes-Lasten[33] wirtschaftlich ersticken, unter seinen Locarnoverträgen[34] politisch verkommen, rassisch sich immer mehr schwächen, um endlich als zweites Holland und als zweite Schweiz in Europa sein Dasein zu beschließen. Das können unsere bürgerlich-nationalen und vaterländischen Politikaster schon erreichen, dazu

---

32 Vgl. Kap. VIII, Anm. 44.

33 Der am 29.8.1924 im Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Seit 17.5.1930 ersetzte der Young-Plan diese Regelung. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 201 ff.

34 Vgl. Kap. VIII, Anm. 46.

brauchen sie nur auf dem Wege ihrer heutigen Phrasendrescherei weiter fortfahren, mit dem Maul Proteste hinausschleudern, ganz Europa bekriegen und vor jeder Tat feige ins Loch kriechen. Nationalbürgerlich-vaterländische Politik der Wiedererhebung Deutschlands heißt man dann das. So, wie unser Bürgertum es verstanden hat, im Laufe von knappen 60 Jahren den Begriff national zu entwürdigen und zu kompromittieren, so zerstört es noch in seinem Untergang den schönen Begriff vaterländisch, indem es auch ihn in seinen Verbänden zu einer reinen Phrase herabdegradiert.

Allerdings tritt für die Haltung Englands Deutschland gegenüber noch ein weiterer wichtiger Faktor in Erscheinung: das auch in England maßgebenden Einfluß besitzende Weltjudentum. So sicher das Engländertum selbst die Kriegspsychose Deutschland gegenüber überwinden wird können, so sicher wird aber auch das Weltjudentum nichts unterlassen, um die alten Feindschaften rege zu erhalten, eine Befriedigung [*sic!*] Europas nicht eintreten zu lassen, um im Durcheinander einer allgemeinen Unruhe seine bolschewistischen Zersetzungstendenzen zum Zuge kommen lassen zu können.

Man kann nicht über Weltpolitik sprechen, ohne diese furchtbarste Macht in Rechnung zu stellen. Ich will mich deshalb mit diesem Problem in diesem Buche noch besonders beschäftigen[35].

35 Vgl. Kap. XVI, S. 183 ff. Abschnitt C. Diese letzten Zeilen stehen auf der selben Seite wie die ersten Zeilen des folgenden Abschnitts.

[*KAPITEL XV*]

[*DEUTSCHLAND UND ITALIEN*]

[*A*]

Wenn schon England nicht aus prinzipiellen Gründen gezwungen ist, seine Kriegsfeindschaft gegen Deutschland für immer beizubehalten, dann aber noch viel weniger Italien. Italien ist der zweite Staat in Europa, der nicht grundsätzlich mit Deutschland verfeindet sein muß, ja, dessen außenpolitische Ziele sich mit Deutschland überhaupt nicht zu kreuzen brauchen. Im Gegenteil, mit keinem Staat hat Deutschland vielleicht mehr gemeinsame Interessen als gerade mit Italien und umgekehrt[1].

In derselben Zeitperiode, in der Deutschland versuchte, zu einer neuen nationalen Einigung zu gelangen, fand der gleiche Prozeß auch in Italien statt[2]. Allerdings fehlte den Italienern dabei eine Zentralmacht von langsam werdender und endlich überragender Bedeutung, wie es das werdende Deutschland in Preußen besaß. Aber ähnlich so, wie der deutschen Einigung in erster Linie Frankreich und Österreich als wirkliche Feinde gegenüberstanden, so hatte auch die italienische Einigungsbewegung unter diesen beiden Mächten am meisten zu leiden. In der Hauptsache war es allerdings der Habsburgerstaat, der an der Beibehaltung der inneritalienischen Zerrissenheit ein Lebensinteresse besitzen mußte und auch besaß. Da ein Staat von der Größe Österreich-Ungarns ohne direkten Zugang zum Meere kaum denkbar ist, das einzige hiefür in Frage kommende Gebiet aber wenigstens in seinen Städten von Italienern bewohnt war, mußte schon aus Angst vor dem möglichen Verlust dieser Gebiete im Falle der Gründung eines italienischen Nationalstaates Österreich der Entstehung eines geeinten italienischen Staates ablehnend entgegentreten. Damals konnte selbst das kühnste politische Ziel des italienischen Volkes nur in seiner nationalen Einigung liegen. Dies mußte dann auch die außenpolitische Einstellung bedingen. (Das durch Savoyen) Als daher die italienische Einigung langsam Gestalt annahm, hat sein genialer großer Staatsmann *Cavour*[3] sich aller Möglichkeiten be-

---

1 Obwohl Mussolini Deutschland in das Konzept seiner revisionistischen Außenpolitik einzubinden suchte, war das deutsch-italienische Verhältnis bis zum Tod Stresemanns am 3.10.1929 von dessen Rücksichtnahme auf Frankreich bestimmt. Stresemanns ideologische Aversionen gegenüber dem faschistischen Staat sowie die italienische Politik in Südtirol, die von Stresemann nicht akzeptiert wurde, trugen außerdem zu einer Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen bei. Vgl. Vera Torunsky, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

2 Unter der Führung des Königreichs Sardinien-Piemont waren die Masse der italienischen Teilstaaten nach dem Krieg 1858/59 zwischen Sardinien-Piemont und Frankreich auf der einen Seite und Österreich-Ungarn auf der anderen Seite bis zum 14.3.1861 zum Königreich Italien vereinigt worden. Nach dem Krieg gegen Österreich wurde Italien 1866 durch Venetien, während des Deutsch-Französischen Kriegs (vgl. Kap. VII, Anm. 22) 1870 durch den Kirchenstaat erweitert.

3 Camillo Benso Conte di Cavour (1810-1861), italienischer Staatsmann, 1847 Mitherausgeber der Zeitung "Risorgimento", 1850-1852 sardinischer Handels- und Marineminister, ab 1851 auch Finanzminister, 1852-1859 und erneut 1860-1861 Ministerpräsident, seit 14.3.1861 erster italienischer Ministerpräsident.

dient, die diesen besonderen Zwecke dienen konnten. Italien verdankt die Möglichkeit seiner Einigung einer außerordentlich klug gewählten Bündnispolitik. Stets war dabei das Ziel, in erster Linie eine Lähmung des Hauptfeindes dieser Einigung, Österreich-Ungarns, herbeizuführen, ja endlich diesen Staat zum Verlassen der norditalienischen Provinzen zu bewegen. Damit befanden sich aber selbst nach dem Abschluß der vorläufigen Einigung Italiens allein in Österreich-Ungarn über 800.000 Italiener[4]. Das nationale Ziel der weiteren Zusammenschließung der Menschen italienischer Nationalität mußte freilich zunächst eine Zurückstellung erfahren, da zum ersten Mal die Gefahren einer italienisch-französischen Entfremdung aufzusteigen begannen. Italien entschloß sich, besonders um Zeit zu seiner inneren Konsolidierung zu erhalten, in den Dreibund einzutreten[5].

Der Weltkrieg brachte endlich Italien aus Gründen, die ich schon angeführt habe, in das Lager der Entente[6]. Die italienische Einigung ist damit einen gewaltigen Schritt weiter vorwärts getragen worden, jedoch sie ist auch heute noch nicht vollendet. Das größte Ereignis für den italienischen Staat ist aber die Beseitigung des verhaßten Habsburgerreiches. Allerdings tritt an dessen Stelle ein südslawisches Gebilde[7], das schon aus allgemeinen nationalen Gesichtspunkten heraus eine kaum weniger große Gefahr für Italien darstellt.

Denn sowenig für Deutschland auf die Dauer die bürgerlich-nationale immer nur rein grenzpolitische Auffassung den Lebensbedürfnissen unseres Volkes Genüge leisten konnte, sowenig die ebenso rein bürgerlich-nationale Einigungspolitik des italienischen Staates dem italienischen Volk.

Gleich dem deutschen Volk lebt das italienische auf einer zu kleinen und dabei zum Teil wenig fruchtbaren Bodenfläche. Diese Übervölkerung hat Italien schon seit vielen Jahrzehnten, ja wohl seit Jahrhunderten zu einem dauernden Menschenexport gezwungen[8]. Wenn auch dabei ein großer Teil dieser Auswanderer als Saisonarbeiter wieder nach Italien zurückkehrte, um dort von seinen Ersparnissen zu leben, so führte dies erst recht zu einer weiteren Anspannung der Lage. Das Bevölkerungsproblem wurde damit nicht nur nicht gelöst, sondern verschärft. So wie Deutschland durch seinen Warenexport in Abhängigkeit geriet von der Aufnahmefähigkeit, der Aufnahmemöglichkeit und dem Aufnahmewollen anderer Mächte und Länder, genauso Italien mit seinem Menschenexport. In beiden Fällen mußte ein durch irgendwelche Ereignisse erfolgtes Abstoppen der Empfangsmärkte zu katastrophalen Folgen im Inneren führen.

Der Versuch Italiens, durch eine Steigerung seiner industriellen Tätigkeit dem Ernährungsproblem Herr zu werden, kann deshalb zu keinem endgültigen Erfolg führen, weil der Mangel

4 Vgl. Kap. VII, Anm. 37.
5 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.
6 Vgl. ebenda.
7 Gemeint ist das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, ab Oktober 1929 Jugoslawien.
8 Die starke italienische Auswanderungswelle Ende des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich vor allem auf die USA, Argentinien und Brasilien; zwischen 1876 und 1914 wanderten jeweils 871.221, 370.254 und 249.504 Italiener in diese Staaten ein. In die übrigen süd- und mittelamerikanischen Staaten immigrierten 92.762 Italiener, zusammen 1.583.741 Menschen. Vgl. Herbert S. Klein, The Integration of Italian Immigrants into the United States and Argentina. A Comparative Analysis. In: The American Historical Review LXXXVIII (1983), S. 306-329, hier S. 308.

an natürlichen Rohstoffen im Mutterlande Italien einen großen Grad der nötigen Konkurrenzfähigkeit von vorneherein raubt.

So wie in Italien die Auffassungen einer formalen bürgerlichen Nationalpolitik überwunden werden und an Stelle dessen völkisches Verantwortlichkeitsgefühl tritt, wird auch dieser Staat gezwungen sein, von seiner bisherigen politischen Auffassung abzugehen, um sich einer großzügigen Raumpolitik zuzuwenden.

Das natürliche Gebiet der italienischen Expansion ist und bleibt dabei das Randbecken des mittelländischen Meeres. Je mehr das heutige Italien von seiner bisherigen nationalen Einigungspolitik ab- und zu einer imperialistischen hingeht, um so mehr wird es auf die Wege des alten Roms geraten, nicht aus Machtdünkel heraus, sondern aus tiefinneren Notwendigkeiten[9]. Wenn Deutschland heute im Osten Europas nach Boden sucht, dann ist dies nicht das Zeichen überspannten Machthungers, sondern nur die Folge seiner Bodennot. Und wenn Italien heute am Rande des mittelmeerländischen Beckens seinen Einfluß zu erweitern sucht und endlich Kolonien gründen will[10], dann ist es ebenfalls nur die durch eine Zwangslage erfolgte Auslösung einer natürlichen Interessenvertretung. Würde die deutsche Politik der Vorkriegszeit nicht mit aller Blindheit geschlagen gewesen sein, dann hätte sie diese Entwicklung mit allen Mitteln unterstützen und fördern müssen, nicht nur weil sie eine natürliche Stärkung des Bundesgenossen bedeutet hätte, sondern weil sie vielleicht die einzige Möglichkeit geboten hätte, das italienische Interesse von der Adria wegzuziehen und damit die Reibungsflächen mit Österreich-Ungarn zu vermindern. Zu allem Überfluß aber hätte eine solche Politik die natürlichste Gegnerschaft, die es überhaupt geben kann, nämlich die zwischen Italien und Frankreich, befestigt und damit wieder in günstigem Sinne auf die Stärkung des Dreibundes zurückgewirkt.

Es war ein Unglück für Deutschland, daß damals nicht nur die Reichsleitung glatt versagte, sondern daß vor allem die öffentliche Meinung, angeführt von irrsinnigen deutschnationalen Patrioten und außenpolitischen Phantasten, gegen Italien Stellung nahm. Besonders auch noch deshalb, weil Österreich im italienischen Vorgehen in Tripolitanien[11] irgend etwas Unfreundliches entdeckte. Es gehörte aber damals zur politischen Weisheit unseres nationalen Bürgertums, jede Dummheit oder Niedertracht der Wiener Diplomatie zu decken, ja wenn möglich

9 Nach der Konsolidierung von Mussolinis Herrschaft schien sich die italienische Außenpolitik zunächst an den vorgezeichneten historischen, geopolitischen und wirtschaftlichen Interessenlagen zu orientieren. Dennoch begannen sich schon bald neue Tendenzen abzuzeichnen: ein ideologisch motivierter Großmachtanspruch, die Rücksichtnahme auf die nationalistisch aufgeputschte Erwartungshaltung der Nation und der Versuch einer subversiven Einflußnahme auf das Ausland. Diese Veränderungen in Stil und Zielsetzung der italienischen Diplomatie sorgten für Konflikte mit den Nachbarn, etwa mit Griechenland (1923: Korfu-Krise), mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (1924: Annexion von Fiume), mit Österreich und Deutschland wegen der forcierten Italianisierung in Südtirol oder mit Frankreich wegen der italienischen Kolonialpolitik in Nordafrika. Vgl. Ennio Di Nolfo, Mussolini e la politica estera italiana (1919-1933), Padova 1960; Jens Petersen, Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Außenpolitik des faschistischen Italien. In: Quellen und Forschungen 54 (1974), S. 428-470.

10 Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs war es Italien gelungen, seinen Einfluß auf Teile Afrikas sowie auf Teile des Mittelmeerraums auszudehnen. 1928 war Italienisch-Somaliland italienische Kolonie, Eritrea, Libyen sowie die Inselgruppe der Dodekanes standen unter italienischer Verwaltung. Vgl. Denis Mack Smith, Mussolini's Roman Empire, London 1976, S. 32 ff.

11 Vgl. Kap. VII, Anm. 39.

selbst zu übernehmen, um dadurch am besten die innere Harmonie und Festigkeit dieses Herzensbundes vor der Welt zu demonstrieren.

Nun ist Österreich-Ungarn ausgelöscht. Weniger denn je hat aber Deutschland eine Veranlassung, eine Entwicklung Italiens zu bedauern, die zwangsläufig eines Tages auf Kosten Frankreichs gehen muß. Denn je mehr das heutige Italien sich seiner höchsten volklichen [*sic!*] Aufgaben besinnt, und je mehr es demgemäß zu einer römisch gedachten Raumpolitik übergeht, um so mehr muß es in Gegensatz geraten zu dem schärfsten Konkurrenten im mittelländischen Meer, zu Frankreich. Frankreich wird nie dulden, daß Italien zu einer Vormacht im mittelländischen Meere wird. Es wird dies entweder durch seine eigene Kraft allein oder durch ein System von Bündnissen zu verhindern suchen. Es wird der italienischen Entwicklung Hindernisse in den Weg legen, wo immer dies nur möglich ist, und es wird endlich auch nicht davor zurückschrecken, die Gewalt zu Hilfe zu rufen[12]. Auch die sogenannte Verwandtschaft der beiden lateinischen Nationen wird daran nichts ändern, denn sie ist keine nähere als die zwischen England und Deutschland.

Es[13] kommt noch dazu, daß in eben dem Verhältnis, in dem die eigene Volkskraft Frankreichs nachläßt[14], dieser Staat an die Erschließung seiner schwarzen Menschenreservoire geht. Damit zieht für Europa eine Gefahr von nicht ausdenkbarem Umfange herauf. Der Gedanke, daß am Rhein französische Neger als Kulturwächter gegen Deutschland das weiße Blut vergiften können, ist so ungeheuerlich, daß er noch vor wenigen Jahrzehnten als gänzlich unmöglich angesehen worden wäre. Sicher wird durch diese Blutsverpestung Frankreich selbst den schwersten Schaden leiden, allein doch nur dann, wenn die anderen europäischen Nationen sich des Wertes ihrer weißen Rasse bewußt bleiben. Rein militärisch betrachtet kann Frankreich sehr wohl seine europäischen Formationen ergänzen und, wie der Weltkrieg gezeigt hat, auch wirkungsvoll einsetzen. Zum Schluß gewährt diese vollkommen unfranzösische schwarze Armee sogar noch einen gewissen Schutz gegen kommunistische Demonstrationen, da der Kadavergehorsam in allen Lagen bei einer mit dem französischen Volk blutsmäßig überhaupt nicht verbundenen Armee leichter aufrechtzuerhalten sein wird. Die größte Gefahr bringt diese Entwicklung aber in erster Linie für Italien mit sich. Wenn das italienische Volk seine Zukunft nach seinen eigenen Interessen gestalten will, wird es einmal die durch Frankreich mobilisierten schwarzen Armeen als seine Gegner haben. Es kann dabei nicht im geringsten Interesse Italiens liegen, eine Feindschaft zu Deutschland zu besitzen, die selbst im gün-

---

12 Der Gedanke an einen französisch-italienischen Krieg hat Hitler jahrelang beschäftigt. Er entstammt sichtlich Hitlers vorgefaßter Meinung über "Italiens Raumpolitik"; in der Hoßbach-Niederschrift über Hitlers Besprechung vom 5.11.1937 finden sich ähnliche Gedanken (Niederschrift des Oberst Friedrich Hoßbach vom 10.11.1937 über die Besprechung vom 5.11.1937 in der Reichskanzlei. In: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Bd. XXV, Dok. 386-PS, S. 402-413, hier S. 409, 411 f.). Ungefähr zur Zeit, als Hitler den vorliegenden Text diktierte, brachte die Beilage "Der deutsche Frontsoldat" des VB (1. Teil: VB vom 3./4.6.1928, 2. Teil: VB vom 23.6.1928, sowie ein Kommentar im VB vom 3.7.1928, "Italiens Zweifrontenkrieg!") einen längeren Artikel von Konstantin Hierl "Italiens kommender Zweifrontenkrieg", wo das Szenario einer militärischen Auseinandersetzung Italiens gegen Frankreich und Jugoslawien entworfen wurde.

13 An dieser Stelle fängt Seite 240 der Vorlage an. Die Seiten 240-324 sind Durchschläge (s. o. Einleitung, Anm. 13).

14 Vgl. Kap. VII, Anm. 40.

stigsten Falle für die Gestaltung des italienischen Lebens in der Zukunft nichts Nutzbringendes beisteuern kann. Im Gegenteil, wenn ein Staat die Kriegsfeindschaft endgültig begraben kann, dann ist dies Italien. Italien hat an keiner weiteren Unterdrückung Deutschlands ein eigenes Interesse, wenn beide Staaten ihren natürlichsten Zukunftsaufgaben nachgehen wollen.

Schon Bismarck erkannte diese glückliche Fügung. Öfter als einmal stellte er das vollkommen Parallele der deutschen und italienischen Interessen fest[15]. Er ist es, der schon darauf hinweist, daß das Italien der Zukunft seine Entwicklung am Rande des mittelländischen Meeres suchen wird müssen, und er ist es auch weiter, der dabei die Harmonie der italienischen Interessen mit den deutschen feststellt, indem er betont, daß nur Frankreich an eine Störung dieser italienischen Lebensgestaltung denken kann, während Deutschland sie von seinem Gesichtspunkt aus nur begrüßen muß. Er sieht wirklich in der ganzen Zukunft keine notwendige Veranlassung zu einer Entfremdung oder gar zu einer Verfeindung Italiens mit Deutschland. Würde Bismarck statt Bethmann Hollweg[16] die Geschicke Deutschlands vor dem Weltkrieg gelenkt haben, wäre ja auch diese furchtbare Verfeindung nur wegen Österreich (nicht) nie eingetreten.

Mehr noch selbst als bei England steht es für Italien fest, daß eine kontinentale Ausdehnung Deutschlands in Nordeuropa keine Bedrohung und damit keinen Anlaß zu einer Entfremdung für Italien gegen Deutschland geben kann. Umgekehrt sind es die natürlichsten Interessen, die für Italien gegen jede weitere Steigerung der französischen Hegemonie in Europa sprechen.

Damit aber würde vor allem Italien für ein Bundesverhältnis mit Deutschland in Frage kommen.

Seit in Italien der Faschismus[17] einen neuen Staatsgedanken und mit ihm einen neuen Willen in das Leben des italienischen Volkes gebracht hat, ist die Feindschaft Frankreichs bereits offensichtlich geworden. Dabei versucht Frankreich, durch ein ganzes System von Bundesgenossenschaften sich nicht nur für die mögliche Auseinandersetzung mit Italien zu stärken, sondern auch die möglichen Freunde Italiens ein- und abzuschnüren[18]. Das französische Ziel ist

15 Zu Bismarcks Beurteilung Italiens als deutschem Bündnispartner finden sich eher zurückhaltende oder negative Beispiele. Zu einem Bericht des deutschen Botschafters in Wien, Heinrich VII., Prinz zu Reuss, vom 17.10.1880 bemerkte er: "Italien darf man nicht nachlaufen, wenn man etwas von ihm will; Versprechen giebt außerdem keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse am Halten hat." Vgl. Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hrsg. von Johannes Lepsius u. a., Bd. 3: Das Bismarcksche Bündnissystem, Berlin 1922, S. 185. Aus dem gleichen Jahr ist von Bismarck die Bemerkung überliefert: "Italien ist das verzogene Kind, das alles von anderen bekommt, ohne je die Mühe oder das Verdienst gehabt zu haben, dafür selbst zu arbeiten; seine Losung farà da se ist die frechste Unwahrheit, die ich kenne; französisches Blut hat ihm die Lombardei verschafft, deutsches Blut Venetien, die kosmopolitischen Banden der Revolution haben ihm Neapel und die römischen Staaten gegeben; es selbst, was hat es getan? ... Italien ist keine ernste Militärmacht." Vgl. Bismarck selbst. Tausend Gedanken des Fürsten Otto von Bismarck. Zusammengestellt und eingeleitet von Robert Ingrim, Stuttgart 1950, S. 263.

16 Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), 1880 Dr. jur., 1885 Landrat des Kreises Oberbarnim, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 preußischer Innenminister, 1907 Staatssekretär im Reichsamt des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers, 1909 bis Juli 1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

17 In der Vorlage im folgenden durchgehend die Schreibweise Faszismus, faszistisch, usw.

18 Anspielung auf die "Kleine Entente". Vgl. Kap. XI, Anm. 9.

ein klares: Es soll ein französisches Staatensystem gebildet werden, das von Paris über Warschau, Prag, Wien bis nach Belgrad reicht. Der Versuch, Österreich in dieses System einzubeziehen, ist keineswegs so aussichtslos, als auf den ersten Blick scheinen mag[19]. Bei dem dominierenden Charakter, den die Zweimillionenstadt Wien auf das insgesamt nur 6 Millionen Menschen[20] umspannende Österreich ausübt, wird die Politik dieses Landes immer in erster Linie durch Wien bestimmt werden. Dem kosmopolitischen (Charakter) Wesen Wiens, das in dem letzten Jahrzehnt immer schärfer zum Ausdruck kommt, liegt an sich eine Allianz mit Paris weitaus näher als eine solche mit Italien. Dafür sorgt schon die durch die Wiener Presse garantierte Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Besonders wirkungsvoll droht diese Tätigkeit aber zu werden, seit es dieser Presse gelungen ist, mit Hilfe des Südtiroler Geschreis auch die vollkommen instinktlose bürgerlich-nationale Provinz gegen Italien aufzuputschen. Damit zieht eine Gefahr von gar nicht absehbarem Umfang herauf. Denn eine vieljährige konsequent durchgeführte Pressehetze kann kein Volk leichter als das deutsche zu den unglaublichsten, ja in Wirklichkeit wahrhaft selbstmörderischen Entschlüssen bringen.

Gelingt es Frankreich aber, Österreich in die Kette seiner "Freundschaft" einzufügen, dann wird Italien eines Tages zu einem Zweifrontenkrieg gezwungen sein oder es wird einer wirklichen Vertretung der Interessen des italienischen Volkes eben doch wieder entsagen müssen. In beiden Fällen besteht die Gefahr für Deutschland, daß ein möglicher Bundesgenosse auf unabsehbare Zeit für Deutschland endgültig ausscheidet und Frankreich damit immer mehr zum Herren der Geschicke Europas wird.

Was dies für Deutschland mit sich bringt, darüber mag man sich keiner Täuschung hingeben. Unsere bürgerlich-nationalen Grenzpolitiker und vaterländischen Verbandsprotestler werden dann alle Hände voll zu tun haben, um im Namen der nationalen Ehre die Spuren der Mißhandlungen immer wieder zu beseitigen, die sie von Frankreich dank ihrer weitsichtigen Politik zu ertragen haben werden.

Seit die nationalsozialistische Bewegung sich mit außenpolitischen Gedanken abgibt, habe ich unter Erwägung aller angeführten Motive versucht, sie zum Träger eines klaren außenpolitischen Zieles zu erziehen. Der Vorwurf, daß dies in erster Linie Aufgabe der Regierung sei, wird zu Unrecht erhoben, zunächst in einem Staat, dessen offizielle Regierungen dem Schoße von Parteien entstammen, die weder ein Deutschland kennen noch eine glückliche Zukunft dieses Deutschlands wollen. Seit die verantwortlichen Arrangeure des Novemberverbrechens[21] regierungsfähig geworden sind, werden nicht mehr die Interessen der deutschen Na-

19 In ihrem Schlußkommuniqué zur Konferenz in Bukarest vom 20. bis 22.6.1928 bezeichneten die Vertreter der Kleinen Entente ihre Beziehungen zu Österreich als freundschaftlich und erklärten ihre Absicht, diese Beziehungen weiterzuentwickeln. Die Pläne, Österreich wirtschaftlich in das System der Kleinen Entente einzubeziehen, lösten im österreichischen Nationalrat eine Debatte aus, in deren Verlauf Bundeskanzler Ignaz Seipel erklärte, Österreich habe "nichts dafür übrig, sich wirtschaftlich in ein System eingliedern zu lassen, in dem es sozusagen als Mitglied zweiter Klasse politisch nichts zu reden haben würde. Niemals werde Österreich für eine Lösung zu haben sein, in die nicht auch das große Deutsche Reich einbezogen sei." Vgl. Schulthess' europäischer Geschichtskalender 1928, München 1929, S. 225, 377.

20 1920 lebten etwa 1.866.000 Menschen in Wien. Bei einer Gesamtzahl von 6.534.481 Österreichern entsprach dies einem Anteil von 28,56% der österreichischen Bevölkerung. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 1*, 9*.

21 Vgl. Kap. III, Anm. 8.

tion vertreten, sondern nur mehr die Interessen der sie mißhandelnden Parteien. Überhaupt kann man nicht gut von Menschen eine Förderung deutscher Lebensnotwendigkeiten erwarten, denen Vaterland und Nation nur Mittel zum Zweck sind, die, wenn notwendig, um eigener Vorteile wegen schamlos geopfert werden. Ja, der so oft sichtbare Selbsterhaltungstrieb dieser Menschen und Parteien spricht in Wahrheit allein schon gegen jede Wiedererhebung der deutschen Nation, da der Freiheitskampf um die deutsche Ehre notwendigerweise Kräfte mobilisieren würde, die zum Untergang und zur Vernichtung der bisherigen Schänder der deutschen Ehre führen müßten. Einen Freiheitskampf ohne allgemeine nationale Wiedererhebung gibt es nicht. Eine Erhebung aber des nationalen Gewissens und der nationalen Ehre ist nicht denkbar, ohne daß sie zum Gericht über die Verantwortlichen der bisherigen Entehrung werden würde. Der nackte Selbsterhaltungstrieb wird diese verkommenen Elemente und ihre Parteien zwingen, alle Schritte zu hintertreiben, die zu einer wirklichen Wiederauferstehung unseres Volkes führen könnten. Und der scheinbare Wahnsinn mancher Tat dieser Herostraten[22] unseres Volkes, wird, sowie man erst die inneren Motive würdigt, zu einer planvoll geschickten, wenn auch infamen und erbärmlichen Handlung.

In einer solchen Zeit, da aus Parteien solcher Art das öffentliche Leben seine Gestaltung erhält und durch einzelne Menschen minderwertigsten Charakters repräsentiert wird, ist es die Pflicht einer nationalen Reformbewegung, auch ihren eigenen außenpolitischen Weg zu gehen, der dereinst nach aller menschlichen Voraussicht und Vernunft zum Erfolg und Glück des Vaterlandes führen muß. Soweit also dieser Vorwurf, eine Politik zu treiben, die nicht der offiziellen Außenpolitik entspricht, von marxistisch-demokratisch-zentrümlerischer Seite kommt, kann er mit der gebührenden Verachtung abgetan werden. Wenn bürgerlich-nationale und sogenannte vaterländische Kreise ihn erheben, dann ist er wirklich nur der Ausdruck und das Symbol einer Gesinnung der Vereinsmeierei, die sich stets nur in Protesten übte und die es im Ernste gar nicht fassen kann, daß eine andere Bewegung den unzerstörbaren Willen besitzt, einmal Macht zu werden und in Voraussehung dieser Tatsache schon jetzt die notwendige Erziehung dieser Macht vorzunehmen.

Seit dem Jahre 1920 habe ich die nationalsozialistische Bewegung mit allen Mitteln und mit aller Beharrlichkeit an den Gedanken eines Bündnisses zwischen Deutschland, Italien und England zu gewöhnen versucht[23]. Es war dies sehr schwer, besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege, da der "Gott-strafe-England"-Standpunkt[24] unserem Volk zunächst noch jede Fähigkeit zum klaren und nüchternen Denken auf außenpolitischem Gebiet geraubt hatte und weiterhin gefangen hielt.

Auch Italien gegenüber war die Lage der jungen Bewegung unendlich schwer, besonders seit unter der Leitung des genialen Staatsmannes Benito Mussolini[25] eine unerhörte Reorgani-

22 Bezeichnung für einen Verbrecher aus Ruhmsucht; nach dem Griechen Herostratos, der 356 v. Chr. den Artemistempel in Ephesus in Brand steckte, um berühmt zu werden.

23 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920. Druck: Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 167 ff., hier S. 168.

24 Vgl. Kap. XIV, Anm. 6.

25 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forli, 1912 Direktor des Parteiorgans "l'Avanti!", 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung "Il Popolo d'Italia", 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista),

sation des italienischen Volkes einsetzte, die den Protest der gesamten durch Weltfreimaurer dirigierten Staaten auf sich zog. Denn während bis zum Jahre 1922 die Fabrikanten der öffentlichen deutschen Meinung von den Leiden der durch ihre Verbrechen von Deutschland getrennten Volksteile überhaupt keine Notiz nahmen[26], begannen sie nun auf einmal, Südtirol (auf) ihrer Aufmerksamkeit zu würdigen. Mit allen Mitteln einer gerissenen Journalistik und einer verlogenen Dialektik wurde das Südtiroler Problem zu einer Frage von außerordentlicher Bedeutung aufgebauscht, so daß am Ende in Deutschland und Österreich Italien einer Verfemung verfiel, wie sie keinem anderen der Siegerstaaten zuteil wurde. Wollte die nationalsozialistische Bewegung ihre außenpolitische Mission, getragen von der Überzeugung der unbedingten Notwendigkeit derselben, ehrlich vertreten, dann durfte sie nicht zurückzucken, den Kampf gegen dieses System der Lüge und Verwirrung aufzunehmen. Sie hatte dabei auf keinen Bundesgenossen zu rechnen, sondern mußte sich leiten lassen von dem Gedanken, daß man lieber auf Popularität billiger Art verzichten muß, als gegen eine erkannte Wahrheit, eine vorliegende Notwendigkeit und die Stimme seines eigenen Gewissens zu handeln. Selbst wenn man dabei unterliegen würde, dann wäre dies immer noch ehrenvoller, als sich an einem durchschauten Verbrechen zu beteiligen.

Als ich im Jahre 1920 auf die Möglichkeit eines späteren Zusammengehens mit Italien hinwies, schienen tatsächlich, wenigstens zunächst, alle Voraussetzungen hiezu zu fehlen. Italien befand sich im Kranze der Siegerstaaten und nahm an den tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Vorteilen dieser Lage teil[27]. Es schien im Jahre 1919 und 1920 gar keine Aussicht zu bestehen, daß sich in absehbarer Zeit das innere Gefüge der Entente lockern würde. Noch legte die gewaltige Weltkoalition allen Wert darauf zu zeigen, daß sie ein in sich selbst geschlossener Sieges- und damit auch Friedensgarant sei. Die Schwierigkeiten, die schon anläßlich der Abfassung der Friedensverträge zu Tage getreten waren, kamen der breiteren Öffentlichkeit um so weniger zum Bewußtsein, als eine geschickte Regie wenigstens nach außen hin stets den Eindruck einer vollkommenen Einheitlichkeit zu wahren vermochte. Dieses gemeinsame Auftreten war sowohl begründet in der durch die allgemeine gleichartige Kriegspropaganda erzielten öffentlichen Meinung, als aber auch in der noch immer unsicheren Furcht vor dem deutschen Riesen. Erst langsam erhielt die äußere Welt einen Einblick in die Größe des inneren Verfalls Deutschlands. Auch ein weiterer Grund wirkte bei der fast unlöslich scheinenden Zusammengehörigkeit der Siegerstaaten mit: Die Hoffnung der einzelnen, auf solche Weise bei der Beuteverteilung nicht übergangen zu werden. Endlich war es noch weiter die Angst, daß, wenn wirklich ein Staat damals sich zurückgezogen haben würde, das Schicksal Deutschlands trotzdem keinen anderen Lauf genommen hätte, nur wäre der Nutznießer un-

---

1922-1943 italienischer Ministerpräsident, 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

26 Die Italianisierungspolitik in Südtirol hatte sich erst nach Mussolinis Machtergreifung 1922 radikalisiert. Vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 61 f., 100 sowie Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Teil 1, Innsbruck 1989, S. 203 ff.

27 Italien konnte seine weitgehenden Ansprüche aus dem Londoner Vertrag von 1915 auf der Pariser Friedenskonferenz nicht durchsetzen. Nach ihrem Abschluß etablierte sich in Italien die Redewendung der "vittoria mutilata". Vgl. Lowe/Marzari, Italian Foreign Policy, S. 160 ff.

seres Zusammenbruchs dann vielleicht Frankreich ganz allein gewesen. Denn in Paris dachte man natürlich nicht daran, eine Änderung der im Krieg betätigten Haltung gegen Deutschland herbeizuführen. "Der Friede ist für mich die Fortsetzung des Krieges"[28]. Mit diesem Satz drückte der alte weißhaarige Clemenceau[29] die wirklichen Absichten des französischen Volkes aus.

Dieser wenigstens scheinbaren inneren Festigkeit der Siegerkoalition mit dem von Frankreich inspirierten unverrückbaren Ziel einer noch nachträglichen vollständigen Vernichtung Deutschlands stand eine vollkommene Planlosigkeit der deutschen Absichten gegenüber. Neben der erbärmlichen Schurkerei derjenigen, die im eigenen Lande Deutschland wider alle Wahrheit und wider ihr eigenes Wissen die Schuld am Kriege zuschoben und mit aller Frechheit (die) daraus die Berechtigung der feindlichen Erpressungen ableiteten, stand eine teils verschüchterte, teils unsichere nationale Seite, die glaubte, nun nach erfolgtem Zusammenbruch durch eine möglichst peinliche Rekonstruktion der Vergangenheit der Nation helfen zu können. Wir haben den Krieg verloren infolge eines Mangels an nationaler Leidenschaft gegen unsere Feinde. Es war die Meinung der nationalen Kreise, daß man deshalb erst recht diesen unheilvollen Mangel ersetzen müsse und im Frieden den Haß gegen die ehemaligen Gegner zu verankern habe. Dabei war es bemerkenswert, daß von Anbeginn an dieser Haß sich mehr gegen England und später Italien konzentrierte als gegen Frankreich. Gegen England, weil man dank der Bethmann Hollwegschen Einschläferungspolitik bis in die letzten Stunden an einen Krieg mit England nicht geglaubt hatte und damit seinen Eintritt[30] als ein außerordentliches schändliches Verbrechen wider Treu und Glauben empfand. Bei Italien war der Haß angesichts der politischen Gedankenlosigkeit unseres deutschen Volkes erst recht verständlich. Man war von den offiziellen Regierungskreisen im Dunst und Nebel des Dreibundes[31] so gefangen worden, daß schon das Nichteingreifen Italiens zugunsten Österreich-Ungarns und Deutschlands als Treubruch empfunden wurde. Im späteren Anschluß des italienischen Volkes an unsere Feinde[32] erblickte man aber eine grenzenlose Perfidie. Dieser gesammelte Haß entlud sich dann in dem echt bürgerlich-nationalen Donnerwort und Kampfschrei: "Gott strafe England"[33]. Da der liebe Gott nun ebensosehr bei den Stärkeren, Entschlosseneren wie auch lieber bei den Klügeren ist, hat er diese Strafe ersichtlich abgelehnt. Dennoch war wenigstens während des Krieges die Aufpeitschung unserer Nationalleidenschaft mit allen Mitteln nicht nur erlaubt, sondern selbstverständlich geboten. Es war nur von Übel, daß man,

---

28 In einer Rede vor Offizieren der Militärschule von St. Cyr hatte Clemenceau erklärt: "Der Friede, den wir eben gemacht haben, sichert Euch zehn Jahre Konflikte in Mitteleuropa." Vgl. Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966, S. 56.

29 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrats von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitung "L'Aurore", 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

30 Zur deutschen Hoffnung auf die englische Neutralität während der Julikrise 1914 vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 21 f.

31 Vgl. Kap. VII, Anm. 13.

32 Vgl. ebenda.

33 Vgl. Kap. XIV, Anm. 6.

trotzdem die Leidenschaft bei uns nie zu hoch getrieben wurde, dennoch den Blick für die realen Wirklichkeiten verloren hatte. Es gibt in der Politik keinen Justamentsstandpunkt, und es war deshalb schon während des Krieges falsch, besonders aus dem Eintritt Italiens in die Weltkoalition keine anderen Konsequenzen zu ziehen als nur die einer aufflammenden Wut und Empörung. Denn man hätte im Gegenteil die Pflicht gehabt, nun erst recht immer wieder die Möglichkeiten der Lage zu überprüfen, um jene Entschlüsse zu treffen, die für die Rettung der bedrohten deutschen Nation in Frage gekommen wären. Denn mit dem Eintritt Italiens in die Front der Entente war eine außerordentliche Erschwerung der Kriegslage nicht zu vermeiden, nicht etwa nur infolge des waffenmäßigen Zuwachses, den die Entente erhielt[34], sondern viel mehr noch infolge der moralischen Stärkung, die im Neuauftreten einer solchen Macht an der Seite der sich bildenden Weltkoalition besonders für Frankreich liegen mußte. Pflichtgemäß hätte sich damals die politische Leitung der Nation entschließen müssen, koste es was es kosten wolle, den Zwei- und Dreifrontenkrieg zu beenden. Deutschland war nicht verantwortlich dafür, daß der korrupte, verschlampte österreichische Staat erhalten würde [*sic!*]. Der deutsche Soldat kämpfte auch nicht für die Hausmachtpolitik des Erzhauses Habsburg. Das lag höchstens im Sinne unserer nicht kämpfenden Hurra-Schreier, aber nicht der ihr Blut vergießenden Front. Die Leiden und Nöte des deutschen Musketiers waren schon im Jahre 1915 unermeßliche. Für die Zukunft und Erhaltung unseres deutschen Volkes konnte man diese Leiden fordern, für die Rettung des habsburgischen Großmachtswahnsinns aber nicht. Es war ein ungeheuerlicher Gedanke, Millionen deutscher Soldaten in einem aussichtslosen Krieg verbluten zu lassen, nur damit der Staat einer Dynastie erhalten bleibt, deren eigenste dynastische Interessen seit Jahrhunderten antideutsche gewesen sind. Dieser Wahnsinn wird einem erst vollkommen in seinem ganzen Umfang verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß das beste deutsche Blut vergossen werden mußte, damit im günstigsten Fall die Habsburger dann im Frieden wieder die Möglichkeit erhalten hätten, das deutsche Volk zu entnationalisieren. Für diesen himmelschreienden Irrsinn hat man nicht nur selbst an zwei Fronten den ungeheuersten Bluteinsatz vornehmen müssen, nein, man war dann sogar noch verpflichtet, immer und immer wieder mit deutschem Fleisch und Blut die Lücken auszufüllen, die der Verrat und die Korruption in die Fronten des hohen Bundesgenossen gerissen hatten. Und dabei brachte man diese Opfer für eine Dynastie, die selbst bereit war, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit den alles opfernden Verbündeten im Stich zu lassen. Und die dies dann später auch getan hat[35]. Von dem Verrat allerdings, da reden unsere bürgerlich-nationalen vaterländischen Patrioten so wenig, als sie von dem laufenden Verrat der mit uns verbündeten österreichischen Kriegsvölker sprechen, slawischer Nationalität, die regiments- und brigadeweise zum Gegner hinüberschwenkten[36], um am Ende sogar noch in eigenen Legionen[37] am Kampfe gegen die teilzu-

34 Zum Zeitpunkt des italienischen Kriegseintritts am 23.5.1915 betrug die Stärke des italienischen Heeres 35 Infanterie- und vier Kavalleriedivisionen sowie 52 Alpini-Bataillone, insgesamt etwa 850.000 Mann. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. VIII: Die Operationen des Jahres 1915. Die Ereignisse im Westen im Frühjahr und Sommer, im Osten vom Frühjahr bis zum Jahresende, Berlin 1932, S. 26 ff.

35 Vgl. Kap. VII, Anm. 23, 24.

36 Das Nationalitätenproblem war für Organisation und Selbstverständnis des k. u. k. Heeres von zentraler Bedeutung. Die relativ liberale Nationalitätenpolitik, die auf die ethnische Zusammensetzung der einzelnen Regi-

nehmen, die nur durch die Handlungen ihres Staates in dieses entsetzliche Unglück hineingerissen worden waren. Dabei würde Österreich-Ungarn niemals von sich aus an einem Krieg teilgenommen haben, der Deutschland betroffen hätte. Es ist nur der grenzenlosen Unkenntnis der österreichischen Verhältnisse zuzuschreiben, die in Deutschland allgemein vorherrschte, daß man vielleicht da oder dort wirklich glaubte, im Dreibund einen auf Gegenseitigkeit begründeten Schutz zu haben. Es hätte die schlimmste Enttäuschung für Deutschland gegeben, wenn der Weltkrieg durch eine deutsche Veranlassung ausgebrochen wäre. Niemals hätte der in seiner slawischen Majorität und in seinem habsburgischen Herrscherhaus grundsätzlich antideutsch und reichsfeindlich eingestellte österreichische Staat den Waffenkampf zum Schutz und zur Hilfe Deutschlands gegen eine ganze andere Welt mit aufgenommen, so, wie das dummerweise Deutschland getan hat. Tatsächlich hatte Deutschland Österreich-Ungarn gegenüber nur eine einzige Verpflichtung zu erfüllen, nämlich: das Deutschtum dieses Staates mit allen Mitteln zu retten und die verkommene, schuldbeladendste Dynastie, die das deutsche Volk je zu ertragen gehabt hat, zu beseitigen.

Der Eintritt Italiens in den Weltkrieg hätte für Deutschland der Anlaß zu einer grundsätzlichen Revision seiner Stellung Österreich-Ungarn gegenüber sein müssen. Es ist nicht eine politische Tat oder gar der Ausfluß einer politischen Leitung von Klugheit und Fähigkeit, in einem solchen Fall keine andere Antwort zu finden als verbissene Wut und ohnmächtigen Grimm. So etwas ist im Privatleben schon meistens schädlich, im politischen aber ärger als ein Verbrechen. Es ist eine Dummheit.

Und selbst wenn dieser Versuch einer Änderung der bisherigen deutschen Einstellung zu keinem Erfolg geführt haben würde, dann würde er aber zumindest die politische Leitung der Nation freisprechen von der Schuld, es nicht versucht zu haben. Deutschland mußte auf jeden Fall versuchen, nach dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg zu einer Beendigung des Zweifrontenkrieges zu kommen. Es war dann ein Sonderfrieden mit Rußland anzustreben[38], nicht nur

---

menter Rücksicht zu nehmen suchte, konnte indessen nicht verhindern, daß sich die Desertion seit Beginn des Ersten Weltkriegs zu einem ernsten Problem entwickelte. Nachdem sogar geschlossene Einheiten zum Gegner übergelaufen waren, so etwa am 20.10.1914 sechs Kompanien des (tschechischen) Infanterieregiments 36, ging das österreichisch-ungarische Armeeoberkommando dazu über, ethnisch gemischte Verbände einzusetzen, ohne jedoch damit der Fahnenflucht Herr zu werden. Vgl. Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz 1993, z. B. S. 205 f., 267 ff., 282, 348 ff., 480 ff. sowie Johann Christoph Allmayer-Beck, Die bewaffnete Macht in Staat und Gesellschaft. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. V, S. 1-141, S. 88 ff.

37 Die Versuche der Alliierten, während des Ersten Weltkriegs die gegen die Mittelmächte gerichteten nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen zur Bildung militärischer Verbände auszunutzen, waren am erfolgreichsten bei der in Frankreich sowie in Italien stationierten Haller-Armee, benannt nach ihrem Kommandeur, Oberst Józef Haller de Hallenburg, die sich aus im Ausland lebenden Polen sowie Kriegsgefangenen polnischer Nationalität rekrutierte und im Oktober 1918 etwa 25.000-30.000 Mann umfaßte; außerdem bei der zunächst in Rußland, Frankreich und Italien kämpfenden Tschechoslowakischen Legion, die sich zu 2/3 aus österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen, zu 1/3 aus russischen Staatsbürgern zusammensetzte und Ende 1917 etwa 35.000 Mann zählte. Vgl. Rainer Schumacher, Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918-1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch, Diss. phil. Köln 1985, S. 83; John F. N. Bradley, The Czechoslovak Legion in Russia 1914-1920, New York 1991.

38 Zu den verschiedenen, jedoch vergeblichen Bemühungen, ab 1915 einen Sonderfrieden mit Rußland einzuleiten, vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 226 ff.

auf dem Standpunkt eines Verzichts auf jede Auswertung der bisherigen von deutschen Waffen erfochtenen Erfolge im Osten, sondern sogar, wenn notwendig, unter Opferung von Österreich-Ungarn. Nur die vollkommene Loslösung der deutschen Politik von der Aufgabe, den österreichischen Staat zu retten und deren ausschließliche Konzentration auf die Aufgabe, dem deutschen Volk zu helfen, konnte noch eine Aussicht nach menschlichem Ermessen auf den Sieg gewähren.

Im übrigen wäre bei einer Zertrümmerung Österreich-Ungarns die Angliederung von 9 Millionen Deutschösterreichern[39] an das Reich an sich ein vor der Geschichte und für die Zukunft unseres Volkes wertvollerer Erfolg gewesen als der in den Auswirkungen fragwürdige Gewinn einiger französischer Kohlen- oder Eisengruben[40]. Es muß aber immer wieder betont werden, daß die Aufgabe einer auch nur bürgerlich-nationalen deutschen Außenpolitik nicht die Erhaltung des Habsburgerstaates gewesen wäre, sondern ausschließlich nur die Rettung der deutschen Nation, einschließlich den 9 Millionen Deutschen in Österreich. Und sonst gar nichts, aber auch rein nichts.

Die Reaktion der deutschen Reichsleitung auf die durch den Eintritt Italiens in den Weltkrieg geschaffene neue Lage war bekanntlich eine andere. Man versuchte, nun erst recht, den österreichischen Staat der desertierenden slawischen Bundesbürger zu retten, indem man das deutsche Blut in noch erhöhtem Maße zum Einsatz brachte und in der Heimat die Rache des Himmels auf den treulosen Verbündeten von einst herabbeschwor. Um aber sich selbst jede Möglichkeit einer Beendigung des Zweifrontenkrieges zu verriegeln, ließ man sich von der pfiffigen und gerissenen Wiener Diplomatie zur Gründung des polnischen Staates bewegen[41]. Damit war jede Hoffnung, mit Rußland zu einer Verständigung zu kommen, die sich natürlich auf Kosten Österreich-Ungarns ausgewirkt hätte, von den Habsburgern schlauerweise unterbunden. Der deutsche Soldat aus Bayern und Pommern, Westfalen, Thüringen und Ostpreußen, aus Brandenburg, Sachsen und vom Rheine hatte damit die hohe Ehre erhalten, in furchtbaren, blutigsten Schlachten der Weltgeschichte sein Leben zu Hunderttausenden hinzugeben (für die Bildung) nicht etwa für die Rettung der deutschen Nation, sondern für die Bildung eines polnischen Staates, dem bei günstig ausgehendem Weltkrieg die Habsburger einen Repräsentanten gegeben hätten und der für Deutschland dann ein ewiger Feind gewesen wäre[42].

Bürgerlich-nationale Staatspolitik. Wenn aber schon im Kriege diese Reaktion auf den italienischen Schritt unverzeihlicher Wahnwitz gewesen war, dann war die Konservierung der

---

39 1900 lebten im westlichen Teil Österreich-Ungarns (Cisleithanien) 9.170.939 Deutschsprachige; bis 1910 hatte sich ihre Zahl auf 9.950.266 erhöht. Vgl. Peter Urbanitsch, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie, Bd. III/1, S. 33-154, hier S. 38 f.

40 Gemeint ist das Erzbecken von Longwy-Briey. Vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 123 ff.

41 Vgl. Kap. VIII, Anm. 7.

42 Hitler verschweigt Ludendorffs entscheidende Rolle bei diesen Planungen. Als im Zweiten Weltkrieg die deutsche militärische Führung Aufbau und Integration russischer Freiwilligenverbände vorschlug, begründete Hitler seine prinzipiell ablehnende Haltung mit Ludendorffs nicht verwirklichter Hoffnung, durch die Proklamierung eines polnischen Staates polnische Divisionen zu erhalten. So in der Besprechung am 8.6.1943. Vgl. George Fischer, Vlasow and Hitler. In: Journal of Modern History XXIII (1951), S. 58-71 sowie Hitlers Rede vor den Heeresgruppenbefehlshabern des Ostheeres am 1.7.1943. Vgl. Helmut Krausnick, Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. In: VfZ 2 (1954), S. 305-312.

stimmungsmäßigen Reaktion auf den italienischen Schritt nach dem Kriege eine noch größere, kapitale Dummheit.

Sicherlich befand sich Italien auch nach dem Kriege in der Koalition der Siegerstaaten und damit auch an der Seite Frankreichs. Aber es war selbstverständlich, da doch Italien nicht etwa aus profranzösischen Gefühlen in den Krieg eingetreten war. Die bestimmende Macht, die das italienische Volk dazu trieb, war ausschließlich der Haß gegen Österreich und die sichtbare Möglichkeit, den eigenen italienischen Interessen nützen zu können. Dies war der Grund des italienischen Vorgehens und nicht irgendeine phantastische Gefühlsregung für Frankreich. Daß nun Italien nach dem erfolgten Zusammenbruch seines verhaßten 100jährigen Gegners weitgehende Konsequenzen zog, kann man als Deutscher mit tiefstem Schmerz fühlen, darf einem aber nicht die Sinne einer gesunden Vernunft nehmen. Das Schicksal hatte sich gewendet. Einst hatte Österreich über 800.000 Italiener unter seiner Herrschaft, und nun fielen 200.000 Österreicher unter die Herrschaft Italiens[43]. Daß diese uns interessierenden 200.000 deutscher Nationalität sind, ist die Ursache unseres Schmerzes.

Mit der Aufhebung des ewigen latenten österreichisch-italienischen Konflikts sind die Zukunftsziele weder einer nationalen noch völkisch gedachten italienischen Politik erfüllt. Im Gegenteil, die enorme Steigerung des Selbst- und Machtbewußtseins des italienischen Volkes durch den Krieg und ganz besonders durch den Faschismus wird seine Kraft zur Verfolgung größerer Ziele nur erhöhen. Damit werden aber die natürlichen Interessengegensätze zwischen Italien und Frankreich immer mehr in Erscheinung treten. Und darauf konnte man schon in den Jahren 1920 [*sic!*] rechnen und hoffen. Tatsächlich zeigten sich auch schon damals die allerersten Spuren einer inneren Disharmonie zwischen den beiden Staaten. Während die südslawischen Instinkte einer weiteren Schmälerung des österreichischen Deutschtums der ungeteilten Sympathie Frankreichs sicher waren, war die italienische Haltung schon in der Zeit der Befreiung Kärntens von den Slawen[44] eine zumindest dem Deutschtum gegenüber sehr wohlwollende. Diese innere Umstellung Deutschland gegenüber zeigte sich auch in der Haltung italienischer Kommissionen in Deutschland selbst, am schärfsten anläßlich der Kämpfe in Oberschlesien[45]. Man konnte jedenfalls schon damals den Beginn einer, wenn auch zunächst nur leichten, inneren Entfremdung zwischen den beiden lateinischen Nationen feststellen. Nach aller menschlichen Logik und Vernunft und auf Grund aller bisherigen Erfahrungen der Geschichte muß diese Entfremdung sich immer mehr vertiefen und muß eines Tages beim offe-

---

43 Vgl. Kap. VII, Anm. 37 und Kap. IX, Anm. 7.

44 Seit November 1918 kam es um die von Slowenen besiedelten Randgebiete Kärntens zu Kämpfen zwischen österreichischen und slowenisch-südslawischen Truppen, bei denen 227 Österreicher und 154 Slowenen fielen. Am 5.6.1919 wurde ein Waffenstillstand geschlossen, dessen Einhaltung ein italienisches Armeekorps gewährleistete. Bei der Volksabstimmung am 10.10.1920 wurden 22.025 Stimmen für die Zugehörigkeit zu Österreich, 15.279 für die zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen abgegeben, so daß jede weitere Abstimmung hinfällig wurde. 10.500 Slowenen hatten sich für Österreich entschieden. Italien nahm in der Kärntner Grenzfrage eine österreichfreundliche Haltung ein. Vgl. Erwin Steinböck, Kärnten. In: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, S. 801-840, hier S. 802 ff.

45 Während des polnischen Aufstands in Oberschlesien hatte die Reichsregierung den Eindruck, daß die italienischen Besatzungstruppen sich den Aufständischen entgegengestellt, die französischen sich dagegen passiv verhalten oder jene begünstigt hätten. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Fehrenbach, 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921. Bearb. von Peter Wulf, Boppard a. Rh. 1972, S. 158 f.

nen Kampf enden. Italien wird, es mag wollen oder nicht, um die Existenz und Zukunft seines Staates gegen Frankreich genauso kämpfen müssen wie Deutschland selbst. Es ist dabei nicht notwendig, daß Frankreich dabei stets im Vordergrund der Aktionen steht. Es wird aber an den Drähten derjenigen ziehen, die es in kluger Weise in finanzielle und militärische Abhängigkeit von sich gebracht hat oder mit denen es durch gleichlaufende Interessen verbunden erscheint. Die italienisch-französische Auseinandersetzung kann endlich genauso am Balkan begonnen werden, wie sie in der lombardischen Tiefebene vielleicht ihr Ende findet.

Angesichts dieser zwingenden Wahrscheinlichkeit einer späteren Verfeindung Italiens mit Frankreich schien schon im Jahre 1920 gerade dieser Staat in erster Linie als ein zukünftiger Bundesstaat für Deutschland in Frage zu kommen. Diese Wahrscheinlichkeit steigerte sich zur Gewißheit, als mit dem Siege des Faschismus die schwächliche, am Ende doch internationalen Einflüssen unterliegende italienische Regierung beseitigt wurde und an ihre Stelle ein Regiment trat, das die ausschließliche Vertretung der italienischen Interessen als Parole an seine Fahnen geheftet hatte. Eine schwache italienisch-demokratisch-bürgerliche Regierung konnte vielleicht unter Außerachtlassung der wirklichen italienischen Zukunftsaufgaben ein gekünsteltes Verhältnis mit Frankreich aufrechterhalten, ein nationalbewußtes und verantwortliches italienisches Regiment aber niemals. An dem Tag, an dem das Liktorenbündel italienisches Staatszeichen wurde[46], hat der Kampf des dritten Roms um die Zukunft des italienischen Volkes seine geschichtliche Deklaration erhalten. Damit wird eine der beiden lateinischen Nationen den Platz am mittelländischen Meere räumen müssen, während die andere die Vorherrschaft als Preis dieses Ringens erhalten wird.

Als nationalbewußter und vernünftig denkender Deutscher habe ich die feste Hoffnung und den stärksten Wunsch, daß dies Italien sein möge und nicht Frankreich.

Damit wird aber mein Verhalten Italien gegenüber von zukunftsfreudigen Motiven bewegt und nicht von unfruchtbaren Rückerinnerungen an den Krieg.

Der Standpunkt, "Hier werden Kriegserklärungen entgegengenommen", war als Waggonaufschrift bei Truppentransporten ein gutes Zeichen des sieghaften Vertrauens des einzig[*artigen ?*] alten Heeres. Als politisches Bekenntnis aber eine verrückte Dummheit. Noch viel verrückter aber ist es, wenn man sich heute auf den Standpunkt stellt, für Deutschland komme kein Bundesgenosse in Frage, der im Weltkrieg auf der Seite der Gegner stand und am Nutzen des Weltkrieges zu unseren Ungunsten teilnahm. Wenn Marxisten, Demokraten und Zentrümler einen solchen Gedanken zum Leitmotiv ihres politischen Handelns erheben, dann ist dies deshalb klar, weil diese verkommenste Koalition ja überhaupt niemals eine Wiedererhebung der deutschen Nation wünscht. Wenn aber nationale bürgerliche und vaterländische Kreise solche Gedanken übernehmen, dann hört sich alles auf. Denn man nenne mir überhaupt die Macht, die in Europa als Bundesgenosse in Frage kommen könnte und die sich nicht territorial auf unsere oder unserer damaligen Verbündeten Kosten bereichert hätte. Von dem Standpunkt aus betrachtet, scheidet dann von vorneherein aus Frankreich, weil es Elsaß-Lothringen geraubt hat und das Rheinland rauben will, Belgien, weil es Eupen und Malmedy besitzt, England,

46 In Anknüpfung an das antike Symbol für die Staatsgewalt über Leben und Tod hatten die Fasci di combattimento das Liktorenbündel (fascio littorio) zu ihrem politischen Kampfzeichen erwählt. Durch Erlaß vom 12.12.1926 wurde es zum offiziellen Symbol des italienischen Staates.

weil es unsere Kolonien, wenn auch nicht besitzt, aber dann doch zumindest zum größten Teil verwaltet; was das aber im Völkerleben heißt, weiß jedes Kind. Dänemark scheidet aus, weil es Nordschleswig genommen hat, Polen, weil es Westpreußen und Oberschlesien und Teile von Ostpreußen besitzt, die Tschechoslowakei, weil sie fast 4 Millionen Deutsche unterdrückt, Rumänien, weil es ebenfalls über 1 Million Deutsche annektiert hat, Jugoslawien, weil es nahezu 600.000 Deutsche besitzt[47], und Italien, weil es Südtirol heute sein eigen nennt[48].

Damit sind die Bundesmöglichkeiten in Europa samt und sonders für unsere national-bürgerlichen und vaterländischen Kreise unmöglich. Aber sie brauchen das ja auch gar nicht, denn sie werden durch die Flut ihrer Proteste und das Dröhnen ihres Hurrageschreis den Widerstand der anderen Welt teils ersticken, teils zum Einsturz bringen. Und dann werden sie ohne jeden Verbündeten, ja auch ohne alle Waffen, nur gestützt auf die Protestfestigkeit ihres Mundwerks die geraubten Gebiete zurückholen, England noch nachträglich durch den lieben Gott strafen lassen, Italien aber züchtigen und der gebührenden Verachtung der gesamten Welt preisgeben - soferne sie nicht bis dorthin von ihren eigenen augenblicklichen außenpolitischen Verbündeten, den bolschewikischen [*sic!*] und marxistischen Juden, an die Laternenpfähle gehängt worden sind.

Dabei ist es bemerkenswert, daß unseren nationalen Kreisen bürgerlicher und vaterländischer Herkunft gar nicht zum Bewußtsein kommt, daß der stärkste Beweis für die Unrichtigkeit ihrer außenpolitischen Haltung in der Zustimmung der Marxisten, Demokraten und Zentrümler liegt, überhaupt besonders in der Zustimmung des Judentums. Aber man muß besonders unser deutsches Bürgertum kennen, um sofort zu wissen, warum dies so ist. Sie sind alle unendlich glücklich, wenigstens eine Angelegenheit gefunden zu haben, in der die vermeintliche Einigkeit des deutschen Volkes hergestellt erscheint. Da kann es sich dabei ruhig schon um eine Dummheit handeln. Es ist trotzdem unendlich wohltuend für einen mutigen bürgerlichen und vaterländischen Politiker, in nationalen Kampftönen reden zu können, ohne vom nächsten Kommunisten dafür gleich eine Maulschelle zu empfangen. Daß ihnen diese aber nur deshalb erspart bleibt, weil ihre politische Auffassung national ebenso unfruchtbar wie jüdisch-marxistisch wertvoll ist, leuchtet diesen Menschen entweder nicht ein oder wird im Tiefinnersten verschwiegen. Es ist unerhört, welchen Umfang die Korruption der Lüge und Feigheit bei uns angenommen hat.

[*B*]

Als ich im Jahre 1920 die außenpolitische Einstellung der Bewegung nach Italien hin vornahm[49], stieß ich zunächst bei den nationalen Kreisen sowohl als auch bei den sogenannten vaterländischen auf vollständiges Unverständnis. Es war diesen Menschen einfach unbegreif-

---

47 1921 lebten 3.218.005 Deutschsprachige (= 23,6%) in der Tschechoslowakei. Die entsprechenden Zahlen belaufen sich für Rumänien im Jahr 1920 auf 715.902 Deutschsprachige (= 4,6%), für das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen im Jahr 1921 auf 513.472 Deutschsprachige (= 4,3%). Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 140, 145 f.

48 Vgl. die fast wörtlich übereinstimmenden Ausführungen in Hitlers Rede vom 13.7.1928. Druck: Bd. III/1, Dok. 2.

49 Vgl. z. B. Hitlers Rede vom 1.8.1920. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 167 ff., S. 168.

lich, wie man entgegen der allgemeinen Verpflichtung zu dauernden Protesten einen politischen Gedanken fassen konnte, der praktisch genommen eine innere Liquidation einer der Feindschaften des Weltkrieges bedeutete. Überhaupt war es den nationalen Kreisen unverständlich, daß ich das Hauptgewicht der nationalen Tätigkeit nicht auf Proteste gelegt wissen wollte, die man vor der Münchner Feldherrnhalle oder irgendwo anders bald gegen Paris, dann wieder gegen London oder auch gegen Rom in den blauen Himmel hineinschmettert, sondern vielmehr auf die Beseitigung der zunächst im Innern Deutschlands für den Zusammenbruch Verantwortlichen. Anläßlich des Pariser Diktats fand ebenfalls in München eine ganz flammende Protestkundgebung gegen Paris statt, die allerdings Herrn Clemenceau wenig Sorge bereitet haben dürfte, die mich aber veranlaßte, in aller Schärfe die dieser Protestelei entgegengesetzte nationalsozialistische Einstellung herauszuarbeiten[50]. Frankreich hat nur getan, was jeder Deutsche wissen konnte und wissen hätte müssen. Würde ich selbst Franzose sein, wäre ich selbstverständlich hinter Clemenceau gestanden. Gegen einen übermächtigen Gegner aus der Ferne dauernd bellen, ist ebenso unwürdig wie blöde. Die nationale Opposition dieser vaterländischen Kreise hätte demgegenüber ihre Zähne den Verantwortlichen und Schuldigen an der furchtbaren Katastrophe unseres Zusammenbruches in Berlin zeigen müssen. Allerdings war es angenehmer, gegen Paris Flüche auszustoßen, zu deren Verwirklichung angesichts der tatsächlichen Verhältnisse keine Möglichkeit vorlag, als gegen Berlin mit Taten aufzutreten.

Dies galt insbesondere auch von den Vertretern jener bayerischen Staatspolitik, die allerdings schon durch die Tatsache ihrer bisherigen Erfolge die Art ihrer Genialität genugsam erkennen läßt. Denn gerade die Männer, die dauernd vorgaben, Bayerns Hoheitsrechte wahren zu wollen, und die dabei auch die Erhaltung des außenpolitischen Betätigungsrechtes im Auge hatten[51], wären in erster Linie verpflichtet gewesen, positiv eine mögliche Außenpolitik so zu vertreten, daß Bayern damit zwangsläufig die Führung einer wirklich von großen Gesichtspunkten aus aufgefaßten nationalen Opposition in Deutschland erhalten hätte. Gerade der bayerische Staat hätte angesichts der vollständigen Zerfahrenheit der Reichspolitik oder der beabsichtigten Negierung aller wirklichen Erfolgsmöglichkeiten sich zum Wortführer einer Außenpolitik aufschwingen müssen, die nach menschlicher Voraussicht eines Tages die Beendigung der entsetzlichen Isolierung Deutschlands mit sich gebracht hätte.

Allein auch dort, in diesen Kreisen stand man der von mir vertretenen außenpolitischen Auffassung eines Zusammengehens mit Italien vollkommen gedankenlos dumm gegenüber. Statt sich in so großzügiger Weise zum Wortführer und Wahrer höchster nationaler deutscher

50 Bezieht sich auf die am 6.2.1921 von den Vaterländischen Verbänden vor der Feldherrnhalle abgehaltene Protestkundgebung gegen die auf der Pariser Konferenz (24.-30.1.1921) vereinbarte Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Laut Polizeibericht "versuchte der bekannte Antisemitenführer Hitler, seine parteipolitischen Tendenzen zur Geltung zu bringen, konnte aber nicht durchdringen". Vgl. ebenda, S. 312.

51 Artikel 78 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 bestimmte, daß die Pflege der auswärtigen Beziehungen "ausschließlich Sache des Reichs" sei. Dennoch wurden die Pläne, das bayerische Außenministerium aufzulösen, nicht verwirklicht. Das Ministerium, in Personalunion vom bayerischen Ministerpräsidenten geleitet, übernahm stattdessen immer wieder Aufgaben anderer Ressorts. 1928 besaß der Freistaat Bayern nur noch eine Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl sowie diplomatische Vertretungen in Berlin und Stuttgart. Als einzige auswärtige Macht war Frankreich seit 1920 durch einen Gesandten in München vertreten. Vgl. Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983, S. 23 ff.

Zukunftsinteressen aufzuschwingen, blinzelte man lieber von Zeit zu Zeit mit einem Auge nach Paris[52] und beteuerte, indem man das andere zum Himmel emporschlug, die reichstreue Gesinnung einerseits, aber anderseits doch den Entschluß, Bayern zu retten, indem man den Norden bolschewikisch ausbrennen lasse. Ja, ja, es sind schon ganz besonders große geistige Phänomene, die der bayerische Staat mit der Vertretung seiner Hoheitsrechte betraut hat.

Daß man angesichts einer solchen allgemeinen Mentalität vom ersten Tage an meiner außenpolitischen Auffassung, wenn schon nicht direkt ablehnend, dann doch zumindest gänzlich verständnislos gegenüberstand, darf niemand wundernehmen. Ich habe damals, aufrichtig gesagt, auch gar nichts anderes erwartet. Ich rechnete noch mit der allgemeinen Kriegspsychose und bemühte mich nur, der eigenen Bewegung ein nüchternes außenpolitisches Denken anzuerziehen.

Irgendwelche offene Angriffe hatte ich wegen meiner Italienpolitik damals noch nicht zu erdulden. Der Grund lag einerseits wohl darin, daß man sie im Augenblick für vollkommen ungefährlich hielt und daß anderseits Italien selber ja ebenfalls eine den internationalen Einflüssen unterliegende Regierung hatte. Ja, im Hintergrund hoffte man vielleicht sogar, daß dieses Italien der bolschewistischen Seuche erliegen könnte, und dann wäre es, zumindest für unsere Linkskreise, als Bundesgenosse an sich hochwillkommen gewesen.

Außerdem konnte man damals auch nicht gut gerade von der linken Seite gegen den Abbau einer Kriegsfeindschaft Stellung nehmen, da man sich in diesem Lager ja ohnehin unausgesetzt bemühte, das häßliche, entwürdigende und für Deutschland so ungerechtfertigte Gefühl des Kriegshasses auszurotten. Es wäre nicht leicht gewesen, aus diesen Kreisen heraus gegen mich einen Vorwurf zu erheben wegen einer außenpolitischen Auffassung, die ja als Voraussetzung für ihre Verwirklichung zumindest den Abbau des Kriegshasses zwischen Deutschland und Italien bedingt hätte.

Ich muß aber noch einmal betonen, daß vielleicht der Hauptgrund, warum ich so wenig positiven Widerstand fand, für meine Gegner wohl in der vermuteten Harmlosigkeit, Undurchführbarkeit und damit auch Ungefährlichkeit meiner Aktion lag.

Dieser Zustand änderte sich fast wie mit einem Schlage, als Mussolini den Marsch nach Rom angetreten hatte[53]. Wie auf Zauberwort begann von dieser Stunde an das Trommelfeuer der Vergiftung und Verleumdung durch die gesamte jüdische Presse gegen Italien einzusetzen. Und nun erst nach dem Jahre 1922 wurde die Südtiroler Frage aufgeworfen und, die Südtiroler selber mochten das wollen oder nicht, zum Angelpunkt des deutsch-italienischen Verhältnisses gemacht. Es dauerte nicht lange, dann wurde selbst der Marxismus Vertreter einer nationalen Opposition, und man konnte nun das einzigartige Schauspiel erleben, daß Juden und Deutschvölkische, Sozialdemokraten und vaterländische Verbändler, Kommunisten und natio-

---

52 In einer Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen Walter Simons am 3.7.1920 schlug der bayerische Ministerpräsident Gustav von Kahr vor, die Reichsregierung solle auf die Bitte an die französische Regierung verzichten, von der Ernennung eines Gesandten für Bayern abzusehen. Es wäre zu erwarten, daß Frankreich dieser Bitte nicht Folge leisten würde. Zu seiner eigenen Position bemerkte Kahr: "Die Anwesenheit eines französischen Gesandten in München wird nie Ursache für eine Mainlinie sein; das könnte nur die Anwesenheit des Bolschewismus in Berlin." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Fehrenbach, S. 33.

53 Vgl. Kap. IV, Anm. 3.

nales Bürgertum Arm in Arm geistig über den Brenner zogen, um nun in gewaltigen Schlachten, allerdings ohne Blutvergießen, die Rückeroberung dieses Gebietes durchzuführen. Daß sich dabei für den Freiheitskampf um das Andreas-Hofer-Land auch noch diejenigen urbajuwarischen Vertreter staatlicher bayerischer Hoheitsrechte auf das lebhafteste interessierte, deren geistige Vorfahren vor etwas über 100 Jahren den guten Andreas Hofer[54] an die Franzosen auslieferten und dann erschießen ließen, gab dieser kühnen nationalen Front noch einen ganz besonderen Reiz.

Da es nun dem Wirken der jüdischen Pressemeute und ihren nachlaufenden national-bürgerlichen und vaterländischen Dummköpfen wirklich gelungen ist, das Südtiroler Problem zur Größe einer Lebensfrage der deutschen Nation aufzutreiben, sehe ich mich veranlaßt, dazu ausführlich Stellung zu nehmen.

Der altösterreichische Staat hatte, wie schon betont, innerhalb seiner Grenzen etwas über 850.000 Italiener[55]. Genau stimmten die durch die österreichischen Volkszählungen ermittelten Nationalitätenverhältnisse übrigens nicht. Man zählte nämlich nicht die Nationalität des einzelnen, sondern nur die von ihm angegebene Umgangssprache. Daß dies kein vollkommen klares Bild zu geben vermochte, liegt auf der Hand, allein es gehörte auch zur Schwäche des nationalen Bürgertums, sich selbst über die wirkliche Lage gerne täuschen zu lassen. Wenn man eine Sache nicht erfährt oder wenigstens nicht offen von ihr spricht, dann ist sie auch nicht. Die auf Grund eines solchen Vorgehens ermittelten Italiener oder besser, Menschen mit italienischer Umgangssprache, lebten zu einem sehr großen Teil in Tirol. Nach den Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1910 hatte Tirol ...[56] Einwohner, davon zählten sich ...[56] Prozent zur italienischen Umgangssprache, während der Rest deutsch oder zum Teil auch ladinisch war. Mithin befanden sich im Erzherzogtum Tirol rund ...[56] Italiener. Da diese gesamte Zahl auf das heutige von Italienern besetzte Gebiet entfällt, ist mithin das Verhältnis der Deutschen zu den Italienern in dem gesamten von Italien besetzten Gebietsabschnitt Tirols ein solches von ...[56] Deutschen zu ...[56] Italienern.

Es ist notwendig, das festzustellen, weil in Deutschland nicht wenige Menschen dank der Verlogenheit unserer Presse gar keine Ahnung davon haben, daß tatsächlich in dem unter dem Begriff Südtirol verstandenen Gebiet 2/3 Italiener und 1/3 Deutsche leben. Wer also für die Rückeroberung Südtirols im Ernst eintritt, würde dann nur einen Wandel der Dinge insoferne herbeiführen, als er statt 200.000 Deutsche unter italienischer Herrschaft 400.000 Italiener unter deutsche brächte[57].

Allerdings ist nun das Deutschtum in Südtirol vorwiegend im nördlichen Teil konzentriert, während das Italienertum den südlichen bewohnt. Würde also jemand eine national gerechte Lösung finden wollen, dann müßte er zunächst den Begriff Südtirol aus der allgemeinen Dis-

---

54 Andreas Hofer (1767-1810), Gastwirt bei Meran, 1790 Bauernvertreter im Tiroler Landtag, 1809 Führer des Tiroler Aufstandes gegen die bayerische Herrschaft, 1809 Landeshauptmann von Tirol, am 20.2.1810 in Mantua standrechtlich erschossen.

55 Vgl. Kap. VII, Anm. 37.

56 Auslassungen in der Vorlage. Nach der Volkszählung vom 1.12.1921 gaben in Südtirol 193.271 Menschen Deutsch und 27.048 Menschen Italienisch als Gebrauchssprache an. Vgl. Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus, S. 155. Dort auch die zugrundeliegenden Definitionskriterien.

57 Eine Rückgliederung des überwiegend italienisch besiedelten Trentino stand nicht ernsthaft zur Debatte.

kussion vollkommen ausschalten. Denn man kann nicht gut aus moralischen Gründen die Italiener befehden, weil sie ein Gebiet genommen haben, in dem sich neben 400.000 Italienern auch 200.000 Deutsche befinden, wenn man selbst umgekehrt als Beseitigung dieses Unrechts dieses selbe Gebiet wieder für Deutschland gewinnen will, also vom rein moralischem Standpunkt aus ein noch größeres Unrecht begehen will, als dies bei Italien der Fall ist[58].

Damit wird der Ruf nach einer Wiedereroberung Südtirols ganz dieselben moralischen Schwächen in sich haben, die man zur Zeit an der italienischen Herrschaft in Südtirol entdeckt. Damit verliert dieser Ruf aber auch seine moralische Berechtigung. Es könnten damit noch andere Gesichtspunkte geltend gemacht werden, die für eine Zurückgewinnung ganz Südtirols dann sprechen müßten. So könnte man von allgemein moralisch berechtigten Gefühlen heraus höchstens für die Zurückgewinnung jenes Teiles eintreten, der tatsächlich in überragender Mehrheit von Deutschen bewohnt ist. Dies ist ein räumlich engbegrenztes Gebiet von ...[59] qkm. Selbst auf dem treffen aber auf rund 190.000 Deutsche 64.000 Italiener und Ladiner und 24.000 sonstige Fremde, so daß das vollkommen deutsche Gebiet tatsächlich kaum 160.000 Deutsche umfaßt[60].

Es gibt nun kaum eine derzeitige Grenze, die nicht ähnlich wie in Südtirol Deutsche vom Mutterland abschneidet. Ja, insgesamt sind allein in Europa nicht weniger als ...[61] Millionen Deutsche vom Reiche getrennt. Davon leben ...[61] Millionen unter ausgesprochener Fremdherrschaft und nur ...[61] Millionen, und zwar in Deutschösterreich und der Schweiz, unter wenigstens für den Augenblick die Nationalität nicht bedrohenden Verhältnissen. Dabei handelt es sich hier in einer ganzen Reihe von Fällen um zahlenmäßig ganz andere Komplexe unseres Volkstums gegen Südtirol [*sic!*].

So furchtbar diese Tatsache für unser Volk ist, so schuldig daran sind diejenigen, die heute über Südtirol ihr Geschrei erheben. Sowenig aber kann man jedenfalls selbst bei Übernahme einer rein bürgerlichen Grenzpolitik das Schicksal des gesamten noch übriggebliebenen Reiches einfach abhängig machen von den Interessen dieser verlorenen Gebiete oder gar von den Wünschen eines einzelnen davon.

Denn etwas muß zunächst auf das allerschärfste zurückgewiesen werden: Es gibt kein heiliges deutsches Volk in Südtirol, wie die vaterländischen Verbändler daherschwätzen. Sondern dem deutschen Volkstum hat alles gleich heilig zu sein, was zu ihm gerechnet werden muß. Es geht nicht an, einen Südtiroler höher einzuschätzen als einen Schlesier, Ostpreußen oder Westpreußen, der unter polnischer Herrschaft geknechtet wird. Es geht auch nicht an, einen Deutschen der Tschechoslowakei als wertvoller anzusehen als einen Deutschen im Saargebiet oder aber auch in Elsaß-Lothringen. Das Recht, das Deutschtum der abgetrennten Gebiete nach besonderen Werten zu sortieren, könnte höchstens aus einer analytischen Prüfung ihrer jeweils

58 Hitler sollte derartige Überlegungen ignorieren, als er 1943 Südtirol und andere Teile Oberitaliens de facto annektierte. Vgl. Karl Stuhlpfarrer, Die Operationszonen "Alpenvorland" und "Adriatisches Küstenland" 1943-1945, Wien 1969.

59 Auslassung in der Vorlage. 8.691 km^2. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24.

60 Vgl. Anm. 56.

61 Auslassungen in der Vorlage. Nach Schätzungen von Winkler lebten damals in Europa 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reichs, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff. sowie Kap. VIII, Anm. 55.

ausschlaggebenden und dominierenden rassischen Grundwerte erwachsen. Allein gerade diesen Maßstab legt die erhabene Protestvereinigung gegen Italien am allerwenigsten an. Er würde auch für den Tiroler in den heutigen abgetretenen Gebieten unbedingt keinen höheren Wertfaktor ergeben als, sagen wir, für einen Ost- oder Westpreußen.

An sich nun kann die außenpolitische Aufgabe des deutschen Volkes nicht bestimmt werden von den Interessen eines der vom Reich abgesplitterten Teile. Denn in Wirklichkeit wird ja diesen Interessen dadurch nicht gedient, da ja eine praktische Hilfe die wiedergewonnene Macht des Mutterlandes voraussetzt. Damit kann aber der einzige Gesichtspunkt, der für die außenpolitische Stellungnahme in Frage kommt, nur der sein, der am schnellsten und ehesten die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit des staatlich zusammengefaßten Restbestandes der Nation sein [*sic!*].

Das heißt mit anderen Worten: Selbst wenn eine deutsche Außenpolitik gar kein anderes Ziel kennen würde als die Rettung des "heiligen Volkes in Südtirol", das heißt die 190.000 Deutschen[62], die dabei wirklich in Frage kämen, dann wäre aber erst die Voraussetzung hiezu die Erringung der politischen Unabhängigkeit sowie der militärischen Machtmittel Deutschlands. Denn daß der österreichische Proteststaat den Italienern Südtirol nicht entreißen wird, dürfte doch ziemlich klar sein. Ebenso klar aber muß es dann auch sein, daß selbst, wenn die deutsche Außenpolitik gar kein anderes Ziel kennen würde als die tatsächliche Befreiung Südtirols, sie ihre Handlungen aber erst recht von solchen Gesichtspunkten und Momenten bestimmen lassen müßte, die die Voraussetzungen zur Wiedergewinnung der politischen und militärischen Machtmittel gewähren. Damit dürfte man also erst recht nicht Südtirol in den Brennpunkt der außenpolitischen Erwägungen stellen, sondern müßte [*sich*] im Gegenteil erst recht von jenen Gedanken beherrschen und leiten lassen, die eben gestatten, die derzeitig bestehende, gegen Deutschland gerichtete Weltkoalition zu zerbrechen. Denn endlich würde auch durch Deutschland Südtirol nicht dem Deutschtum zurückgegeben werden durch das Herunterleiern einer tibetanischen Gebetsmühle von Protesten und Entrüstungen, sondern durch den Einsatz des Schwertes.

Wenn also Deutschland selbst dieses Ziel besäße, müßte es nichtsdestoweniger immer wieder und zwar dann erst recht nach einem Bundesgenossen suchen, der der deutschen Machtgewinnung Hilfe leisten würde. Nun könnte man sagen, daß für diesen Fall Frankreich in Frage käme. Da allerdings trete ich als Nationalsozialist schärfstens dagegen auf.

Es kann schon sein, daß Frankreich sich bereit erklären würde, Deutschland als Hilfsvolk gegen Italien mitmarschieren zu lassen, ja, es kann sogar sein, daß man uns dann gnädig als Anerkennung unserer Blutopfer und als spärliches Pflaster für unsere Wunden Südtirol zusprechen würde, allein, was hätte ein solcher Sieg für Deutschland zu bedeuten? Könnte unser Volk dann etwa leben, weil es 200.000 Südtiroler mehr besitzt? Oder glaubt man nicht, daß Frankreich, wenn es erst mit deutscher Waffenhilfe den lateinischen Konkurrenten am Mittelmeer geschlagen hätte, sich erst recht wieder gegen Deutschland wenden würde? Auf alle Fälle aber sein altes politisches Ziel der Auflösung Deutschlands erst recht befolgen würde?

Nein, wenn für Deutschland überhaupt eine Wahl bleibt zwischen Frankreich und Italien, dann kann nach aller menschlichen Vernunft für Deutschland nur Italien in Frage kommen.

62 Vgl. Anm. 56.

Denn ein Sieg mit Frankreich über Italien bringt uns Südtirol und im übrigen ein stärkeres Frankreich als nachträglichen Feind. Ein Sieg Deutschlands über Frankreich mit Hilfe Italiens bringt uns Elsaß-Lothringen als mindestes und als höchstes aber die Freiheit zur Durchführung einer wirklich großzügigen Raumpolitik[63]. Und davon allein kann auf die Dauer in der Zukunft Deutschland leben und nicht von Südtirol. Es geht aber eben nicht an, aus den gesamt abgetrennten Gebieten eines, und zwar das lebensunwichtigste herauszugreifen und die gesamten Interessen eines 70-Millionen-Volkes auf das Spiel zu setzen, ja, einfach auf seine Zukunft zu verzichten, damit der unselige deutsche phantastische Hurra-Patriotismus für den Augenblick seine Befriedigung erhält. Und dabei alles nur eines reinen Phantoms wegen, da ja in der Wirklichkeit Südtirol damit sowenig geholfen wird als jetzt.

An sich hat die nationalsozialistische Bewegung das deutsche Volk dahin zu erziehen, daß es für die Gestaltung seines Lebens den Bluteinsatz nicht scheut. Allein ebenso ist unser Volk zu erziehen dahin, daß ein solcher Bluteinsatz wenigstens in der kommenden Geschichte niemals mehr für Phantome stattfinden darf.

Unsere Protestpatrioten und vaterländischen Verbändler mögen aber doch gefälligst einmal sagen, wie sie sich die Rückeroberung von Südtirol anders vorstellen als mit Waffengewalt. Sie mögen doch einmal die Ehrlichkeit aufbringen, um einzugestehen, ob sie im Ernst daran glauben, daß Italien, eines Tages einfach mürbe gemacht durch die Rederei und Protesteleien, Südtirol herausgeben wird, oder ob sie nicht auch überzeugt sind, daß ein Staat von einigem vorhandenen Nationalbewußtsein ein Gebiet, um das er endlich 4 Jahre lang gekämpft hat, nur unter der Not der Waffenentscheidung wieder opfern wird. Sie mögen nicht immer davon reden, daß wir oder ich auf Südtirol verzichtet hätten[64]. Diese infamen Lügner wissen sehr wohl, daß zumindest, was meine Person anbetrifft, ich in der Zeit, in der über das Schicksal Südtirols mitentschieden wurde, an der Front gekämpft habe[65], etwas, was nicht wenige der heutigen Vereinsprotestler damals versäumten. Daß aber in dieser selben Zeit die Kräfte, mit denen unsere vaterländischen Verbände und unser nationales Bürgertum heute gemeinsame Außenpolitik machen und gegen Italien hetzen, den Sieg mit allen Mitteln sabotiert haben, daß

63 Hitler erwartete offenbar, daß ein deutsch-italienischer Sieg über Frankreich ein Ausgreifen nach Osten ermöglichen würde. Auch diese Bemerkung spricht dafür, daß Hitler sein außenpolitisches Programm als eine Abfolge von "Stufen" konzipiert hatte. Vgl. außerdem Mein Kampf, Bd. II, S. 338 ff.

64 Um sich gegen Vorwürfe in der sozialdemokratischen und rechtskonservativen Presse zu wehren, seine Haltung in der Südtirolfrage sei auf italienische Gelder zurückzuführen, klagte Hitler wegen Beleidigung gegen die Artikel "Mussolini, Südtirol und die Nationalsozialisten" sowie "Streiflichter aus dem Wahlkampf" im Deutschen Tageblatt vom 13.3.1928 bzw. vom 8.8.1928, "Redendes Schweigen" im Bayerischen Kurier vom 16.5.1928, ein Wahlplakat der SPD, "Adolf Hitler entlarvt!" (BayHStA, Plakatslg. 8167) sowie einen Artikel in der Münchener Post vom 21.5.1928, "Die entlarvten Verräter Südtirols". Im Mai 1929 wurde in erster und im Februar 1930 in zweiter Instanz verhandelt. Vgl. Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen, Juli 1928 - Februar 1929, Teil 2: März 1929 - Dezember 1929. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit, München 1994, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13.

65 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten; am 1.9.1914 wurde er in das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16 (List) versetzt und vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 an der Westfront eingesetzt. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Ausgezeichnet wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz, am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.

der internationale Marxismus, die Demokratie und das Zentrum schon im Frieden nichts versäumten, um die Schwertkraft unseres Volkes zu schwächen und zu lähmen, und daß sie endlich im Kriege eine Revolution organisierten, die zum Zusammenbruch der deutschen Heimat und damit des deutschen Heeres führen mußte[66].

Durch diese Tätigkeit dieser Menschen und die verfluchte Schwäche und Ohnmacht unserer heutigen bürgerlichen Protestmeier ist auch Südtirol dem deutschen Volk verlorengegangen. Es ist eine erbärmliche Fälschung dieser sogenannten nationalen Patrioten, wenn sie heute von einem Verzicht auf Südtirol reden. Nein, meine sehr geehrten Herren, winden Sie sich und drehen Sie sich nur nicht so feige um das richtige Wort herum. Sind Sie doch nicht zu feige auszusprechen, daß es sich heute nur um eine Eroberung Südtirols handeln könnte. Denn den Verzicht, meine Herren nationalen Verbandsprotestler, haben Ihre derzeitigen hohen Verbündeten, die marxistischen Landesverräter von einst, in aller Form staatsrechtlich vollzogen. Und die einzigen, die gegen dieses Verbrechen damals offen Stellung zu nehmen den Mut hatten, das waren nicht Sie, meine Herren, nationale Verbändler und bürgerliche Politikusse, sondern das war die kleine nationalsozialistische Bewegung, und das war in erster Linie ich selbst. Jawohl, meine Herren, als von Ihrer Existenz infolge Ihrer Schweigsamkeit in Deutschland kein Mensch eine Ahnung hatte, so waren Sie in den Mauslöchern verkrochen, da trat ich damals im Jahre 1919 und 1920 gegen die Schande der Unterzeichnung der Friedensverträge[67] auf. Und zwar nicht im geheimen, hinter vier Wänden, sondern öffentlich. Damals aber waren Sie noch so feige, daß Sie nicht einmal wagten, in unsere Versammlungen zu kommen, aus Angst, von ihren heutigen außenpolitischen Verbündeten, den marxistischen Straßenstrolchen, verprügelt zu werden.

Die Männer, die den Friedensvertrag von St. Germain unterzeichnet haben[68], waren so wenig als die Unterzeichner des Vertrages von Versailles Nationalsozialisten. Es waren dies Angehörige der Parteien, die durch diese Unterzeichnung nur ihrem jahrzehntelangen Landesverrat die letzte Krönung aufsetzten. Wer heute an Südtirols Schicksal etwas ändern will, der kann nicht mehr verzichten, weil schon in aller Form durch die heutigen Protestler einst verzichtet wurde, sondern der könnte es höchstens zurückerobern.

Dagegen allerdings wende ich mich auf das fanatischste und sage diesem Bestreben den alleräußersten Widerstand an und werde die Männer, die unser Volk in dieses ebenso blutige wie wahnsinnige Abenteuer hineinzusetzen versuchen, mit dem äußersten Fanatismus be-

66 Vgl. Kap. III, Anm. 8.

67 Z. B. in den Reden in München am 13.11.1919, "Brest-Litowsk und Versailles", am 10.12.1919, "Deutschland vor seiner tiefsten Erniedrigung", am 31.1.1920, "Der Friede von Versailles", zum selben Thema am 14.2.1920, am 28.2.1920 und am 4.3.1920, "Die Wahrheit über den 'Gewaltfrieden von Brest-Litowsk?' und den sogenannten 'Frieden der Versöhnung und Verständigung von Versailles'" sowie am 7.5.1920 in Stuttgart zum selben Thema, am 19.6.1920 in Kolbermoor, "Der Schandfriede von Brest-Litowsk und der Versöhnungsfriede von Versailles" sowie am 15.7.1920 in München, "Brest-Litowsk - Versailles". Vgl. Jäckel/ Kuhn, Hitler, S. 92 ff., 96 ff., 107, 109, 111, 113 ff., 130, 149, 162.

68 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fellner, Vertrag von St. Germain, S. 85-106. Druck: Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges, Bd. VI, S. 250-385.

kämpfen[69]. Ich habe den Krieg nicht vom Stammtisch aus kennengelernt. Ich war auch nicht einer von denen, die in diesem Kriege irgend etwas zu befehlen oder zu kommandieren hatten. Ich war nur ein gewöhnlicher Soldat[70], dem 4 ½ Jahre lang befohlen wurde, der nichtsdestoweniger seine Pflicht ehrlich und treu erfüllte. Ich hatte aber damit das Glück, den Krieg kennenzulernen, wie er ist, und nicht, [*wie*] man ihn gern sehen möchte. Ich war bis zur letzten Stunde dieses Krieges selbst als einfacher Soldat, der nur seine Schattenseiten kannte, für den Krieg, weil ich die Überzeugung besaß, daß nur im Sieg die Rettung unseres Volkes liegen könnte. Da aber nun ein Friede ist, den andere verbrochen haben, sträube ich mich auf das äußerste gegen einen Krieg, der nicht dem deutschen Volke nützen würde, sondern nur jenen, die schon einmal die Blutopfer unseres Volkes freventlich [*sic!*] für ihre Interessen verkauften. Ich habe die Überzeugung, daß es mir einst nicht an Entschlossenheit fehlen wird, wenn nötig auch die Verantwortung für einen Bluteinsatz des deutschen Volkes zu tragen[71], aber ich wehre mich, daß auch nur ein einziger Deutscher auf ein Schlachtfeld geschleppt wird, aus dessen Blut nur Narren oder Verbrecher ihre Pläne nähren. Wer die unerhörten Schrecken und den furchtbaren Jammer eines modernen Krieges überdenkt, die grenzenlose Beanspruchung der Nervenkräfte eines Volkes erwägt, der muß scheu werden bei dem Gedanken, daß ein solches Opfer verlangt werden könnte für einen Erfolg, der im günstigsten Falle diesem Einsatze niemals entsprechen kann. Und ich weiß auch, wenn heute Südtirols Volk, soweit es auch nur deutsch denkt, in einer einzigen Front versammelt würde, und vor den Augen dieser Zuschauer die 100.000 und Hunderttausende der Toten erscheinen würden, die der Kampf um sie unserem Volk auferlegen würde, dann führen 300.000 Hände abwehrend zum Himmel empor, und die Außenpolitik der Nationalsozialisten wäre gerechtfertigt.

Das Furchtbare an dem allem aber ist, daß man mit diesen entsetzlichen Möglichkeiten spielt, ohne daß man aber auch nur daran denkt, den Südtirolern helfen zu wollen.

Indem der Kampf um Südtirol heute von denen geführt wird, die einst ganz Deutschland dem Verderben preisgegeben haben, ist ihnen auch Südtirol nur mehr ein Mittel zum Zweck, das sie mit eiskalter Gewissenlosigkeit anwenden, um ihre infamen, im höchsten Sinne des Wortes antideutschen Instinkte befriedigen zu können. Es ist der Haß gegen das heutige nationalbewußte Italien, und es ist vor allem der Haß gegen die neue Staatsidee dieses Landes und am allerhöchsten der Haß gegen den überragenden italienischen Staatsmann[72], der sie veranlaßt, mit Hilfe Südtirols die deutsche Öffentlichkeit aufzuputschen. Denn wie gleichgültig ist doch in Wirklichkeit diesen Elementen das deutsche Volk. Während sie mit Krokodilstränen in den Augen Südtirols Schicksal beklagen, jagen sie ganz Deutschland einem Schicksal entgegen, das schlimmer ist als das der abgetrennten Gebiete. Während sie im Namen der nationalen Kultur gegen Italien protestieren, verpesten sie die Kultur der deutschen Nation im Inneren, zerstören unser gesamtes Kulturempfinden, vergiften die Instinkte unseres Volkes und vernichten selbst die Leistungen der vergangenen Zeiten. Hat eine Zeit ein moralisches Recht, im Namen der Kultur gegen das heutige Italien aufzutreten oder die deutsche Kultur davor in

69 Ein Krieg mit Italien wegen Südtirol stand nie zur Debatte.
70 Vgl. Anm. 65.
71 Ähnlich Hitler in seiner Rede vom 23.5.1928. Druck: Bd. II/2, Dok. 280.
72 Gemeint ist Benito Mussolini.

Schutz zu nehmen, die im Inneren unser gesamtes Theater, unsere Literatur, unsere bildende Kunst auf das Niveau von Schweinen herunterdrückt[73]? Für die deutsche Kultur der Südtiroler sind die Herren der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und selbst der marxistischen Kulturschänder besorgt, aber die Kultur der Heimat lassen sie durch die erbärmlichsten Machwerke ungestört beleidigen, liefern die deutschen Bühnen der Rassenschande eines "Jonny spielt auf" [74] aus und wehklagen heuchlerisch über die Unterdrückung des deutschen Kulturlebens in Südtirol, während sie selbst in der Heimat diejenigen auf das blutigste verfolgen, die die deutsche Kultur vor der bewußten und gewollten Zerstörung in Schutz nehmen wollten. Hier hetzt die Bayerische Volkspartei die Staatsgewalt gegen diejenigen, die Protest erheben geben die infame Schändung der Kultur unseres Volkes. Was tun sie, diese besorgten Hüter der deutschen Kultur in Südtirol, in Deutschland selbst zum Schutz der deutschen Kultur? Sie haben das Theater zum Niveau des Bordells heruntersinken lassen, zur Stätte der demonstrierten Rassenschande, lassen das Kino zur Verhöhnung von Anstand und Sitte alle Fundamente unseres Volkslebens zerstören, sie sehen zu bei der kubistischen und dadaistischen Vernarrung unserer bildenden Kunst, sie selbst protegieren die Fabrikanten dieses gemeinen Betruges oder Irrsinns, sie lassen die deutsche Literatur (auf das) in Schlamm und Schmutz versinken und liefern das gesamte geistige Leben unseres Volkes dem internationalen Juden aus. Und dasselbe erbärmliche Pack hat dann die freche Stirne, für die deutsche Kultur in Südtirol einzutreten, wobei ihnen aber naturgemäß als Ziel nur die Verhetzung zweier Kulturvölker vorschwebt, um sie am Ende desto leichter auf das Niveau ihrer eigenen kulturlosen Erbärmlichkeit drücken zu können.

So ist es aber in allem.

Sie klagen über die Verfolgung der Deutschen in Südtirol, und das sind dieselben Menschen, die in Deutschland jeden auf das blutigste befehden, der unter Nationalsein etwas anderes versteht, als sein Volk der Syphilitisierung durch Juden und Neger wehrlos auszuliefern. Dieselben Leute, die für die Gewissensfreiheit der Deutschen in Südtirol rufen, unterdrücken sie in Deutschland selbst auf das hundsgemeinste. Noch niemals ist die Freiheit der Äußerung seiner nationalen Gesinnung in Deutschland so geknebelt worden als unter der Herrschaft dieses verlogenen Parteigesindels, das sich anmaßt, für die Gewissensrechte und nationalen Freiheiten ausgerechnet in Südtirol eine Lanze zu brechen. Sie jammern über jedes Unrecht, das einem Deutschen in Südtirol zugefügt wird, aber schweigen über die Morde, die diese marxistischen Straßenstrolche in Deutschland Monat für Monat am nationalen Element verbrechen, und mit ihnen schweigt dieses ganze saubere nationale Bürgertum einschließlich der vaterlän-

73 Vgl. auch Hitlers ausführliche Stellungnahmen zur Kulturpolitik in seinen Reden vom 3. und 9.4.1929. Druck: Bd. III/2, Dok. 17, 21.

74 Der Wiener Komponist Ernst Křenek (1900-1991) erzielte mit seiner sogenannten Zeitoper "Jonny spielt auf" einen Welterfolg. Am 10.2.1927 in Leipzig uraufgeführt, wurde die Oper, die Elemente des Jazz aufgriff und mit technischen Geräuschen mischte, während der nächsten zwei Jahre von über hundert Bühnen nachgespielt, am 16.6.1928 erstmals in München im Theater am Gärtnerplatz (vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 8.6.1928). Nicht nur diese modernen Stilelemente, sondern auch die Hauptfigur des farbigen Jazzgeigers Jonny sorgten für wütende Proteste und Demonstrationen im rechten Lager, wie sich etwa im VB des Jahres 1928 verfolgen läßt. Křenek emigrierte 1938 in die USA. Vgl. Jost Hermand und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989, S. 317 f.

dischen Protestler. In einem einzigen Jahr, das heißt, es sind erst fünf Monate dieses Jahres verstrichen, wurden allein aus den Reihen der nationalsozialistischen Bewegung neun Menschen unter zum Teil viehischen Begleitumständen ums Leben gebracht und über 600 verwundet[75]. Da schweigt diese ganze verlogene Brut, aber wie würden sie brüllen, wenn nur eine einzige solche Tat vom Faschismus am Deutschtum in Südtirol verbrochen würde. Wie würden sie die ganze Welt zur Rebellion aufrufen, wenn auch nur ein Deutscher in Südtirol von Faschisten unter ähnlichen Umständen abgeschlachtet würde, wie sie das marxistische Mordgesindel in Deutschland anwendet, ohne daß dies die Entrüstung dieser sauberen Phalanx zur Rettung des deutschen Volkes hervorruft. Und wie haben doch dieselben Menschen, die gegen die behördliche Verfolgung der Deutschen in Südtirol feierlichst protestieren, die ihnen unbequemen Deutschen im Reiche selbst verfolgt. Wie hat man hier, angefangen von den U-Boot-Helden[76] bis zu den Rettern Oberschlesiens, die Männer, die erst ihr Blut für Deutschland einsetzten, in Ketten vor Gerichtshöfe geschleift und endlich zu Zuchthausstrafen verurteilt[77] und alles nur, weil sie aus glühender Liebe zum Vaterland ihr Leben hundert- und aberhundertmal eingesetzt haben, während dieses erbärmliche Protestgesindel sich unauffindbar irgendwo verkrochen hatte. Sie mögen die Zuchthausstrafen zusammenrechnen, die in Deutschland für Taten verhängt worden sind, die in einem nationalbewußten Staat mit höchsten Aus-

---

75 Ein Vergleich mit Hitlers Rede vom 13.7.1928 (Druck: Bd. III/1, Dok. 2) und der Hinweis auf die verstrichenen fünf Monate des Jahres sind ein weiterer Beleg dafür, daß das Buch Ende Juni oder Anfang Juli 1928 diktiert wurde. In dieser Rede heißt es u. a.: "Wo werden mehr Menschen in einem Jahr wegen ihrer nationalen Gesinnung ermordet, in Südtirol oder hier[?] Würden in Südtirol in einem Jahr, sagen wir, auch neun Deutsche wegen ihrer nationalen Gesinnung ermordet werden, wie würde man brüllen. *Wir haben allein in unserer Bewegung, nur wir allein, in den letzten fünf Monaten 9 Tote und über 670 Verletzte gehabt.* Da schweigt das 'nationale Element'".
Die offiziöse Parteistatistik (Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis. Hrsg. von Carl Reutsch-Roeder, Berlin 1932, S. 30) nennt für den entsprechenden Zeitraum vier Todesfälle: Bernhard Gerwert, Gottfried Thomae, Heinrich Wölfel, Heinrich Kottmann.

76 Wahrscheinlich Anspielung auf den spektakulären Kriegsverbrecherprozeß gegen die Marineoffiziere Ludwig Dithmar und John Bold im Jahr 1921. Als Kommandant des deutschen Unterseeboots U 86 hatte Oberleutnant zur See Helmut Patzig am 27.6.1918 das britische Lazarettschiff "Llandovery Castle" versenken und anschließend auf dessen Rettungsboote schießen lassen, in der Absicht, alle britischen Zeugen zu töten. Patzig, von den Alliierten als Kriegsverbrecher namhaft gemacht, war seit Ende 1919 flüchtig. Die beiden anderen genannten Offiziere wurden von der Reichsanwaltschaft der Mittäterschaft bezichtigt und vom Reichsgericht wegen Beihilfe zum Totschlag zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, S. 347.

77 Gemeint sind vermutlich die Fememorde, die von Angehörigen des Oberschlesischen Selbstschutzes in den Jahren 1920/21 verübt wurden. Ermittlungen der Behörden lassen sich jedoch nur in acht Fällen nachweisen, ohne daß ein Verfahren eröffnet wurde. Im April/Mai 1928 war jedoch u. a. gegen den Leutnant a. D. Edmund Heines - inzwischen Führer der SA-Standarte München - vor dem Stettiner Schwurgericht wegen seiner Beteiligung an einem Fememord im Juli 1920 in Pommern verhandelt worden. In diesem Prozeß erklärte ein Zeuge, daß zwischen 1920 und 1922 ungefähr 200 Fememorde in Schlesien begangen und einer Regierungsstelle gemeldet worden wären, die den Oberschlesischen Selbstschutz organisiert habe. Während Heines wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, verhinderte die Staatsanwaltschaft, daß der Komplex der oberschlesischen Fememorde, der in der Öffentlichkeit für großes Aufsehen sorgte, weiter aufgerollt wurde. Vgl. Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991, S. 33 ff., 60 ff., 244 ff.

zeichnungen belohnt worden wären. Wenn heute Italien einen Deutschen in Südtirol in Haft setzt, dann zetert augenblicklich das ganze deutsche nationale und marxistische Zeitungspack. Daß man aber in Deutschland auf bloße Denunziation hin monatelang in Gefängnisse kommen kann, daß Haussuchungen, Verletzung des Briefgeheimnisses, Telefonabhören, also lauter verfassungswidrige Beraubungen der durch die bürgerlichen Rechte garantierten persönlichen Freiheit dieses Staates an der Tagesordnung sind[78], das übergehen sie vollständig. Und unsere sogenannten nationalen Parteien mögen ja nicht sagen, daß dies nur im marxistischen Preußen möglich ist. Erstens sind sie mit denselben Marxisten heute Arm in Arm außenpolitisch verbrüdert und zweitens haben dieselben nationalen Parteien an der Unterdrückung eines wirklichen selbstbewußten Nationalismus denselben Anteil. Im "nationalen Bayern" hat man den todkranken Dietrich *Eckart*[79] trotz vorliegender ärztlicher Zeugnisse ohne auch nur die Spur von irgendeiner Schuld als höchstens der seiner unbestechlichen nationalen Gesinnung in seine sogenannte Schutzhaft geworfen und so lange in ihr verwahrt, bis er endlich zusammenbrach und zwei Tage nach seiner Entlassung starb[80]. Dabei ist dies Bayerns größter Dichter gewesen, freilich, er war ein nationaler Deutscher und hat kein "Jonny spielt auf" verbrochen, und folglich existierte er für diese Verfechter der nationalen Kultur nicht. So wie ihn diese Nationalpatrioten erst umgebracht haben, so schweigen sie heute seine Werke tot, denn er ist ja eben nur ein Deutscher gewesen und guter Bayer dazu und kein Deutschland besudelnder internationaler Jude. In dem Fall wäre er dieser Patriotenliga heilig gewesen, so aber handelten sie ihrer national-bürgerlichen Gesinnung gemäß nach dem in der Münchner Polizeidirektion offen ausgesprochenen Zuruf: "Nationales Schwein verrecke." Das sind aber dieselben deutschbewußten Elemente, die die Empörung der Welt mobilisieren, wenn man in Italien dummerweise einen Deutschen auch nur in Haft setzt.

Als man in Südtirol einige Deutsche auswies, da riefen wieder dieselben Leute das ganze deutsche Volk zur hellen Empörung auf, aber sie vergessen nur hinzuzufügen, daß man in Deutschland selbst die Deutschen am meisten gehetzt hat. Das "nationale Bayern" unter einer bürgerlich nationalen Regierung hat Dutzende von Deutschen ausgewiesen und alles nur, weil

---

78 Die in der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 festgelegten Grundrechte garantierten die individuellen politischen Freiheiten, ohne Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Verfassung auszuschließen. Das 1928 gültige erste Republikschutzgesetz vom 21.7.1922 widersprach weder in Theorie noch im Vollzug den durch die Verfassung festgelegten rechtlichen Rahmenbedingungen. In den ausgehenden 20er Jahren ließ allerdings der Wille der Exekutive nach, die im Republikschutzgesetz intendierten Möglichkeiten voll auszuschöpfen, was teilweise strukturell-organisatorische Ursachen hatte, vor allem aber aus der abnehmenden Bereitschaft der zuständigen Staatsorgane resultierte, sich für den Schutz der Verfassung einzusetzen. Druck des Gesetzes zum Schutz der Republik: RGBl. 1922, I, S. 585 ff. Verlängerung vom 2.6.1927: RGBl. 1927, I, S. 125. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 43 ff., 128 ff., 245 ff.; ders., Die Grundrechte in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 15 (1993), S. 163-183.

79 Dietrich Eckart (1868-1923), Schriftsteller und Übersetzer, 1918-1921 Herausgeber der Wochenschrift "Auf gut Deutsch", 1921-1923 Chefredakteur des VB.

80 Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches war Eckart am 15.11.1923 verhaftet und in Stadelheim, dann in Landsberg inhaftiert worden. Seinem Gesuch vom 22.11.1923, ihn wegen seines "schleichenden Herzleidens" - verursacht durch seine Alkoholabhängigkeit - zu entlassen, wurde am 20.12.1923 stattgegeben. Eckart starb am 26.12.1923. Vgl. Margarete Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler. Der "Völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970, S. 92 f.

sie politisch infolge ihres kompromißlosen Nationalismus der herrschenden fauligen Bürgerschichte nicht paßten. Da kannte man dann auf einmal nicht mehr die Stammesbruderschaft zum Deutschösterreicher, sondern nur mehr den Ausländer. Dabei blieb es aber bei der Ausweisung von sogenannten ausländischen Deutschen gar nicht stehen. Nein, dieselben bürgerlich-nationalen Heuchler, die gegen Italien flammende Proteste schleudern, weil man dort einen Deutschen aus Südtirol auswies und in eine andere Provinz abschob, haben aus Bayern Dutzende von Deutschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im deutschen Heere 4 ½ Jahre lang für Deutschland gekämpft haben, schwer verwundet worden sind und höchste Auszeichnungen hatten, aus Bayern ausgewiesen[81]. Ja, so sehen sie aus, diese bürgerlich-nationalen Heuchler, die nun in Entrüstung gegen Italien toben, während sie selbst Schande über Schande im eigenen Volk auf sich geladen haben.

Sie wehklagen über die Entnationalisierung in Italien und entnationalisieren dabei das deutsche Volk in der eigenen Heimat. Kämpfen gegen jeden, der der blutsmäßigen Vergiftung unseres Volkes entgegentritt, ja sie verfolgen jeden Deutschen, der der durch sie in Szene gesetzten und protegierten Entdeutschung, Vernegerung und Verjudung unseres Volkes in den Großstädten sich entgegenstemmt, auf das unverschämteste und rücksichtsloseste, und versuchen, sie durch das verlogene Vorbringen einer Gefährdung religiöser Einrichtungen in das Gefängnis zu bringen[82].

Als in Meran ein italienischer Exaldo[83] das dortige Kaiserin-Elisabeth-Denkmal beschädigte[84], erhoben sie ein wildes Geschrei und konnten sich nicht beruhigen, obwohl ein italienisches Gericht den Täter mit 2 Monaten Gefängnis bestraft hatte. Daß man aber in Deutschland selbst die Denkmäler und Erinnerungen an die vergangene Größe unseres Volkes ununterbrochen besudelt, das interessiert sie nicht. Daß man in Frankreich fast sämtliche an Deutschland erinnernden Monumente in Elsaß-Lothringen zerstört hat[85], ist ihnen gleich, daß die Polen planmäßig alles verwüsten, was auch nur an den deutschen Namen erinnert, regt sie nicht auf, ja daß erst in diesen Monaten in Bromberg der Bismarck-Turm ganz offiziell gesprengt wurde[86], das alles läßt sie kühl, diese Kämpen der nationalen Ehre unseres Volkes.

81 Die bayerische Regierung hatte 1924 versucht, Hitler nach Österreich auszuweisen. Die österreichische Regierung beharrte jedoch darauf, daß Hitler durch seinen Militärdienst die österreichische Staatsangehörigkeit verloren habe. Als Hitler seine Bereitschaft zu erkennen gab, selbst auf diese Staatsangehörigkeit zu verzichten, entsprach die österreichische Regierung am 30.4.1925 dieser Bitte, verbunden mit einem generellen Einreiseverbot. Vgl. Donald Cameron Watt, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

82 Die Nationalsozialisten provozierten zahlreiche Prozesse wegen Beleidigung, Gotteslästerung oder Religionsbeschimpfung nach §§ 166 ff., 185 ff. StGB. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 137 ff.

83 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist vermutlich "esaltato", italienisch: (politischer) Schwärmer.

84 Zur Zerstörung der Südtiroler Denkmäler seit 1919 vgl. Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus, Bd. 1, S. 244 ff.

85 Möglicherweise Anspielung auf die Pamphlete, mit denen auf deutscher Seite der französische Einmarsch in Elsaß-Lothringen kritisiert worden war. Vgl. z. B. Konrad Fischer, Wie die Franzosen in Elsaß-Lothringen hausen! Die Franzosen in Metz, Berlin 1919.

86 Anfang Mai 1928 war in Bromberg der Bismarck-Turm, der 1922 in einen polnischen Freiheitsturm umbenannt worden war, gesprengt worden. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 10.5.1928 (AA), "Der Bromberger Bismarck-Turm. Die Polen zerstören ein Symbol ihrer Freiheit." sowie VB vom 23.5.1928, "Starke Er-

Wehe aber, wenn so etwas in Südtirol der Fall wäre. Denn das ist für sie auf einmal heiliges Land geworden. Das Vaterland aber selbst, die Heimat, die kann zur Hölle gehen.

Gewiß, auch in Südtirol hat es auf italienischer Seite mehr als eine unkluge Handlung gegeben, und der Versuch, das deutsche Element planmäßig zu entnationalisieren, ist ebenso unklug wie im Ergebnis fragwürdig; allein das Recht, dagegen zu protestieren, haben nicht diejenigen, die zum Teil Schuld sind an dem allen und zum anderen eine nationale Ehre ihres Volkes tatsächlich gar nicht kennen, sondern dieses Recht hätten nur diejenigen, die bisher wirklich für deutsche Interessen und deutsche Ehre kämpften. Das war in Deutschland ausschließlich die nationalsozialistische Bewegung.

Die ganze innere Verlogenheit der Hetze gegen Italien wird aber sichtbar, wenn man die Handlungen der Italiener vergleicht mit den Handlungen, die Franzosen, Polen, Belgier, Tschechen, Rumänen und Südslawen am Deutschtum verbrochen haben. Daß Frankreich insgesamt über ¼ Million Deutsche aus Elsaß-Lothringen überhaupt ausgewiesen hat[87], also mehr Menschen als ganz Südtirol Einwohner zählt, das ist ihnen Wurst [*sic!*]. Und daß die Franzosen heute jede Spur des Deutschtums in Elsaß-Lothringen auszurotten versuchen, hindert nicht, mit Frankreich sich zu verbrüdern, selbst wenn dauernde Maulschellen die Pariser Antwort sind. Daß die Belgier mit einem Fanatismus sondergleichen das deutsche Element verfolgen, daß die Polen über 17.000 Deutsche zum Teil unter geradezu bestialischen Begleitumständen hingeschlachtet haben[88], ist kein Anlaß zu einer Erregung, daß sie endliche[89] Zehntausende von Haus und Hof vertrieben und, kaum mit einem Hemd bekleidet, über die Grenze trieben[90], das sind lauter Dinge, die unsere bürgerlichen und vaterländischen Protestschwindler nicht in Harnisch zu bringen vermögen. Überhaupt, wer die wirkliche Gesinnung dieses Packs kennenlernen will, der braucht sich nur zurückerinnern an die Art und Weise, mit der man den Flüchtlingen schon damals entgegengekommen ist. Damals blutete ihnen nicht das Herz (so wenig, wie es dies heute tut), als die Zehntausende der unglücklich Vertriebenen zum Teil in förmlichen Konzentrationslagern[91] sich wieder auf dem Boden ihrer teueren Hei-

---

regung über die Sprengung des Bismarck-Turms". Am selben Tag sprach Hitler im Bürgerbräukeller zum Thema Südtirol. Unter den Ausführungen, welche den hier gemachten ähneln, ist auch der Satz: "In Bromberg hat man in aller Ruhe einen Bismarck-Turm gesprengt - die deutsche Presse geht seelenruhig darüber hinweg." Vgl. Bd. II/2, Dok. 280.

87 Nach dem Ersten Weltkrieg wurden ca. 150.000 Personen aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen oder wanderten ins Deutsche Reich ab. Vgl. Rothenberger, Heimat- und Autonomiebewegung, S. 37.

88 Obwohl nur wenige verläßliche Zahlen über die Lage der deutschen Minderheit im damaligen Polen vorliegen, läßt sich sicher sagen, daß es Opfer in dieser Höhe nicht gegeben hat. Seit Dezember 1918 war es zu mehreren polnischen Aufständen in den Provinzen Posen und Oberschlesien gekommen, bei denen vermutlich auf deutscher wie polnischer Seite mehrere hundert Kombattanten den Tod fanden. Daneben kam es immer wieder zu einzelnen kleineren Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit, zuletzt am 15.5.1927 in Rybnik. Vgl. Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen, Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969, S. 19 ff., 47 ff. sowie Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993, S. 27 ff.

89 Offenbar Hör- oder Diktatfehler; gemeint ist wohl "etliche".

90 Zur Politik der polnischen Regierung gegenüber den deutschsprachigen Einwohnern vgl. Stephan Horak, Poland and Her National Minorities, 1919-1939. A Case Study, New York 1961, S. 37 ff., 94 ff.

91 Der Begriff "Konzentrationslager" läßt sich in das Jahr 1895 zurückverfolgen. Während der Revolution auf Cuba internierten spanische Truppen Zivilisten in umgrenzten Lagern, sog. "Campos de concentración". Populär in einer eindeutig negativen Bedeutung wurde der Begriff während des Burenkriegs (1899-1902), als

mat befanden und nun wie Zigeuner von Ort zu Ort abgeschoben wurden. Noch sehe ich vor mir die Zeit, in der die ersten Ruhrflüchtlinge nach Deutschland kamen[92] und nun von Polizeidirektion zu Polizeidirektion abgeschoben wurden, als wenn es sich um Schwerverbrecher gehandelt hätte. Nein, da hat ihnen das Herz nicht geblutet, diesen Vertretern und Verteidigern des nationalen Deutschtums in Südtirol, aber wenn ein einziger Deutscher in Südtirol selbst von den Italienern ausgewiesen wird oder ihm sonst ein Unrecht zugefügt wird, dann zittern sie vor gerechter Empörung und Entrüstung über diese einzige Kulturschande und über diese größte Barbarei, die die Welt bisher gesehen hat. Wie sagen sie dann: "Noch niemals ist das Deutschtum und noch nirgends mit so entsetzlichen und tyrannischen Methoden unterdrückt worden wie in diesem Lande." Ja, aber nur mit einer Ausnahme, das ist nämlich in Deutschland selbst, durch euere eigene Tyrannei.

Südtirol oder besser das Deutschtum in Südtirol muß dem deutschen Volk erhalten bleiben, aber in Deutschland selbst ermorden sie jährlich durch ihre verruchte Politik der unnationalen Ehrlosigkeit, der allgemeinen Korruption und der Unterwürfigkeit unter die internationalen Finanzherren mehr als das Doppelte an Menschen als Südtirol insgesamt deutsche Einwohner zählt. Von den durch ihre Katastrophenpolitik zum Selbstmord getriebenen 17.000 - 22.000 Menschen[93] als Durchschnitt in den letzten Jahren schweigen sie, obwohl diese Zahl allein in 10 Jahren mit Kindern mehr ausmachen würde ebenfalls als [*sic!*] Südtirol deutsche Einwohner zählt[94]. Die Auswanderung protegieren sie, und die Erhöhung der Auswanderungsquoten

---

die schlechten Haftbedingungen zahllose Opfer unter den in "concentration camps" internierten Buren forderten. Nach 1918 tauchte nicht nur das Phänomen, sondern auch der Begriff während der Bürgerkriege auf oder wurde von den sich formierenden totalitären Regimen benutzt. Ziel blieb die Kontrolle und Unterdrückung vermeintlicher oder tatsächlicher Gegner, nun auch in Friedenszeiten.
Hitler erwähnte bereits am 20.9.1920 die britischen Konzentrationslager des Burenkriegs und forderte am 13.3.1921 erstmals, die deutschen Juden in Konzentrationslagern zu "sichern". Auch die übrigen Propagandisten der NSDAP scheuten sich nicht, bereits vor 1933 unverhohlen mit der Einrichtung von Konzentrationslagern zu drohen. Vgl. Klaus Drobisch und Günther Wieland, System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993, S. 13 ff.; Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 233, 348.

92 Bezieht sich auf den Ruhrkampf 1923.

93 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929 (S. 45) verzeichnet für 1927 15.974 Selbstmorde. Seit 1920 war die Selbstmordquote im Deutschen Reich relativ kontinuierlich angestiegen und hatte während der Weltwirtschaftskrise einen bislang unbekannten Höchststand erreicht, als pro 100.000 Einwohner jährlich über 58 Selbstmorde registriert wurden (Stand 1931). Diese hohe Selbstmordquote hat sich auch nach 1933 nicht abgeflacht; noch 1937 besaß sie denselben Stand wie 1931. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 136.

94 Hitler befaßte sich oft mit der Frage des nationalen wie des individuellen Selbstmords. Er behandelte das Thema intensiv in seinen Reden vom 2.5.1928 (Druck: Bd. II/2, Dok. 268), 13.7.1928 (Bd. III/1, Dok. 2) und 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 61). Auch im VB wurde damals die Selbstmordfrage immer wieder erwähnt, z. B. am 5.1. und 21.8.1928. Ein Wahlplakat der NSDAP für die Reichstagswahl am 20.5.1928 enthält schließlich einen Hinweis auf die "Freiheit Jedermanns, den Freitod zu sterben" (Abbildung: Adolf Dresler und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte. Die Sammlung Rehse, Bd. I, München 1938, S. 195).
Auch in seiner ersten Rede zur Außenpolitik nach der Machtergreifung am 17.5.1933 klagte Hitler über die "224.000 Menschen", die seit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags Selbstmord begangen hätten. Druck: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil I: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg [4]1988, S. 279. Die Bemerkungen Hitlers am 1.2.1943 anläßlich der Kapitulation der 6. deutschen Armee in Stalingrad drehten sich ebenfalls um die Frage des Selbstmords. Er wies hin auf die "18.000 oder 20.000" Selbstmorde in den Friedensjahren und be-

bezeichnet dieses nationale Bürgertum eines Herrn Stresemann als einen gewaltigen außenpolitischen Erfolg[95], und doch heißt dies, daß Deutschland in je vier Jahren mehr Menschen verliert als Südtirol an Einwohnern deutscher Nationalität zählt. An Geburtenabtreibung aber und Kinderverhütung morden sie Jahr für Jahr nahezu doppelt so viel[96], als das Deutschtum in Südtirol insgesamt ausmacht. Und dieses Pack nimmt dann für sich das moralische Recht in Anspruch, für die Interessen des Deutschtums im Auslande zu reden.

Oder dieses nationale offizielle Deutschland jammert über die Entdeutschung unserer Sprache in Südtirol, aber in Deutschland selbst entdeutscht man in aller offiziellen Art und Weise die deutschen Namen in der Tschechoslowakei, in Elsaß-Lothringen usw.; ja, es werden offizielle Reiseführer herausgegeben, in denen selbst unsere deutschen Städtenamen in Deutschland den Tschechen zuliebe vertschechisiert werden. Das ist alles in der Ordnung, nur daß die Italiener den heiligen Namen Brenner in Brennero umgewandelt haben, das ist ein Anlaß, den glühendsten Widerstand herauszufordern. Und das muß man dann gesehen haben, wenn so ein bürgerlicher Patriot zu glühen beginnt, wo man doch genau weiß, daß alles nur Komödie ist. Nationale Leidenschaft heucheln, paßt zu unserem leidenschaftslosen, fauligen Bürgertum genauso, als wenn eine alte Hure Liebe mimt. Es ist alles nur künstliche Mache, und am ärgsten trifft dies dann zu, wenn eine solche Erregung die Heimat in Österreich hat. Das schwarzgelbe[97] legitimistische Element, dem früher das Deutschtum in Tirol vollkommen gleichgültig gewesen ist, macht jetzt in heiliger nationaler Empörung mit. So etwas elektrisiert dann alle Spießbürgervereinigungen, besonders wenn sie dann hören, daß auch die Juden mittun. Das heißt, sie selber protestieren ja nur, weil sie wissen, daß sie dieses Mal ausnahmsweise einmal ganz laut ihre nationale Gesinnung herausschreien dürfen, ohne von den Pressejuden in die Ecke gefeuert zu werden. Im Gegenteil: Es ist doch schön für einen aufrechten national-bürgerlichen Mann, zum nationalen Kampf aufzurufen und dabei [*von*] Itzig Veitel Abrahamsohn sogar noch gelobt zu werden. Ja, noch mehr. Die jüdischen Gazetten schreien mit, damit ist zum ersten Mal die wirkliche bürgerlich nationaldeutsche Einheitsfront von Krotoschin[98] über Wien bis Innsbruck hergestellt. Und unser politisch so dummes deutsches Volk läßt sich von diesem ganzen Theater genauso einfangen, wie sich einst schon die deutsche Diplomatie und unser deutsches Volk von den Habsburgern einwickeln und mißbrauchen ließen.

Deutschland hat schon einmal seine Außenpolitik ausschließlich durch österreichische Interessen bestimmen lassen. Die Strafe dafür war eine entsetzliche. Wehe, wenn der junge deutsche Nationalismus seine Zukunftspolitik von den theatralischen Schwätzern des verfaulenden bürgerlichen Elements oder gar von marxistischen Deutschfeinden bestimmen läßt. Und wehe, wenn er dabei wieder in vollkommener Verkennung der wirklich treibenden Kräfte des österreichischen Staates in Wien von dorther seine Direktiven bezieht. Es wird die Aufgabe der na-

---

dauerte, daß sich die Führer der 6. Armee nicht erschossen hätten. Vgl. Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945, Stuttgart 1962, S. 124 ff.

95 Vgl. Kap. I, Anm. 3.

96 Vgl. Kap. II, Anm. 7.

97 Die Farben Schwarz und Gelb symbolisierten die österreichische Monarchie und leiteten sich vom schwarzen Reichsadler auf goldenem bzw. gelbem Grund ab, den die Habsburger als Wappen führten. Vgl. Hattenhauer, Nationalsymbole, S. 9 f.

98 Kreisstadt in der polnischen Woiwodschaft Posen, bis 1920 beim Deutschen Reich.

tionalsozialistischen Bewegung sein, diesem Schauspielergeschrei ein Ende zu bereiten und die nüchterne Vernunft zum Regenten der kommenden deutschen Außenpolitik zu wählen.

Allerdings trifft auch Italien eine Schuld an dieser ganzen Entwicklung. Ich würde es als dumm und politisch kindisch empfinden, dem italienischen Staat einen Vorwurf zu machen, daß er anläßlich des österreichischen Zusammenbruchs die Grenze bis an den Brenner vorschob. Die Motive, die ihn dabei beherrschten, waren keine gemeineren als die Motive, die (unbestimmten) die bürgerlichen Annexionspolitiker einschließlich Herrn Stresemann und Herrn Erzberger einst bestimmten, die deutsche Grenze auf die belgischen Maasfestungen zu stützen[99]. Zu allen Zeiten wird eine verantwortlich (und) denkende und handelnde Staatsregierung sich bemühen, strategisch natürliche und sichere Grenzen zu finden. Sicherlich hat Italien nicht Südtirol annektiert, um dadurch in den Besitz von ein paar hunderttausend Deutschen zu kommen, sicher wäre es den Italienern lieber gewesen, wenn an Stelle dieser Deutschen nur Italiener allein in diesem Gebiete leben würden. Denn tatsächlich waren es in erster Linie nie [*sic!*] strategische Rücksichten, die sie veranlaßten, die Grenze über den Brenner zu legen. Kein Staat würde in einer ähnlichen Situation aber anders gehandelt haben. Es ist deshalb zwecklos, über diese Grenzgestaltung an sich Vorwürfe zu erheben, da ja endlich jeder Staat seine natürlichen Grenzen nach eigenen und nicht nach anderen Interessen bestimmt. So sehr aber nun der Besitz des Brenners militärischen Interessen und strategischen Zwecken dienen mag, so belanglos ist es dann, ob innerhalb dieser an sich strategisch festgelegten und gesicherten Grenze 200.000 Deutsche leben oder nicht, wenn das Staatsvolk selbst 42 Millionen Menschen umfaßt[100] und ein militärisch wirksamer Gegner gerade an dieser Grenze gar nicht in Frage kommt. Es würde eine höhere Klugheit gewesen sein, diesen 200.000 Deutschen jeden Zwang zu ersparen, als mit Gewalt ihnen eine Gesinnung einzuimpfen [*zu*] versuchen, die erfahrungsgemäß als Ergebnis einer solchen Veranlassung meistens ohne Wert zu sein pflegt. Man kann auch nicht in 20 oder 30 Jahren ein Volkstum ausrotten, ganz gleich, welche Methoden man anwendet und ob man dies will oder nicht will. Man wird italienischerseits mit einem gewissen Schein von Recht zur Antwort geben, daß dies zunächst auch nicht beabsichtigt gewesen sei, aber sich als Folge des provokatorischen Versuchs einer dauernden Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten von seiten außenstehender österreichischer oder deutscher Kräfte und der dadurch bei den Südtirolern selbst ausgelösten Rückwirkungen von selbst zwangsläufig entwickelte. Das ist richtig, denn tatsächlich kamen die Italiener zunächst dem Deutschtum in Südtirol sehr anständig und loyal entgegen[101]. Sowie aber in Italien der Faschismus zur Höhe kam, begann in Deutschland und in Österreich aus prinzipiellen Gründen die Hetze gegen Italien und führte nun zu einer sich steigernden gegenseitigen Gereiztheit, die in Südtirol endlich zu Folgen führen mußte, wie wir sie heute vor uns sehen. Unselig war dabei vor allem das Wirken des Andreas-Hofer-Bundes[102], der, statt den Deutschen in Südtirol

99 Vgl. Kap. VIII, Anm. 6. Zu Stresemanns Kriegszielvorstellungen vgl. Annelise Thimme, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover 1957, S. 21 ff.

100 Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1.12.1921 hatte Italien eine Bevölkerung von 38.710.576 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 1*.

101 Vgl. Anm. 26.

102 Der 1919 aus dem Bund Heimat hervorgegangene Andreas-Hofer-Bund zählte zusammen mit dem VDA-Landesverband Bayern zu den radikalsten Schutzvereinen für Südtirol. Proklamiertes Ziel war die Revision

Klugheit anzuempfehlen und ihnen klarzumachen, daß es ihre Mission sei, eine Brücke zwischen Deutschland und Italien zu bilden [103], bei den Südtirolern Hoffnungen erweckte, die außerhalb jeder Realisierbarkeit liegen, die aber zu einer Aufreizung und damit zu unüberlegten Schritten führen mußten. Diesem Bunde ist es mit in erster Linie zuzuschreiben, wenn die Verhältnisse auf die Spitze getrieben wurden. Wer dabei wie ich, Gelegenheit genug besaß, wesentliche Mitglieder dieser Vereinigung auch als Menschen kennenzulernen, muß staunen über die Verantwortungslosigkeit, mit der es ein Verband von so geringen wirklich aktiven Kräften immerhin fertigbringt, unseliges Unheil anzurichten. Denn wenn ich verschiedene dieser leitenden Köpfe mir vor Augen halte und dabei noch besonders an einen denke, der seinen Sitz in der Münchener Polizeidirektion hat [104], dann wird einem doch anders bei dem Gedanken, daß Menschen, die niemals ihr eigenes Blut und ihre eigene Haut zu Markte tragen würden, eine Entwicklung veranlassen, die in ihrer letzten Konsequenz bei einer blutigen Auseinandersetzung enden müßte.

Es ist auch richtig, daß es mit den wirklichen Drahtziehern dieser Italienhetze gar keine Verständigung über Südtirol geben kann, da diesen Elementen Südtirol an sich genauso gleichgültig ist wie das Deutschtum überhaupt, sondern es sich dabei nur um ein geeignetes Mittel handelt, Verwirrung zu stiften und die öffentliche Meinung besonders in Deutschland gegen Italien in Harnisch zu bringen. Denn darauf kommt es den Herrschaften an. Und der italienische Einwand, daß ganz gleich, wie die Behandlung der Deutschen in Südtirol auch sei, diese Menschen immer wieder, weil sie es eben wollen, auch etwas finden würden, was für ihre Hetze geeignet wäre, hat deshalb auch einen gewissen Grund der Berechtigung. Allein gerade weil heute in Deutschland genau wie in Italien gewisse Elemente ein Interesse daran besitzen, eine Verständigung der beiden Nationen mit allen Mitteln zu hintertreiben, wäre es eine Pflicht der Klugheit, ihnen diese Mittel nach Möglichkeit zu entziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie dann natürlich trotzdem immer weiter suchen würden. Das Gegenteil hätte nur dann einen Sinn, wenn es in Deutschland überhaupt niemand gäbe, der entgegen dieser Hetze den Mut besäße, für eine Verständigung zu sprechen. Dies ist aber doch nicht der Fall. Im Gegenteil, je mehr das heutige Italien von sich aus alle unklugen Zwischenfälle zu vermeiden versucht, um so leichter wird es den Freunden Italiens in Deutschland werden, die Hetzer hier zu entlarven, die Scheinheiligkeit ihrer Gründe zu enthüllen und ihrer volksvergiftenden Tätigkeit das Handwerk zu legen. Glaubt man aber in Italien wirklich, daß man nicht gut unter dem Geschrei und bei den Forderungen ausländischer Organisationen irgendwie entgegenkommen kann, da dies eher einer Kapitulation ähnlich sähe und den Übermut dieser Elemente möglicherweise nur noch steigern würde, dann ließen sich Wege finden, ein solches Entgegenkommen eben grundsätzlich denen zuzuschreiben, die nicht nur nicht an dieser Hetze beteiligt sind, sondern die im Gegenteil als Freunde einer Verständigung Italiens und Deutschlands

---

der Brennergrenze und die Einbindung Südtirols in ein zukünftiges "Großdeutschland". Vgl. Isolde von Mersi, Ziele und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Schutzvereine für Südtirol 1918-1939, 1945-1976, Diss. phil. Wien 1979, S. 60 ff.

103 Auch in seiner Rede am 23.5.1928 sprach Hitler von den Südtirolern als Brücke zwischen Italien und Deutschland, bis diese gemeinsam zum Kampf gegen Frankreich antreten könnten. Druck: Bd. II/2, Dok. 280.

104 Nicht ermittelt.

selbst den schärfsten Kampf gegen die Vergifter der öffentlichen Meinung in Deutschland führen.

Das außenpolitische Ziel der nationalsozialistischen Bewegung hat weder mit einer Wirtschafts- noch mit einer bürgerlichen Grenzpolitik etwas zu tun. Unser völkisches Raumziel wird auch in der Zukunft dem deutschen Volke eine Entwicklung zuweisen, die es niemals in einen Konflikt mit Italien zu bringen braucht. Wir werden auch niemals das Blut unseres Volkes opfern, um kleine Grenzkorrekturen herbeizuführen, sondern immer nur, um Raum für eine weitere Ausdehnung und Ernährung unseres Volkes zu gewinnen. Dieses Ziel drängt uns nach Osten. Was für Italien das mittelländische Meer ist, ist für Deutschland die Ostküste der Ostsee. Deutschlands Todfeind für jede weitere Entwicklung, ja selbst für die bloße Erhaltung der Einheit unseres Reiches, ist Frankreich, genau so wie es der Todfeind für Italien ist. Die nationalsozialistische Bewegung wird niemals in ein äußeres, seichtes Hurrageschrei verfallen. Sie will nicht mit dem Säbel rasseln. Ihre Führer haben fast ausnahmslos den Krieg kennengelernt, wie er in Wirklichkeit und Wahrheit ist. Sie wird deshalb auch niemals für andere Ziele Blut vergießen als solche, die der gesamten Zukunftsentwicklung unseres Volkes dienlich sind. Sie lehnt es deshalb auch ab, um einer angesichts der deutschen Zersplitterung in Europa lächerlichen Grenzkorrektur wegen, einen Krieg mit Italien zu provozieren. Im Gegenteil, sie will, daß für alle Zukunft der unselige Germanenzug nach dem Süden ein Ende nimmt und die Vertretung unserer Interessen in der Richtung stattfindet, die unserem Volk eine Behebung seiner Raumnot möglich erscheinen läßt[105]. Indem wir aber Deutschland dabei aus der Periode seiner heutigen Versklavung und Knechtschaft erlösen, kämpfen wir damit auch am höchsten für die Wiederherstellung und damit im Sinne einer deutschen Ehre.

Wenn das heutige Italien glaubt, daß eine Änderung verschiedener Maßnahmen in Südtirol als eine Kapitulation vor fremden Einmischungen aufgefaßt werden könnte, ohne am Ende doch nicht zu einer gewünschten Verständigung zu führen, dann mag es seine Umstellung eben ausschließlich denen zuliebe vornehmen und damit auch offen begründen, die in Deutschland selbst Vertreter einer Verständigung mit Italien sind und es nicht nur weit von ich weisen, mit den Hetzern gegen eine solche identifiziert zu werden, sondern die sogar den schärfsten Kampf gegen diese Elemente seit Jahren ausgefochten haben und die die souveränen Hoheitsrechte des italienischen Staates als selbstverständlich bestehend anerkennen.

Sowenig es für Deutschland gleichgültig ist, ob es Italien zum Freunde erhält, sowenig gleichgültig ist es auch für Italien. So wie der Faschismus dem italienischen Volk einen neuen Wert gegeben hat, so darf auch der Wert des deutschen Volkes für die Zukunft nicht abgeschätzt werden nach seinen augenblicklichen Lebensäußerungen, sondern nach den Kräften, die es in seiner bisherigen Geschichte so oft bewiesen hat und die es vielleicht schon morgen wieder zeigen kann.

So wie für Deutschland die Freundschaft Italiens ein Opfer wert ist, ebensoviel wert ist aber auch für Italien die Freundschaft Deutschlands. Es würde ein Glück für beide Völker sein, wenn sich diejenigen Kräfte verständigen könnten, die in beiden Ländern Träger dieser Erkenntnis sind.

---

105 Vgl. Kap. VII, S. 60.

So sehr also die Hetze in Deutschland gegen Italien schuld an der unseligen Verfeindung ist, soviel Schuld liegt auch auf Seite Italiens, wenn es angesichts der Tatsache, daß in Deutschland selbst gegen diese Hetze gekämpft wird, nicht auch von sich aus ihnen die Mittel so weit als irgend möglich aus der Hand windet [106].

Wenn es die Klugheit des faschistischen Regiments fertigbringt, eines Tages 65 Millionen Deutsche zu Freunden Italiens zu machen, dann ist dies mehr wert, als wenn man 200.000 zu schlechten Italienern erzieht.

Ebenso unrichtig war das italienische Eintreten für ein Verbot des Anschlusses Österreichs an Deutschland [107]. Schon die Tatsache, daß Frankreich in erster Linie dieses Verbot vertrat, hätte in Rom zur gegenteiligen Stellungnahme führen müssen. Denn Frankreich tut auch diesen Schritt nicht, um Italien zu nützen, sondern viel eher in der Hoffnung, ihm auch dadurch Schaden zufügen zu können. Es sind in erster Linie zwei Gründe, die Frankreich bewogen haben, das Anschlußverbot durchzudrücken: Einmal, weil man dadurch eine Stärkung Deutschlands zu verhindern wünscht, und zum anderen Mal, weil man überzeugt ist, im österreichischen Staat eines Tages eben doch ein Glied der französisch-europäischen Allianz zu erhalten. Man gebe sich doch in Rom keiner Täuschung darüber hin, daß der französische Einfluß in Wien ein wesentlich ausschlaggebenderer ist als selbst der deutsche, vom italienischen ganz zu schweigen. Der französische Versuch, den Völkerbund wenn möglich nach Wien zu verlegen [108], entspringt nur der Absicht, den an sich kosmopolitischen Charakter dieser Stadt zu stärken und in Beziehung zu bringen mit dem Land, dessen Wesen und Kultur in der heutigen Wiener Atmosphäre einen stärkeren Widerhall findet als das Wesen des Deutschen Reiches.

So ernst gemeint dabei die Anschlußtendenzen der österreichischen Provinzen an sich sind, so wenig ernst nahm man sie in Wien [109]. Im Gegenteil, wenn man in Wien wirklich mit dem Anschlußgedanken operierte, dann immer nur, um irgendeine finanzielle Schwierigkeit zu beheben, denn dann war Frankreich viel eher bereit, dem kleinen Pumpstaat wieder beizuspringen. Allmählich aber wird dieser Anschlußgedanke in eben dem Maß versiegen, in dem eine innere Konsolidierung des österreichischen Bundes stattfindet und Wien seine volle dominierende Stellung zurückerhält. Dazu kommt noch, daß die politische Entwicklung in Wien immer mehr anti-italienischen und besonders anti-faschistischen Charakter annimmt, während der Austro-Marxismus von jeher aus seinen starken Sympathien für Frankreich keinen Hehl gemacht hat.

---

106 Ähnlich schrieb Alfred Rosenberg im VB vom 6.3.1928, "Mussolinis Südtirolrede", daß Mussolini in der Südtiroler Frage "sehr schlecht beraten gewesen" sei, weil er mit seiner Rede vom 4.3.1928 den deutschen Feinden Italiens in die Hände gearbeitet habe.

107 Nach dem Ersten Weltkrieg lehnte Italien zunächst einen Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich nicht grundsätzlich ab; entscheidend blieb für die italienische Außenpolitik vielmehr eine dauerhafte Sicherung der Brennergrenze. Auf der Pariser Friedenskonferenz schwenkten die italienischen Vertreter aber auf die Linie der Alliierten ein und stimmten dem Anschlußverbot in den Friedensverträgen zu. Vgl. Josef Muhr, Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges (1914-1922), Göttingen 1977, S. 147 ff.

108 Diese Möglichkeit wurde 1928 in der Öffentlichkeit erörtert.

109 Zur Bedeutung des Anschlußgedankens in Politik und Gesellschaft im Österreich der Zwischenkriegszeit vgl. Walter Wiltschegg, Österreich - Der "Zweite deutsche Staat"? Der nationale Gedanke in der Ersten Republik, Graz 1992.

Daß man also damals den Anschluß glücklicherweise und zum Teil mit italienischer Hilfe verhindert hat, wird dem französischen Bündnissystem eines Tages das fehlende Glied zwischen Prag und Jugoslawien einfügen[110].

Für Italien war aber die Verhinderung des österreichischen Anschlusses an Deutschland auch noch aus einem psychologischen Grund falsch gewesen. Je kleiner der abgesplitterte österreichische Staat blieb, um so beschränkter waren naturgemäß auch seine außenpolitischen Ziele. Man kann nicht von einem Staatsgebilde, das knapp ...[111] qkm Bodenfläche mit kaum ...[111] Millionen Einwohner hat, eine groß aufgefaßte raumpolitische Zielsetzung erwarten. Würde Deutschösterreich in den Jahren 1919/[*19*]20 an Deutschland angegliedert worden sein, so wäre die Tendenz seines politischen Denkens allmählich durch die großen, wenigstens möglichen politischen Ziele Deutschlands, also eines fast 70-Millionen-Volkes, bestimmt worden. Indem man dies damals verhinderte, hat man selbst die Richtung des außenpolitischen Denkens von größeren Zielen weggebracht und auf kleine altösterreichische Rekonstruktionsgedanken beschränkt. Nur so war es möglich, daß die Südtiroler Frage überhaupt zu einer solchen Bedeutung emporwachsen konnte. Denn so klein der österreichische Staat an sich war, so war er doch wenigstens groß genug, um der Träger eines außenpolitischen Gedankens zu werden, der ebensosehr seiner Kleinheit entsprach, wie er aber umgekehrt langsam das politische Denken ganz Deutschlands vergiften konnte. Je beschränkter die politischen Gedanken des österreichischen Staates infolge seiner räumlichen Beschränkung sein werden, um so mehr werden sie endlich in Problemen aufgehen, die wohl für diesen Staat Bedeutung haben können, für die deutsche Nation aber nicht als bestimmend für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik empfunden werden können.

Italien müßte, schon um das französische Bündnissystem in Europa zu durchkreuzen, für einen Anschluß Österreichs an Deutschland eintreten. Es müßte dies weiter aber auch tun, um der Zelle der deutschen Grenzpolitik infolge ihrer Eingliederung in ein großes Reich andere Aufgaben vorzulegen.

Im übrigen sind die Gründe, die Italien einst bewogen haben, gegen den Anschluß aufzutreten, nicht recht ersichtlich. Weder das heutige Österreich, noch das heutige Deutschland können als militärische Gegner für Italien zur Zeit in Frage kommen. Gelingt es aber Frankreich, gegen Italien eine allgemeine Allianz in Europa ins Leben zu rufen, an der Österreich und Deutschland teilnehmen, dann wird sich an der militärischen Lage gar nichts ändern, ob nun Österreich selbständig ist oder ob es sich bei Deutschland befindet. Übrigens kann von einer wirklichen Selbständigkeit eines so kleinen Gebildes tatsächlich ja ohnehin nicht geredet werden. (Sie werden immer) Österreich wird immer an den Schnüren irgendeiner Großmacht hängen. Die Schweiz kann nicht im geringsten das mögliche Gegenteil beweisen, da sie als Staat, wenn auch unter Zugrundelegung des Fremdenverkehrs, immerhin eine eigene Lebensmöglichkeit besitzt. Dies ist für Österreich schon unmöglich infolge des Mißverhältnisses der Hauptstadt dieses Landes zur Größe der gesamten Einwohnerschaft[112]. Ganz gleich aber, wel-

110 Vgl. Anm. 19 sowie Kap. XI, Anm. 8, 9.

111 Auslassungen in der Vorlage. Österreich umfaßte 1923 eine Fläche von 83.838 km^2 mit 6.534.481 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, S. 1*.

112 Vgl. Anm. 20.

che Haltung dieses Österreich selbst zu Italien einnimmt, schon [*in*] der Tatsache seines Bestandes liegt eine Erleichterung der militärisch strategischen Lage der Tschechoslowakei, die sich eines Tages so oder so gegenüber dem an sich natürlichen Bundesgenossen Italiens, Ungarn, bemerkbar machen kann.

Militärische Gründe und politische würden für die Italiener dahin sprechen, das Anschlußverbot als zumindest bedeutungslos, wenn schon nicht als zweckmäßig [*sic!*] anzusehen[113].

[*C*]

Ich kann dieses Kapitel[114] nicht schließen, ohne nun doch im einzelnen festzustellen, wer tatsächlich die Schuld daran trägt, daß es überhaupt eine Südtiroler Frage gibt.

Für uns Nationalsozialisten ist staatsrechtlich die Entscheidung gefallen, und zumindest ich, der ich mich auf das schärfste dagegen stemme, daß man Millionen Deutsche auf ein Schlachtfeld schleppt und dort für Frankreichs Interessen verbluten läßt, ohne daß für Deutschland dabei ein Erfolg erwächst, der den angewandten Blutopfern [*sic!*] nur irgendwie entspricht. Ich lehne es auch ab, den Standpunkt der nationalen Ehre hier als bestimmend anzuerkennen, da ich unter Zugrundelegung dieses Gesichtspunktes dann immer noch erst gegen Frankreich marschieren müßte, das die deutsche Ehre durch sein ganzes Handeln ganz anders verletzt hat als Italien. Ich habe (nicht d) mich über die Möglichkeit, den Begriff nationale Ehre zur Grundlage einer Außenpolitik zu machen, bereits in der Einleitung[115] dieses Buches ausgelassen und brauche deshalb hier nicht mehr weiter dazu Stellung nehmen. Wenn nun von unseren Protestvereinigungen versucht wird, diese unsere Haltung als Verrat oder Verzicht von Südtirol [*sic!*] hinzustellen, dann könnte dies nur richtig sein, wenn ohne diese unsere Haltung Südtirol entweder überhaupt nicht verloren worden wäre oder in absehbarer Zeit im Begriff stände, wieder zum anderen Tirol zurückzukehren.

Ich sehe mich deshalb gezwungen, in dieser Auslassung noch einmal ganz präzise festzustellen, wer Südtirol verraten hat und durch wessen Maßnahmen es für (Österreich) Deutschland verloren ging.

1. Südtirol wurde verraten und ging verloren durch die Tätigkeit jener Parteien, die in langer Friedensarbeit dem deutschen Volke die Schwertrüstung, die es zu seiner Behauptung in Europa brauchte, schwächten oder vollständig ablehnten und dadurch dem deutschen Volk für die kritische Stunde die notwendige Macht zum Sieg und damit auch zur Erhaltung Südtirols geraubt haben.

---

113 Hier wird ein Grund erkennbar für Hitlers Mißverständnis von Italiens Haltung in der Anschlußfrage, was 1933/34 fast zum Bruch zwischen Deutschland und Italien führen sollte.

114 In der Vorlage beginnt mit diesen Worten eine neue Seite, vom Vorhergegangenen durch einen Strich getrennt, wie er sonst zur Markierung eines Kapitels dient. Die inhaltliche Homogenität und die Verwendung des Begriffs "Kapitel" lassen jedoch darauf schließen, daß die in dieser Edition als Teile A-C gekennzeichneten Abschnitte ursprünglich zusammenhängend konzipiert waren.

115 Wenn es wirklich eine "Einleitung" gab, ist sie nicht erhalten geblieben. Da das vorliegende Dokument durchlaufend paginiert ist, könnte das "Vorwort" gemeint sein. Doch wird im Vorwort das hier behandelte Thema nicht erwähnt; die einschlägigen Erläuterungen sind vielmehr auf den Seiten 121-130 der Vorlage (hier S. 75 ff.) zu finden.

2. [*Südtirol ging verloren durch*] Diejenigen Parteien, die in langer Friedensarbeit die moralischen und sittlichen Grundlagen unseres Volkes unterwühlten und die vor allem den Glauben an das Recht der Selbstwehr zerstörten.

3. Südtirol haben verraten damit aber auch diejenigen Parteien, die als sogenannte staatserhaltende und nationale diesem Treiben gleichgültig oder zumindest ohne ernstlichen Widerstand zugesehen haben. Sie sind, wenn auch indirekt, mitschuldig an der Schwertschwächung unseres Volkes.

4. Südtirol wurde verraten und verloren durch die Tätigkeit derjenigen politischen Parteien, die das deutsche Volk zum Handlanger der habsburgischen Großmachtsidee erniedrigt hatten; die, statt der deutschen Außenpolitik das Ziel der nationalen Einigung unseres Volkes vorzulegen, in der Erhaltung des österreichischen Staates die Aufgabe der deutschen Nation sahen; die damit schon im Frieden jahrzehntelang der planmäßigen Entdeutschungsarbeit der Habsburger zugesehen, ja Vorschub geleistet haben, und die dadurch auch mitschuldig sind an dem Versäumnis, die österreichische Frage von Deutschland selbst aus oder zumindest unter bestimmender Mitwirkung Deutschlands zu lösen. In einem solchen Falle wäre sicherlich Südtirol dem deutschen Volk erhalten geblieben.

5. Südtirol ging verloren infolge der allgemeinen Ziel- und Planlosigkeit der deutschen Außenpolitik, die sich im Jahre 1914 auch auf die Festlegung vernünftiger Kriegsziele ausdehnte bzw. diese verhinderte [116].

6. Südtirol wurde verraten von all denen, die im Laufe des Krieges nicht auf das äußerste an der Stärkung der deutschen Widerstands- und Angriffskraft mitarbeiteten; sowohl durch die Parteien, die die deutsche Widerstandskraft absichtlich lähmten, als auch die, die diese Lähmung duldeten.

7. Südtirol ging verloren infolge der Unfähigkeit, selbst im Kriege eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik vorzunehmen und unter Verzicht auf die Erhaltung der habsburgischen Großmacht das Deutschtum des österreichischen Staates zu retten.

8. Südtirol ging verloren und wurde verraten durch die Tätigkeit derer, die im Kriege unter der Vorspiegelung der Hoffnung auf einen Frieden ohne Sieg [117] die moralische Widerstandskraft des deutschen Volkes gebrochen haben und statt einer Manifestation des Kriegswillens eine für Deutschland verhängnisvolle Friedensresolution [118] herbeiführten.

9. Südtirol ging verloren durch den Verrat derjenigen Parteien und Männer, die noch im Kriege dem deutschen Volk das Nichtvorhandensein imperialistischer Ziele der Entente vorlogen, unser Volk dadurch betörten, der unbedingten Notwendigkeit des Widerstandes entfremdeten und der Entente endlich mehr glauben ließen als den eigenen Warnem.

---

116 Vgl. Kap. VIII, Anm. 5, 6.

117 Der Präsident der USA, Woodrow Wilson, hatte am 22.1.1917 vor dem Senat erklärt: "Vor allem ist der Gedanke einbegriffen, daß es ein Frieden werden muß ohne Sieg." Druck: Präsident Wilson, Der Krieg. Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918. Hrsg. von T. H. Mac Carthy, Zürich 1918, S. 14-23, hier S. 18.

118 Vom Reichstag am 19.7.1917 verabschiedet. Druck: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/1, Düsseldorf 1959, S. 114 f.

10. Südtirol wurde weiter verloren durch die von der Heimat aus besorgte Zermürbung der Front und durch das Verseuchen des deutschen Denkens mit den schwindelhaften Erklärungen Woodrow Wilsons [119].

11. Südtirol wurde verraten und wurde verloren durch die Tätigkeit der Parteien und Männer, die angefangen von der Kriegsdienstverweigerung bis zur Organisation des Munitionsstreiks [120], der Armee die Empfindung von der unumstößlichen Notwendigkeit ihres Kampfes und ihres Sieges raubten.

12. Südtirol wurde verraten und verloren durch die Organisation und Durchführung des Novemberverbrechens sowie durch die erbärmliche und feige Duldung dieser Schmach durch die sogenannten staatserhaltenden nationalen Kräfte.

13. Südtirol wurde verloren und verraten durch die schamlosen Handlungen der Männer und Parteien, die nach dem Zusammenbruche die deutsche Ehre besudelten, das Ansehen unseres Volkes vor der Welt vernichteten und damit erst den Mut zu der Größe der Forderungen bei unseren Gegnern erweckten. Es wurde weiter verloren durch die erbärmliche Feigheit der national-bürgerlichen Parteien und vaterländischen Verbände, die vor dem Terror der Gemeinheit und Niedertracht überall ehrlos kapitulierten.

14. Südtirol wurde endlich verraten und verloren durch die Unterzeichnung der Friedensverträge [121] und damit durch die rechtliche Anerkennung des Verlustes auch dieses Gebietes.

Schuld an dem allen sind sämtliche deutsche Parteien. Die einen haben bewußt und gewollt Deutschland vernichtet, und die anderen haben in ihrer sprichwörtlichen Unfähigkeit und in ihrer zum Himmel emporschreienden Feigheit nicht nur nichts getan, um den Vernichtern der deutschen Zukunft das Handwerk zu legen, sondern sie haben im Gegenteil durch die Unfähigkeit ihrer innen- und außenpolitischen Leitung diesen Feinden unseres Volkes tatsächlich noch in die Hände gearbeitet. Noch nie ist ein Volk durch eine solche Vermählung von Gemeinheit, Niedertracht, Feigheit und Dummheit zugrunde gerichtet worden wie das deutsche.

In diesen Tagen wird in die Tätigkeit und das Wirken dieses alten Deutschland auf außenpolitischem Gebiet ein Einblick vermittelt durch die Veröffentlichung der Kriegserinnerungen des Chefs des amerikanischen Nachrichtendienstes, Mr. Flynns [122].

---

119 Bezieht sich auf das Friedensprogramm des Präsidenten der USA vom 8.1.1918 (Die vierzehn Punkte). Druck: Ursachen und Folgen, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, S. 374 ff. Vgl. ferner Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971, S. 44 ff.
Woodrow Wilson (1856-1924), Historiker, 1890 Professor und von 1902-1910 Universitätspräsident in Princeton, 1911/12 Gouverneur von New Jersey, 1913-1921 Präsident der USA, 1919 Friedensnobelpreis.

120 Anspielung auf die Streikwelle in Berlin und anderen Städten des Deutschen Reiches vom 28.1. bis 4.2.1918. Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. I: Die Wende des ersten Weltkrieges und der Beginn der innerpolitischen Wandlung 1916/1917,, S. 242 ff.

121 Gemeint sind die Friedensverträge von Versailles vom 28.6.1919 und Saint-Germain-en-Laye vom 10.9.1919.

122 William James Flynn (1867-1928), 1897 Eintritt in den U.S. Secret Service, 1910-1911 Reorganisator der New Yorker Kriminalpolizei, 1912-1917 Leiter des U.S. Secret Service, 1919-1921 Leiter des Bureau of Investigation im Justizministerium (seit 1.7.1935: Federal Bureau of Investigation).
Bei den Erinnerungen handelt es sich um Flynns Artikel, "Tapped Wires", der am 2.6.1928 in der New Yorker Wochenzeitschrift "Liberty" erschienen war. Der Artikel berichtet über die während des Ersten Weltkriegs vom amerikanischen Secret Service - die für die Sicherheit des Präsidenten verantwortliche Polizeibehörde - abgehörten, politisch relativ belanglosen Telefongespräche der deutschen Botschaft in Washington.

Ich lasse darüber nur zum breiteren Verständnis ein bürgerlich-demokratisches Organ sprechen: [123]

[*Wie Amerika in den Krieg eintrat*
Flynn veröffentlicht aus dem diplomatischen Geheimdienst

von F. W. Elven [124], *Vertreter der Münchner Neuesten Nachrichten*

Cincinnati, Mitte Juni

In der hier vielgelesenen Wochenschrift "Liberty" veröffentlicht William J. Flynn einen Teil seiner Kriegserinnerungen. Flynn war während des Krieges Leiter des Geheimdienstes der Vereinigten Staaten. Dieser Dienst umfaßt das ganze Land und ist glänzend organisiert. In Friedenszeiten stellt er vor allem den persönlichen Schutz des Präsidenten. Auch was sonst noch in der Bundeshauptstadt schutzbedürftig ist oder zu sein glaubt, erfreut sich seiner Fürsorge. Er überwacht alle zweifelhaften Elemente, die irgendwie im Verdacht stehen, sich politischen Bestrebungen angeschlossen zu haben, die sich gegen den Staat und seine Träger richten. Während des Krieges war seine Hauptaufgabe, jene zu überwachen, die sich mehr oder weniger laut als Gegner des Krieges bemerkbar gemacht hatten oder auch nur in Verdacht standen, mit der Wilsonschen Kriegspolitik nicht einverstanden zu sein. Seiner besonderen Fürsorge erfreuten sich auch die Deutschen, und gar mancher ist damals in die Schlingen gegangen, die vom Bundesgeheimdienst überall gelegt wurden.

Aber aus den Erinnerungen Flynns erfährt man, daß dem Geheimdienst eine wichtige Aufgabe auch schon vor unserem Eintreten in den Krieg zugewiesen worden war. Im Jahre 1915, volle zwei Jahre vor der Kriegserklärung, wurde der tüchtigste Telephonexperte nach Washington beordert und beauftragt, die nach der deutschen und nach der österreichischen Botschaft führenden Telephondrähte so zu arrangieren, daß Beamte des Geheimdienstes jedes Gespräch, das von irgendeiner Seite mit den Botschaftern und ihrem Personal geführt wurde, und jede Unterhaltung, die aus den Botschaftsräumen herausging, belauschen konnten. Ein Raum wurde eingerichtet, mit dem die sämtlichen

123 Der Text des Artikels der Münchner Neuesten Nachrichten vom 26.6.1928 fehlt in der Vorlage, sollte aber später eingefügt werden; der Rest der Seite blieb unbeschrieben. Dieser Artikel, der den Sinn der amerikanischen Quelle entstellt, wird im folgenden eingefügt. Über dieselbe Angelegenheit berichtete der VB am 18.8.1928, "Graf Bernstorff deutscher Botschafter in USA", wobei offensichtlich nur die Münchner Neuesten Nachrichten als Quelle dienten. Der VB forderte: "Genug der Schande. Ein kommender Staatsgerichtshof möge sich die Flynnschen Veröffentlichungen als Anklagematerial zurücklegen. Der würdevolle Botschafter [*Johann Heinrich Graf von Bernstorff*] aber ist eine der außenpolitischen Kanonen der Demokratischen Partei, M.d.R. selbstverständlich und Völkerbundsvertreter Deutschlands für Abrüstungsfragen."

124 Friedrich Wilhelm Elven, 1919-1941 Herausgeber der Cincinnatier Freien Presse, berichtete seit 1923 für die Münchner Neuesten Nachrichten. Vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchener Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, Frankfurt a. M. 1990, Teil 1, S. 164 sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C, Bd. III/2, Göttingen 1973, S. 1090.

Drähte in sinnreicher Weise so verbunden wurden, daß auch nicht ein einziges Gespräch verlorengehen konnte. In diesem Raume saßen Tag und Nacht Geheimbeamte, die die erlauschten Gespräche den neben ihnen sitzenden Stenographistinnen diktierten. Jeden Abend erhielt der Leiter des Geheimdienstes, also der Verfasser des Artikels in der Wochenschrift "Liberty", die stenographische Niederschrift aller in den letzten 24 Stunden geführten Gespräche, so daß er imstande war, noch an demselben Abend alles Wichtige dem Staatsdepartement [sic!] und dem Präsidenten Wilson mitzuteilen.

Man beachte die Zeit - es war zu Beginn des Jahres 1915, als diese Einrichtung geschaffen wurde, also zu einer Zeit, wo die Vereinigten Staaten mit Deutschland und Österreich-Ungarn noch in Frieden lebten und Wilson nicht müde wurde zu versichern, daß er feindselige Absichten gegen Deutschland nicht hege. Auch die Zeit, wo der damalige deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff[125]*, keine Gelegenheit versäumte, der freundlichen Gesinnung und der freundschaftlichen Gefühle Wilsons für Deutschland und das deutsche Volk Anerkennung zu zollen. Um dieselbe Zeit war es, als Wilson seinem Vertrauten Baruch*[126] *Weisung gab, langsam mit der Mobilisierung der Industrie für den Krieg zu beginnen; also die Zeit, in der es immer offenbarer wurde, wie auch der amerikanische Historiker Harry Elmer Barnes*[127] *in seinem Buche über die Entstehung des großen Krieges ausführt, daß Wilson zum Eintritt in den Krieg fest entschlossen war und die Ausführung seiner kriegerischen Pläne nur deshalb noch vertagte, weil die öffentliche Meinung erst noch für diese Pläne gewonnen werden mußte.*

Die Veröffentlichung Flynns muß dem törichten Gerede, Wilson sei durch den deutschen U-Boot-Krieg gegen seinen Willen in den Krieg gedrängt worden, endgültig den Boden entziehen. Die Anzapfung der nach der deutschen Botschaft führenden Telephondrähte geschah mit seinem Wissen. Auch das erfährt man aus der Veröffentlichung Flynns. Der Verfasser fügt hinzu, das auf diese Weise gegen Deutschland gesammelte Material habe ganz wesentlich zu dem schließlichen Bruch beigetragen. Was nur heißen kann, daß dieses Material Wilson die Mittel an die Hand gegeben habe, die öffentliche Meinung für den von ihm lange geplanten Krieg zu gewinnen. Und in der Tat war dieses Material dazu ganz vortrefflich geeignet. Die Veröffentlichung bestätigt in vollem Umfange, was leider immer wieder hat gesagt werden müssen, daß Deutschland damals in

125 Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862-1939), 1891-1889 preußischer Berufsoffizier, als Hauptmann verabschiedet, ab 1890 im deutschen diplomatischen Dienst, 1903 Botschaftsrat in London, 1906 Generalkonsul in Kairo, von 1908 bis Mai 1917 deutscher Botschafter in Washington, September 1917-1919 Botschafter in Konstantinopel, 1921-1928 MdR (DDP), 1922 Präsident der deutschen Liga für Völkerbund, 1926-1931 deutscher Vertreter in der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbunds, seit 1933 im Exil.

126 Bernard Baruch (1870-1965), amerikanischer Bankier, 1896 Teilhaber der A. A. Housman Bank, 1900 Multimillionär aufgrund von Börsenspekulationen, 1903 selbständiger Bankier, 1916 Mitglied der "Beratenden Kommission des Nationalen Verteidigungsrates", 1917 Leiter der Rohstoff- und Metallkommission, 1918 Vorsitzender des Kriegsindustrieamts, 1919 Teilnahme an der Friedenskonferenz von Paris, anschließend Finanzberater fast aller US-Präsidenten.

127 Harry Elmer Barnes (1889-1968), 1918 Ph. D. an der Columbia University, 1917 bis 1948 Lehraufträge für Geschichte an verschiedenen amerikanischen Universitäten.
Bei dem hier erwähnten Text handelt es sich um: The Genesis of the World War, 1926 (deutsche Übersetzung: Die Entstehung des Weltkrieges. Eine Einführung in das Kriegsschuldproblem, Stuttgart 1928).

Washington in einer geradezu unglaublich unfähigen und unglaublich würdelosen Weise vertreten war. Wenn man hört, daß Flynn an einer Stelle schreibt, die ihm täglich zugefertigten stenographischen Berichte hätten genug Material enthalten, um einen Scheidungsanwalt monatelang zu beschäftigen, dann erhält man eine ungefähre Vorstellung von dem, was vorging.

Der Geheimdienst unterhielt in Washington und Neuyork weibliche Vertraute, die die Mitglieder der deutschen Botschaft, Bernstorff eingeschlossen, aushorchen mußten, wenn irgend etwas Wichtiges vorging. Eine dieser Vertrauten hielt in Washington ein besseres Absteigequartier, in dem die Herren sich mit ihren Damen trafen und wo gelegentlich auch Staatssekretär Lansing[128] *vorsprach, um zu hören, was es Neues gebe. Am Neujahrstage 1916, als die Versenkung des Dampfers "Persia"*[129] *in der Bundeshauptstadt bekannt geworden war, rief Bernstorff der Reihe nach fünf Damen auf, um ihnen süßliche Komplimente zu sagen und ähnliche Komplimente dafür einzutauschen, obschon es wegen der Stimmung, die die Nachricht vom Untergang der "Persia" im Staatsdepartement und im Weißen Haus zurückgelassen hatte, an ernster Beschäftigung wahrlich nicht gefehlt haben kann.*

Eine der Damen machte Bernstorff das Kompliment, daß er groß sei in der Liebe - great lover - und immer sein werde, auch wenn er hundert Jahre alt werden sollte. Die übrigen Herren von der Botschaft waren nicht anders geartet. Einer, den Flynn als die beste diplomatische Kraft der Botschaft bezeichnet, hatte eine Freundin in Neuyork, eine verheiratete Frau, mit der er täglich Telephongespräche führte, die dem Deutschen Reiche jedesmal 20 Dollar kosteten, und die er häufig besuchte. Ihr erzählte er alles, was vorging, und sie sorgte dann dafür, daß es an den richtigen Stellen angebracht wurde. Auch ganz ordinäre Bemerkungen über Wilson und seine Gattin fielen in den telephonischen Unterhaltungen, und man kann sich unschwer vorstellen, daß dadurch die Stimmung im Weißen Hause Deutschland gegenüber nicht freundlicher gestaltet wurde[130].

Wie wenig man in der deutschen Botschaft Land und Volk kannte, und mit welchen kindlichen Plänen man sich beschäftigte, erfährt man aus Gesprächen, die anfangs März 1916 geführt wurden. Damals lag dem Kongreß ein vom Senator Gore[131] *einge-*

128 Robert Lansing (1864-1928), 1889 Zulassung als Rechtsanwalt, seit 1892 Berater der amerikanischen Regierung, 1915-1920 Außenminister der USA.

129 Am 30.12.1915 war der leicht bewaffnete britische Postdampfer "Persia" südlich von Kreta von dem deutschen Unterseeboot U 38 unter Befehl von Kapitänleutnant Max Valentiner versenkt worden, was 334 Menschen, darunter zwei Amerikanern, das Leben kostete. Das amerikanisch-deutsche Verhältnis wurde dadurch weiter belastet. Vgl. Paul G. Halpern, The Naval War in the Mediterranean 1914-1918, Annapolis 1987, S. 200 f.

130 Zur Bewertung Bernstorffs vgl. Reinhard R. Doerries, Washington-Berlin 1908/1917. Die Tätigkeit des Botschafters Johann Heinrich Graf von Bernstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1975 (amerikanische Überarbeitung: Imperial Challenge: Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations, 1908-1917, Chapel Hill, N. C. 1989). Dort auch weiterführende Literatur zur kontroversen Beurteilung seiner Diplomatie.

131 Thomas Pryor Gore (1870-1949), 1892 Zulassung als Rechtsanwalt, 1898 erfolgloser Kandidat für den Kongreß (Populist Party), 1903-1905 Mitglied des Territorial Council von Oklahoma, 1907-1921 und 1931-1937 Senator für Oklahoma (Democratic Party).

brachter Beschlußantrag vor, dahin lautend, an das amerikanische Volk eine Warnung vor der Benutzung bewaffneter Handelsschiffe zu erlassen[132]. *Präsident Wilson bekämpfte den Antrag aufs bitterste. Er brauchte Verluste von amerikanischen Menschenleben, um die Stimmung gegen Deutschland aufzupeitschen. In der deutschen Botschaft wußte man, daß die Aussichten des Antrages nicht günstig waren, deshalb beschäftigte man sich allen Ernstes mit dem Plane, den Kongreß zu kaufen. Nur wußte man zunächst nicht, woher man das Geld nehmen sollte. Am 3. März beschloß der Senat, den Goreschen Antrag vorläufig zurückzulegen. Die Abstimmung im Hause sollte einige Tage später erfolgen. So wurde denn der Plan, zunächst das Haus zu kaufen, eifrig weiterverfolgt, aber in diesem Falle wenigstens war Bernstorff vernünftig genug, von dem Plane entschieden abzuraten.*

Die Lektüre des Flynnschen Artikels muß bei jedem Menschen mit gesundem deutschen Blut in den Adern ein Gefühl heller Empörung zurücklassen, nicht bloß über die heimtückische Politik Wilsons, sondern auch und besonders über die unglaubliche Dummheit, mit der man in der deutschen Botschaft dieser Politik in die Hände arbeitete. Wilson wickelte Bernstorff von Tag zu Tag mehr ein. Als Oberst House[133]*, sein Vertrauter, im Mai 1916 von seiner europäischen Reise zurückkehrte, reiste Bernstorff nach Neuyork, um ihn dort zu treffen. Wilson aber, der Bernstorff gegenüber getan hatte, als habe er gegen diese Zusammenkunft nichts einzuwenden, ließ House im geheimen die Weisung zugehen, sich mit dem Grafen nicht einzulassen und ihm unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen. So geschah es. Bernstorff wartete in Neuyork vergebens. Dann ging er nach einem benachbarten Badestrand und ließ sich dort im Badekostüm mit zwei Freundinnen in sehr intimer Stellung photographieren. Das Bild ist dem Flynnschen Artikel eingefügt. Es fiel damals dem russischen Botschafter Bakmateff*[134] *in die Hände, der es vergrößern ließ und nach London schickte, wo es mit der Unterschrift "Der würdevolle Botschafter" - "The dignified Ambassador" von den Zeitungen veröffentlicht wurde und der alliierten Propaganda treffliche Dienste leistete.*]

Das schreiben heute die Münchner Neuesten Nachrichten. Der Mann, der also charakterisiert wird, war aber ein typischer Vertreter der deutschen Außenpolitik vor dem Kriege genauso, wie er auch der typische Vertreter der deutschen Außenpolitik der Republik ist. Dieses Subjekt, das in jedem anderen Staat von einem Staatsgerichtshof an einen Strick gehängt worden wäre, ist der Vertreter Deutschlands im Völkerbund in Genf.

---

132 Senator Gore hatte am 25.2.1916 eine Resolution eingebracht, in welcher der Senat vor Reisen auf bewaffneten Schiffen warnen und empfehlen sollte, hierfür keine Pässe an amerikanische Staatsbürger auszugeben. Vgl. Arthur S. Link, Wilson, Bd. 4: Confusion and Crises 1915-1916, Princeton 1964, S. 177 ff.

133 Edward Mandell House (1856-1938, Träger des texanischen Ehrentitels "Colonel"), amerikanischer Diplomat, 1892-1904 Berater verschiedener texanischer Gouverneure, 1912 persönlicher Berater von Präsident Woodrow Wilson, 1914-1916 Sonderbeauftragter des Präsidenten in Europa, 1917 Vertreter der USA im Obersten Kriegsrat der Alliierten, 1918-1919 Vertreter der USA auf der Versailler Friedenskonferenz.

134 Gemeint ist Boris A. Bachmetev (1880-1951), russischer Professor für Maschinenbau, Sympathisant der Menschewiki, 1916 Vorsitzender einer russischen Handelskommission für den Aufkauf von Kriegsgerät in den USA, 1917-1922 Botschafter der russischen provisorischen Regierung in Washington, anschließend Gründer und Vorsitzender der Bachmetev-Foundation in den USA.

Diese Menschen tragen Schuld und Verantwortung für den Zusammenbruch Deutschlands und damit aber auch für den Verlust Südtirols. Und mit ihnen fällt die Schuld auf alle Parteien und Männer, die entweder solche Zustände veranlaßten oder sie deckten oder auch nur stillschweigend hinnahmen oder sie nicht auf das schwerste bekämpften.

Die Männer aber, die heute mit frecher Stirne die Öffentlichkeit erneut zu belügen versuchen und andere als die Schuldigen an Südtirols Verlust hinstellen möchten, müssen erst im einzelnen Rechenschaft ablegen, was sie für seine Erhaltung getan haben.

Ich darf für meine Person jedenfalls mit Stolz erklären, daß ich seit der Zeit, in der ich Mann wurde, für die Stärkung meines Volkes eingetreten bin, als der Krieg kam an der deutschen Front im Westen 4 ½ Jahre kämpfte und seit seinem Ende gegen die korrupten Kreaturen streite, denen Deutschland dieses Unheil zu verdanken hat. Daß ich seit dieser Zeit keinen Kompromiß geschlossen habe mit den Verrätern des deutschen Vaterlandes, weder innen- noch außenpolitisch, sondern unentwegt deren einstige Vernichtung als Ziel meiner Lebensarbeit und Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung proklamiere.

Ich kann das Gekläff der feigen bürgerlichen Köter sowohl als der vaterländischen Verbändler um so ruhiger ertragen, als ich die Durchschnittsmemmen dieser mir unsagbar verächtlichen Gebilde nur zu genau kenne. Daß sie mich auch kennen, ist der Grund ihres Geschreis.

[*KAPITEL XVI*]

[*SCHLUSSWORT*]

[*A*]

Als Nationalsozialist sehe ich heute in Italien zunächst den ersten möglichen Bundesgenossen Deutschlands, der aus dem Lager der alten Feindeskoalition heraustreten kann, ohne daß diese Bundesgenossenschaft für Deutschland einen sofortigen Krieg bedeutet, für den wir nicht gerüstet wären.

Dieses Bündnis wird meiner Überzeugung nach von gleich großem Nutzen sein für Deutschland wie für Italien. Selbst wenn sein direkter Nutzen einmal nicht mehr bestünde, wird es so lange nie zu einem Schaden umschlagen, solange beide Nationen im höchsten Sinne des Wortes ihre eigensten nationalen Interessen vertreten. Solange Deutschland als oberstes Ziel seiner Außenpolitik die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes ansieht und diesem Volk die Voraussetzung zum täglichen Leben sichern will, solange wird sein außenpolitisches Denken von der Raumnot unseres Volkes bestimmt werden. Und so lange werden wir keine innere oder äußere Veranlassung besitzen können, in Feindschaft zu einem Staat zu geraten, der uns dabei hinderlich nicht im geringsten im Wege steht.

Und solange Italien seinen wirklichen Lebensinteressen als wahrhaft nationaler Staat dienen will, so lange wird es, ebenfalls der Raumnot gehorchend, sein politisches Denken und Handeln auf die Bodenerweiterung Italiens einstellen müssen. Je stolzer und unabhängiger, je nationaler das italienische Volk sein wird, um so weniger wird seine Entwicklung je in Konflikt mit Deutschland geraten.

Die Interessengebiete dieser beiden Länder liegen in glücklichster Weise so weit auseinander, daß es keine natürlichen Reibungsflächen gibt [1].

Ein nationalbewußtes Deutschland und ein ebenso stolzes Italien werden auch einmal im Sinne ihrer aufrichtigen, gegenseitigen, auf Interessengemeinschaft begründeten Freundschaft die Wunden schließen können, die der Weltkrieg hinterlassen hat [2].

Südtirol wird damit dereinst eine hohe Mission im Dienste beider Völker zu erfüllen haben. Wenn die Italiener und die Deutschen dieses Gebietes erst, erfüllt von der Verantwortlichkeit für das eigene Volkstum, die großen Aufgaben, die Italien und Deutschland zu lösen haben,

1 Gemäß dieser Auffassung wollte Hitler den Krieg im Mittelmeerraum während des Zweiten Weltkriegs zunächst ganz in Mussolinis Händen lassen. Vgl. Ralph Georg Reuth, Entscheidung im Mittelmeer. Die südliche Peripherie Europas in der deutschen Strategie des Zweiten Weltkrieges 1940-1942, Koblenz 1985 sowie Gerhard Schreiber, Die politische und militärische Entwicklung im Mittelmeerraum 1939/40. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der "non belligeranza" Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984, S. 4-277.

2 Während des Ersten Weltkriegs fielen 497.000, d. h. 9,9% von insgesamt etwa 5.000.000 mobilisierten italienischen Soldaten. Vgl. Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv, Bd. VII: Das Kriegsjahr 1918, Wien 1938, Beilage 37.

erkennen und verstehen, werden die kleinen Streitigkeiten des Tages zurücktreten gegenüber der höheren Mission, an der einstigen Grenze Deutschlands und Italiens eine Brücke aufrichtiger gegenseitiger Verständigung zu bilden.

Ich weiß, daß dies unter den heutigen Regierungen in Deutschland genauso unmöglich ist, wie es unter einer nichtfaschistischen in Italien nicht möglich wäre. Denn die Kräfte, die heute die deutsche Politik bestimmen, wünschen keine deutsche Wiedererhebung, sondern unsere Vernichtung. Sie wünschen ebenso die Vernichtung dem heutigen italienischen faschistischen Staat und werden deshalb nichts unversucht lassen, die beiden Völker in Haß und Feindschaft zu versenken. Frankreich wird jede solche, und wäre es auch nur unbedachte Äußerung, mit tausend Freuden aufgreifen und zu eigenem Vorteil verwenden.

Ein nationalsozialistisches Deutschland erst wird mit einem faschistischen Italien den Weg zu einer letzten Verständigung finden und die Schwertgefahr zwischen den beiden Völkern endgültig beseitigen. Denn dieses alte Europa war immer ein Gebiet, das von politischen Systemen beherrscht wurde, und es wird dies wenigstens für die nächste menschlich absehbare Zeit nicht anders werden. Die allgemeine europäische Demokratie wird entweder abgelöst von einem System [*des*] jüdisch-marxistischen Bolschewismus, dem Staat um Staat verfällt, oder von einem System freier und ungebundener Nationalstaaten, die im freien Spiel der Kräfte entsprechend der Zahl und Bedeutung ihres jeweiligen Volkstums Europa den Stempel ihres Wesens aufprägen werden.

Es ist auch für den Faschismus nicht gut, als Idee in Europa vereinsamt zu bestehen. Entweder die Gedankenwelt, aus der er stammt, wird verallgemeinert oder Italien wird einst wieder den allgemeinen Gedanken eines anderen Europas verfallen.

[*B*]

Zieht man also die außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands zu einer näheren Prüfung heran, dann bleiben in Europa an wertvollen, für die Zukunft möglichen Bundesgenossen tatsächlich nur zwei Staaten über: Italien und England. Das Verhältnis Italiens zu England selbst ist schon heute ein gutes[3] und wird sich aus Gründen, die ich an einer anderen Stelle schon anführte[4], in der nächsten Zeit kaum trüben. Auch dies hat nichts mit gegenseitigen Sympathien zu tun, sondern beruht vor allem auf italienischer Seite auf einem vernünftigen Einschätzen der tatsächlichen Machtverhältnisse. Beiden Staaten ist dabei gemeinsam eine Abneigung gegen [*eine*] uferlose und unbegrenzte Hegemonie Frankreichs in Europa. Für Italien, weil seine vitalsten europäischen Interessen bedroht werden, für England, weil ein in Europa übermächtiges Frankreich der heute an sich nicht mehr vollkommen zweifelsfreien See- und Weltherrschaft der Engländer[5] eine neue Bedrohung zufügen kann.

Daß dieser Interessengemeinschaft, wenn auch nur im stillen, wohl schon heute auch Spanien und Ungarn zuzurechnen sind, liegt begründet in der Abneigung Spaniens gegen die fran-

3 Zu den damaligen britisch-italienischen Beziehungen vgl. P. G. Edwards, Britain, Mussolini and the 'Locarno-Geneva System'. In: European Studies Review 10 (1980), S. 1-16.

4 Vgl. Kap. VII, S. 55 ff.

5 Zur weltpolitischen Stellung Großbritanniens nach 1918 vgl. Bernd Ebersold, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992.

zösische nordafrikanische Kolonisationstätigkeit[6] sowie in der Feindschaft Ungarns gegen Jugoslawien, das von Frankreich dabei gestützt wird[7].

Würde Deutschland es gelingen, in Europa an einer neuen Staatenkoalition teilzunehmen, die entweder zu einer Verschiebung der Schwergewichtslage im Völkerbund selbst führen müßte oder die bestimmenden Kraftfaktoren überhaupt außerhalb des Völkerbundes entwikkeln ließe, dann wäre die erste innerpolitische Voraussetzung für eine spätere aktive außenpolitische Betätigung erfüllbar. Die durch den Versailler Vertrag uns auferlegte Waffenlosigkeit und damit praktisch Wehrlosigkeit[8] könnte, wenn auch langsam, ein Ende finden. Nur wenn die bisherige Siegerkoalition selbst in dieser Frage zerfällt, ist dies möglich, niemals aber, sei es im Bunde mit Rußland[9] oder gar im Verein mit anderen sogenannten unterdrückten Nationen[10], gegen die uns umklammernde gemeinsame Front der koalierten Siegerstaaten von einst.

In ferner Zukunft läßt sich dann vielleicht eine neue Völkervereinigung denken, die, aus Einzelstaaten mit hohem Nationalwert bestehend, dann der drohenden Überwältigung der Welt durch die amerikanische Union[11] entgegentreten könnte. Denn mir scheint, daß den heutigen Nationen das Bestehen der englischen Weltherrschaft weniger Leiden zufügt als das Aufkommen einer amerikanischen.

Kein Paneuropa[12] aber kann zur Lösung dieses Problems berufen sein, sondern nur ein Europa mit freien und unabhängigen Nationalstaaten, deren Interessengebiete auseinandergehalten und genau begrenzt sind.

Für Deutschland aber kann dann erst die Zeit heranreifen, gesichert durch ein in seine Schranken zurückgewiesenes Frankreich und gestützt auf die erneut gewordene Wehrmacht, die Behebung seiner Raumnot in die Wege zu leiten. Sowie aber unser Volk erst einmal dieses große raumpolitische Ziel im Osten erfaßt haben wird, tritt als Folge nicht nur eine Klarheit, sondern auch eine Stabilität der deutschen Außenpolitik ein, die auf eine wenigstens menschlich absehbare Zeit politische Irrsinnigkeiten vermeiden lassen wird wie diejenigen, die unser Volk am Ende in den Weltkrieg verstrickten. Und dann wird man auch endgültig die Periode des kleinen täglichen Geschreis und der vollkommen unfruchtbaren Wirtschafts- und Grenzpolitik überwunden haben.

Deutschland wird dann aber auch im Innern zur stärksten Konzentration seiner Kraftmittel schreiten müssen. Es wird erkennen müssen, daß man Heere und Flotten nicht nach romantischen, sondern nach praktischen Bedürfnissen errichtet und organisiert, es wird sich von selbst dann wieder als unsere Hauptaufgabe herausschälen die Bildung einer überragend starken

6 Durch die enge spanisch-französische Zusammenarbeit war Ende Mai 1926 der 1920 ausgebrochene Aufstand der Rif-Kabylen beendet worden. Am 13.7.1926 wurde ein Marokko-Abkommen, am 15.8.1926 ein Handelsvertrag zwischen Spanien und Frankreich geschlossen. Vgl. Stanley G. Payne, Politics and the Military in Modern Spain, Stanford (Ca.) 1967, S. 216 ff.

7 Zu den damaligen ungarisch-jugoslawischen Beziehungen vgl. Ignác Romsics, István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921-1931. In: Südost-Forschungen IL (1990), S. 243-291.

8 Vgl. Kap. III, Anm. 1 und Kap. VIII, Anm. 16, 17.

9 Vgl. Kap. XI, S. 109, 112 ff.

10 Bereits in "Mein Kampf" polemisierte Hitler gegen einen "Bund der Unterdrückten" und nannte in diesem Zusammenhang "Balkanstaaten", "Ägypten" und "Indien". Vgl. Mein Kampf, Bd. II, S. 318 ff.

11 Vgl. Kap. IX, Anm. 13.

12 Vgl. Kap. IX, S. 88 ff., insbesondere Anm. 29, 34.

Landarmee, denn unsere Zukunft liegt tatsächlich nicht auf dem Wasser [13], sondern sie liegt in Europa.

Erst wenn man die Bedeutung dieses Satzes restlos erkannt haben wird und im Sinne dieser Erkenntnis in großzügigster Weise die Raumnot unseres Volkes im Osten beendet [*sic!*], wird auch die deutsche Wirtschaft aufhören, ein Faktor der Weltbeunruhigung zu sein, der tausend Gefahren auf unser [*Haupt*] herabbeschwört. Sie wird dann wenigstens in der großen Hauptsache der Befriedigung unserer inneren Bedürfnisse dienen. Ein Volk, das seinen Landnachwuchs nicht mehr als Fabriksarbeiter [*sic!*] in die Großstädte zu schieben braucht, sondern als freie Bauern auf eigener Scholle anzusiedeln vermag, wird der deutschen Industrie ein inneres Absatzgebiet erschließen, das sie langsam vom tobenden Kampf und dem Geraufe um den sogenannten Platz an der Sonne [14] in der übrigen Welt entziehen und entheben kann [15].

Diese Entwicklung vorzubereiten und einmal auch durchzuführen, ist die außenpolitische Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. Sie muß aus ihrem weltanschaulichen Gedankenkreis heraus auch die Außenpolitik in den Dienst der Reorganisation unseres Volkstums stellen. Sie hat auch hier den Grundsatz zu verankern, daß man nicht um Systeme, sondern für ein lebendes Volk kämpft, also für Fleisch und Blut, das erhalten werden muß, dem das tägliche Brot nicht fehlen darf, auf daß es infolge seiner körperlichen Gesundheit auch geistig gesund zu sein vermag.

So wie sie in ihrem innerpolitischen Reformkampf über tausend Widerstände, Unverständnisse und Bosheiten hinwegschreiten muß, so wird sie auch außenpolitisch aufräumen müssen, ebenso mit dem bewußten Landesverrat des Marxismus sowohl als auch [*mit*] dem Wust von wertlosen, ja schädlichen Phrasen und Vorstellungen unserer nationalen, bürgerlichen Welt. Je geringer dabei augenblicklich das Verständnis für den Sinn ihres Kampfes sein wird, um so gewaltiger ist einst ihr Erfolg.

[*C*]

Warum heute Italien für Deutschland in allererster Linie als Bundesgenosse in Frage kommen kann, hängt zusammen mit der Tatsache, daß in diesem Lande als einzigem die Innen- und Außenpolitik bestimmt wird von rein italienischen nationalen Interessen. Diese italienisch-nationalen Interessen aber sind es allein, die deutschen Interessen nicht widersprechen und denen umgekehrt die deutschen Interessen nicht zuwiderlaufen.

Und dies ist nicht nur aber aus tatsächlichen Gründen wichtig, sondern auch noch aus folgenden:

Der Krieg gegen Deutschland wurde von einer übermächtigen Weltkoalition geführt, bei der nur ein Teil der Staaten ein direktes Interesse an der Vernichtung Deutschlands haben konnte. In nicht wenigen Ländern erfolgte die Umstellung zum Krieg durch Einflüsse, die in keiner Weise den wirklichen inneren Interessen dieser Völker entspringen oder ihnen auch nur

13 Vgl. Kap. XIV, Anm. 13.

14 Vgl. Kap. VII, Anm. 44.

15 Hier deutet Hitler Ideen an, die später besonders von Werner Daitz weiterentwickelt wurden; vgl. Werner Daitz, Der Weg zur völkischen Wirtschaft und zur europäischen Großraumwirtschaft, Dresden [2]1943.

zugute kommen könnten. Eine ungeheure Kriegspropaganda begann die öffentliche Meinung dieser Völker zu vernebeln und für einen Krieg zu begeistern, der diesen Völkern selbst zum Teil gar keinen Gewinn zu bringen vermochte, ja manchmal den wahren Interessen geradezu zuwiderlief.

Die Macht, die diese ungeheuere Kriegspropaganda veranlaßte, war das internationale Weltjudentum [16]. Denn so sinnlos für manche dieser Nationen auch die Beteiligung am Krieg vom Standpunkt der eigenen Interessen aus besehen sein mochte, so sinnvoll und logisch richtig war sie, vom Gesichtspunkt der Interessen des Weltjudentums betrachtet [17].

Es ist hier nicht meine Aufgabe, eine Abhandlung über die Judenfrage an sich zu geben. Dies kann nicht im Rahmen einer so kurzen, gezwungenerweise gedrängten Darstellung geschehen. Nur (soviel) sei zum besseren Verständnis hier folgendes gesagt:

Das Judentum ist ein Volk mit rassisch nicht ganz einheitlichem Kern, aber als Volk dennoch mit besonderen Wesenseigenheiten, die es von allen sonst auf der Erde lebenden Völkern scheiden. Das Judentum ist keine Religionsgemeinschaft, sondern die religiöse Bindung der Juden untereinander ist in Wirklichkeit die augenblickliche staatliche Verfassung des jüdischen Volkes. Der Jude hat niemals einen räumlich begrenzten und ihm zu eigenen [*sic!*] Staat nach Art arischer Staaten gehabt. Nichtsdestoweniger ist seine Religionsgemeinschaft ein wirklicher Staat, da sie die Erhaltung, die Vermehrung und die Zukunft des jüdischen Volkes gewährleistet. Dies aber ist die Aufgabe des Staates ganz allein. Daß der jüdische Staat keiner territorialen Begrenzung unterliegt, wie dies bei arischen Staaten der Fall ist, hängt zusammen mit einem Wesen des jüdischen Volkes, das die produktiven Kräfte zum Aufbau und zur Erhaltung eines eigenen Raumstaates vermissen läßt.

So wie jedes Volk als Grundtendenz seines gesamten irdischen Handelns die Sucht der Erhaltung seiner selbst als treibende Kraft besitzt, genauso auch das Judentum. Nur ist hier entsprechend der grundverschiedenen Veranlagung arischer Völker und des Judentums der Lebenskampf auch in seinen Formen verschieden. Die Grundlage des arischen Lebenskampfes ist der Boden, der von ihm bebaut wird und der nun die allgemeine Basis für eine Wirtschaft gibt, die zunächst im inneren Kreislauf durch die produktiven Kräfte des eigenen Volkes die eigenen Bedürfnisse befriedigt.

Das jüdische Volk kann mangels eigener produktiver Fähigkeiten einen Staatsbau räumlich empfundener Art nicht durchführen, sondern braucht als Unterlage seiner eigenen Existenz die Arbeit und schöpferischen Tätigkeiten anderer Nationen. Die Existenz des Juden selbst wird damit zu einer parasitären innerhalb des Lebens anderer Völker. Das letzte Ziel des jüdischen Lebenskampfes ist dabei die Versklavung produktiv tätiger Völker. Zur Erreichung dieses Zieles, das in Wirklichkeit den Lebenskampf des Judentums zu allen Zeiten darstellte, bedient sich der Jude aller Waffen, die dem Gesamtkomplex seines Wesens entsprechen.

---

16 Hier beginnt das eigentliche Schlußwort des Buches, wobei das Thema "Judentum" relativ willkürlich und unvermittelt aufgegriffen wird, ähnlich wie in Hitlers politischem Testament. Zu den möglichen Quellen von Hitlers Antisemitismus vgl. Christian Zentner, Adolf Hitlers Mein Kampf. Eine kommentierte Auswahl, München 1974, S. 14 ff.

17 Bekanntlich lag es in Wirklichkeit genau umgekehrt. Wenn man überhaupt von einer "jüdischen" Stellungnahme im Ersten Weltkrieg sprechen kann, war diese - aufgrund der Pogrome in Rußland - eher pro- als antideutsch. Vgl. Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, S. 218 ff.

Innenpolitisch kämpft er dabei innerhalb der einzelnen Völker erst um die Gleich- und später um die Überberechtigung. Als Waffen dienen ihm hiezu die Eigenschaften der Schläue, Klugheit, List, Tücke, Verstellung usw., die im Wesen seines Volkstums wurzeln. Sie sind Kriegslisten in seinem Lebenserhaltungskampf, so wie die Kriegslisten anderer Völker im Schwertkampf.

Außenpolitisch versucht er, die Völker in Unruhe zu bringen, von ihren wahren Interessen abzulenken, in gegenseitige Kriege zu stürzen und auf diesem Wege langsam mit Hilfe der Macht des Geldes und der Propaganda sich zu ihrem Herrn aufzuschwingen.

Sein Endziel ist die Entnationalisierung, die Durcheinanderbastardierung der anderen Völker, die Senkung des Rassenniveaus der Höchsten sowie die Beherrschung dieses Rassenbreies durch Ausrottung der völkischen Intelligenzen und deren Ersatz durch die Angehörigen seines eigenen Volkes.

Das Ende des jüdischen Weltkampfes wird daher immer die blutige Bolschewisierung sein, das heißt in Wahrheit die Vernichtung der mit den Völkern verbundenen eigenen geistigen Oberschichten, so daß er selbst zum Herrn der führerlos gemachten Menschheit aufzusteigen vermag.

Dummheit, Feigheit und Schlechtigkeit arbeiten ihm dabei in die Hände. In den Bastarden sichert er sich die ersten Öffnungen zum Einbruch in einen fremden Volkskörper.

Das Ende einer Judenherrschaft ist dabei stets der Verfall jeglicher Kultur und endlich der Wahnsinn des Juden selbst. Denn er ist Völkerparasit, und sein Sieg bedeutet ebensosehr den Tod seines Opfers als sein eigenes Ende.

Mit dem Zusammenbruch der antiken Welt traten den Juden junge, zum Teil noch vollkommen unverdorbene, rassisch instinktsichere Völker gegenüber, die ihm ein Eindringen in sie verwehrten. Er war Fremdling, und alle Lüge und Verstellung haben ihm nahezu 1 ½ tausend Jahre nur wenig genützt.

Erst die Feudalherrschaft und das Fürstenregiment schufen einen allgemeinen Zustand, der ihm gestattete, sich dem Kampfe einer unterdrückten Gesellschaftsschicht anzuschließen, ja diesen in kurzer Zeit zu seinem eigenen zu machen. Mit der Französischen Revolution erhielt er die bürgerliche Gleichberechtigung[18]. Damit war nun die Brücke geschlagen, über die er zur Eroberung der politischen Macht innerhalb der Völker schreiten konnte.

Das XIX. Jahrhundert gibt ihm eine beherrschende Stellung innerhalb der Wirtschaft der Völker durch den Ausbau des auf dem Zinsgedanken fußenden Leihkapitals. Über den Umweg der Aktie setzt er sich endlich in den Besitz eines großen Teiles der Produktionsstätten, und mit Hilfe der Börse wird er langsam zum Regenten nicht nur des öffentlich wirtschaftlichen, sondern endlich auch politischen Lebens. Er unterstützt diese Herrschaft durch die geistige Entartung der Völker mit Hilfe der Freimaurerei sowie durch die Arbeit der von ihm abhängig gewordenen Presse. Im neuaufstrebenden vierten Stand der Handarbeiterschaft entdeckt er die mögliche Kraft zur Vernichtung des bürgerlich geistigen Regiments, so wie das Bürgertum einst das Mittel zur Zertrümmerung der Feudalherrschaft gewesen war. Bürgerliche Dummheit und unanständige Gesinnungslosigkeit, Geldgier und Feigheit arbeiten ihm dabei in die Hände. Er formiert den Berufsstand der Handarbeiter zu einer besonderen Klasse, die er

18 Vgl. Kap. VI, Anm. 7.

nun den Kampf gegen die nationale Intelligenz aufnehmen läßt. Der Marxismus wird zum geistigen Vater der bolschewistischen Revolution. Er ist die Waffe des Terrors, die der Jude nun rücksichtslos und brutal ansetzt.

Um die Jahrhundertwende ist die wirtschaftliche Eroberung Europas durch den Juden ziemlich vollzogen, er beginnt nun mit der politischen Sicherung. Das heißt, die ersten Versuche zur Ausrottung der nationalen Intelligenz werden in Form von Revolutionen unternommen.

Die Spannung der europäischen Völker, die zum größten Teil ihrer allgemeinen Raumnot zuzuschreiben ist mit den Folgen, die daraus erwachsen, nützt er zu seinen Gunsten aus, indem er planmäßig zum Weltkriege hetzt.

Das Ziel ist die Vernichtung des innerlich antisemitischen Rußland sowohl als die Vernichtung des in Verwaltung und Heer dem Juden noch Widerstand entgegensetzenden Deutschen Reiches. Weiteres Ziel ist der Sturz jener Dynastien, denen noch nicht eine vom Juden abhängige und geleitete Demokratie übergeordnet war.

Dieses jüdische Kampfziel ist zum Teil zumindest restlos erreicht worden. Der Zarismus und der Kaiserismus [*sic!*] in Deutschland wurden beseitigt. Mit Hilfe der bolschewistischen Revolution wurde unter unmenschlichen Martern und Grausamkeiten die russische Oberschicht und auch russische nationale Intelligenz ermordet und restlos ausgerottet. Die Gesamtopfer dieses jüdischen Kampfes um die Vorherrschaft in Rußland betrugen für das russische Volk 28-30 Millionen Menschen an Toten[19]. 15mal so viel, als der Weltkrieg Deutschland gekostet hat[20]. Nach gelungener Revolution riß er sämtliche Bande der Ordnung, der Moral, der Sitte usw. (weiter) weg, hob die Ehe als höhere Institution auf[21] und proklamierte statt dessen die allgemeine Paarung untereinander mit dem Ziele, auf dem Wege einer regellosen Verbastardierung einen allgemeinen minderwertigen Menschenbrei heranzuzüchten, der aus sich selbst heraus zur Führung unfähig ist und den Juden endlich als einziges geistiges Element nicht mehr entbehren kann.

---

19 Genaue Angaben über die Menschenverluste, die durch den Ersten Weltkrieg, den Bürgerkrieg, die Aufstände der Bauern und die sie begleitenden Hunger- und Seuchenkatastrophen auf dem Gebiet der Sowjetunion verursacht wurden, liegen bis heute nicht vor. Vorsichtige Schätzungen kommen zu einem Gesamtverlust von 9.000.000 Menschen, die sich wie folgt verteilen: ca. 2.000.000 Tote des Ersten Weltkriegs und 300.000-1.000.000 Tote des Bürgerkriegs; veranschlagt man 1.000.000 Flüchtlinge, so wären die übrigen Menschenverluste Folge der Seuchenkatastrophen während der Jahre 1918-1923 (vermutlich weniger als 3.000.000 Tote), der Hungerkatastrophe insbesondere während der Jahre 1920/21 und der Aufstände der Bauern. Vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986, S. 53 f. Zur Kritik an den von Conquest vorgelegten Zahlen vgl. Stephan Merl, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

20 Im Ersten Weltkrieg waren auf deutscher Seite 1.885.291 Soldaten gefallen und 4.248.158 verwundet worden. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1924/25, S. 25.

21 Die Sowjetregierung hatte im Dezember 1917 ein Dekret zur zivilen Eheschließung, im April 1918 das erste Ehegesetzbuch herausgegeben. Diese Ehegesetzgebung ermöglichte die zivile Eheschließung sowie die Ehescheidung und betonte die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Freiwilligkeit der Ehe. Am 1.1.1927 trat eine neue gesetzliche Regelung in Kraft, welche offiziell registrierte und nicht registrierte Ehen gleichstellte und die Scheidung erleichterte. Vgl. Beatrice Brodsky Farnsworth, Bolshevik Alternatives and the Soviet Family. The 1926 Marriage Law Debate. In: Dorothy Atkinson, ed., et al., Women in Russia, Hassocks 1978, S. 139-165.

Inwieweit dies gelungen ist und inwieweit nun natürliche Reaktionskräfte einen Wandel dieses furchtbarsten Menschheitsverbrechens aller Zeiten noch herbeizuführen vermögen, wird die Zukunft lehren.

Augenblicklich bemüht er sich, die übriggebliebenen Staaten demselben Zustand entgegenzuführen. Er wird dabei unterstützt in seinem Bestreben und in seinen Handlungen und gedeckt von den bürgerlichen nationalen Parteien der sogenannten nationalen vaterländischen Verbände, während als offensive Kampftruppe der Marxismus, die Demokratie und das sogenannte christliche Zentrum in Erscheinung treten.

Das erbittertste Ringen um den Sieg des Judentums spielt sich zur Zeit in Deutschland ab. Hier ist es die nationalsozialistische Bewegung, die als einzige den Kampf gegen dieses fluchwürdige Menschheitsverbrechen aufgenommen hat.

In allen europäischen Staaten wird augenblicklich ein zum Teil stiller und heftiger Kampf, wenn auch oft nur unter der Decke, um die politische Macht durchgefochten.

Entschieden ist dieser Kampf zunächst außer in Rußland auch noch in Frankreich. Dort hat der Jude durch eine Anzahl von Umständen begünstigt, eine Interessengemeinschaft mit dem französischem nationalen Chauvinismus geschlossen. Jüdische Börse und französische Bajonette sind seitdem Verbündete.

Unentschieden ist dieser Kampf in England. Der jüdischen Invasion tritt dort immer noch eine altbritische Tradition entgegen. Noch sind die Instinkte des Angelsachsentums so scharfe und lebendige, daß von einem vollständigen Sieg des Judentums nicht gesprochen werden kann, sondern daß dieses zum Teil noch gezwungen ist, seine eigenen Interessen den englischen anzupassen.

Wird in England der Jude siegen, dann werden die englischen Interessen genauso in den Hintergrund treten, wie für Deutschland heute nicht mehr deutsche, sondern jüdische maßgebend sind. Siegt hingegen der Brite, dann kann eine Umstellung Englands Deutschland gegenüber noch stattfinden.

Entschieden ist der Kampf des Judentums um seine Vorherrschaft auch in Italien. Mit dem Sieg des Faschismus hat in Italien das italienische Volk gesiegt. Wenn auch der Jude gezwungenerweise heute sich in Italien dem Faschismus anzupassen versucht, so zeigt doch seine Einstellung außerhalb Italiens zum Faschismus seine innere Auffassung über ihn. Seit dem denkwürdigen Tag, da die faschistischen Legionen nach Rom zogen, ist für das Schicksal Italiens nur mehr sein eigenes nationales Interesse maßgebend und bestimmend[22].

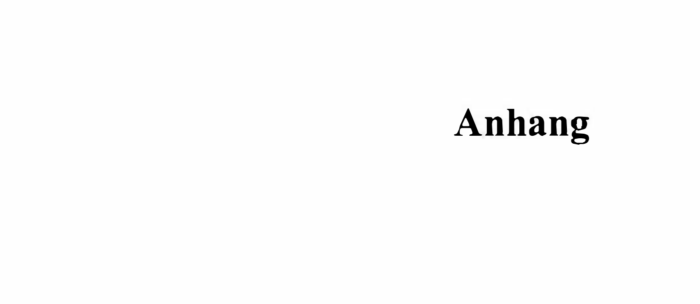
Aus diesem Grunde ist auch kein anderer Staat so wie Italien heute für Deutschland als Bundesgenosse geeignet. Es entspricht nur der bodenlosen Dummheit und hinterhältigen Gemeinheit unserer sogenannten Völkischen, daß sie den einzigen Staat, der heute national regiert wird, ablehnen und lieber als echte Deutschvölkische mit den Juden in eine Weltkoalition

22 Im italienischen Faschismus spielte - ganz im Gegensatz zum Nationalsozialismus - der Antisemitismus zunächst nur eine marginale Rolle; war er überhaupt existent, so wurde er meistens politisch, jedoch nicht rassistisch begründet. Mussolini, der mit Italienern jüdischer Herkunft freundschaftliche Beziehungen unterhielt, bezeichnete damals den Antisemitismus der NSDAP als absurd und unwissenschaftlich. Vgl. Meir Michaelis, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978; Renzo De Felice, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino 1993.

gehen würden. Es ist ein Glück, daß die Zeit dieser Narren in Deutschland ausgespielt ist[23] und damit der Begriff deutschvölkisch aus der Umschlingung ebenso kleiner wie erbärmlicher Kreaturen gelöst wird. Er wird dadurch unendlich gewinnen[24].

23 Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung hatte bei der Reichstagswahl vom 20.5.1928 kein Mandat erlangt.

24 Der Wortlaut der letzten Seiten und ein Schlußstrich berechtigen zu der Annahme, daß dies der Schluß des Buches sein sollte und daß keine Blätter fehlen.



Anhang

Anlage

[*Beschlagnahme-Vermerk*]

MUNICH
Centralverlag der NSDAP | Target No: 589
Thierschstr. 11 [1] | Priority: 3

Remarks:

1. This is a supplementary report[2]. Joseph Berg[3], who lives at 35 Scheubner Richter Strasse, Munich, and was technical manager of this publishing house, gave us a manuscript of an alleged unpublished work by Adolf Hitler. It was written over 15 years ago and locked up in a safe. Mr. Berg had strictest orders that the manuscript could neither be printed or shown to anybody. More information on this can be had through Mr. Berg.

2. Mr. Berg also informed us that a evacuation place (Ausweichstelle) for books of the Verlag is in the Willibalds Burg nr. Eichstaedt.

Paul M. Leake
Capt. SC[4]

[*Übersetzung*]

München
Zentralverlag der NSDAP | Ziel Nr.: 589
Thierschstr. 11 [1] | Vorrang: 3

Bemerkungen:

1. Dies ist ein ergänzender Bericht[2]. Josef Berg[3], in München, Scheubner-Richter-Straße 35 wohnhaft und früher technischer Leiter dieses Verlages, übergab uns ein Manuskript eines angeblich unveröffentlichten Werkes von Adolf Hitler. Es wurde vor über 15 Jahren geschrieben und in einen Tresor geschlossen. Herr Berg hatte strengste Anweisung, daß das Manuskript weder gedruckt noch irgend jemandem gezeigt werden dürfe. Herr Berg kann weitere Auskünfte darüber geben.

2. Herr Berg hat uns auch berichtet, daß sich eine Ausweichstelle für Bücher des Verlages in der Willibaldsburg bei Eichstätt befindet.

Paul M. Leake
Hptm. SC[4]

---

1 Dieses Gebäude wurde 1929 vom Eher-Verlag gekauft, vgl. Adolf Dresler, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlags der NSDAP, München 1937, S. 207.
2 Ein vorhergehender Bericht ist nicht aufgefunden worden.
3 Vgl. Einleitung, S. XII mit Anm. 11.
4 Wohl für Signal Corps.

Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Abendausgabe
BA	Bundesarchiv
Capt.	Captain
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
DVP	Deutsche Volkspartei
e. V.	eingetragener Verein
Hptm.	Hauptmann
HStA	Hauptstaatsarchiv
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
k.u.k.	kaiserlich und königlich
M.d.R., MdR	Mitglied des Reichstages
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PEU	Paneuropa-Union
Pg.	Parteigenosse
qkm	Quadratkilometer
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
SC	Signal Corps
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StGB	Strafgesetzbuch
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	United States of America

USPD, USP	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Völkischer Beobachter
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verzeichnis der zitierten Publikationen

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Adams, R. J. Q. and Philip P. Poirier, The Conscription Controversy in Great Britain, 1900-18, London 1987.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Fehrenbach, 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921. Bearb. von Peter Wulf, Boppard a. Rh. 1972.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C: 1933-1937, Bd. I/1 und Bd. III/2, Göttingen 1971-1973.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D: 1937-1945, Bd. XI/1, Bonn 1964.

All the world's aircraft of 1927, o. O. o. J.

Allmayer-Beck, Johann Christoph, Die bewaffnete Macht in Staat und Gesellschaft. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 1-141.

Aus Arthur Schopenhauer's handschriftlichem Nachlaß. Hrsg. von Julius Frauenstädt, Leipzig 1864.

Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bd. III, Köln 1927.

Bade, Klaus J. (Hrsg.), Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium, Wiesbaden 1982.

Bald, Detlef, Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierkorps im 20. Jahrhundert, München 1982.

Barnes, Harry Elmer, Die Entstehung des Weltkrieges. Eine Einführung in das Kriegsschuldproblem, Stuttgart 1928.

Barnett, Correlli, Britain and Her Army 1509-1970. A Military, Political and Social Survey, London 1970.

Batchelor, John und Ian Hogg, Die Geschichte der Artillerie, München 1977.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Der Berliner Kongreß 1878. Protokolle und Materialien. Hrsg. von Immanuel Geiss, Boppard a. Rh. 1978.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Bismarck, Otto Fürst von, Gedanken und Erinnerungen. Neue Ausgabe, Bd. 2, Stuttgart 1922.

Bismarck selbst. Tausend Gedanken des Fürsten Otto von Bismarck. Zusammengestellt und eingeleitet von Robert Ingrim, Stuttgart 1950.

Bismarck-Portefeuille. Hrsg. von Heinrich Poschinger, Bd. II, Stuttgart 1898.

Bismarck-Worte. Hrsg. von Heinz Amelung, eingeleitet von Erich Marcks, Berlin 1918.

Blanke, Richard, Prussian Poland in the German Empire (1871-1900), New York 1981.

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen, Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969.

Born, Karl Erich, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71-1914), Stuttgart 1985.

Bradley, John F. N., The Czechoslovak Legion in Russia 1914-1920, New York 1991.

Bridge, Francis Roy, Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1989, S. 196-373.

Broszat, Martin, Betrachtungen zu Hitlers Zweitem Buch. In: VfZ 9 (1961), S. 417-429.

Bussmann, Walter, Das Zeitalter Bismarcks, Frankfurt a. M. ⁴1968.

The Cambridge History of Africa, Vol. 7: From 1905 to 1940. Ed. by A. D. Roberts, London 1986.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln 1964.

Caspar, Gustav-Adolf, Die militärische Tradition in der Reichswehr und in der Wehrmacht 1919-1945. In: Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945, Herford 1986, S. 209-310.

Christ, Karl, Spartaforschung und Spartabild. In: ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72.

Clausewitz, Carl von, Politische Schriften und Briefe. Hrsg. von Hans Rothfels, München 1922.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, 12. Aufl., Berlin o. J.

Clauß, Ferdinand Ludwig, Rasse und Seele. Eine Einführung in die Gegenwart, München 1926.

Clauss, Manfred, Sparta. Eine Einführung in seine Geschichte und Zivilisation, München 1983.

Collotti, Enzo, Il 'secondo libro' di Hitler. In: Studi Storici 3 (1962), S. 161-167.

Conquest, Robert, The Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986.

Corsini, Umberto, Die Italiener. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/2: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 839-879.

Craig, Gordon A., Königgrätz, Wien 1966.

Daitz, Werner, Der Weg zur völkischen Wirtschaft und zur europäischen Großraumwirtschaft, Dresden ²1943.

Dallin, Alexander, German Rule in Russia 1941-1945. A Study of Occupation Policies, London 1957.

De Felice, Renzo, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Torino 1993.

Demdarsky, Michael, Das Klischee von "Ces Messieurs de Vienne..." Der österreichisch-französische Geheimvertrag vom 12. Juni 1866 - Symptom für die Unfähigkeit der österreichischen Außenpolitik? In: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 289-353.

Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Hrsg. und eingeleitet von Rolf-Dieter Müller, Boppard a. Rh. 1991.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Di Nolfo, Ennio, Mussolini e la politica estera italiana (1919-1933), Padova 1960.

Doerries, Reinhard R., Washington-Berlin 1908/1917. Die Tätigkeit des Botschafters Johann Heinrich Graf von Bernstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1975.
(Amerikanische Überarbeitung: Imperial Challenge: Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations, 1908-1917, Chapel Hill, N. C. 1989).

Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil I: Triumph, Erster Band 1932-1934, Leonberg ⁴1988.

Dresler, Adolf, Geschichte des "Völkischen Beobachters" und des Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachf., München 1937.

Dresler, Adolf, und Fritz Maier-Hartmann, Dokumente der Zeitgeschichte. Die Sammlung Rehse, Bd. I, München 1938.

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Dülffer, Jost, Wilhelm II. und Adolf Hitler. Ein Vergleich ihrer Marinekonzeptionen. In: Jürgen Elvert (Hrsg.), Kiel, die Deutschen und die See, Stuttgart 1992, S. 49-69.

Dull, Paul S., The Assassination of Chang Tso-lin. In: Far Eastern Quarterly 11 (1952), S. 453-463.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Ebersold, Bernd, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992.

Eckhof, Marliese, "Gegen die Abtreibungsseuche!" Ärzte und § 218 in der Weimarer Republik. In: dies. und Petra Finck, Euer Körper gehört uns! Ärzte, Bevölkerungspolitik und Sexualmoral bis 1933, Hamburg 1987, S. 79-240.

Edwards, P. G., Britain, Mussolini and the 'Locarno-Geneva System'. In: European Studies Review 10 (1980), S. 1-16.

Ehlen, Peter (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982.

Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966.

Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1970.

Epkenhans, Michael, Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erickson, John, Panslavism, London 1964.

Farnsworth, Beatrice Brodsky, Bolshevik Alternatives and the Soviet Family. The 1926 Marriage Law Debate. In: Dorothy Atkinson, ed., et al., Women in Russia, Hassocks 1978, S. 139-165.

Fellner, Fritz, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1960.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106.

Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918, Düsseldorf [3]1964.

Fischer, George, Vlasow and Hitler. In: Journal of Modern History, XXIII (1951), S. 58-71.

Fischer, Konrad, Wie die Franzosen in Elsaß-Lothringen hausen! Die Franzosen in Metz, Berlin 1919.

Förster, Stig, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890-1913, Stuttgart 1985.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Teil 1, Innsbruck 1989.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M. [4]1980.

Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18-1945. Wissenschaftliche Redaktion Rudolf Berthold, Berlin (Ost) 1988.

Geyer, Michael, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980.

Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Groehler, Olaf, Geschichte des Luftkriegs 1910 bis 1980, Berlin (Ost) 1981.

Groehler, Olaf, Die "Hochdruckpumpe" (V3) - Entwicklung und Misere einer "Wunderwaffe". In: Militärgeschichte 5 (1977), S. 738-744.

Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hrsg. von Johannes Lepsius u. a., Bd. 3: Das Bismarcksche Bündnissystem, Berlin 1922.

Gusy, Christoph, Die Grundrechte in der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 15 (1993), S. 163-183.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Hackl, Othmar, Politische Leitung und militärische Führung im Krieg Österreichs und Preußens gegen Dänemark 1864. In: Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung. Festschrift für Werner Hahlweg zur Vollendung seines 65. Lebensjahres am 29.4.1977. Hrsg. von Dermot Bradley u. a., Osnabrück 1977, S. 103-117.

Hagemann, Karen, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990.

Halbmast. Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis. Hrsg. von Carl Reutsch-Roeder, Berlin 1932.

Hale, Oron J., Adolf Hitler: Taxpayer. In: The American Historical Review LX (1955), S. 830-852.

Hale, Oron J., The Captive Press in the Third Reich, Princeton ^{2}1973.

Halpern, Paul G., The Naval War in the Mediterranean 1914-1918, Annapolis 1987.

Hammer, Hermann, Die deutschen Ausgaben von Hitlers Mein Kampf. In: VfZ 4 (1956), S. 161-178.

Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799-1980. Hrsg. von Wilhelm Volkert, München 1983.

Harris, Robert, Selling Hitler. The Story of the Hitler Diaries, New York 1986.

Hattenhauer, Hans, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.

Hauser, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

Heiber, Helmut (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942-1945, Stuttgart 1962.

Heiden, Konrad, Der Fuehrer. Hitler's Rise to Power, Boston 1944.

Heinemann, Ulrich, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion. In: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 371-386.

Heinen, Ernst, Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland, Bd. II: Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, Paderborn 1979.

Hermand, Jost und Frank Trommler, Die Kultur der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1989.

Hiden, John, The Weimar Republic and the Problem of the Auslandsdeutsche. In: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 273-289.

Hiery, Hermann, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871-1918. Düsseldorf 1986.

Hildebrand, Klaus, Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München 1989.

Hildebrand, Klaus, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945, München 1969.

Hildebrand, Klaus, Zwischen Allianz und Antagonismus. Das Problem bilateraler Normalität in den britisch-deutschen Beziehungen des 19. Jahrhunderts (1870-1914). In: Weltpolitik. Europagedanke. Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982. Hrsg. von Heinz Dollinger u. a., Münster 1982, S. 305-331.

Hillgruber, Andreas, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972.

Hillgruber, Andreas, Die 'Endlösung' und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 252-275.

Hillgruber, Andreas, Hitler und die USA 1933-1945. In: Otmar Franz (Hrsg.), Europas Mitte, Göttingen 1987, S. 125-144.

Hiroharu, Seki, The Manchurian Incident, 1931. In: James W. Morley (Hrsg.), Japan Erupts. The London Naval Conference and the Manchurian Incident, 1928-1932, New York 1984, S. 139-230.

Histoire de la Population Française. 4 - De 1914 à nos jours. Dirigée par Jacques Dupâquier, Paris 1988.

Hitler, Adolf, L'expansion du IIIe Reich, Paris 1963.

Hitler, Adolf, Mein Kampf, Bd. I: Eine Abrechnung, München 1925, Bd. II: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927.

Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bde. I-III/3, München 1992-1995.

Hitler's Secret Book, Einleitung von Telford Taylor, übersetzt von Salvator Attanasio, New York 1962.

Hitler's Table Talk 1941-1944, übersetzt von Norman Cameron und R. H. Stevens, London 1953.

Höbelt, Lothar, Die Marine. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 687-763.

Horak, Stephan, Poland and Her National Minorities, 1919-1939. A Case Study, New York 1961.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchener Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Hugenberg, Alfred, Innere Colonisation im Nordwesten Deutschlands, Straßburg 1891.

Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919. Hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966.

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Erste Reihe, Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 1/I, Düsseldorf 1959.

Jäckel, Eberhard, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart ^{3}1991.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart ^{4}1991.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn, Zu einer Edition von Aufzeichnungen Hitlers. In: VfZ 29 (1981), S. 304 f.

Jena, Kai von, Polnische Ostpolitik nach den Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980.

Kater, Michael, In Pursuit of Hitler. In: Canadian Journal of History 16 (1981), S. 433.

Kaulbach, Eberhard, Der Feldzug 1870 bis zum Fall von Sedan. In: Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1970, S. 44-104.

Kennedy, Paul M., The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860-1914, London 1980.

Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.

Klein, Herbert S., The Integration of Italian Immigrants into the United States and Argentina. A Comparative Analysis. In: The American Historical Review LXXXVIII (1983), S. 306-329.

Kling, Hans, Bismarck als Soldat. In: Zeitschrift für Heeres- und Uniformkunde 26 (1962), H. 181-184, S. 37 f.

Kluke, Paul, Nationalsozialistische Europaideologie. In: VfZ 3 (1955), S. 240-275.

Kolb, Eberhard, Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation - Konfliktfelder - Kriegsausbruch, München 1987.

Kolb, Eberhard, Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.

Kolb, Eberhard, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989.

Konrad, Helmut, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 1976.

Krause, Jens-Uwe, Die Familie und weitere anthropologische Grundlagen. Bibliographie zur römischen Sozialgeschichte 1, Stuttgart 1992.

Krause, Karl Wilhelm, Zehn Jahre Kammerdiener bei Hitler, Hamburg 1949.

Krausnick, Helmut, Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943. In: VfZ 2 (1954), S. 305-312.

Krizman, Bogdan, Die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Diplomatie in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch. In: Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Hrsg. von Richard Georg Plaschka und Karlheinz Mack, München 1970, S. 83-114.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Kroll, W. und E. Weiss, Kinderaussetzung. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, Bd. XI, Stuttgart 1922, Sp. 463-472.

Krüger, Norbert, Adolf Hitlers Clausewitzkenntnis. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 18 (1968), S. 467-471.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Lemke, Heinz, Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution), Wien 1977.

Le May, Michael C., From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987.

Link, Arthur S., Wilson, Bd. 4: Confusion and Crises 1915-1916, Princeton 1964.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932. Düsseldorf 1970.

Linse, Ulrich (Hrsg.), Zurück, o Mensch, zur Mutter Erde. Landkommunen in Deutschland 1890-1933, München 1983.

von Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLIII. Jahrgang. Hrsg. von von Oertzen, Berlin 1926.

Loth, Wilfried, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.

Lowe, C. J. and F. Marzari, Italian Foreign Policy 1870-1940, London 1975.

Lüdecke, Kurt G. W., I knew Hitler. The Story of a Nazi Who Escaped the Blood Purge, New York 1937.

Lutz, Heinrich, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867-1870, Frankfurt a. M. 1979.

Mack Smith, Denis, Mussolini's Roman Empire, London 1976.

Maser, Werner, Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Frankfurt a. M. 1981.

Mau, Hans-Joachim und Charles E. Schrell, Flugzeugträger, Trägerflugzeuge, Berlin 1991.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967

Merl, Stephan, Wie viele Opfer forderte die "Liquidierung der Kulaken als Klasse"? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest. In: Geschichte und Gesellschaft 14 (1988), S. 534-540.

Mersi, Isolde von, Ziele und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Schutzvereine für Südtirol 1918-1939, 1945-1976, Diss. phil. Wien 1979.

Messerschmidt, Manfred, Die preußische Armee. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 2/IV, Zweiter Teil: Strukturen und Organisationen, München 1979, S. 10-301.

Michaelis, Meir, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945, Oxford 1978.

Moltke. Vom Kabinettskrieg zum Volkskrieg. Eine Werkauswahl. Hrsg. von Stig Förster, Bonn 1992.

Mommsen, Theodor, Römische Geschichte. Vollständige Ausgabe in acht Bänden, Bd. V: Die Begründung der Militärmonarchie, Zweiter Teil: Der letzte Kampf der römischen Republik, München 1976.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Mosse, George L., Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. [2]1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Muhr, Josef, Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges (1914-1922), Göttingen 1977.

Nagel, Irmela, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln 1991.

Oehler, J., Heloten. In: Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft, 15. Halbband, Stuttgart 1912, Sp. 203-206.

Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918. Hrsg. vom Österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv, Bd. VII: Das Kriegsjahr 1918, Wien 1938.

Olmes, Jürgen, Bismarck als Soldat. Der militärische Werdegang des Altreichskanzlers. In: Zeitschrift für Heeres- und Uniformkunde 24 (1960), H. 169, S. 33-35.

Payne, Stanley G., Politics and the Military in Modern Spain, Stanford (Ca.) 1967.

Pese, Walter Werner, Hitler und Italien 1920-1926. In: VfZ 3 (1955), S. 113-126.

Petersen, Jens, Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Außenpolitik des faschistischen Italien. In: Quellen und Forschungen 54 (1974), S. 428-470.

Petter, Wolfgang, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichem Forschungsamt, Bd. VIII: Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit, München 1977, S. 13-262.

Petwaidic, Walter, Die autoritäre Anarchie. Streiflichter des deutschen Zusammenbruchs, Hamburg 1946.

Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976.

Pflanze, Otto (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München 1983.

Phelps, Reginald H., Die Autoren des Eher-Verlages. In: Deutsche Rundschau 81 (1955), S. 30-34.

Plewnia, Margarete, Auf dem Weg zu Hitler. Der "Völkische" Publizist Dietrich Eckart, Bremen 1970.

Poliakov, Léon, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VI: Emanzipation und Rassenwahn, Worms 1987.

Potter, Elmar B. und Chester W. Nimitz, Seemacht. Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Deutsche Fassung hrsg. von Jürgen Rohwer, München 1974.

Präsident Wilson, Der Krieg. Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918. Hrsg. von T. H. Mac Carthy, Zürich 1918.

Price, Billy F., Adolf Hitler als Maler und Zeichner. Ein Werkkatalog der Ölgemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Architekturskizzen, Zug/Schweiz 1983.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, Bd. XXV und XXVII, Nürnberg 1948.

Rauchensteiner, Manfred, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz 1993.

Reuth, Ralph Georg, Entscheidung im Mittelmeer. Die südliche Peripherie Europas in der deutschen Strategie des Zweiten Weltkrieges 1940-1942, Koblenz 1985.

Ritschel, Karl Heinz, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966.

Ritter, Gerhard (Hrsg.), Henry Picker. Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42, Bonn 1951.

Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des "Militarismus" in Deutschland, Bd. II: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München 1960.

Romsics, Ignác, István Bethlens Außenpolitik in den Jahren 1921-1931. In: Südost-Forschungen IL (1990), S. 243-291.

Roosbroeck, Robert von, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte. In: Entscheidung 1866, Der Krieg zwischen Österreich und Preußen. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Wolfgang von Groote und Ursula von Gersdorff, Stuttgart 1966, S. 11-76.

Rosen, Edgar R., Mussolini und Deutschland 1922-1923. In: VfZ 5 (1957), S. 17-41.

Rosenberg, Alfred, Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik, München 1927.

Rothenberger, Karl-Heinz, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1975.

Ruge, Friedrich, Scapa Flow 1919. Das Ende der deutschen Flotte, Oldenburg 1969.

Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966.

Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin [2]1924.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaarschmidt, Thomas, Außenpolitik und Öffentliche Meinung in Großbritannien während des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71, Frankfurt a. M. 1993.

Schinzinger, Francesca, Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee, Stuttgart 1984.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schramm, Percy Ernst (Hrsg.), Dr. Henry Picker. Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Stuttgart 1965.

Schreiber, Gerhard, Die politische und militärische Entwicklung im Mittelmeerraum 1939/40. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen For-

schungsamt, Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der "non belligeranza" Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984, S. 4-277.

Schubert, Günter, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.

Schulthess' europäischer Geschichtskalender 1928, München 1929.

Schumacher, Rainer, Die preußischen Ostprovinzen und die Politik des Deutschen Reiches 1918-1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch, Diss. phil. Köln 1985.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

Schwarz, Gotthart, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [Bd. II:] Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speer, Albert, Erinnerungen, Berlin 1969.

Speer, Albert, Spandauer Tagebücher, Frankfurt a. M. 1975.

Stadelmann, Rudolf, Moltke und der Staat, Krefeld 1950.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913-1929, Berlin 1913-1929.

Steinberg, Jonathan, Germany and the Russo-Japanese War. In: The American Historical Review LXXV (1970), S. 1965-1986.

Steinböck, Erwin, Kärnten. In: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, S. 801-840.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stevenson, David, French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.

The Story of Mein Kampf, Wiener Library Bulletin 6 (1952), S. 31-32.

Stresemann, Gustav, Vermächtnis, Bd. III: Von Thoiry bis zum Ausklang, Berlin 1933.

Stresemann. Reden und Schriften, Politik-Geschichte-Literatur 1897-1926, Bd. 2, Dresden 1926.

Stuhlpfarrer, Karl, Die Operationszonen "Alpenvorland" und "Adriatisches Küstenland" 1943-1945, Wien 1969.

Sutter, Berthold, Die politische und rechtliche Stellung der Deutschen in Österreich 1848-1918. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 154-339.

Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches. Ausgewählt und hrsg. von Rudolf Vierhaus, Göttingen 1960.

Taschenbuch der Kriegsflotten, XXIII. Jahrgang - XXVI. Jahrgang 1930, hrsg. von Bruno Weyer, München 1928-1930.

Teuteberg, Hans J., Der Verzehr von Nahrungsmitteln in Deutschland pro Kopf und Jahr seit Beginn der Industrialisierung (1850-1975). Versuch einer Langzeitanalyse. In: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979), S. 331-388.

Thimme, Annelise, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover 1957.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929, Köln 1986.

Urban, Thomas, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993.

Urbanitsch, Peter, Die Deutschen in Österreich. Statistisch-deskriptiver Überblick. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III/1: Die Völker des Reiches, Wien 1980, S. 33-154.

Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. von Erich Ludendorff, Berlin ^{2}1921.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bde. I-III, Berlin o. J.

Vetter, Theodor, Die Italiener in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Eine volkspolitische und nationalitätenrechtliche Studie, München 1965.

Vogel, Rolf, Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1813-1976, Mainz 1977.

Vogelsang, Thilo, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933. In: VfZ 2 (1954), S. 397-436.

Vogelsang, Thilo, Hitlers Brief Reichenau vom 4. Dezember 1932. In: VfZ 7 (1959), S. 429-437.

Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer und K. Strupp. Bd. IV: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922.

Wacker, Wolfgang, Der Bau des Panzerschiffes "A" und der Reichstag, Tübingen 1959.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagner, Walter, Die k. (u.) k. Armee - Gliederung und Aufgabenstellung. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Hrsg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. V: Die bewaffnete Macht, Wien 1987, S. 142-633.

Wandycs, Piotr S., The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland, Princeton 1988.

Watt, Donald Cameron, Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: VfZ 6 (1958), S. 270-280.

Wehler, Hans-Ulrich, Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970.

Weinberg, Gerhard L., The Foreign Policy of Hitler's Germany. Diplomatic Revolution in Europe 1933-1936, Chicago 1970.

Weinberg, Gerhard L., The Foreign Policy of Hitler's Germany. Starting World War II, 1937-1939, Chicago 1980.

Weinberg, Gerhard L., Guide to Captured German Documents, Montgomery, Ala. 1952.

Weinberg, Gerhard L., Hitler and England. 1933-1945: Pretense and Reality. In: German Studies Review 8 (1985), S. 299-309.

Weinberg, Gerhard L., Hitler's Image of the United States. In: The American Historical Review LXIX (1964), S. 1006-1021.

Weinberg, Gerhard L., Hitler's Private Testament of May 2, 1938. In: Journal of Modern History 27 (1955), S. 415-419.

Weinberg, Gerhard L., Why Hitler Declared War on the United States. In: MHQ: The Quarterly Journal of Military History (Spring 1992), S. 18-23.

Weinberg, Gerhard L., World in the Balance. Behind the Scenes of World War II, Hanover N. H. 1981.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten ..." Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln 1994, S. 9-54.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. I und VIII, Berlin 1930-1932.

White, Christine A., British and American Commercial Relations with Soviet Russia, 1918-1924, Chapel Hill 1992.

White, Ralph, The Europeanism of Coudenhove-Kalergi. In: European Unity in Context. The Interwar Period. Hrsg. von Peter M. R. Stirk, London 1989, S. 23-40.

Willems, Emilio, Der preußisch-deutsche Militarismus. Ein Kulturkomplex im sozialen Wandel, Köln 1984.

Wiltschegg, Walter, Österreich - Der "Zweite deutsche Staat"? Der nationale Gedanke in der Ersten Republik, Graz 1992.

Winkler, Heinrich August, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1985.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zarusky, Jürgen, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992.

Zeidler, Manfred, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993.

Zentner, Christian, Adolf Hitlers Mein Kampf. Eine kommentierte Auswahl, München 1974.

Zoller, Albert, Hitler privat: Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin, Düsseldorf 1949. (Französische Übersetzung: Douze ans auprès d'Hitler, Paris 1949).

Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.